

5 Die Implementierung des Autonomiemodells

Die Einrichtung eines Systems regionaler Autonomien war die herausragendste institutionelle Innovation, die der demokratische Wandel in Spanien nach sich zog. Auf das neue Modell territorialer Machtverteilung richteten sich von vielen Seiten hochgesteckte Erwartungen: An allererster Stelle ging es darum, einen Rahmen zur Kanalisierung ethnopolitischer Konflikte zu schaffen; die Veränderung der Staatsstrukturen sollte die Spannungen zwischen dem Zentrum und den nationalistischen Peripherien abschwächen. Außerdem erhofften sich vor allem die ärmeren südspanischen Gebiete von der Autonomie klare Impulse zur Verringerung regionaler Disparitäten. Schließlich erschien die Dezentralisierung breiten Teilen einer landesweiten Öffentlichkeit als ein überfälliger Schritt, um die im Laufe des jahrhundertelangen Zuständigkeitsmonopols Madrids angehäuften Defizite des Verwaltungsapparats zu korrigieren. Die Reorganisation der Staatsaufbaus hatte also nicht nur das Kriterium der politischen Integration der klassischen Problemregionen, sondern auch die Kriterien der Angleichung territorialer Infrastrukturen und der administrativen Effizienz zu berücksichtigen.

Mit dem Ansinnen einer gleichzeitigen Beachtung dieser Kriterien verbanden sich jedoch von Anfang an erhebliche Schwierigkeiten. Aufgrund der krassen Unterschiedlichkeit regionaler Autonomieansprüche ließ sich die aus der Sicht der Regierungen der parlamentarischen Monarchie technisch wohl wünschenswerte Gleichförmigkeit bei der Umsetzung von Dezentralisierungsmaßnahmen nicht herstellen. Die Existenz eines "nationalistischen Moments" im Baskenland und in Katalonien, in geringerem Umfang auch in anderen Peripherien, verleiht dem Wandel der Territorialstaatlichkeit im Postfranquismus sein spezifisches Gepräge. Der Staat der Autonomien ist kein Einheitsstaat mehr, läßt sich aber andererseits kaum als Bundesstaat etikettieren, zumindest gegenwärtig nicht. Er stellt, wenn man so will, ein "Modell sui generis"¹ dar, das sich einschlägigen Klassifikationsrastern nur bedingt anpaßt. Die Eigentümlichkeiten der vertikalen Gewaltenteilung in Spanien haben bereits früh die Aufmerksamkeit der Fachexperten erregt: Das Feld staats- und verfassungsrechtlicher

¹ So Joaquín Almunia, im dritten und vierten PSOE-Kabinett von 1986 bis 1991 als *Ministro para las Administraciones Públicas* mit Autonomieangelegenheiten betraut (Interview am 26.06.1991).

Analysen des *Estado de las autonomías* expandiert stetig und ist heutzutage schlichtweg nicht mehr überschaubar.²

Im folgenden unternehme ich gar nicht erst den Versuch, die zahlreichen juristischen Interpretationen des spanischen Autonomiemodells detailliert wiederzugeben oder ihnen eine neue hinzuzufügen. Stattdessen möchte ich kurz auf die wichtigsten Etappen der Dezentralisierung nach 1978 eingehen, und zwar in erster Linie im Hinblick auf deren Implikationen für die soziopolitische Artikulation der Zentrum-Peripherie-*cleavages*, mit der ich mich dann in Kapitel 6 näher befasse. Der Aufbau eines Institutionengefüges zur Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Regionen strukturierte zugleich das Setting für die weitere Austragung ethnoterritorialer Konflikte. Der Dialektik von Institutionalisierungsprozessen entsprechend war das Setting selbst aber seinerseits nicht immun gegenüber den Bestrebungen politischer Akteure, auf seine Ausformung Einfluß zu nehmen. Mehr oder weniger heftige Auseinandersetzungen zwischen den Madrider Zentralregierungen und den im Baskenland und in Katalonien hegemonialen Nationalisten bilden eine dauerhafte Begleiterscheinung bei der Umgestaltung der territorialen Herrschaftsordnung. Dabei zeigt sich immer wieder, daß konstitutive Merkmale des Autonomiestaats letztlich einige seiner größten Stabilisierungsprobleme begründen. Das System der regionalen Autonomien zielt seiner formalen Konstruktion nach auf ein relativ einheitliches Zusammenspiel seiner Bestandteile ab, aber die ausgeprägte Heterogenität ebendieser Bestandteile hat ein solches Zusammenspiel bislang spürbar beeinträchtigt.

In groben Zügen können die Entwicklungen im Bereich der Errichtung des Staats der Autonomen Gemeinschaften nach der Verabschiedung der Verfassung im Winter 1978 in drei Phasen eingeteilt werden (vgl. Cuchillo 1993: 218-224): eine Phase der Bewegung und Konfusion, die von der Ratifizierung der Statute für Basken und Katalanen bis zu den nicht zuletzt territorialpolitisch bedingten Krisen der letzten UCD-Regierungen anhält, eine Phase des Einschnitts zwischen 1981 und 1983, gekennzeichnet durch die Verstärkung der zentralstaatlichen Bemühungen, den Regionalisierungsprozeß zu kontrollieren, und eine Phase des infolge gegenläufiger Autonomiekonzeptionen immer wieder aufflackernden "Stellungskriegs" zwischen Madrid und insbesondere den "historischen" Peripherien, die bis in die Gegenwart hineinreicht.

2 Für Beurteilungen des Autonomiemodells aus der Sicht des Staatsrechts siehe unter vielen Cruz Villalón 1985, Fernández Rodríguez 1985, Figueroa Laraudogoitia/Mancisidor Artaraz 1991, Frohn 1985, Fundació Carles Pi i Sunyer d'Estudis Autònomic i Locals 1990, García de Enterría 1984, Martín Reboillo 1991, Tornos Mas u.a. 1988 u. Vilas Nogueira 1992.

5.1 Die Statute für das Baskenland und Katalonien

Die Verfassungspakte von 1978 hatten den Rahmen für die territorialpolitische Neugliederung des spanischen Staates grob abgesteckt. In der Folgezeit galt es, diesen Rahmen mit substantiellen Dezentralisierungsmaßnahmen auszufüllen. Erwartungsgemäß spielten dabei Basken und Katalanen die Vorreiterrolle. Der Form nach wiesen die Ausarbeitung und Verabschiedung des baskischen und des katalanischen Autonomiestatuts klare Parallelen auf. Was die jeweilige politische Ausgangskonstellation und die Resultate der Autonomieverhandlungen mit Madrid betrifft, gibt es allerdings einige auffällige Unterschiede, die nicht zuletzt die bereits während der verfassungsgebenden Periode voneinander abweichenden Entwicklungen in den zwei Peripherien widerspiegeln. Der Weg in die Autonomie führte für die historischen Nationalitäten über die Etappen (vgl. Clark 1985: 19):

- des Entwurfs eines Autonomiestatuts durch einen regionalen Abgeordnetenausschuß,
- der Prüfung, Abänderung und Ratifizierung dieses Entwurfs durch Parlament und Exekutive in Madrid,
- der Durchführung eines regionalen Referendums über das Statut,
- der Abhaltung von Wahlen und der Regierungsbildung in der Autonomen Gemeinschaft und
- der Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit der Zentralregierung über den Transfer von Kompetenzen und Ressourcen.

Die katalanische Abgeordnetenkommission begann als erste mit ihrer Arbeit. Ihr im Dezember 1978 in die *Cortes* eingebrachtes Autonomieprojekt - das nach seinem Entstehungsort benannte *Estatut de Sau* - diente zunächst dem Baskenland, später anderen Regionen als Muster für die Abfassung der eigenen Statute (vgl. Vilas Nogueira 1992: 225). Die Kommission ging nach dem einfachen Prinzip vor, eine Art Negativ der Verfassungsregelungen abzuziehen: Alle Kompetenzen, die die Verfassung nicht dem Zentralstaat vorbehielt, wurden dem Zuständigkeitsbereich der Regierung und Administration Kataloniens, der *Generalitat*, zugeordnet (vgl. Solé Tura 1985: 113 f.). Das Statut vertiefte die konstitutionellen Dezentralisierungsbestimmungen und sprach der Autonomen Gemeinschaft eine breite Palette an Ressorts zu, die sich faktisch oft mit den Zuständigkeiten der spanischen Regierung überschnitten. Im Madrider Parlament führten die Beratungen über das katalanische Statut zum einen zur partiellen Beschneidung der regional ursprünglich angestrebten Entscheidungsspielräume. Zum anderen einigten sich die Vertreter des Zentrums und der Peripherie in besonders umstrittenen Fällen darauf, die Definition der Kompetenzen der Region um Kompromißformeln zu ergänzen, die auf die gemäß der Verfassung dem

Staat zufallenden Befugnisse verwiesen.³ Hinter geringfügigen semantischen Verschiebungen verbargen sich manchmal Versuche einer vorläufigen Klärung ausgesprochen kontroverser Fragen: So verwandelten sich beispielsweise die dem katalanischen Entwurf nach "exklusiven" Kompetenzen der Nationalität auf dem hochsensiblen Gebiet der Erziehungs- und Bildungspolitik in eine "volle" Kompetenz, die stillschweigend auf beim Staat verbleibende Prärogativen hindeutete (vgl. Balcells 1992: 64). Insgesamt räumten auch die parlamentarischen Debatten über das katalanische und das baskische Autonomiestatut die in den Verfassungsabschnitten zur territorialen Staatsorganisation enthaltenen Ambivalenzen nicht aus. Die konkrete Aufteilung von Entscheidungssphären zwischen Zentral- und Regionalregierungen verschob sich abermals in die Zukunft und mußte infolgedessen von Fall zu Fall ausgehandelt werden. Einige der wichtigsten Politikfelder, in denen die nach Artikel 151 der Verfassung gebildeten *Comunidades Autónomas* mit Spezialstatut - neben dem Baskenland und Katalonien reihten sich später noch Galicien und Andalusien in diese Gruppe ein - "exklusive" oder aber zumindest weitgehende Kompetenzen ausüben können, seien hier noch einmal aufgezählt (vgl. Zaldívar/Castells 1992: 342 f.):

- Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen,
- Landwirtschaft und Viehzucht,
- öffentliche Bauten, Transport- und Verkehrswesen,
- Kultur (gegebenenfalls einschließlich der Regionalsprache),
- Tourismus, Freizeit und Sport,
- soziale Fürsorge- und Pflegedienste,
- Umweltschutz,
- Regionalrundfunk und -fernsehen,
- Regionalpolizei,
- Gesundheitswesen und
- Bildung und Erziehung.

Erneut ist zu betonen, daß die Kompetenzzuweisung an die Regionen keineswegs automatisch damit einherging, daß der Zentralstaat seine bisherigen Hoheitsrechte im entsprechenden Bereich vollständig abtrat. Insofern sollten intensive Streitigkeiten um die Absteckung jeweiliger Machtsphären den in den 80er Jahren einsetzenden, komplizierten Prozeß der Übertragung von Kompetenzen begleiten.

Die Etappe der Neukonstituierung der *Generalitat* in Katalonien war gegenüber der politischen Entwicklung während der verfassungsgebenden Periode von großer Kontinuität

3 Siehe dazu die Artikel 9-27 im katalanischen bzw. die Artikel 10-23 im baskischen Autonomiestatut sowie die Kommentare Joaquín Tornos' (1980: 24-37), die die Verteilung der Kompetenzen zwischen Zentralgewalt und *Generalitat* bereits sehr frühzeitig kritisch unter die Lupe nehmen.

gekennzeichnet. Die bei den Dezentralisierungsverhandlungen tonangebenden Kräfte - PSC und CiU auf der katalanischen Seite, die Zentrumsunion auf der Seite der spanischen Regierung - bemühten sich weiterhin, ihre Standpunkte unter dem Primat der Konsensfindung aufeinander zuzubewegen (vgl. de Riquer 1989: 408). Der Faktor der parteiübergreifenden Verständigung ebnete der nordöstlichen Peripherie einen relativ konfliktarmen Weg in die Autonomie und verlieh den wiederhergestellten regionalen Institutionen einen hohen Legitimationsgrad. Auch wenn die Nationalisten von einer Reihe ihrer Anfangsforderungen, vornehmlich in Finanzierungsangelegenheiten, abrücken mußten, betrachteten sie das Statut als ein taugliches Instrument, um dem Zentrum nach und nach weitere Zugeständnisse auf dem Terrain der Devolution abzutrotzen. Ähnlich wie die Parteien der regionalen Linken sahen sie die zurückgewonnene Autonomie als eine tragfähige Plattform für den Beginn des, wie es im gängigen politischen Diskurs der Zeit hieß, "nationalen Wiederaufbaus" in Katalonien an. Nach dem Referendum über das Statut im Herbst 1979, bei dem die Vorlage 90% Ja-Stimmen erhielt (bei einer allerdings eher niedrigen Beteiligung von 60%), fanden im März 1980 die ersten Regionalwahlen seit dem Ende der Zweiten Republik statt (für die Ergebnisse der Autonomiereferenda von 1979 und der Regionalwahlen von 1980 in Katalonien und im Baskenland siehe die Tabellen 6 und 7). Überraschend gingen aus ihnen die gemäßigten Nationalisten als Sieger hervor. Jordi Pujols CiU, nunmehr seit über einem Jahrzehnt das regierungsbildende Bündnis in der Autonomen Gemeinschaft, hatte ihren damaligen Wahlkampf offensiv unter das Motto des Gegensatzes zwischen "katalanischen" und sogenannten "Filialenparteien" (*partits sucursalistes*, d.h. Gruppierungen mit gesamtspanischer Einbindung) gestellt und damit erhebliche Gewinne innerhalb der autochthonen Bevölkerungssektoren erzielt; Gewinne, die sie bei späteren *eleccions autonòmiques* noch deutlich ausbauen würde (vgl. Miguélez/Solé 1987: 244). Zu den unmittelbaren politischen Nutznießern der Autonomie wurden nicht, wie sie es erwartet hatten, die Linksparteien PSC und PSUC, sondern die Nationalisten.

Tabelle 6: Ergebnisse der Referenda über die Autonomiestatute in Katalonien und im Baskenland 1979

	Stimmbeteiligung (%)	Ja-Stimmen (%)	Nein-Stimmen (%)
Katalonien	59,7	88,2	7,9
Baskenland	58,9	90,3	5,2

Quelle: Tamames 1986: 214

Tabelle 7: Ergebnisse der Wahlen zu den Regionalparlamenten
Kataloniens und des Baskenlands 1980

Katalonien		
Listen*	%	Sitze
CiU	27,6	43
PSC-PSOE	22,3	33
PSUC	18,6	25
UCD	10,5	18
ERC	8,8	14
PSA	1,7	2
Baskenland		
Listen*	%	Sitze
PNV	38,1	25
HB	16,5	11
PSOE	14,2	9
EE	9,1	6
UCD	8,4	6
AP	4,7	2
PCE	3,6	1

*Es wurden nur Listen berücksichtigt, die parlamentarische Vertretung erlangten.

Quelle: *historia* 16, 200, 1992 (*La España de las Autonomías*): 194

Anders als im Fall Kataloniens, standen die baskischen Autonomieverhandlungen unter dem Vorzeichen einer extrem prekären politischen Situation. Die im Verfassungsreferendum von den Basken zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit mit dem Gang der *transición*, der nationalistische Vormarsch bei den zweiten Wahlen zum spanischen Parlament im März 1979 sowie die Eskalation der von der ETA begangenen Gewalttaten setzten die UCD-Exekutive unter massiven Handlungsdruck. Die Regierung Suárez hatte die zentrale Stellung des PNV in der baskischen Gesellschaft zunächst verkannt. Nun bekamen die Regimereformer zu spüren, daß der Ausschluß der Nationalisten von der Tätigkeit der Verfassungskommissionen ein folgenreicher Fehler gewesen war. Um der innenpolitischen Stabilität willen hatten sie ein sehr großes Interesse daran, diesen Fehler im Zuge der Erörterungen des Autonomiestatuts für Euskadi zu korrigieren. Damit befanden sich die Nationalisten gegenüber Madrid in einer vergleichsweise günstigen Verhandlungsposition.⁴

Tatsächlich legte die politische Klasse des Zentrums bei den Basken in einigen Punkten eine größere Bereitschaft zu Konzessionen an den Tag als bei den Katalanen. So wird in der Zusatzbestimmung des Statuts für das Baskenland betont, daß die Anerkennung des Autonomieregimes nicht den Verzicht des baskischen Volkes auf die ihm historisch zustehenden Rechte beinhaltet. Für den PNV gründet sich die Autonomie nicht auf die spanische Verfassung, sondern auf einen Pakt zwischen zwei Völkern, auf einen wechselseitigen Ausgleich von Souveränitäten (vgl. García de Cortázar/Azcona 1991: 137). Gewichtiger als die Aufnahme euphemistischer Umschreibungen baskischer Selbstbestimmungsansprüche in den Text des Statuts waren allerdings wohl die Sonderregelungen, die die Nationalisten im Hinblick auf die Ausstattung der *Comunidad Autónoma del País Vasco* mit finanziellen Ressourcen durchsetzten. Das baskische Modell der *Conciertos Económicos*, das 1982 auch der Nachbarregion Navarra zugebilligt wurde, kehrt das Finanzierungssystem der übrigen Autonomen Gemeinschaften gewissermaßen um⁵: Während im gewöhnlichen Finanzierungssystem zentralstaatliche Zuweisungen die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle einer Autonomen Gemeinschaft darstellen, erhebt das Baskenland nahezu die Gesamtheit der staatlichen Steuern selbst und führt einen Teil seiner Einkünfte dann an den Staat ab. Es besitzt dadurch eine größere Finanzautonomie als sie andere Autonome Gemeinschaften

4 Eine detail- und anekdotenreiche Schilderung der Gespräche über die baskische Autonomie geben Bordegarai/Pastor (1979: insbes. 115-143).

5 Nach dem zweiten Karlistenkrieg annullierte der spanische Staat 1878 in den baskischen Provinzen und in Navarra die *Fueros*, traditionelle Partikularrechte, die sich vor allem auf die Ausübung der Steuerhoheit erstreckten, und ersetzte sie durch die *Conciertos*. Die betroffenen Provinzen hatten danach jedes Jahr einen sogenannten *cupo*, einen Teil der von ihnen eingetribenen Steuern, an die Zentralregierung zu entrichten, verfügten jedoch nach wie vor über weitreichende fiskalische Freiheiten. Zur Bestrafung der "Verräterprovinzen" Vizcaya und Guipúzcoa setzte Franco nach dem Bürgerkrieg die *Conciertos* dort außer Kraft; in Alava und Navarra bestanden sie jedoch fort (vgl. Castells 1989: 755).

gegenüber der spanischen Zentralregierung oder aber deutsche Länder gegenüber dem Bund haben (vgl. Hildenbrand 1992: 139).

Der, wie Bordegarai und Pastor (1979: 94) deutlich machen, stark von bilateralen Verhandlungen zwischen PNV und UCD geprägte baskische Autonomieprozeß bewirkte letztlich die nachträgliche Eingliederung des Gros der regionalen Nationalisten in die politische Ordnung des Postfranquismus. Sowohl die gemäßigten *abertzales* im PNV wie die in eine Phase der politischen Mäßigung eintretenden Linksnationalisten in *Euskadiko Ezkerra* bewerteten das Statut als ein zweckdienliches Äquivalent einer baskischen Verfassung und als ein solides Arrangement mit den Madrider Eliten, das die Wahrung baskischer Interessen im gesamtstaatlichen Kontext ermöglichte (vgl. Jáuregui Bereciartu 1981a: 107). Einzig die radikalen Sektoren um *Herri Batasuna* lehnten das *Estatuto de Gernika* als zu kompromißlerisch ab und beharrten unbeirrt auf der uneingeschränkten Verwirklichung ihrer in der *alternativa KAS* festgehaltenen Programmziele. Ein sprunghafter Anstieg von ETA-Attentaten unterstrich diese Unnachgiebigkeit auf dramatische Weise. Indem die Koalition der Verweigerung ihre Wähler und Sympathisanten zur Stimmenthaltung im Autonomiereferendum aufrief, schuf sie erstmals eine breitere Kluft im nationalistischen Lager selbst, eine Kluft, die sich fortan nicht mehr schließen würde.

Im Unterschied zum Verfassungsplebiszit waren Beteiligungsquoten und Abstimmungsergebnisse bei den Volksentscheiden über die Autonomie im Oktober 1979 in Katalonien und im Baskenland fast identisch (siehe Tabelle 6). Bei den auf die Verabschiedung des Statuts folgenden Wahlen zum Regionalparlament erlangte der PNV im Frühjahr 1980 erdrutschartige Erfolge. Auf "spanische" Parteien wie PSOE und UCD entfiel insgesamt nur ein knappes Drittel der Stimmen (siehe Tabelle 7). Aufgrund des Umstands, daß die gewählten HB-Vertreter das Parlament boykottierten und ihre Sitze nicht einnahmen, verfügte der PNV über eine bequeme Regierungsmehrheit, die er bis zur Parteispaltung 1986 unangefochten verteidigte. Von der politischen Klasse Madrids hauptsächlich als Mittel zur Abschwächung des ethnoterritorialen Drucks der Peripherien vorgesehen, hatten die Autonomieregelungen vorerst zum augenfälligsten politischen Ergebnis, daß die regionalen Nationalisten ihre Stellungen festigten und ausbauten.

5.2 Politische Krisentendenzen und Drosselung des Autonomieprozesses

Nach der Einrichtung der Autonomieregimes für das Baskenland und Katalonien fürchtete die Madrider Exekutive in zunehmendem Maße, daß ihr die Kontrolle über den Verlauf der Dezentralisierung aus den Händen gleiten könnte. Für die Umsetzung von Devolutionsmaßnahmen in anderen Regionen lag kein klares Konzept vor. In Aragón, Valencia und auf den Kanarischen Inseln, vor allem aber in Andalusien, zeichneten sich intensive Bestrebun-

gen ab, ein ähnliches Kompetenzniveau wie die historischen Peripherien zu erlangen. Die Regierung zeigte sich von der Vorstellung beunruhigt, sich bald landesweit mit maximalistischen Autonomieforderungen konfrontiert zu sehen. Die Politik des *café para todos* drohte sich gegen ihre Initiatoren zu kehren. Zusätzlichen Auftrieb erhielt die Besorgnis im Suárez-Kabinett durch das ernüchternde Abschneiden der UCD bei den baskischen und katalanischen Regionalwahlen. An der Regimespitze bestand keinerlei Interesse an einer Ausbreitung von Regionalregierungen gegnerischer politischer Couleur. Die Exekutive trachtete daher danach, Zeit zu gewinnen und Entscheidungen über weitere größere Schritte in der Territorialpolitik hinauszuzögern.

Die Konsequenzen des Kurswechsels der Führung der Zentrumsunion in der Devolutionsfrage machten sich rasch bemerkbar. Bei der Verabschiedung des Statuts für die Galicier, die als dritte historische Nationalität neben Basken und Katalanen Anspruch auf den direkten Zugang zu einer "Autonomie erster Klasse" über den Artikel 151 und die zweite Übergangsbestimmung der Verfassung hatten, gab es unerwartet große Hindernisse. Die UCD versuchte in den Autonomieverhandlungen, die galicische Kompetenzausübung von vornherein der staatlichen Rahmengesetzgebung unterzuordnen (vgl. Aja 1992: 52). Nach einem längeren Tauziehen, das damit endete, daß die Regierungspartei auf Druck der Sozialisten hin darauf verzichtete, den Umfang der regionalen Befugnisse zu beschneiden, erfolgte die verspätete Ratifizierung des Statuts für die nordwestliche Peripherie einem im Dezember 1980 abgehaltenen Referendum, an dem die äußerst schwache Beteiligung von nur ca. 30% der stimmberechtigten Bevölkerung hervorstach.⁶

Der Fall Galiciens offenbarte, daß der Autonomieprozeß immer mehr in das Fahrwasser der tagespolitischen Machtkämpfe in Madrid glitt. Die Zeit des *consenso* war vorüber, und die Implementierung der Verfassungsregelungen wurde zu einem Gegenstand anhaltenden Parteienstreits. Eine erstarkende sozialistische Opposition erprobte die Strategie, regionale Probleme zu Problemen der gesamtstaatlichen Regierbarkeit zuzuspitzen, um die UCD politisch zu verschleifen (vgl. Vallès 1992: 374). Tatsächlich sollten sich die Konflikte um die andalusische Autonomie auch als ein entscheidender Stolperstein für die Zentrumsunion erweisen und deren Zerfall beschleunigen.

6 Dabei ist im Auge zu behalten, daß Galicien im frühen Postfranquismus eine Hochburg des *abstencionismo* darstellte: Zwischen 1977 und 1980 überschritt die Beteiligungsquote bei Wahlen und Referenda nie die 60%-Grenze und betrug etwa beim Plebiszit über die Verfassung 50%. Für eine knappe Bewertung des galicischen Autonomieprozesses vgl. Portero Molina 1992: 82 f. Offiziell gilt Galicien zwar wie das Baskenland und Katalonien als "historische" Nationalität; es weist jedoch im Gegensatz zu den zwei letztgenannten Regionen im geschichtlichen Rückblick einen sehr niedrigen Politisierungsgrad seines ethnischen Potentials auf. Eine eingehende Erörterung der traditionellen "Hegemonie-unfähigkeit" des galicischen Nationalismus gibt Máiz 1986. In der jüngsten Vergangenheit läßt sich allerdings ein stetiges, wenn auch langsames, Vordringen linksnationalistischer Optionen beobachten, deren wichtigster Vertreter, der *Bloque Nacionalista Galego*, bei den vierten Regionalwahlen im Oktober 1993 mit 19% der Stimmen zur drittstärksten politischen Kraft Galiciens hinter PP (52%) und PSOE (22%) avancierte; vgl. *El País*, 19.10.1993.

Alle wichtigen Parteien Andalusiens, der Regionalverband der UCD eingeschlossen, verfolgten zunächst den Kurs, für die südliche Peripherie ein gleich hohes Autonomieniveau zu erreichen, wie es den historischen Nationalitäten im Norden zugestanden worden war. Die Konzessionen an Basken und Katalanen hatten in ganz Spanien einen Wettbewerb der Regionen um die offizielle Zuweisung von kollektivem Status auf territorialer Basis eröffnet. Zu den auffallendsten Begleiterscheinungen dieses Wettbewerbs zählte die Erfindung und Ausbreitung eines andalusischen "Nationalbewußtseins" (vgl. Pérez Díaz 1987: 61). Der von Andalusien angepeilte direkte Weg zur umfassenden Autonomie setzte für "nichthistorische" Gebiete nach Artikel 151 der Verfassung ein sehr aufwendiges Verfahren voraus, in dem die betreffende Region für ihren autonomiepolitischen Vorstoß in einem Referendum hinreichende Unterstützung einholen mußte, bevor der eigentliche Volksentscheid über die Autonomie überhaupt erst stattfinden konnte.⁷

Aufgrund ihrer bereits angesprochenen Befürchtungen erteilte die Madrider UCD-Leitung im Herbst 1979 neue Direktiven an die regionalen Parteisektionen: Die Dezentralisierung sollte von nun an generell nur noch über den Artikel 143 erfolgen, was im wesentlichen darauf hinauslief, den Zugang zur Autonomie zu verlangsamen und die Kompetenzen der noch zu bildenden Autonomen Gemeinschaften durchgehend auf einer niedrigen Stufe zu halten. Nach heftigen internen Querelen und dem Rücktritt ihres Vorsitzenden beugte sich die UCD Andalusiens notgedrungen den Weisungen der Parteizentrale und empfahl ihren Wählern im Initiativreferendum zur Autonomie die Stimmenthaltung. Die Kampagne für die Dezentralisierung wurde so zur Sache der Linksparteien. Für die Zentrumsunion entpuppte sich der Ausgang des ersten andalusischen Autonomiereferendums vom 28.02.1980 als ein Pyrrhussieg: Bei einer Wahlbeteiligung von 64% sprachen sich 87% der Abstimmenden für die volle Autonomie aus. Formal scheiterte die Initiative jedoch, weil in Almería, der bevölkerungsärmsten der acht Provinzen der Region, das vorgegebene Quorum nicht erreicht worden war.⁸ Ungeachtet dieses Umstands ließen sich die Resultate des Referendums, wenn man sie mit den baskischen und katalanischen Präzedenzbeispielen verglich, politisch kaum anders als eine klare Bekundung des kollektiven Drangs zur Autonomie interpretieren. Um aus der territorialpolitischen Sackgasse zu kommen, in die sie sich selbst hineinmanövriert hatte, blieb der UCD letztlich nur übrig, in der Frage der andalusischen Autonomie nachzugeben. Nach langwierigen Verhandlungen verständigten sich UCD und PSOE im Herbst 1980 schließlich darauf, eine Sonderregelung aufzustellen, die die autonomiepolitische Blockade in der südspanischen Region beendete. Zur endgültigen

7 Die verschlungenen Pfade der Dezentralisierung in Andalusien werden ausführlich von Geiselhardt 1985: 211-233 u. Sevilla 1986: 290-295 geschildert.

8 Die Beteiligung lag in Almería bei 51%. Damit votierten nur 42% - also weniger als die vorgeschriebene Hälfte - der Wahlberechtigten der Provinz für die Vorlage. Angaben nach Geiselhardt 1985: 226.

Verabschiedung eines "erstklassigen" Statuts für Andalusien kam es dann erst im Oktober 1981 nach einem zweiten Referendum.

Die Bedeutung des wachsenden Durcheinanders bei der Transformation der Staatsstrukturen ging weit über den unmittelbaren Rahmen der Regionen hinaus, die im einzelnen davon betroffen waren. Angesichts der anhaltenden territorialpolitischen Auseinandersetzungen sah sich die Madrider Regierung vor erhebliche Führungsprobleme gestellt. Die UCD-Spitze um Suárez fand sich immer öfter in der Schußlinie der sogenannten *barones*, Eliten aus den eigenen Reihen, die sich nicht selten primär als Repräsentanten regionaler Klientelgruppen verstanden. In einer Gruppierung, die sich nie durch innere Geschlossenheit auf programmatischer oder personeller Ebene ausgezeichnet hatte, mehrten sich zusehends die zentrifugalen Tendenzen. Parteikader in den Regionen äußerten lautstark ihre Unzufriedenheit mit der autonomiepolitischen Linie der Regierung.⁹ Die Sozialisten, aus deren Perspektive ein Machtwechsel in Madrid allmählich in greifbare Nähe rückte, nutzten geschickt die Gunst der Stunde und traten sowohl in Galicien wie vor allem in ihrer absoluten Wählerhochburg Andalusien als Wortführer des Autonomismus auf, um die Pressionen auf die angeschlagene Suárez-Exekutive zu verstärken.

Die Institutionalisierung der Autonomen Gemeinschaften geriet in den Sog der Krise der Regierungspartei¹⁰ und der Taktik des PSOE, aus dieser Krise Kapital zu schlagen. Der Öffentlichkeit vermittelte der Zick-Zack-Kurs der politischen Klasse bei der Errichtung des *Estado de las autonomías* nach und nach geradezu ein Bild des Chaos. Die in den Medien häufig aufgebauchten Konflikte auf regionaler Ebene wuchsen sich unversehens zu Problemen aus, die den Eindruck erweckten, die Stabilität des neuen Regimes insgesamt stünde auf dem Spiel. Umgekehrt behinderten die Machtkämpfe in Madrid die Fortführung der Regionalisierung. Alles in allem trugen die Unstimmigkeiten der Territorialpolitik maßgeblich dazu bei, die Schwierigkeiten der Konsolidierung der Demokratie zu akzentuieren.¹¹ Der Aufschub richtungsweisender Entscheidungen während des politischen Regimewechsels schien nun seinen Preis zu fordern. Die vorläufige Umgehung des Gleichzeitigkeitsdilemmas, das Versuche einer Synchronisierung von Regimewandel und Wandel der territorialen Herrschaftsorganisation heraufbeschworen hätten, warf nach dem Übergang zur Demokratie das Dilemma der Anpassung des Regimes an den ansteigenden Regionalisierungsdruck auf,

9 Für die Hintergründe dieser Entwicklung vgl. die Darstellung Manuel Claveros (1983), der 1980 als Präsident der andalusischen UCD zurücktrat.

10 Zum rapiden Niedergang der UCD nach 1980 und seinen territorialpolitischen Zusammenhängen siehe Gunther 1986: 453-455.

11 Damit soll nicht behauptet werden, daß die Konsolidierungsprobleme ausschließlich autonomiepolitisch bedingt waren. Neben der Frage der Nationalitäten und Regionen stellten auch das Anhalten der politischen Gewalt sowie die galoppierende Wirtschaftskrise das postautoritäre Regime vor große Herausforderungen (vgl. Maravall/Santamaria 1986: 91-93).

zu dessen Verbreitung über die historischen Peripherien hinaus die Regimegründer in mancherlei Hinsicht selbst beigetragen hatten.

Das Jahr 1981 markiert einen wichtigen Wendepunkt in der Entwicklung des Staats der Autonomen Gemeinschaften. Die durch die Wirrnisse des Autonomieprozesses und den Zerfall der UCD ausgelöste Krise gipfelte im Januar im Rücktritt des Ministerpräsidenten und Hauptprotagonisten der *transición* Adolfo Suárez. Ein Bild der Instabilität, untermalt von einer Welle der Gewalt im Baskenland, war wesentlicher Bestandteil der historischen Konstellation, in der der Putschversuch vom 23.02. stattfand, bei dem Einheiten der Zivilgarde unter dem Kommando von Oberstleutnant Tejero das Madrider Parlament stürmten und die dort versammelten Abgeordneten und Kabinettsmitglieder zu Geiseln machten. Juan Linz (1989: 276) ruft die Zusammenhänge von Putsch und Nationalitätenproblematik in Erinnerung: "This attempted coup was correctly perceived as an expression of discontent among the armed forces with what they saw as disintegrative tendencies and disrespect for, if not a direct threat to, the idea of one Spanish nation." Trotz der schnellen Niederschlagung des Putsches konnten Krone und politische Klasse des Zentrums nicht umhin, die Botschaft zur Kenntnis zu nehmen, die die militärischen Kreise an sie richteten. Die Streitkräfte knüpften ihre Loyalität gegenüber dem Regime an die Zusicherung der postfranquistischen Eliten, eindeutig für die Werte der Einheit und territorialen Integrität Spaniens einzutreten. So lautete zumindest im Kern die Erklärung, die der König, der während der kritischen Ereignisse mit hochrangigen Militärs Gespräche geführt hatte, an die Spitzen der politischen Parteien weiterleitete (vgl. Pérez Díaz 1987: 63).

Die erste große Bewährungsprobe der jungen Demokratie zog eine drastische territorialpolitische Kurskorrektur nach sich. Zu dem Kurswechsel konnte es dadurch kommen, daß der PSOE darauf verzichtete, Fragen der Dezentralisierung weiterhin zu einer Arena der Konfrontation mit der UCD zu machen, und sich deren Positionen annäherte. Unter Ausschluß der Nationalisten und der kleineren gesamtstaatlichen Gruppierungen handelten die zwei dominanten spanischen Parteien 1981 die *acuerdos autonómicos* aus. Zentrumsunion und Sozialisten strebten damit gemeinsam die "Rationalisierung" des Autonomieprozesses an. Ihr territorialpolitisches Abkommen umfaßte folgende Hauptinhalte: Andalusien sollte die letzte Region sein, die auf eigene Initiative hin über den Artikel 151 der Verfassung zur vollen Autonomie gelangte; die Phase der Improvisation und der ad hoc-Entscheidungen bei der Einrichtung Autonome Gemeinschaften sollte ihren Abschluß finden; zu diesem Zweck sollte die Verallgemeinerung des Autonomiemodells bis Anfang 1983 beendet werden und mit der Vereinheitlichung der regionalen Kompetenzen nach den Prinzipien des kooperativen Föderalismus einhergehen (vgl. de Blas Guerrero 1992: 115-117).

Als Instrument zur Durchsetzung dieser Inhalte wurde die *Ley Orgánica para la Armonización del Proceso Autonómico*, kurz: LOAPA, beschlossen, ein Gesetzespaket, in dem Experten von UCD und PSOE die Verfassungsregelungen zur Territorialordnung im

Alleingang neu interpretierten und weiterentwickelten. In der Hauptsache umfaßte das Paket einen Maßnahmenkatalog zur Angleichung der Beziehungen zwischen den einzelnen Autonomen Gemeinschaften und dem spanischen Staat. In Fällen konkurrierender Normsetzung räumte es staatlichen gegenüber regionalen Gesetzen grundsätzlichen Vorrang ein. Es sah eine nachträgliche Begrenzung der exklusiven Kompetenzen der Autonomen Gemeinschaften vor und enthielt außerdem auch eine Reihe eher symbolischer Vorkehrungen, die etwa den offiziellen Gebrauch von Begriffen wie "Nation" oder "national" zentralstaatlichen Institutionen vorbehielten (vgl. Salvador 1989: 215). Daneben regelte es auch den Abschluß des Entwurfs der autonomiepolitischen Landkarte, wobei für alle noch zu verabschiedenden Autonomiestatute ein einheitlicher Rahmen festgelegt wurde.¹²

In den Bastionen des peripheren Nationalismus, im Baskenland und in Katalonien, entfachte die LOAPA wahre Stürme des Unmuts. Erneut fanden Massenmobilisierungen gegen den Zentralstaat statt, an denen diesmal die Sozialisten aber wohlweislich nicht beteiligt waren. Die Anti-LOAPA-Front setzte sich im wesentlichen aus Nationalisten und Kommunisten zusammen. Zwischen Herbst 1981 und Frühjahr 1982 nahmen mehrere hunderttausend Menschen in den baskischen und katalanischen Metropolen an Großkundgebungen gegen das Gesetzesvorhaben teil (vgl. Clark 1992: 232). Die Nationalisten reichten vor dem spanischen Verfassungsgericht eine Klage gegen die LOAPA ein und konnten mit ihrer Protestkampagne erwirken, daß die Ausführung der von ihnen angefochtenen Passagen des Gesetzestextes, die sich vor allem auf die Ausweitung der staatlichen Kontrollbefugnisse gegenüber den Autonomen Gemeinschaften bezogen, bis zur Urteilsverkündung aufgeschoben wurde. In der Tat erklärte das *Tribunal Constitucional* im August 1983 das Gesetz in essentiellen Teilen, die die Normierung und Vereinheitlichung der Kompetenzen der Peripherien bezweckten, für verfassungswidrig. In seiner Urteilsbegründung verwies es auf die Ungleichheitsdimension, die im konstitutionellen Ordnungsrahmen für den Autonomiestaat angelegt ist: Die Verfassung postuliere zwar die Gleichheit von Individuen und von gesellschaftlichen Gruppen, dies impliziere jedoch keineswegs die Gleichheit der Autonomen Gemeinschaften bezüglich der von ihnen ausgeübten Kompetenzen (vgl. de Blas Guerrero 1992: 118).

Weitaus wichtiger als die verfassungsrechtlichen Aspekte der LOAPA-Diskussionen müssen im nachhinein die Effekte der *acuerdos autonómicos* auf dem Feld der Nationali-

12 Vgl. de Blas Guerrero 1989a: 259. Der gleichförmige Charakter der Institutionen, Kompetenzen und Finanzierungsmodalitäten derjenigen Autonomen Gemeinschaften, die nach den *acuerdos autonómicos* entstanden sind, wird bei einem Vergleich der Statute nach systematischen Kriterien, wie ihn die Aufstellung Bassols Comas (1983) ermöglicht, rasch ersichtlich. Partielle Ausnahmen vom Prinzip der Uniformität lassen sich nur in den Fällen Navarras, Valencias und der Kanarischen Inseln konstatieren. In Navarra führte der *Amejoramiento del Fuero*, d.h. die Reform des traditionellen Foralsystems, zur Übernahme des privilegierten Finanzierungsmodells baskischen Typs. In Valencia und auf den Kanarischen Inseln kam es zur vorzeitigen Übertragung von Kompetenzen im Erziehungs- und Gesundheitsbereich.

tätenpolitik erscheinen. Die Wende im Autonomieprozeß war das Ergebnis eines Pakts, der ohne die Beteiligung der Nationalisten zustandekam. Sie stellte somit einen klaren Bruch mit den bis dahin vorherrschenden Bemühungen um Konkordanz bei der Regelung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen dar (vgl. Linz 1989: 275). Ganz abgesehen von den Inhalten der Autonomievereinbarungen von 1981 machte es allein schon die Majorisierungsstrategie von UCD und PSOE geradezu unvermeidlich, daß sich die Nationalitäten massiv gegen die Neuorientierung der Territorialpolitik wehrten. Die Konflikte zwischen dem Baskenland und Katalonien auf der einen, dem Zentralstaat auf der anderen Seite verschärften sich wieder. Auch der triumphale Wahlerfolg des PSOE im Herbst 1982 änderte zunächst nichts an dieser Situation. Sprecher des PNV ließen verlautbaren, daß die baskische Regierung, sollten die LOAPA-Bestimmungen zur Anwendung gelangen, in Erwägung zöge, ihren Beitrag zu den Staatsfinanzen nicht mehr abzuführen. Der Präsident des baskischen Parlaments Pujana erklärte, die Nationalisten würden das Gesetz im Falle seiner endgültigen Verabschiedung "beachten, aber nicht befolgen".¹³ Die restriktive Linie, die das in der LOAPA umrissene Projekt unter dem Etikett der "Harmonisierung" gegenüber den historischen Peripherien einschlug, nährte im ethnonationalistischen Spektrum bereits ohnehin vorhandene Bedenken gegenüber Vorschlägen zu einer föderalistischen Neudefinition des Autonomiestaats, die sich fortan dem Verdacht ausgesetzt sahen, auf die von Madrid aus dirigierte Angleichung regionaler Befugnisse nach unten hin abzu zielen.

Die Phase der Konstituierung der Autonomen Gemeinschaften fand auf der Grundlage der *acuerdos autonómicos* ihren Abschluß. Als letzte der Regionen mit vorerst niedrigerem Kompetenzniveau erhielt im März 1983 Kastilien-León sein Autonomiestatut. Ungeachtet aller Rationalisierungspläne zeitigte die nun rigide von Madrid aus gelenkte Dezentralisierung das eine oder andere skurrile Resultat: So entstanden auf das Drängen regionaler Eliten hin als Abspaltungen von Kastilien Mini-Gemeinschaften wie Kantabrien oder La Rioja auf Gebieten, die bis dahin keinerlei autonomistische Tradition vorzuweisen hatten (vgl. Giner/Moreno 1990: 186).¹⁴ Den vorgegebenen Uniformitätskriterien gemäß hielten die dreizehn Autonomen Gemeinschaften, die sich - anders als das Baskenland, Katalonien, Galicien und Andalusien - auf der Basis der territorialpolitischen Absprachen von PSOE und UCD bildeten, am 8. Mai 1983 zeitgleich die Wahlen zu ihren Regionalparlamenten ab.

Die Verallgemeinerung des Autonomiemodells konnte kaum darüber hinwegtäuschen, daß der Dezentralisierungsprozeß 1981 in ein qualitativ neues Stadium getreten war. Der Transfer von Machtanteilen und Ressourcen an die Regionen unterlag von nun an offensicht-

13 Die vielkommentierte Aussage lautete wörtlich: "Si se promulga la LOAPA la acatamos pero no la cumplimos." Zit. nach de Burgos 1983: 129.

14 Die *Comunidad Autónoma de La Rioja* nimmt eine Fläche von 5.000 km² ein und zählt 260.000 Einwohner. Zum Vergleich: Als größte und bevölkerungsreichste Autonome Gemeinschaft hat Andalusien 87.000 km² und 6.800.000 Einwohner. Angaben für 1986 nach Cuchillo 1993: 223.

lichen Einschränkungen von Seiten der Zentralgewalt. Mit der Einrichtung zweier grober Hauptkategorien von Autonomen Gemeinschaften ging auch das Bestreben einher, die Spielräume für eine eigenständige Politikgestaltung in den Gebieten mit Sonderstatut vorläufig möglichst klein zu halten. Die Bedeutung der Periode territorialpolitischen Aufruhrs, die in die Verabschiedung der LOAPA mündete, liegt nicht bloß darin, daß wichtige Vorentscheidungen für die weitere Entwicklung des *Estado de las autonomías* getroffen wurden. In den Konflikten von 1980/81 ist bereits ein Grundmuster erkennbar, das die Interaktionen von Zentrum und Peripherien seither beständig kennzeichnet: Die Differenzierungsansprüche der historischen Nationalitäten wecken in anderen Regionen den Drang, mit Basken und Katalanen gleichzuziehen. Die Zentralregierung wird so zur Adressatin kontinuierlich steigender Autonomieforderungen. Darüber hinaus zeigte sich 1981 noch einmal in aller Deutlichkeit, daß der Platz für die Institutionalisierung flexibler - um nicht zu sagen: "kontingenter" - Regelungsmechanismen im Bereich der Territorialpolitik eher knapp bemessen war. Konzessionen an die Peripherien erregten den Mißmut von Vetomächten. Die Etappe der "großen" zentralstaatlichen Zugeständnisse insbesondere an die historischen Regionen kam einstweilen zu ihrem Ende.

5.3 Der autonomiepolitische Stellungskrieg

Noch während der letzten Legislaturperiode der UCD brach mit den *acuerdos autonómicos* und mit der LOAPA der in der Autonomiefrage bis dahin vorherrschende Konsens auf. Das Verhältnis Madrids zu den regionalen Nationalisten war nun nicht mehr von allseitigen Verständigungsbemühungen, sondern von wachsenden Konfrontationen gekennzeichnet. Grundsätzlich änderte der Regierungsantritt der Sozialisten im Oktober 1982 nichts an der neuen Situation. Der PSOE hatte einen triumphalen Wahlsieg errungen (siehe die Auflistung der Wahlergebnisse auf "nationaler" und auf "regionaler" Ebene in Tabelle 8): Mit knapp 50% der Stimmen nahm er 202 von 350 Sitzen im spanischen Parlament ein. Auch in den Peripherien schnitt die Partei außerordentlich gut ab: In Katalonien lag ihr Ergebnis nur knapp unter dem spanischen Durchschnitt, im Baskenland gelang es ihr, mit 29% der Stimmen beinahe mit dem PNV gleichzuziehen.¹⁵ Anders als die Zentrumsunion verfügten die Sozialisten über eine mehr als solide Mehrheit im spanischen Abgeordnetenhaus, die sie zum eindeutig dominanten politischen Akteur auf gesamtstaatlicher Ebene machte (vgl. Puhle 1986a). Die Gruppierung hatte 1979/80 einen Schlußpunkt unter jahrelange innerparteiliche

¹⁵ Der PSOE kam 1982 auf das beste Ergebnis, das eine gesamtstaatliche Liste von 1977 bis heute in den historischen Regionen erzielt hat.

Tabelle 8: Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1982 - Spanien,
Katalonien und Baskenland

Spanien insgesamt		
Listen*	%	Sitze
PSOE	48,4	202
AP	26,8	106
UCD	7,1	12
PCE-PSUC	4,1	4
CiU	3,7	12
CDS	2,9	2
PNV	1,9	8
HB	1,0	2
ERC	0,7	1
EE	0,5	1
Katalonien		
PSC-PSOE	45,2	
CiU	22,2	
AP	14,5	
PSUC	4,6	
ERC	4,0	
UCD	2,0	
Baskenland		
PNV	31,9	
PSOE	29,3	
HB	14,8	
AP/UCD	11,7	
EE	7,7	
PCE	1,8	

*Nur im Madrider Parlament vertretene Listen.

Quellen: Salvador 1989: 213; Shabad 1986: 527

Kontroversen gesetzt. Das von Felipe González und dessen Vize Alfonso Guerra gebildete Führungsteam sorgte dafür, daß der PSOE nach außen hin extrem diszipliniert auftrat.

Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit setzte die sozialistische Exekutive klare Prioritäten. Der im Wahlkampf emphatisch beschworene *cambio* sollte sich im wesentlichen auf zwei Hauptdimensionen vollziehen. Die neue Regierung war zum einen bestrebt, die schwere Wirtschaftskrise durch einschneidende Maßnahmen zur Strukturanpassung in veralteten Produktionssektoren und zur Erhöhung der spanischen Wettbewerbsfähigkeit auf den europäischen Märkten zu überwinden. Zum anderen wollte sie auf innenpolitische Stabilität hinwirken, die unter den letzten UCD-Kabinetten zunehmend in Bedrohung geraten zu sein schien, und die noch jungen demokratischen Institutionen festigen (vgl. Maravall 1992: 27). Die beiden Dimensionen verklammerten sich im allgegenwärtigen Leitbild einer Modernisierung, die zum Hauptziel hatte, daß Spanien zu den fortgeschrittenen Gesellschaften Westeuropas aufschloß. Aus der Dringlichkeit ihrer Globalziele ergab sich aus der Sicht der PSOE-Exekutive auch das Gebot, die Dezentralisierung ein für allemal in ruhige Bahnen zu leiten, was nicht zuletzt implizierte, das Tempo der Devolutionen zu verlangsamen. Dementsprechend schwächte die Partei nach 1982 ihr autonomistisches Profil ab und räumte der Territorialpolitik gegenüber den Aufgaben der Wirtschaftssanierung einen zweitrangigen Stellenwert ein (vgl. Richter 1992: 73).

Mit dem Wechsel von der Opposition an die Regierung ging eine endgültige Verschiebung der Schwerpunkte des Dezentralisierungsprogramms der Sozialisten einher. Die Parteiführung verfolgte nun das Anliegen, relative Gleichförmigkeit im Autonomiesystem herzustellen und dadurch die Möglichkeiten zu schmälern, daß einzelne Regionen sich bei der Ausfüllung ihrer politischen Handlungsspielräume den Vorgaben des Zentrums entzogen. Bekenntnisse zu den Mechanismen des "kooperativen Föderalismus" wurden für die PSOE-Eliten, die sich mit territorialpolitischen Angelegenheiten befaßten, zur Pflichtübung. Als maßgebliches Kriterium für erfolgreiche Kooperation galt dabei die Erfüllung zentralstaatlicher Rahmenrichtlinien durch die Regionen. Nach dem Scheitern der LOAPA blieb allerdings weiterhin unklar, inwieweit Schritte zur Vereinheitlichung der Autonomieregimes auch Basken und Katalanen (sowie nach der gleichen Logik Galicier und Andalusier) betreffen konnten. In jedem Fall trat der PSOE aber bewußt als Staatspartei auf, die nicht daran dachte, ihre Politik den Partikularinteressen der Peripherien unterzuordnen.

Baskische und katalanische Nationalisten reagierten auf die Absichtserklärungen der Regierung, auf ein Mindestmaß an Homogenität der Ressourcen und Kompetenzen der Autonomen Gemeinschaften hinwirken zu wollen, ausgesprochen mißtrauisch. In ihren Augen verbarg sich hinter der Verkündung der Prinzipien des kooperativen Föderalismus nichts anderes als der Versuch, eine Hintertür für die nachträgliche Verwirklichung der LOAPA-Inhalte zu öffnen. CiU wie PNV verwiesen mit großem Nachdruck auf den historisch wie kulturell begründeten Sonderstatus Kataloniens und des Baskenlands im System

vertikaler Gewaltenteilung. Ihr Hauptargument gegen eine institutionelle Vereinheitlichung der Autonomen Gemeinschaften war, daß damit die *hechos diferenciales* - in freier Übersetzung die "Abgrenzungsmerkmale" -, aus denen sich die spezifische Identität der Nationalitäten herleitet, verwässert würden.

In einem Presseinterview (abgedruckt in *El Temps* vom 14.05.1990) des Präsidenten der *Generalitat* Jordi Pujol kommt die entsprechende nationalistische Position unmißverständlich zum Ausdruck:

"Es liegt auf der Hand, daß der Föderalismus auf der Grundlage der 17 spanischen Regionen Katalonien nicht interessiert. Der einzige Föderalismus, der Katalonien überhaupt interessieren könnte, ist derjenige, der sich auf Nationalitäten gründet. Das heißt, jene Teile Spaniens zu fördern, die eine eigene nationale Persönlichkeit haben, mit ihrer Sprache, ihrer Kultur, ihrem kollektiven Bewußtsein ..., nicht aber auf der Grundlage des Themas der 17 Regionen.

In Wirklichkeit ist offensichtlich, daß alle Maßnahmen, die eine einzige Form für ganz Spanien verallgemeinern, Katalonien schaden, weil die Praxis es dann, ob man nun will oder nicht, auf einem Niveau ansiedelt, das unterhalb der Stärke seiner Persönlichkeit und folglich seines Autonomieanspruchs liegt."

Zu keinem Zeitpunkt stellte die landesweite Implementierung des Autonomiemodells für die peripheren Nationalisten einen Anlaß dar, vom Postulat der historischen - und insofern besonderen - Rechte ihrer Regionen abzurücken, Rechte, die aus nationalistischer Sicht dem 1978 geschaffenen verfassungsmäßigen Rahmen letztlich übergeordnet sind.¹⁶ Zugespitzt gesagt, betrachten die Vertreter des Ethnonationalismus die Autonomie nicht als Autonomie im, sondern als Autonomie vom spanischen Staat. Der politische und eben nicht bloß administrative Gehalt der Dezentralisierung äußert sich aus dieser Perspektive vornehmlich darin, im eigenen Einflußbereich Entscheidungen unabhängig von gesamtstaatlich vorgegebenen Interessenkonstellationen treffen zu können.

Tatsächlich traten die autonomen Institutionen des Baskenlands und Kataloniens, die Regionalregierungen allen voran, während des sogenannten "Sozialistischen Jahrzehnts" von 1982 bis 1992 auch weitaus weniger als Komplementär- denn als Gegengewalten der spanischen Exekutive auf. Definitionsgemäß sehen die nationalistischen Eliten die regionale Ebene als ihr genuines Betätigungsfeld an.¹⁷ Die territoriale Fragmentierung des Parteien-

16 Die Auffassungen der katalanischen Nationalisten stimmen in dieser Hinsicht weitgehend mit denen der Basken überein (vgl. Pi-Sunyer 1986: 25).

17 Für den baskischen Nationalismus gilt diese Aussage ohne Einschränkung. Im Falle der Katalanen trifft sie nur bedingt zu. Nach dem kläglichen Scheitern der sogenannten *operación reformista* bei den Wahlen von 1986 haben die Nationalisten von CiU jedoch keinen systematischen Versuch zur

spektrums behindert die Eingliederung der Spitzen von CiU und PNV in die nach gesamtstaatlichen Kategorien handelnde politische Klasse des Zentrums. Auch wenn die zwei wichtigsten ethnonationalistischen Gruppierungen zwischen 1977 und 1992 nie über mehr als 24 Sitze (die sie bei den 1986er Wahlen erlangten) im Madrider Parlament verfügten, so kam ihnen in ihren jeweiligen Peripherien doch eine unleugbare politische Schlüsselstellung zu. Die in der Hauptstadt unangefochten regierenden Sozialisten mußten daher damit rechnen, daß jeder einseitige autonomiepolitische Vorstoß ihrerseits, der auch die historischen Nationalitäten einbezog, auf massiven Widerstand stoßen würde. Die durch die Verabschiedung der LOAPA ausgelösten Auseinandersetzungen boten in all ihrer Heftigkeit ein warnendes Präzedenzbeispiel. Zwischen der sozialistischen Exekutive und den Nationalisten herrschte faktisch eine territorialpolitische Pattsituation, die Entscheidungsprozesse bei der Transformation der Staatsstrukturen immer wieder blockierte. Knapp und präzise läßt sich das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherien in den 80er Jahren mit González Casanova (1990: 82) als "stabiler Konflikt" bezeichnen.

Zweifelsohne wurden die häufigen Zusammenstöße von Staat und Regionen bei der Umsetzung von Dezentralisierungsmaßnahmen durch den Umstand begünstigt, daß sich nun der mehrdeutige Charakter zahlreicher zwischen 1978 und 1980 geschlossener autonomiepolitischer Kompromisse offenbarte. Die Aufgliederung der "nationalen" und der "regionalen" Zuständigkeiten in der Verfassung und in den Autonomiestatuten war alles andere als transparent. So entwickelte sich die konkrete Bestimmung der territorialen Machtanteile zu einem Gegenstand unaufhörlicher Meinungsverschiedenheiten und Nachverhandlungen. Die Übereinkünfte der Übergangsperiode ließen für voneinander abweichende Interpretationen ihres Inhalts sehr viel Spielraum. Bei der unumgänglichen späteren Präzisierung der Kompromißinhalte kam es regelmäßig zu Auseinandersetzungen, die sich oberflächlich besehen oft an für juristische Laien kaum nachvollziehbaren "technischen" Fragen entzündeten. Im Grunde verbargen sich hinter solchen Auseinandersetzungen aber nahezu konträre Auffassungen von der Bedeutung regionaler Autonomie. Um abermals auf eine pointierte Aussage des katalanischen Verfassungsrechtlers J.A. González Casanova (1990: 81) zurückzugreifen: Die politische Praxis bei der Anwendung des Autonomiemodells korrespondiert im ersten demokratischen Jahrzehnt mit einer Dauerkrise des Modells selbst. Nach einer Phase spektakulärer Bewegungen auf dem Terrain der Umgestaltung der Staatsstrukturen, die von der Ausarbeitung des Verfassungstextes bis zur Verabschiedung der Statute für das Baskenland und Katalonien reichte, trat die Territorialpolitik, um ein berühmtes Bild Antonio Gramscis zu bemühen, in ein Stadium des Stellungskriegs.

Intervention in die spanische Politik mehr unternommen. Besagte "Operation" hatte zum Ziel, mit dem von Katalonien aus lancierten *Partido Reformista* außerhalb der historischen Peripherien den durch den Zerfall der UCD freigewordenen Raum in der politischen "Mitte" wiederzubeseetzen; die Partei erlangte jedoch kein einziges Mandat.

Die ersten Symptome dieses Stellungskriegs waren erhebliche Verzögerungen im Prozeß der Dezentralisierung. Katalanen wie Basken gingen davon aus, daß nach der Wahl der ersten Regionalregierungen alle politisch-administrativen Befugnisse, die die Autonomiestatute ihnen zuwiesen, mitsamt der dazugehörigen finanziellen und personellen Ressourcen von Madrid mehr oder weniger automatisch an sie abgetreten würden (vgl. Clark 1989: 33). Madrid vertrat allerdings einen ganz anderen Standpunkt und setzte ihn auch durch: Vor jedem größeren Kompetenztransfer mußten Repräsentanten der Autonomen Gemeinschaft, die ein Aufgabenfeld übernehmen wollte, mit demjenigen Ministerium der Zentralregierung, das dieses Aufgabenfeld abgeben sollte, ausgiebige Verhandlungen führen. Die Vermittlungsinstanz bei den Verhandlungen war das Ministerium für Territorialverwaltung¹⁸, eigentlich Ort der in der Regel mühseligen Konsultationen eine aus Vertretern der Zentral- und der jeweiligen Regionalregierung zusammengesetzte Kommission für die Kompetenzübertragung, die über die verschiedenen Aspekte der territorialen Machtumverteilung fallweise beriet.

Selbst wenn die Mitglieder der Kommission sich über die Devolutionsmodalitäten verständigen konnten, mußten ihre Entscheidungen noch von der spanischen Regierung gebilligt werden, die dann ein entsprechendes Dekret erließ. In Abhängigkeit vom allgemeinen autonomiepolitischen Klima zog sich die Tätigkeit der Kommission manchmal erheblich in die Länge. Was etwa die Basken anging, tagte der Ausschuß, nachdem die ausschlaggebenden gesamtstaatlichen Akteure UCD und PSOE ihre Haltung in der Nationalitätenfrage verändert hatten, 1982 nur zweimal. Nach dem Regierungsantritt der Sozialisten wurden der baskischen Regierung bis zum Frühjahr 1984 keine neuen Kompetenzen übertragen (vgl. Clark 1992: 242). In den Augen der gemäßigten *abertzales* kam dies einer Involution in der Sphäre der Dezentralisierung gleich. PNV-Sprecher beklagten sich aufs bitterste darüber, daß die baskische Regierungspartei sich einer Verschleißstrategie von Seiten Madrids ausgesetzt sehe, die darauf angelegt sei, das im Statut von Gernika paktierte Autonomieniveau im nachhinein zu beschneiden (vgl. *El País*, 28.11.1986). Identische Vorwürfe waren aus Katalonien zu vernehmen, wo die Nationalisten erklärten, das Statut "sei nichts wert", wenn die spanische Exekutive auf einer restriktiven Lektüre seines Inhalts beharre (*El País*, 01.02.1987). Beschwerden über eine Blockade der Dezentralisierung und über die Abwendung des PSOE vom Geist der 1978 und 1979 eingegangenen Territorialpakete zählen seit 1982 zum festen Repertoire bei der Bekundung nationalistischen Mißmuts gegenüber der Zentralregierung.

18 Das *Ministerio para la Administración Territorial* wurde 1977 eigens zur Koordination des Autonomieprozesses geschaffen. 1986 erfolgte seine Eingliederung in das neu eingerichtete *Ministerio para las Administraciones Públicas*, kurz: MAP (Interview mit Adolfo Hernández, *Director General de Cooperación Territorial* im MAP, am 26.06.1991).

Als bevorzugtes Schlachtfeld des Stellungskriegs zwischen Zentrum und Peripherien fungierten in den achtziger Jahren die zahlreichen Konflikte um die Verteilung von Kompetenzen, die Staat und Autonome Gemeinschaften vor dem *Tribunal Constitucional*, dem spanischen Verfassungsgericht, austrugen. Grundsätzlich laufen die Konflikte immer nach dem gleichen Muster ab: Das Madrider Parlament verabschiedet ein Gesetz, das aus der Perspektive der Regierung einer Autonomen Gemeinschaft - in der Regel der *Comunidad Autónoma del País Vasco* oder der *Generalitat de Catalunya* - Materien berührt, die in den regionalen Zuständigkeitsbereich fallen. Die autonome Regierung leitet daraufhin rechtliche Schritte zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes ein. Oder umgekehrt: Eine Autonome Gemeinschaft - in der Regel wieder das Baskenland oder Katalonien - erläßt eine Rechtsnorm, die für die Zentralgewalt die Regionalbefugnisse überschreitet; die Zentrale reicht eine Klage vor dem Verfassungsgericht ein. Die Streitigkeiten vor der höchsten Instanz der Judikative treten in beiden Fällen an die Stelle eines Interessenausgleichs auf dem Weg politischer Verhandlungen.

Das Autonomieprinzip ist vor allem ein Kriterium für die vertikale Gewaltenteilung. Was die Bestimmung der Kompetenzen von Zentralstaat und *Comunidades Autónomas* anbelangt, hat die Rechtsprechung des spanischen Verfassungsgerichts den Autonomiestatuten quasikonstitutionellen Charakter beigemessen, da die Ausführungen zur territorialpolitischen Ordnung im eigentlichen Verfassungstext sehr unspezifisch bleiben. In der Terminologie des Verfassungsgerichts bilden Verfassung und Statute zusammen den "Block der Verfassungsmäßigkeit" (*bloque de constitucionalidad*), der insgesamt die für die Auf-fächerung von Zuständigkeiten entscheidenden Normen enthält (vgl. Aja 1989: 239).

Der *bloque de constitucionalidad* gibt aber auch nicht immer eindeutig Aufschluß über die Kompetenzverteilung. Um nur zwei vergleichsweise harmlose Beispiele zu nennen: Das katalanische Statut (Art. 9.10) ordnet der *Generalitat* mehrere exklusive Kompetenzen im Umweltschutzbereich zu. Zugleich sieht die Verfassung (Art. 149.1) aber vor, daß die Grundlagengesetzgebung zum Umweltschutz ausschließliche Angelegenheit des Staates ist. In der Landwirtschaft wiederum fallen dem Baskenland und Katalonien den Autonomiestatuten gemäß (Art. 10.9 bzw. Art. 12.4) exklusive Kompetenzen zu. Die allgemeine Aufsicht über ökonomische Aktivitäten, die natürlich auch den Agrarsektor einschließt, liegt jedoch (nach Art. 131.1 der Verfassung) in den Händen der Zentrale. In derartigen Fällen ist es insofern nicht weiter erstaunlich, daß die Entscheidungsträger auf den verschiedenen politisch-administrativen Ebenen vorerst ein Niemandsland betraten, auf dem die jeweiligen Verantwortlichkeiten noch genauer abzustecken waren.¹⁹

Neben exklusiven Kompetenzen - deren "Ausschließlichkeit" allenfalls hochabstrakter Art ist - kennt das System territorialer Gewaltenteilung noch "geteilte" und "konkurrierende"

19 Interview mit Adolfo Hernández am 26.06.1991.

Kompetenzen, die Entscheidungsfelder umreißen, in denen Staat und Autonome Gemeinschaften ihre Normsetzung aufeinander abstimmen müssen. Weitere Probleme ergeben sich daraus, daß die *Comunidades Autónomas* auf vielen Gebieten keine umfassenden legislativen Kompetenzen besitzen, ihnen aber die inhaltliche Entwicklung und Ausführung der staatlichen Grundlagengesetzgebung zusteht. Dies gilt beispielsweise für das Gesundheits- und Sozialversicherungswesen. In derartigen Fällen drehen sich die Konflikte zwischen Autonomen Gemeinschaften und Zentralstaat weniger um die strikte Kompetenzabgrenzung als um die Frage, ab wann eine sogenannte "Ausführungsverordnung" einer Regionalregierung den Gehalt einer staatlichen Rechtsnorm verletzt (vgl. Pérez Royo 1992: 123). "Politikverflechtungs-Fallen" (Scharpf 1985) sind im Autonomiesystem mithin in einem mindestens ebenso reichem Maße angelegt wie etwa im deutschen Föderalismus. Der spanische Kontext erhält jedoch dadurch spezifische Konturen, daß die Verflechtung hier zum Anlaß heftiger Konfrontationen vor einem ethnoterritorialen Problemhintergrund wird, und sich die Suche nach einvernehmlichen Entscheidungsregeln zur Auflösung von Interessenkonflikten deswegen schnell in eine Sisypusarbeit verwandelt.

Das Besondere an der spanischen Situation wird schon aus dem bloßen Umstand ersichtlich, daß es allein während des ersten Jahrzehnts der Institutionalisierung des Autonomiestaats zu zehnmal sovielen territorialen Rechtsstreitigkeiten gekommen ist wie in der vierzigjährigen Geschichte der alten Bundesrepublik (vgl. Aja 1992: 54). Die folgenden Tabellen 9, 9a und 9b geben eine Übersicht der Entwicklung der Konflikte zwischen spanischem Staat und Autonomen Gemeinschaften, die das Verfassungsgericht von 1981 bis 1991 zu bearbeiten hatte.

Insgesamt treten im betrachteten Zeitraum einschließlich der im nachhinein zurückgezogenen Klagen 890 Konflikte auf. Dabei ist die Konfliktfreudigkeit der Autonomen Gemeinschaften stärker ausgeprägt als die des Zentralstaats: 353 staatlichen Klagen gegen eine *Comunidad Autónoma* stehen 537 Klagen der *Comunidades Autónomas* gegen den spanischen Staat gegenüber. Interessante Informationen gibt die Aufschlüsselung der Konflikte nach einzelnen Regionen in den Tabellen 9a und 9b. Aus ihr geht hervor, daß die historischen Nationalitäten in der Konfliktstatistik eine herausragende Rolle spielen: So richten sich 72% der zentralstaatlichen Klagen gegen eine der 17 Autonomen Gemeinschaften gegen Katalonien (35%), das Baskenland (25%) und Galicien (12%). Umgekehrt werden gar 89% aller Klagen gegen die Zentrale von Katalonien (43%), dem Baskenland (32%) oder Galicien (14%) eingereicht. Innerhalb der Gruppe der historischen Peripherien heben sich das Baskenland und Katalonien wiederum deutlich von Galicien ab: Die zwei Regionen, in denen die Nationalisten seit 1980 entweder ununterbrochen die Regierung stellen (Katalonien) oder als dominante Regierungspartei agieren (Baskenland), sind als Kläger oder Beklagte allein an 69% aller Konflikte beteiligt. Die Zahlen zur Konflikt-

Tabelle 9: Vor dem spanischen Verfassungsgericht ausgetragene Konflikte zwischen Zentralstaat und Autonomen Gemeinschaften 1981-1991

(Klagen zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Kompetenzkonflikte)

	Konflikte insges. (1)	Zurückgezogene Klagen (2)	Urteile VG (3)	Ausstehende Urteile (4) [=(1)-(2)-(3)]
1981	49	4	45	0
1982	51	6	45	0
1983	68	8	60	0
1984	101	24	75	2
1985	131	31	49	51
1986	95	16	16	63
1987	101	12	6	83
1988	92	6	3	83
1989	60	0	2	58
1990	32	1	0	31
1991*	2	0	0	2
INSGES.:	782	108	301	373

* bis einschl. April

Quelle: *Ministerio para las Administraciones Públicas* (1991: 64)

Tabelle 9a: Konflikte 1981-1991: Zentralstaat gegen Autonome Gemeinschaften

	Konflikte insges. (1)	Zurückgezogene Klagen (2)	Urteile VG (3)	Ausstehende Urteile (4) [=(1)-(2)-(3)]
Andalucía	10	1	2	7
Aragón	6	0	1	5
Asturias	4	0	2	2
Baleares	19	7	3	9
Canarias	13	0	5	8
Cantabria	8	0	2	6
Castilla y León	4	1	1	2
Castilla-La Mancha	1	1	0	0
Cataluña	99	25	44	30
Extremadura	1	0	0	1
Galicia	32	10	16	6
La Rioja	1	0	0	1
Madrid	4	1	1	2
Murcia	3	1	0	2
Navarra	9	1	5	3
País Vasco	67	11	35	21
Valencia	11	2	3	6
INSGES.:	292	61	120	111

Quelle: Ministerio para las Administraciones Públicas (1991: 68). Erfassungszeitraum: Januar 1981-April 1991.

Tabelle 9b: Konflikte 1981-1991: Autonome Gemeinschaften gegen Zentralstaat

	Konflikte insges. (1)	Zurückgezogene Klagen (2)	Urteile VG (3)	Ausstehende Urteile (4) [=(1)-(2)-(3)]
Andalucía	9	0	0	9
Aragón	6	0	1	5
Asturias	2	0	0	2
Baleares	7	0	1	6
Canarias	8	0	2	6
Cantabria	9	1	2	6
Castilla y León	4	0	0	4
Castilla-La Mancha	0	0	0	0
Cataluña	209	22	66	121
Extremadura	0	0	0	0
Galicia	60	13	36	11
La Rioja	1	0	0	1
Madrid	0	0	0	0
Murcia	1	0	0	1
Navarra	2	0	0	2
País Vasco	164	10	71	83
Valencia	8	1	2	5
INSGES.:	490	47	181	262

Quelle: *Ministerio para las Administraciones Públicas* (1991: 69). Erfassungszeitraum: Januar 1981-April 1991.

verteilung dokumentieren in großer Anschaulichkeit die Sonderstellung der zwei Hochburgen des peripheren Nationalismus im Autonomiesystem an.

Diese Sonderstellung wird darüber hinaus auch daraus ersichtlich, daß Autonome Gemeinschaften, die seit 1980 durchgehend oder überwiegend vom konservativen PP beherrscht waren, die politische Orientierung der Zentralregierung demnach nicht teilten (wie Galicien, Kastilien-León, Kantabrien oder die Balearen), weitaus weniger Konflikte eingehen als Basken und Katalanen. Ansonsten stellt offensichtlich auch das Kompetenzniveau einer *Comunidad Autónoma* für sich allein genommen noch keine kritische Größe für die Konfliktartikulation dar: Gemeinschaften mit einer hohen bzw. relativ hohen Kompetenzausstattung wie Andalusien oder die *Comunidad Valenciana* - die sich, wohlgemerkt, von ihren ersten Regionalwahlen an in den Händen der Sozialisten befinden - legen keine auffällige Konfliktbereitschaft an den Tag. Zu erwähnen bleibt schließlich, daß Regionen mit Normalstatuten, die von der gleichen Partei wie Spanien insgesamt - also vom PSOE - regiert werden, sich gegenüber Madrid ausgesprochen friedfertig verhalten: So haben weder Extremadura noch Castilla-La Mancha zwischen 1981 und 1991 auch nur ein einziges Mal beim Verfassungsgericht eine Klage gegen den spanischen Staat eingereicht.

Die Inhalte der Rechtskonflikte zwischen Zentrum und Peripherien erstrecken sich über eine Vielzahl von Politikfeldern.²⁰ Neuralgische Zonen sind insbesondere das Finanz- und Haushaltswesen sowie Materien wie Landwirtschaft und Raumordnung, für die einige Regionen exklusive Kompetenzen beanspruchen. Auf den Bereich der Landwirtschaft entfallen beispielsweise 19%, auf die Bereiche öffentliche Bauten und Transport 18% der Auseinandersetzungen, die Zentralregierung und Autonome Gemeinschaften von 1981 bis 1991 vor dem Verfassungsgericht ausgetragen haben. Die Konflikte brechen wegen der unterschiedlichsten technischen Details aus; ihre Hauptursache ist allerdings nicht technischer, sondern substantieller Art: Die spanische Exekutive und die Exekutiven in den historischen Peripherien zeigen ein nahezu gegensätzliches Verständnis von der anzustrebenden Funktionsweise des Autonomiestaats. Aus der Sicht Madrids darf kein relevanter gesellschaftlicher Bereich der übergeordneten Verantwortlichkeit des spanischen Staates entzogen bleiben - der Staat ist Garant der territorialen Einheit und der Wahrung "übergemeinschaftlicher" Interessen. Basken und Katalanen vertreten demgegenüber die Auffassung, daß Allzuständigkeitsansprüche des Staates ihre politische Autonomie drastisch beschneiden und diese im Endeffekt auf residuale und fragmentierte Entscheidungssphären beschränken würden.

Die Rechtsprechung des *Tribunal Constitucional* hat im allgemeinen das von den zentralstaatlichen Akteuren favorisierte Konzept territorialer Machtverteilung akzeptiert und

20 Ich stütze mich hier auf die gegenstandsbezogene Konfliktauflistung in einem vom *Ministerio para las Administraciones Públicas* (1991: 70) herausgegebenen Informationsbulletin.

die Intervention der Zentralgewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen zugelassen. Das Verfassungsgericht mußte hierbei zwangsläufig Kriterien anwenden, die im Kern nicht juristisch-technischer, sondern politischer Natur sind (vgl. Viver i Pi-Sunyer 1990: 44-47). Ungeachtet der wachsenden Tätigkeit der Verfassungsrichter veränderten sich die divergierenden Vorstellungen, die die dominanten staatlichen und regionalen Akteure hinsichtlich des Gehalts der politischen Dezentralisierung bekunden, im Grundsatz nicht. Ohne eine wechselseitige Annäherung dieser Vorstellungen dürfte jeder Versuch einer dauerhaften Abschwächung der Konfliktintensität im Autonomiesystem auf wackligen Beinen stehen.

Nun läßt sich trotz des auf den ersten Blick hin mehr als beachtlichen Niveaus der Konflikte deren Verrechtlichung zweifelsohne auch als Teilerfolg bei der Institutionalisierung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen im Postfranquismus interpretieren. Bei der Übernahme der Funktionen eines allseitig akzeptierten Konfliktschlichters konnte das Verfassungsgericht mittelfristig von der Tatsache profitieren, daß es 1983 wichtige Abschnitte der in der LOAPA enthaltenen Bestimmungen aufgehoben und den historischen Regionen damit zu einem unverhofften Teilsieg über den spanischen Staat verholfen hatte. Die Legitimationsbasis seiner Arbeit wurde aufgrund des LOAPA-Urteils zumindest von den gemäßigten Nationalisten im Baskenland und Katalonien bislang nicht nachdrücklich hinterfragt. Dennoch erhebt sich das Problem, daß dem *Tribunal Constitucional* die Rolle des Schiedsrichters in einem Spannungsfeld zufällt, das weitaus weniger durch juristische Differenzen über die angemessene Auslegung konstitutionell vorgegebener Inhalte als durch politische Gegensätze *stricto sensu* gekennzeichnet ist. Das Verfassungsgericht wird so zum eigentlichen Vollstrecker der Theorie des Autonomiestaats. Damit gehen zwei eng ineinander verklammerte Tendenzen einher: Die territorialpolitischen Konfliktparteien kleiden ihre Streitigkeiten in ein rechtliches Gewand. Gleichzeitig trifft das Verfassungsgericht in rechtlich verklausulierter Form politische Grundsatzentscheidungen (vgl. Solozábal Echavarría 1991). Bekanntlich kommt es auch in anderen demokratischen Verfassungsstaaten zu vergleichbaren Phänomenen. Es scheint aber ein Spezifikum des spanischen Falls zu sein, daß - zugespitzt ausgedrückt - die Frage der Staatsform selbst letztlich immer wieder zu Auseinandersetzungen vor dem Verfassungsgericht führt.

Seit Ende der 80er Jahre läßt sich ein bemerkenswerter Rückgang der Rechtskonflikte zwischen Zentraladministration und Autonomen Gemeinschaften verzeichnen (1989: 60 Konflikte, 1990: 32, 1991: 18, 1992: 14).²¹ 1992 war die Zahl der Streitfälle gegenüber dem noch relativ hohen Niveau von 1989 um stattliche 75% gesunken. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung besteht wohl darin, daß die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zunehmende Klarheit über Kompetenzverteilungsfragen geschaffen hat. Beim Auftreten von Differenzen über die Zuständigkeiten von Zentrum und Peripherien bemühen sich die

21 Angaben für 1991 und 1992 nach *El País* vom 02.02.1993.

betroffenen Akteure außerdem neuerdings verstärkt darum, bereits im Vorfeld juristischer Auseinandersetzungen Einvernehmen zu erzielen, um eine Anhäufung von Entscheidungsblockaden in umkämpften Politikbereichen zu vermeiden.²² Als eine weitere, wenngleich eher implizite, Ursache für die Konfliktschärfung ist die Tatsache in Betracht zu ziehen, daß die Sozialisten bei den Wahlen von 1989 ihre absolute Mehrheit im spanischen Parlament einbüßten und nur noch 175 der 350 Repräsentanten im Abgeordnetenhaus stellten. Zudem wird das Baskenland, sieht man von einer achtmonatigen Unterbrechung 1991 ab, seit 1987 von einer Koalition aus PNV und PSOE regiert. Die Sozialisten zeigten angesichts solcher Veränderungen der politischen Machtkonstellationen größeres Interesse an einer Verständigung mit den gemäßigten baskischen und katalanischen Nationalisten und dementsprechend mehr Konzessionsbereitschaft in der Autonomiepolitik. Eines der typischen Merkmale des Autonomiesystems ergibt sich eben daraus, daß dessen Funktionsweise bisher maßgeblich von der Qualität der politischen Beziehungen zwischen Zentralstaat und Regionen abhängig gewesen ist.

Die Tendenzen zur Verrechtlichung der Territorialkonflikte haben den Spannungen zwischen Zentrum und Peripherien alles in allem nur wenig von ihrer politischen Sprengkraft genommen. Der Aufbau des Staats der Autonomen Gemeinschaften erfolgt nach 1982 ohne spektakuläre Einschnitte, aber auch ohne weitreichende Modifikationen im Grundmuster eines permanenten Kräftemessens zwischen der Zentralgewalt und vornehmlich den historischen Regionen. Der autonomiepolitische Stellungskrieg erscheint soweit, kaum überraschend, als eine Konstante in der neuen spanischen Demokratie. Einerseits gibt es zahlreiche Symptome der Verrechtlichung - und damit der regelhaften Bearbeitung - der Prozesse ethnoterritorialer Konfliktartikulation. Ebenso bemerkenswert ist andererseits die nationalistische Aufladung von Themen, die keine unmittelbaren territorialpolitischen Bezüge aufweisen. Als kursorisches Beispiel hierfür mag das im März 1986 abgehaltene Referendum über den NATO-Beitritt Spaniens dienen: In den Peripherien wurde die Abstimmung über eine außenpolitische Frage zu einer Gelegenheit, den nationalistischen Protest gegen die Zentralregierung zu bekunden. Zwar gehörten die gemäßigten baskischen und katalanischen Nationalisten, die in ihren Regionen eine hegemoniale politische Stellung einnahmen, zur Gruppe der Befürworter der spanischen Mitgliedschaft in der NATO. Dennoch nutzten sie das Referendum in einem taktischen Manöver als einen willkommenen Anlaß, ihre Anhänger indirekt zu einem Votum gegen die Madrider Exekutive und deren Autonomiepolitik aufzufordern (vgl. Pi-Sunyer 1986: 7). Anders als im spanischen Durchschnitt ergaben sich im Baskenland und Katalonien gemessen an den regionalen politischen Kräfteverhältnissen

22 So lautet etwa die Einschätzung Juan Manuel Eguíagarays (1992: 343), der nach 1991 im fünften sozialistischen Kabinett das Amt des *Ministro para las Administraciones Públicas* bekleidete. Ähnlich äußern sich auch Joaquín Almunia und Adolfo Hernández (Interviews am 26.06.1991).

einigermaßen paradoxe Mehrheiten gegen einen NATO-Beitritt.²³ Generell unterliegt die Interaktion der verschiedenen administrativen Ebenen im Autonomiestaat den Fluktuationen im politischen Tauziehen zwischen zentralstaatlichen und peripheren Akteuren: So kann sich etwa die Klärung der Verantwortlichkeit für die Umsetzung einer EG-Verordnung im Agrarbereich prinzipiell jederzeit zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Madrid und den regionalen Nationalisten entwickeln.²⁴ Ohne daß es - wie bei den Debatten um die LOAPA - zu einer erneuten Konflikteskalation kam, blieben ethnoterritoriale Spannungen im "Sozialistischen Jahrzehnt" ein stabiler Faktor in der spanischen Politik.

5.4 Dezentralisierung und "Vielfalt in der Vielfalt"

Eines der wichtigsten Ergebnisse der spanischen Transition hinsichtlich der Autonomieproblematik bestand in der Grundsatzentscheidung, bei der Regionalisierung nach der Devise des *café para todos* vorzugehen. Die politische Klasse Madrids entschloß sich, die Herausforderung durch die peripheren Nationalismen Kataloniens und des Baskenlands und die administrativen Defizite, die auf einer hochgradigen Zentralisierung des Staatsapparats beruhten, als Varianten ein und desselben Phänomens zu behandeln. Die "Gründungsväter" der neuen Demokratie konzipierten zur gemeinsamen Bearbeitung weitgehend verschiedenartiger Problembereiche ein seinen elementaren formalen Zügen nach zwar einheitliches, zugleich aber auch ausgesprochen vielschichtiges und zum Teil verworrenes Modell zur Transformation der Staatsstrukturen. Während ein Bundesstaat durch das Funktionsprinzip der politisch-institutionellen Homogenität in der Vielfalt gekennzeichnet ist, trifft für den Autonomiestaat vielmehr das Kriterium der "Vielfalt in der Vielfalt" (Figuerola Laraudogoitia 1991: 62) zu.

Von den zahlreichen soziokulturellen, sozioökonomischen und soziopolitischen Differenzierungsfaktoren einmal ganz abgesehen ergeben sich allein aus der institutionellen Konstruktionslogik des Autonomiesystems erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Autonomen Gemeinschaften. Die Aufstellung einiger Schlüsselindikatoren für die 17 Regionen in Tabelle 10 vermittelt einen groben Eindruck von der Vielfalt in der Vielfalt, die so

23 In Katalonien votierten 50,7%, im Baskenland sogar 59,5% der Abstimmenden gegen die Regierungsvorlage. In Spanien insgesamt betrug der Anteil der Nein-Stimmen 39,8% (bei 52,5% Ja-Stimmen). Zahlen nach Salvador 1989: 219.

24 In diesem Zusammenhang klagt Adolfo Hernández (Interview am 26.06.91) als Generaldirektor für territoriale Kooperation darüber, daß es an Kriterien zur Abgrenzung administrativer Routineaktivitäten von politischen Meinungsverschiedenheiten mangelt und deswegen "alles durcheinander gebracht wird."

Tabelle 10: Autonome Gemeinschaften: Institutionelle Schlüsselindikatoren

Jahr Autonomiestatut	Autonomielevel ¹	Kompetenz- und Ausgabebereiche ² (Stand 1992)	Finanzierungssystem ³	Ausgaben pro Kopf ⁴ (1992, Ptas.)
Erziehung	Gesundheit	Soziale Dienste		
Andalucía 1981	H	D	D	A
Aragón 1982	N			A
Asturias 1981	N			A
Baleares 1983	N			A
Canarias 1982	H/M	D	D	A
Cantabria 1981	N			A
Cast./L. ⁵ 1983	N			A
Cast./M. ⁶ 1982	N			A
Cataluña 1979	H	D	D	A
Extremadura 1983	N			A
Galicia 1981	H	D	D	A
La Rioja 1982	N			A
Madrid 1983	N			A
Murcia 1982	N			A
Navarra 1982	H/M	D	D	F
País Vasco 1979	H	D	D	F
Valencia 1982	H/M	D	D	A

1 H = hoch, M = mittel, N = niedrig. 2 D = dezentralisiert. Die Angaben für die Bereiche Gesundheit und Soziale Dienste beziehen sich auf die Übernahme der vormals zentralstaatlich verwalteten Infrastruktur des INSAL (ID *Instituto Nacional de la Salud*) bzw. des INSERSO (*Instituto Nacional de Servicios Sociales*) durch die Regionaladministrationen, die nicht nach einem einheitlichen Muster erfolgt ist. 3 A = allgemeines System, F = Foralssystem. 4 Die Pro-Kopf-Ausgaben der Regionalregierungen berechnen sich aus dem Quotienten Haushalt/Bevölkerung einer Autonomen Gemeinschaft. Für die Bevölkerungszahl wurden die Zensusdaten von 1991 zugrundegelegt. 5 *Castilla y León* 6 *Castilla-La Mancha*

Quellen: Eguiguren 1992: 320, 328; *Anuario El País* 1993: 388, 408; eigene Berechnungen.

charakteristisch für den *Estado de las autonomías* ist. Wohl gab es nach 1978 "Kaffee für alle", doch bekamen keineswegs alle den gleichen Kaffee.

Prinzipiell muß zwischen mindestens zwei Autonomieniveaus unterschieden werden: Galicien, Katalonien und das Baskenland bilden als historische Nationalitäten zusammen mit Andalusien die Gruppe der Gemeinschaften mit einer von Anfang an als weitreichend definierten Autonomie, die sich zudem aufgrund der abgehaltenen Referenda auf eine plebiszitäre Legitimationsbasis stützt; ihnen steht eine Gruppe mit eingeschränkter und in gewisser Weise von Madrid aus "verordneter" Autonomie gegenüber, die zehn Autonome Gemeinschaften einschließt. Schließlich läßt sich noch eine dritte Sondergruppe von den anderen beiden abgrenzen. Sie wird von den Kanarischen Inseln, Valencia und Navarra gebildet. Der Inselarchipel und Valencia erhielten in Anbetracht ihrer spezifischen Regionalproblematik - die sich auf den Kanarischen Inseln in erster Linie auf die geographische Lage, in Valencia in erster Linie auf Sprache und Kultur gründet - 1982 über zentralstaatliche Organgesetze, also ohne die Notwendigkeit, wie in Andalusien ein Volksbegehren einzuleiten, ein höheres Kompetenzniveau zugebilligt als ihnen nach Art. 143 der Verfassung eigentlich zugekommen wäre. Navarra wurde als traditioneller "Foralgemeinschaft", die im Gegensatz zum Baskenland wegen ihrer "loyalen Haltung" im Bürgerkrieg selbst unter Franco noch erstaunliche, in erster Linie fiskalische Partikularrechte genoß, ebenfalls 1982 im Rahmen eines Organgesetzes zum *Amejoramiento del Fuero* eine weitaus umfassendere Autonomie zugestanden als den Regionen mit Normalstatut.²⁵

Innerhalb der Gruppe derjenigen *Comunidades Autónomas*, die über größere Befugnisse zur Selbstregierung als die Regionen mit Normalstatut verfügen, lassen sich wiederum nochmals gewichtige Unterschiede ausmachen. Bei der Finanzierung tanzen Basken und Navarresen aus der Reihe: Sie besitzen in ihrer jeweiligen Gemeinschaft faktisch die Steuerhoheit. Anders als im gewöhnlichen Finanzierungssystem werden die regionalen Ausgaben dabei vorwiegend aus eigenen Mitteln bestritten und nicht über zentralstaatliche Zuweisungen abgedeckt. Hingegen müssen die Autonomen Gemeinschaften, die ihre Ressourcen über den allgemeinen Finanzierungsmodus beziehen, zur Ausübung ihrer Kompetenzen in hohem Maße auf Gelder zurückgreifen, die der Zentralstaat vergibt. So betrug der Anteil der von Madrid abgetretenen Steuern an den Einnahmen der autonomen Regierungen Andalusiens, Galiciens und Kataloniens 1990 je 9%, 11% und 17% (zum

²⁵ Zu den Besonderheiten des Autonomieregimes in Navarra siehe die knappe Darstellung von Pérez Calvo (1992). Die Einstufung des Autonomieniveaus Navarras, Valencias und der Kanarischen Inseln als "hoch" bis "mittel" in Tabelle 10 ergibt sich aus dem Umstand, daß der Devolutionsprozeß in diesen Regionen zwar zu vergleichbaren Kompetenzen wie zum Beispiel in Katalonien oder Andalusien geführt hat, jedoch nicht auf einer plebiszitär legitimierten Grundlage fußt, sondern wie in den Gemeinschaften mit Normalstatut im wesentlichen vom politischen Gutdünken der Madrider Regierung abhängig gewesen ist.

Vergleich: Navarra 95 %, Baskenland 85 %).²⁶ Generell lag der Anteil dezentral erhobener Steuern an den Einkünften der Regionalregierungen zu Beginn der '90er Jahre im spanischen Gesamtdurchschnitt bei ca. 14 %; er war damit deutlich niedriger als in föderal verfaßten Staaten wie den USA, Kanada oder der BRD, wo er sich zwischen 30 % und 50 % bewegt (vgl. *El País*, 18.10.1993).

Auch bei der Kompetenzausstattung zeigt sich nach einer genaueren Betrachtung, daß selbst bei den Gemeinschaften mit einem hohen Autonomieniveau nur bedingt von Gleichförmigkeit die Rede sein kann. Auf den Kanarischen Inseln hatte etwa die Übernahme des staatlichen Dienstleistungsapparats im Gesundheitsbereich - neben dem Erziehungswesen eines der potentiellen Hauptfelder dezentraler Politikgestaltung - bis 1992 noch nicht stattgefunden. Hinzu kommt, daß in den übrigen Gemeinschaften mit einem mittleren bis hohen Autonomieniveau die regionale Regelung der Erziehungseinrichtungen oder der Gesundheitsversorgung nicht zwangsläufig deckungsgleichen Kriterien unterliegt, da sie nicht das Ergebnis eines zeitlich parallel und inhaltlich koordiniert verlaufenden Prozesses gewesen ist. In Katalonien oder Andalusien etwa fällt die Verwaltung des Gesundheitswesens praktisch seit der Erlangung der Autonomie in die regionale Zuständigkeit, in anderen Gemeinschaften dagegen später: im Baskenland seit 1987, in Galicien seit 1989 und in Navarra erst seit 1991.

Die Pro-Kopf-Ausgaben der Regierungen der *Comunidades Autónomas* lassen sich als annähernder Indikator für den Umfang der von den Regionalregierungen wahrgenommenen Aufgaben heranziehen. Es ist insbesondere die Eigenverantwortlichkeit einer Gemeinschaft für das Schul- und Erziehungswesen, die im relativen Haushaltsvolumen ihren Niederschlag findet. In der Tat übersteigen die Ausgaben, die die sieben Regionen mit weiterreichender Autonomie pro Kopf tätigen, die entsprechenden Ausgaben einer Gemeinschaft mit Normalstatut im Durchschnitt um mehr als das Doppelte. Erklärungsbedürftig scheint der Fall Navarras, das durch eine außergewöhnliche Ausgabenfreudigkeit hervorsteicht.²⁷ Die Gründe hierfür dürften zum einen im Zusammenspiel des fiskalischen Sonderstatus mit der wirtschaftlichen Prosperität der Region liegen. Zum anderen ging Navarra als Autonome Gemeinschaft aus nur einer Provinz hervor; die ehemals zentralstaatliche Provinzialverwaltung ist inzwischen nahezu vollständig in regionale Hände überführt worden, so daß die autonome Regierung vergleichsweise hohe Personalausgaben zu finanzieren hat.

Der sukzessive Transfer von Zuständigkeiten vom Zentralstaat an die Autonomen Gemeinschaften in den 80er Jahren kommt in der Entwicklung der Haushalte der Regionalregierungen, die für den Zeitraum von 1986 bis 1992 in Tabelle 11 dargestellt ist, recht

26 Eigene Berechnungen nach den Daten in OECD 1993: 63.

27 Dieses Phänomen ist nicht auf 1992 beschränkt, sondern auch im vorangehenden und im Folgejahr zu beobachten.

Tabelle 11: Entwicklung der Haushalte der Autonomen Gemeinschaften 1986-1992 (Angaben in Mio. Ptas.)

	1986	1988	1990	1992	1992/8
Andalucía	529.672	799.965	1.215.826	1.516.903	24,7
Aragón	33.172	48.670	60.475	105.616	1,7
Asturias	35.405	49.305	66.525	86.563	1,4
Baleares	12.086	16.545	24.974	46.659	0,8
Canarias	80.171	123.988	193.920	254.689	4,1
Cantabria	23.124	32.522	49.829	49.849	0,8
Castilla y León	61.379	90.128	150.404	186.732	3,0
Castilla-La Mancha	49.683	89.217	125.595	168.610	2,7
Cataluña	451.190	704.234	987.971	1.308.859	21,3
Extremadura	33.213	47.898	85.549	112.672	1,8
Galicia	137.008	235.720	349.874	444.524	7,2
La Rioja	10.011	14.928	23.357	25.930	0,4
Madrid	116.285	185.005	222.861	268.911	4,4
Murcia	30.988	39.244	61.927	70.854	1,2
Navarra	72.634	85.472	124.476	238.761	3,9
País Vasco	159.934	304.344	425.900	538.761	8,7
Valencia	167.762	374.705	557.239	729.076	11,9
insgesamt	2.003.717	3.241.890	4.726.702	6.153.339	100,0

Quellen: Hildenbrand 1992: 137; *Anuario El País* 1991: 382 f.; *Anuario El País* 1993: 388

plastisch zum Ausdruck. 1992 war das Gesamtvolumen der Regionalhaushalte auf ein Dreifaches der Zahl von 1986 angestiegen. Die Ausgaben der Autonomen Gemeinschaften betrugen 1991 immerhin bereits 10% des spanischen Bruttoinlandprodukts. Das Anwachsen des Anteils der öffentlichen Ausgaben am BIP von 32% im Jahr 1980 auf 44% im Jahr 1991 wird von der OECD (1993:66), allerdings auf einer sehr spekulativ bleibenden Argumentationsebene, nicht zuletzt als ein Symptom des Dezentralisierungsprozesses interpretiert. Ein kurzer Blick auf die Proportionen der einzelnen regionalen Haushalte bringt abermals die Ungleichförmigkeit dieses Prozesses zum Ausdruck: 82% der Summe sämtlicher Regionalhaushalte entfielen 1992 auf Andalusien, Galicien, die Kanarischen Inseln, Katalonien, das Baskenland, Navarra und Valencia, also auf die sieben Autonomen Gemeinschaften, die sich von den übrigen zehn durch umfassendere Kompetenzen und/oder ein spezifisches Finanzierungssystem abheben. Zwischen Gemeinschaften mit einer nahezu identischen Bevölkerungszahl wie Navarra und Kantabrien tun sich bezüglich der Ausstattung der Regionalregierungen mit finanziellen Ressourcen gewaltige Unterschiede auf. Dabei gilt es selbstverständlich im Auge zu behalten, daß die relative Größe des Haushalts einer Region nichts über die sozioökonomische Lage der Regionalbevölkerung aussagt, sondern allenfalls den Grad an politischer Autonomie einer Territorialeinheit signalisiert.

Die Ausgabenposten, die die Haushalte der Gemeinschaften mit einem höheren Niveau an Kompetenzen am stärksten belasten, sind das Erziehungs- und das Gesundheitswesen. In Katalonien absorbieren sie an die 70% des Gesamtbudgets der Regionalregierung (vgl. Huguet 1989: 269). Ähnlich verhält es sich in den anderen Gemeinschaften, die Zuständigkeiten in den genannten Bereichen ausüben. Selbst die Gebiete mit Sonderstatuten haben damit eine eng begrenzte Verfügungsfreiheit über ihre Ausgaben, denn sie müssen ihre Ressourcen in Sektoren allozieren, in denen sie zwar Ausführungskompetenzen besitzen, jedoch nur mit erheblichen Einschränkungen eigenständige Politikinhalte formulieren dürfen (vgl. Vallès 1992: 380).

Ebenso wie am stetig steigenden Umfang der Regionalhaushalte läßt sich der Prozeß der Transformation der Staatsstrukturen in den 80er Jahren anhand der Entwicklung der Anteile von Zentralstaat, Autonomen Gemeinschaften und Kommunen an den öffentlichen Ausgaben verfolgen (siehe Tabelle 12). 1981 nahmen die Regionen nur magere 3% aller öffentlichen Ausgaben vor; 1991 waren es bereits über 21%. Falls es zu keinem dramatischen Einschnitt im weiteren Verlauf der Dezentralisierung kommt, steht zu erwarten, daß Spanien noch während dieses Jahrzehnts Anschluß an die Gruppe westlicher Staaten mit einer längeren föderalistischen Tradition findet, was die Anteile von Regionen und Kommunen an den öffentlichen Ausgaben angeht. Das bislang kontinuierliche Wachstum der regionalen Haushalte entspringt freilich keineswegs einseitig getroffenen finanzpolitischen Entscheidungen der Exekutiven in den *Comunidades Autónomas* und bedeutet auch nicht zwangsläufig eine größere Nachfrage öffentlicher Dienstleistungen durch die Bürger in den

Regionen. Im wesentlichen beruht der Anstieg der auf der Meso-Ebene getätigten Ausgaben auf der Überführung vormals zentralstaatlicher Dienstleistungssparten in regionale Hände.

Tabelle 12: Entwicklung der Anteile von Zentralstaat, Autonomen Gemeinschaften und Kommunen an den öffentlichen Ausgaben 1981-1991 (%)

	1981	1986	1991
Zentralstaat	87,33	72,60	64,78
Autonome Gemeinschaften	2,95	14,60	21,04
Kommunen	9,72	12,80	14,18

Quelle: *El País*, 18.10.1991

Ein weiterer Indikator, der häufig herangezogen wird, um die Ausweitung der regionalen Verantwortlichkeiten nach 1980 zu veranschaulichen, ist die durchaus beachtliche Zunahme des Personals, das sich im Dienst der Autonomen Gemeinschaften befindet. Bis Anfang 1992 hatte die Zentraladministration den Regionen über 400.000 Arbeitsplätze übertragen. Davon entfielen allein 285.000 auf Andalusien, Katalonien, Galicien und das Baskenland, also auf die vier Gemeinschaften, die nach Art. 151 der Verfassung ein umfassendes Autonomieregime etablierten (vgl. Eguigaray 1992: 328). Tabelle 13 enthält eine nach Zentrale, Regionen und Kommunen aufgegliederte Übersicht der Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Sektor zwischen 1982 und 1991. Bei einer Durchsicht der Zahlen sticht der Umstand ins Auge, daß der Transfer von Zuständigkeiten mitsamt der an diese gekoppelten Arbeitsstellen an die Regionalregierungen nicht mit dem eigentlich erwartbaren numerischen Rückgang der Beschäftigten des Zentralstaats einhergeht: Im erfaßten Zeitraum richteten die *Comunidades Autónomas* 500.000 Stellen ein, von denen 400.000 unmittelbar von der Madrider Exekutive abgetreten wurden; die Zahl der in der Zentraladministration beschäftigten Personen sank aber um etwas weniger als 300.000. Hierbei mag sicherlich der Ausbau der Infrastruktur für staatliche Dienstleistungen unter den Sozialisten - zum Beispiel im Zuge der Reform des Bildungs- und Erziehungssystems (vgl. Maravall 1991: 28 f.) - zu Buche schlagen. Er führte zu einer generellen Zunahme des Personalbestands im öffentlichen Dienst, die auch den Zentralstaat einbezog, der zwar Beamte an die Peripherien abgab, aber auch wieder neue einstellte. Zugleich läßt sich jedoch schwer bestreiten, daß die Koordinationsprobleme bei der Neugestaltung der Staatsorganisation zahlreiche Überschneidungen in der Aufgabendefinition der verschiedenen politisch-administrativen Ebenen und entsprechende Doppelungen des Personals mit sich gebracht

haben. Kaum überraschend, zeichnet sich die Struktur der öffentlichen Verwaltung in Spanien, was die territoriale Zuordnung spezifischer Tätigkeitsfelder betrifft, nicht gerade durch Transparenz aus.

Tabelle 13: Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung 1982-1991

	1981	1986	1989	1991
Zentralstaat	1.181.820	946.625	953.268	900.576
Autonome Gemeinschaften	44.475	326.900	514.273	565.460
Kommunen	167.045	295.400	333.843	359.877
insgesamt	1.393.340	1.568.925	1.801.384	1.825.913

Quelle: *El País*, 22.02.1992

Trotz dieser oft genug kritisierten Unübersichtlichkeit bleibt allerdings allgemein festzuhalten, daß der Stellenwert der *Administración periférica del Estado* - wie die offizielle Bezeichnung für die zentralstaatlichen Verwaltungseinheiten in den spanischen Provinzen lautet - gegenüber der *Administración autonómica* zumindest in den sieben Regionen mit mehr oder weniger weitreichender Autonomie nachhaltig abgenommen hat. So waren etwa in Katalonien Anfang 1992 26.000 Angehörige der Verwaltung noch dem Zentralstaat unterstellt, während sich die Zahl für das Personal der *Generalitat* auf 104.000 belief. Zum genannten Zeitpunkt betrug das Verhältnis zwischen den Beschäftigten der Zentral- und der Regionalverwaltung in den historischen Peripherien sowie in Andalusien, Valencia und Navarra ungefähr 1:4 bis 1:5. In den Gemeinschaften mit Normalstatuten verhält es sich genau umgekehrt. Dort befindet sich das Gros des Verwaltungsapparats weiterhin unter zentralstaatlicher Aufsicht.²⁸

Bei einem genaueren Vergleich der Regionen mit überdurchschnittlicher Kompetenzausstattung, die sich auch auf die Schlüsselbereiche des Erziehungs- und Gesundheitswesens erstreckt, bezüglich der Entwicklung des Personalbestands treten erneut erwähnenswerte Diskrepanzen selbst innerhalb dieser Gruppe zutage: In Katalonien kommen 12 im Dienst der Autonomen Gemeinschaft stehende Beschäftigte auf je 1.000 Einwohner, im Baskenland sind es 15, in Navarra 17, auf den Kanarischen Inseln 18, in Valencia 19, in

28 Angaben nach der Aufstellung im *Anuario El País* 1993: 93.

Galicien 24 und in Andalusien 29.²⁹ Allein aus dem variierenden Personalbedarf bei der Wahrnehmung der regionalen Zuständigkeiten lassen sich diese Unterschiede kaum erklären. Vielmehr drängt sich die Vermutung auf, daß die Rekrutierung von Personal durch die autonomen Administrationen vornehmlich in den ärmeren Regionen des Südens und Nordwestens als Instrument zur Entlastung des Arbeitsmarkts dient.³⁰

Ein weiteres Phänomen, das im hier erörterten Kontext Aufmerksamkeit verdient, weil es die institutionelle Differenzierung im Autonomiestaat in großer Deutlichkeit zum Ausdruck bringt, ist schließlich das in der legislativen Tätigkeit der zwischen 1980 und 1983 konstituierten Regionalparlamente beobachtbare Gefälle (siehe Tabelle 14). Mit aller gebotenen Vorsicht kann die regionale "Gesetzesproduktion" ihrem Umfang wie ihrem Inhalt nach als ein grober Indikator für den Willen zur Nutzung autonomiepolitischer Spielräume betrachtet werden. Von siebzehn Autonomen Gemeinschaften zeichnen ganze vier - Katalonien, Navarra, das Baskenland und Galicien - für 40% aller zwischen 1980 und 1991 in den Regionen erlassenen Gesetze verantwortlich.³¹ Es fällt auf, daß der Kontrast zwischen Gemeinschaften mit verschieden abgestufter Autonomie im Hinblick auf die dezentrale Gesetzgebung insgesamt weniger ausgeprägt ist als angesichts der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Kompetenzen anzunehmen wäre. Die mit Geldern und Befugnissen nicht eben reich gesegnete *Comunidad Autónoma de la Región de Murcia* hat beispielsweise mehr Gesetze verabschiedet als das benachbarte, mit einer umfassenden Autonomie dotierte Andalusien. Andalusien und Katalonien verfügen über ein nahezu gleichwertiges Kompetenzniveau. Der Abstand von zwei Jahren bei der Erlangung der Rechte und Einrichtungen zur Selbstregierung reicht kaum aus, um zu erklären, warum die legislative Tätigkeit des katalanischen Abgeordnetenhauses die des andalusischen um ein Dreifaches überbietet.

Nun liegt auf der Hand, daß die bloße Anzahl verabschiedeter Gesetze nichts über die Qualität der Entscheidungen der Regionalparlamente aussagt. Im ganzen betrachtet befaßte sich im Zeitraum 1980-1989 ein überwältigender Anteil der Gesetzgebung der Autonomen Gemeinschaften mit Fragen der Organisation des eigenen administrativen Gefüges und mit haushalts- und finanztechnischen Angelegenheiten³¹: In Navarra, das durch eine außergewöhnlich intensive legislative Aktivität hervorsticht, fielen bis 1989 65% aller vom

29 Zahlen für 1991 nach OECD 1993: 68. Im Fall der Kanarischen Inseln ist zu beachten, daß hier noch keine Übernahme des staatlichen Gesundheitssystems stattgefunden hat.

30 Dafür spricht auch die Beobachtung, daß die weniger wohlhabenden *Comunidades Autónomas* ihre Personaldichte insbesondere einer sehr hohen Zahl von Angestellten unteren Dienstgrads verdanken (vgl. OECD 1993: 70).

31 Ich stütze mich hier und bei den in diesem Abschnitt folgenden Angaben auf Ergebnisse einer ersten, von den katalanischen Politologen Joan Subirats und Jordi Argelaguet durchgeführten Untersuchung zur systematischen Auswertung der Arbeit der Regionalparlamente zwischen 1980 und 1989. Subirats und Argelaguet haben eine Zusammenfassung ihrer Studie in der Tageszeitung *El País* (11.11.1991) veröffentlicht.

Tabelle 14: Legislative Tätigkeit der Regionalparlamente 1980-1991

Autonome Gemeinschaft	Zahl der verabschiedeten Gesetze
Andalucía	76
Aragón	78
Asturias	92
Baleares	88
Canarias	93
Cantabria	72
Castilla y León	80
Castilla-La Mancha	51
Cataluña	232
Extremadura	43
Galicia	99
La Rioja	30
Madrid	88
Murcia	90
Navarra	199
País Vasco	134
Valencia	90

Quelle: Eguiagaray 1992: 324

Regionalparlament ratifizierten Gesetzesvorlagen in das Gebiet der Haushaltsplanung. Zu einer nennenswerten legislativen Tätigkeit außerhalb der Bereiche Finanzen und Aufbau der regionalen Institutionen kam es im vergangenen Jahrzehnt nur in Katalonien, dem Baskenland und Galicien. Davon betroffen waren vor allem die Felder der Kultur- und Bildungspolitik, in geringerem Umfang aber auch Sozialpolitik und Industriepolitik. Keine großen Überraschungen ergeben sich aus einer kurzen Überprüfung der durch die Gesetzgebung der *Comunidades Autónomas* ausgelösten Konflikte mit dem Zentralstaat. Als klare Spitzenreiter erweisen sich in dieser Hinsicht die Bastionen des peripheren Nationalismus: 20% der in Katalonien und 15% der im Baskenland vor 1990 verabschiedeten Gesetze wurden von der Zentralregierung auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin angefochten. In ihrer Konfliktbereitschaft setzen sich die zwei klassischen territorialen Spannungsherde mit gewohnter Deutlichkeit vom Block der übrigen Regionen ab.

Hinter scheinbarer Gleichförmigkeit verbirgt das institutionelle "Design" des spanischen Staates ein äußerst heterogenes Ensemble als "autonom" definierter politisch-administrativer Handlungsräume. Anfang der 80er Jahre war aus dem zerbrechlichen verfassungspolitischen Minimalkonsens über die territoriale Machtverteilung heraus eine Situation entstanden, in der das Grundprinzip der Autonomie je nach regionalem Kontext veränderliche Auslegungen erfuhr. Die "Rationalität" der Strategie des *café para todos* mag zwar verhindert haben, daß in einigen Regionen größere kollektive Ressentiments wegen eines als zweitrangig empfundenen Territorialstatus aufkamen, allerdings um den Preis der Schaffung einiger "mehr oder weniger phantasmagorischer Autonomien" (Subirats 1991: 110), deren Existenz selbst für weite Teile der eigenen Bevölkerung eine eher anekdotische Bedeutung hatte, und von deren politischem Gestaltungsvermögen im ersten Jahrzehnt der Dezentralisierung nicht allzu viel sichtbar geworden ist. Die Sonderrolle der historischen Nationalitäten, vor allem der Basken und Katalanen, bleibt trotz der Verallgemeinerung des Autonomierahmens unverkennbar. In den nationalistisch dominierten Regionen besteht offensichtlich die größte Bereitschaft, die auf der Meso-Ebene gegebenen Spielräume aktiv und zum Teil auch offensiv zu nutzen. Darüber hinaus zeigen sich drei bis vier weitere *Comunidades Autónomas* - hier wären etwa Galicien und Navarra zu nennen - bestrebt, dem baskisch-katalanischen Beispiel zu folgen, ohne jedoch intensivere Konflikte mit dem Zentralstaat einzugehen.

Das in der neuen Demokratie implementierte Modell vertikaler Gewaltenteilung bringt mit seiner Auffächerung territorialer Autonomieniveaus zwangsläufig eine Fragmentierung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen mit sich. Für die Koordination der Funktionen von Makro- und Mesoebenen und für die Kooperation zwischen Zentral- und Regionalregierungen gibt es keine einheitliche Basis. Im Autonomiesystem sind Kompetenzen und Ressourcen ungleich verteilt, Abstimmungsmechanismen nach bundesstaatlichem Muster kaum verfügbar. Mehrere Politikfelder, beispielsweise Erziehung oder Landwirtschaft,

erlauben nicht immer eine scharfe Trennung staatlicher und regionaler Zuständigkeiten. Doch von der Möglichkeit, sogenannte "sektorale Konferenzen" einzuberufen, auf denen Vertreter der Zentralregierung und der Autonomen Gemeinschaften ihre politischen Maßnahmen in den fraglichen Bereichen untereinander absprechen, wurde bislang nur sehr spärlich Gebrauch gemacht. Solche *conferencias sectoriales* haben ohne klare inhaltliche Vorgaben höchst sporadisch getagt und selten handgreifliche Ergebnisse hervorgebracht. De facto kann weder von einvernehmlich gebilligten Prozeduren zur Koordination der Aufgaben von Staat und Autonomen Gemeinschaften noch von einem institutionell vorgesehenen Raum für die übergreifende Zusammenarbeit zwischen Meso-Einheiten die Rede sein (vgl. de Blas Guerrero 1989a: 264, Martín-Retortillo 1992: 136). Vorhandene multilaterale Gremien zur Erörterung der Aufgabenteilung zwischen Zentrum und Regionen sind rein konsultativen Typs und halten zudem keine regelmäßigen Sitzungen ab. Die Einrichtung von Kooperationskanälen bleibt vorwiegend eine Sache des bilateralen Dialogs, eine Angelegenheit des politischen Austauschs zwischen Madrid und einzelnen Gemeinschaften.

Dementsprechend finden sich in der spanischen Literatur zur Evaluation des Autonomiemodells, wie es sich bis Anfang der 90er Jahre herauskristallisiert hat, häufig Klagen über dessen Dysfunktionen. Bei allen Unterschieden in bezug auf die ihnen zugrundeliegenden territorialpolitischen Präferenzen enthalten derartige Klagen eine Reihe gemeinsamer Motive. Alles in allem läuft die vorgebrachte Kritik an vier Hauptlinien entlang:

- Es herrscht bis heute immer noch Unklarheit über Fragen der Verteilung von Kompetenzen (vgl. de Blas Guerrero 1989a: 260). Selbst in Entscheidungsfeldern, in denen Nationalitäten oder Regionen theoretisch mit "ausschließlichen" Zuständigkeiten ausgestattet sind, kann die Veränderung der staatlichen Rahmengesetzgebung zu Zwecken der Durchsetzung des übergeordneten Prinzips der territorialen Einheit die Meso-Regierungen in der Praxis zu drastischen Kurskorrekturen zwingen. Dadurch entsteht in den Peripherien erhebliche Unsicherheit bei der Planung größerer und langfristig angelegter politischer Eigenvorhaben.

In diesem Zusammenhang wirkt sich auch das Mißverhältnis zwischen den Politikbestimmungs- und den Politikausführungskompetenzen der Autonomen Gemeinschaften nachteilig auf die Umsetzung dezentraler Gestaltungsinitiativen aus. In Sphären wie denen der Sozialen Dienste, der Gesundheit oder der Bildung und Erziehung erbringen die Gemeinschaften Dienstleistungen "vor Ort", können aber nur mit geringer Flexibilität auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Adressatengruppen reagieren, da die Rahmengesetzgebung der zentralstaatlichen Hoheit untersteht (vgl. Porras Nadales 1989: 279). Entscheidend ist hierbei, daß die juristische Interpretation der Reichweite der staatlichen Rahmengesetzgebung gegenüber den Peripherien bisher eher restriktiv war. Das Verfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung bei

Territorialkonflikten dazu tendiert, der Zentralregierung eine vorrangige Rolle bei der Definition des Gemeinwohls auch in Fragen zuzugestehen, deren gesamtstaatliche Relevanz zumindest auf Anhieb nicht leicht nachvollziehbar scheint.

- Trotz der unbestreitbaren Fortschritte bei der Dezentralisierung dauert in den Peripherien ein undurchsichtiges Nebeneinander verschiedener administrativer Niveaus fort (vgl. Moreno 1991: 11). Im Zuge der Erweiterung der gemeinschaftlichen Kompetenzen werden die Kriterien zur Benennung der Funktionen, die die in den Peripherien verharrenden Apparate des Zentralstaats gegenüber der regionalen Verwaltung haben sollen, immer diffuser. Die zentralstaatliche Seite zeigt starke Vorbehalte, einige ihrer politisch-administrativen Organe in den *Comunidades Autónomas* abzubauen. In Regionen wie dem Baskenland oder Katalonien, die über die Befugnis zur Bildung eigener Polizeieinheiten verfügen, stellt die öffentliche Sicherheit in dieser Beziehung einen besonders empfindlichen Bereich dar. Gerade in Euskadi ist das Verhältnis zwischen den nach wie vor dort stationierten spanischen Ordnungskräften und der autonomen baskischen Polizei, der *Ertzaintza*, weitaus weniger von Komplementarität als von Mißtrauen und Konkurrenz geprägt.
- Mit den Ausnahmen des Baskenlands und Navarras, die das Privileg weitgehender fiskalischer Freiheiten genießen, wurden für die Finanzierung der Ausgaben der Autonomen Gemeinschaften bislang nur provisorische Lösungen entwickelt. Alle diese Lösungen beruhen im Kern auf den Grundsätzen der Zentralisierung der öffentlichen Einnahmen, der Dezentralisierung der Ausgaben und der Verantwortlichkeit der Zentralregierung für die Deckung der Kosten, die in den Peripherien durch die Übernahme von Dienstleistungs- und Aufgabenfeldern entstehen.

Die Zusammensetzung der zentralstaatlichen Subventionen an die neuen Territorialgebilde berechnet sich nach einem komplizierten Schlüssel, der neben den finanziellen Aufwendungen für die Ausübung regionaler Kompetenzen die unterschiedlich gewichteten Variablen Bevölkerung, Fläche, Insellage, Verwaltungseinheiten und -personal, relativer Reichtum und Steueraufkommen umfaßt (vgl. Hildenbrand 1992: 161). Bei den ärmeren Regionen kommen in größerem Umfang Zuweisungen aus dem "Interterritorialen Ausgleichsfonds" hinzu. Die bisherige Praxis der Finanzierung der *Comunidades Autónomas* impliziert, daß die zentralstaatlichen Institutionen sich weiterhin als oberste Hüter der öffentlichen Einnahmen begreifen. Die Regionen verbleiben dagegen in der Position bloßer Empfänger von Mitteln, über deren Beschaffung sie selbst keinerlei Kontrolle ausüben. Vor allem, was ihre laufenden Ausgaben angeht, sind die meisten Gemeinschaften starken budgetären Restriktionen unterworfen. Insofern läßt sich in Abweichung von der

vorhin erwähnten Diagnose der OECD mit guten Gründen daran zweifeln, daß die Errichtung des Autonomiesystems ein ausschlaggebender Faktor für den Anstieg der öffentlichen Ausgaben in Spanien war. Den in der Vergangenheit geltenden vorläufigen Finanzierungsregelungen nach handelt es sich bei den Finanzen der *Comunidades Autónomas* in hohem Maße um "beaufsichtigte Finanzen" (Monasterio Escudero 1988: 384).

Ungeachtet der eingeschränkten regionalen Finanzautonomie eröffnen die Parameter, nach denen die Einnahmen der Meso-Regierungen errechnet werden, ein weites Feld für nachträgliche Verhandlungen. Die autonome Haushaltsplanung stößt auf zahlreiche Unsicherheitsfaktoren. Über die aufgestellten Summen müssen zum Teil jährlich mit der spanischen Regierung neue Beratungen abgehalten werden. Erfahrungsgemäß ist für die Gewährung von Nachzahlungen dabei die politische Verhandlungsstärke einer Region wichtiger als deren relative fiskalische Belastung oder deren tatsächlicher Bedarf an finanziellen Ressourcen (vgl. Cuchillo 1993: 226). Gleichzeitig entbinden die Unwägbarkeiten in der Finanzierungsstruktur des Autonomiestaats die Regionen aber auch von fiskalischen Verantwortlichkeiten. Aufgrund der niedrigen finanziellen Selbständigkeit der Exekutiven in den Peripherien entzieht sich die Verwendung öffentlicher Gelder auf dezentraler Ebene letztlich der Kontrolle der Wählerschaft. Neuerdings zeigt die spanische Regierung offenbar verhaltene Bereitschaft, auf derartige Defizite zu reagieren, was sich nicht zuletzt auf den Umstand zurückführen läßt, daß sich die chronische regionale Ressourcenknappheit in Verbindung mit fehlender fiskalischer Mitverantwortung in einem raschen Anwachsen der Verschuldung der Autonomen Gemeinschaften niedergeschlagen hat.³²

- Faktisch existieren keine institutionellen Kanäle zur Beteiligung der Meso-Regierungen an der gesamtstaatlichen Willensbildung. Im Prozeß der Verfassungsgebung war ursprünglich vorgesehen worden, dem Senat, der zweiten Kammer, mittelfristig die Funktion eines Repräsentationsorgans von Nationalitäten und Regionen zu geben. Doch die dafür notwendige Senatsreform hat trotz der seit Jahren anhaltenden Diskussionen um das Thema bis heute nicht stattgefunden. Die Senatoren fungieren als Vertreter der Provinzen, der überkommenen administrativen Untereinheiten des spanischen Staats, nicht als Vertreter der *Comunidades Autónomas*, und besitzen gegenüber den Parlamentariern in der ersten Kammer kein eigenständiges Profil (vgl. Giner/Moreno 1990: 187). Im Vergleich zum Abgeordnetenhaus, dem *Congreso de los Diputados*, ist der Senat von völlig untergeordneter Bedeutung; ohne spezifische

32 Siehe dazu die von der OECD (1993: 73) aufgeführten Daten.

Initiativ- oder Kontrollmöglichkeiten zu haben, kann er allenfalls die Ratifizierung der im Kongreß verabschiedeten Gesetze hinauszögern.

Die Umwandlung des Senats in ein spanisches Pendant des deutschen Bundesrats dürfte ungeachtet aller politischen Lippenbekenntnisse noch in weiter Ferne liegen. In jüngster Zeit kam es nur zu vereinzelt Vorstößen, durch Modifikationen der Geschäftsordnung der zweiten Kammer die Rolle der Senatoren als Vertreter der Autonomen Gemeinschaften zumindest symbolisch etwas aufzuwerten. Dies soll in absehbarer Zukunft unter anderem dadurch geschehen, daß Senatsmitgliedern aus den Peripherien erlaubt wird, in der Kammer eine der Minderheitensprachen zu gebrauchen (vgl. *El País*, 13.10.1993). Tatsache bleibt jedoch vorerst, daß es keine ernsthaften Bemühungen zur Bildung von Einrichtungen für die multilaterale Zusammenarbeit von Staat und Regionen gibt. Die Interaktionen von Zentrum und Peripherien spielen sich in einem Kontinuum zwischen den Polen der bilateralen Kooperation und der bilateralen Konfrontation ab.

Verwendet man einen "starken" Institutionalisierungsbegriff, sprechen viele Anzeichen dafür, daß der Institutionalisierungsgrad der Zentrum-Peripherie-Beziehungen in Spanien noch niedrig ist. Das Verhältnis zwischen der Zentralgewalt und den verschiedenen Meso-Exekutiven hängt in einem auffälligen Maße von den Schwankungen der politischen Konjunktur ab; die Unterbauten des Autonomiesystems erwecken dadurch immer wieder den Eindruck der Fragilität. Wegen ihrer schwierigen Entstehungsbedingungen weist die nach 1978 errichtete territorialpolitische Ordnung Eigentümlichkeiten auf, die sich selbst noch in den Versuchen widerspiegeln, den *Estado de las autonomías* begrifflich auf den Punkt zu bringen. Allgemein kreisen diese Versuche um die grundsätzlichen "Probleme einer Definition des Modells der Beziehungen zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften" (Figueroa Laradogoitia 1991). Pointiertere Angebote zur Eingrenzung des untypischen Modells bedienen sich solcher Kategorien wie "quasi- oder semiföderales System" (Puhle 1987: 247), "heterogeneous uniformity" (Subirats 1990: 4), "imperfect federalism" (Moreno 1991) oder "asymmetrischer Bundesstaat" (González Encinar 1992).

Es ist wohl kein Zufall, daß derartige Vorschläge zur Bestimmung der Struktur der vertikalen Gewaltenteilung in Spanien allesamt das Bild einer "Anomalie" in der institutionellen Anlage des Autonomiesystems vermitteln, einer Anomalie, die sich aus dem Umstand ableitet, daß Spanien nach 1978 nicht in einem strengen Sinne föderalisiert wurde. Es ist sicherlich präziser, im gesamtstaatlichen Maßstab von "Dezentralisierung" oder "Regionalisierung" zu sprechen. Dabei wurden Tempo und Umfang der Transfers von Kompetenzen und Ressourcen an die *Comunidades Autónomas* in der Regel vom Zentralstaat festgelegt (vgl. Puhle 1987: 254 f.). Die Logik eines Regimeumbaus, der unter indirekter Aufsicht des Militärs als der wichtigsten Veto-Macht stand, schloß sowohl eine Transformation der

Staatsstrukturen mit dezidiert föderalistischer Stoßrichtung als auch eine einseitige Gewährung weitreichender Autonomie für die historischen Nationalitäten aus. Das Manöver einer "Gesamtregionalisierung" des Landes mit dem Ziel der Verringerung des Eigengewichts der Aspirationen von Basken und Katalanen hielt die "gefährlichen" Peripherien jedoch keineswegs davon ab, den besonderen Charakter ihrer Stellung im spanischen Staatsverband weiterhin zu unterstreichen. Die Bestrebungen der politischen Klasse des Zentrums, den Autonomieprozeß "von oben" zu steuern, brachen sich wiederholt an der Stärke der Nationalisten in den historischen Regionen.

Der Aufbau des Autonomiesystems erfolgte gewissermaßen im Spannungsfeld zwischen den in Madrid vorherrschenden Vorstellungen einer im wesentlichen auf den Administrationsapparat beschränkten Dezentralisierung und dem Drängen der Minderheiten-nationalismen auf Devolutionsmaßnahmen, die Katalonien und dem Baskenland einen in wichtigen politischen Bereichen quasi eigenstaatlichen Status gegenüber den spanischen Institutionen verleihen sollten. "Vielfalt in der Vielfalt" heißt nicht zuletzt, daß zwischen den verschiedenen Elementen, aus denen sich diese Vielfalt konstituiert, ständig aufs neue ein labiles Gleichgewicht hergestellt werden muß. Die zumindest latente Krisenhaftigkeit des Autonomiemodells resultiert schlichtweg daraus, daß es alles andere als ein leichtes Unterfangen ist, innerhalb eines zusammenhängenden institutionellen Ensembles gleichzeitig Ansprüchen auf politisch-administrative Gleichheit und Einheitlichkeit einerseits und Ansprüchen auf die Ausweitung von Partikularrechten andererseits Genüge zu leisten. Mit allen gebotenen Einschränkungen läßt sich die Entwicklung des spanischen Autonomiestaats insofern ansatzweise mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union nach Maastricht vergleichen: In beiden Fällen sind die Teile eines Institutionengefüges auf unterschiedliche Weise in dieses Gefüge integriert. So wie einzelne EU-Mitgliedsstaaten darauf bedacht sind, ihre Distanz zu den Direktiven der Brüsseler Kommission aufrechtzuerhalten, versuchen einzelne Peripherien in Spanien, ihre Zugehörigkeit zum spanischen Staat mit beträchtlichen Forderungen nach Selbständigkeit gegenüber dessen Entscheidungsinstanzen zu verknüpfen. Die territorialpolitische Integration steht von daher auch im Autonomiestaat auf einer mehr oder minder prekären Grundlage.

5.5 Der Autonomiestaat: Ein Dauerprovisorium?

Auch 15 Jahre nach Verabschiedung der demokratischen Verfassung, die der Frage der "territorialen Staatsorganisation" immerhin 22 Artikel widmet, stellen die Grundrisse dieser Staatsorganisation noch einen Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen dar. Die Nationalitätenproblematik war eines der Hauptthemen auf der Agenda der Transition. Als einziges großes *issue* der Übergangsperiode erhitzt sie nach wie vor die Gemüter der

politischen Klasse und der Öffentlichkeit sowohl im Zentrum wie in den Peripherien. Für den Madrider Politikwissenschaftler Ramón Cotarelo (1992: 27), der eine Gesamtbilanz der *transición* zu ziehen versucht, ist die Integration der Nationalitäten in den spanischen Staat "immer noch eine offene Frage"; weiter schreibt Cotarelo (a.a.O.), daß die Zentrum-Peripherie-Gegensätze aus heutiger Sicht als das einzige soziopolitische Spannungsfeld angesehen werden müssen, das ein schwerwiegendes Belastungspotential für die spanische Demokratie enthält. Ähnliche Diagnosen sind auch außerhalb der spanischen Hauptstadt zu vernehmen. So stimmt der katalanische Politologe Josep Maria Vallès (1992: 387), jahrelanger Rektor der *Universitat Autònoma de Barcelona*, mit Cotarelo darin überein, daß die Autonomieproblematik einen anhaltenden Konfliktfaktor bildet, von dem langfristig betrachtet zudem weitaus mehr politische Brisanz ausgegangen ist als von allen anderen kritischen Bereichen der Demokratisierungsperiode.

Nun erscheint das Fortwirken ethnoterritorialer Spannungen auch nach Abschluß der Transition gewiß nicht als ein übermäßig erstaunliches Phänomen. Ethnopolitische Spaltungslinien weisen bekanntlich ein nicht zu unterschätzendes Beharrungsvermögen auf - dies gilt für Spanien ebenso wie für andere europäische Gesellschaften. Nach den nationalistischen Mobilisierungserfolgen im Übergang zur Demokratie stand kaum zu erwarten, daß die politischen Kräfte, die sich die Sache der Peripherien zu eigen gemacht hatten, rasch wieder von der Bildfläche verschwinden würden. Ein zumindest im westeuropäischen Vergleich auffälliges Kennzeichen der spanischen Demokratie ergibt sich nichtsdestoweniger aus dem Umstand, daß die Transition als eigentliche Etappe "großer und richtungsweisender" politischer Entscheidungen gerade im Hinblick auf die neue Territorialordnung ausgesprochen mehrdeutige Ergebnisse zeitigte; letzten Endes "ließ sie die Staatsstruktur in der Schwebe".³³

Klarheit bestand 1978/79 lediglich in zwei Punkten: Erstens sollte die Dezentralisierung des spanischen Staates über die Einrichtung regionaler Autonomien erfolgen. Zweitens sollten die Autonomieregimes über den Kreis der historischen Nationalitäten hinaus ausgedehnt werden. Die näheren Eigenschaften des *Estado autonómico* ließen sich damals jedoch nur schwer antizipieren. In territorialpolitischer Hinsicht blieben die Verfassungsinhalte ein Torso, dessen Vollendung die im verfassungsgebenden Prozeß federführenden politischen Kräfte auf die Zeit nach den unmittelbaren postautoritären Umbrüchen verlegten.

Bei der Implementierung des Autonomiemodells mußten dementsprechend auch die Leerstellen des Verfassungstextes indirekt ausgefüllt werden. Der Verzicht auf eine frühzeitige Konkretisierung der Staatsform hatte zur Folge, daß die Klärung des Verhältnisses von Zentralgewalt und Autonomen Gemeinschaften den Dauerbrenner in den politischen Aus-

³³ So die Aussage des katalanischen Staatsrechtlers Isidre Molas, der als PSC-Abgeordneter von 1980 bis 1989 zugleich Vizepräsident des katalanischen Parlaments war, in einem Interview am 02.07.1991.

einandersetzungen in Spanien nach 1980 darstellte (und darstellt). Die Entwicklung des Autonomiestaats vollzieht sich ohne präzise konstitutionelle Richtlinien und zwingt den an ihr beteiligten Akteuren ein nicht geringes Maß an Improvisationstalent ab. Die hier beschriebene Situation kommt sinnbildlich in einer Aussage des ehemaligen Ministers für die Öffentlichen Verwaltungen Joaquín Almunia³⁴ zum Ausdruck, der in einem leicht ironischen Ton darauf hinweist, "... daß wir nicht mit den fertigen Plänen für das Haus begannen, sondern daß in dem Maße, wie wir die Stockwerke des Hauses machten, die Pläne gezeichnet wurden." Angesichts der Diffusität der in der Transitionsperiode paktierten territorialpolitischen Vorgaben kann der streckenweise erratisch wirkende Verlauf der Dezentralisierung während der 80er Jahre kaum überraschen. Als entscheidender zusätzlicher Faktor, der eine im Sinne des Zentrums systematisch im voraus geplante Umsetzung von Autonomiemaßnahmen ebenso behinderte wie eine zeitliche Streckung der Devolution, kommt die politische Stärke der peripheren Nationalismen hinzu. Eine Hinauszögerung von Regionalisierungsschritten über Jahrzehnte hinweg, wie sie etwa im nachfaschistischen Italien zu beobachten ist, wäre im spanischen Fall allein schon wegen des dadurch hervorgerufenen Protests der Basken und Katalanen - aber auch der Bevölkerung anderer "ethnisch" mobilitierter Regionen - nicht denkbar gewesen.

Der keinem klar umrissenen programmatischen Leitstern folgende Wandel der Staatsform im Postfranquismus hat zu einem zwischenzeitlichen Ergebnis geführt, das sogar von Autoren, die sich ihren politischen Präferenzen nach durchaus nahestehen, die unterschiedlichsten Bewertungen erhält: Während auf der einen Seite von der allmählichen Normalisierung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen im Autonomiesystem gesprochen wird (vgl. Zaldívar/Castells 1992: 155), ist auf der anderen Seite von Anzeichen einer "Dynamik der Staatsauflösung" (Recalde 1993: 38) die Rede.³⁵ Die in den Grundzügen der territorialen Staatsorganisation in Spanien von Anfang an erkennbaren Elemente der Unbestimmtheit und Widersprüchlichkeit sind wiederholt zum Auslöser größerer öffentlicher Debatten geworden, die die Entwicklungsgeschichte des *Estado de las autonomías* begleitet haben. Im Kern lassen sich die Argumentationsketten in diesen Debatten zu zwei schwer miteinander vereinbaren Basispositionen bündeln: Den Plädoyers zugunsten der in sich schlüssigen Abrundung der institutionellen Gestalt eines als prinzipiell einheitlich aufgefaßten Autonomiemodells treten die Ansprüche katalanischer und baskischer Nationalisten entgegen, ihre Beziehungen zum Zentralstaat nach eigenem Ermessen zu regeln.

Eine Gelegenheit, ihre Anliegen mit einer bis heute nicht wieder erreichten Öffentlichkeitswirksamkeit vorzutragen, bot sich den Befürwortern der erstgenannten Position im

34 Interview am 26.06.1991.

35 Bei den hier angeführten Autoren handelt es sich um mehr oder weniger prominente Stimmen im politischen Umfeld der Sozialistischen Partei.

Spätsommer und Herbst 1987 mit der Föderalismus-Initiative der katalanischen Sozialisten. Der PSC hatte als Beschlußvorlage für einen anstehenden PSOE-Parteitag ein Papier ausgearbeitet, das mit Nachdruck dazu aufforderte, den Autonomieprozeß in eine föderalistische Richtung zu lenken. Der Vorstoß des PSC fand in den spanischen Medien ausgiebige Beachtung und brachte eine lebhafte Diskussion auf, die sich in einer langen Reihe in der Tagespresse abgedruckter Stellungnahmen von Vertretern aus Politik wie Wissenschaft niederschlug.

Die Fürsprecher einer "föderalistischen Wende" gingen vom in der zweiten Hälfte der 80er Jahre schwerlich zu bestreitenden Umstand aus, daß die Institutionalisierung der Autonomen Gemeinschaften nahezu durchgehend von Konflikten geprägt gewesen war. Die Verfassungsbestimmungen schienen ihnen flexibel genug dafür, ein Funktionieren des Autonomiestaats als de facto-Bundesstaat zuzulassen. Darin sahen sie zugleich die einzige Möglichkeit, der weiteren Entwicklung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen eine konstruktive Dynamik zu geben und einen Rückfall in den Zentralismus in Madrid sowie ein Anwachsen der nationalistischen Verweigerungshaltung in einzelnen Regionen zu vermeiden.³⁶

Bis heute gehören die in den Diskussionen von 1987/88 gemachten Vorschläge zur Reform des Systems vertikaler Gewaltenteilung zum inhaltlichen Rüstzeug des föderalistisch inspirierten Diskurses im postautoritären Spanien. Aus der Sicht der Anhänger eines Bundesstaats müßte eine solche Reform im wesentlichen über folgende Schritte erfolgen:

- die eindeutige Definition des Modells territorialer Machtverteilung, um die darin enthaltene wechselseitige Durchdringung zentralistischer und autonomistischer Ordnungsprinzipien aufzuheben und Überschneidungen von Kompetenzen und Funktionen verschiedener politisch-administrativer Ebenen zu vermeiden;
- die Erweiterung der legislativen Kompetenzen der Autonomen Gemeinschaften sowie die Beteiligung der Regionen an der zentralstaatlichen Gesetzgebung;
- die Auflösung der *Administración periférica del Estado* und die Übernahme sämtlicher staatlicher Verwaltungseinrichtungen in den *Comunidades Autónomas* durch die Meso-Regierungen;
- die Stärkung der regionalen Finanzautonomie durch die Öffnung des Zugangs zu Kanälen zur Abschöpfung eigener Einnahmequellen;

36 Siehe stellvertretend für viele Jordi Solé Turas Beitrag *¿Un desarrollo federal del sistema de autonomías?* in *El País* vom 29.08.1987.

- und schließlich die Bildung fester Einrichtungen zur Kooperation und Koordination zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften.³⁷

Aus der heutigen Perspektive lesen sich diese Vorschläge wie eine frühe Reaktion auf einen guten Teil der unter 5.4 behandelten Inhalte der Kritik an den institutionellen Defiziten des Autonomiemodells. Es ist nur symptomatisch für die festgefahrene Situation an den territorialpolitischen Fronten, daß die bereits 1987 eingebrachte Föderalismus-Initiative des PSC nicht ein einziges nennenswertes praktisches Ergebnis bewirkte. Die 1987/88 geführten Debatten verliefen letztlich im Sand. In der Madrider PSOE-Zentrale entfachten die Anregungen der katalanischen Parteifreunde keine Begeisterungstürme. Die sozialistische Führung befürchtete, durch allzu weitreichende Reformvorstöße in der Autonomiefrage den verfassungsgebenden Prozeß für den Bereich der Territorialordnung im nachhinein aufs neue zu beginnen und dadurch einen Faktor zusätzlicher Instabilität in den Zentrum-Peripherie-Beziehungen ins Spiel zu bringen. Damit liefen die föderalistischen Impulse außerhalb der Reihen des PSC rasch ins Leere.

Es ist zu vermuten, daß die im Mai 1988 anstehenden Wahlen zum katalanischen Parlament für die Einleitung der Debatte um die Staatsform von nicht ganz unerheblicher Bedeutung waren. Angesichts ihres zeitlichen Rahmens sollte die Föderalismus-Kampagne wohl auch dem Ziel dienen, den katalanischen Sozialisten ideologische Munition für die Auseinandersetzung mit den auf regionaler Ebene hegemonialen Nationalisten der *Convergència i Unió* zu liefern. Seit der Beteiligung des PSOE an der Ausarbeitung und Verabschiedung der LOAPA sieht sich nämlich auch der PSC häufig dem Vorwurf des Neo-Jakobinertums ausgesetzt und ist entsprechend darum bemüht, sein autonomistisches Profil herauszustreichen. Doch der föderalistische Vorstoß der katalanischen Linken wurde bereits im Vorfeld des Wahlkampfes von 1988 seinem eigenen Schicksal überlassen. Weder die Madrider Exekutive noch die Nationalisten in den historischen Peripherien zeigten ein ernsthaftes Interesse an der Vertiefung des Themas. Nach einer zumindest der Berichterstattung in den Medien nach anfänglichen Welle reger Aufmerksamkeit wurden die Diskussionen über die Zweckmäßigkeit der Umwandlung Spaniens in einen Bundesstaat allenfalls noch in akademischen Zirkeln fortgesetzt (vgl. Montero 1990: 66).

Zwar erheben sich innerhalb des PSOE periodisch Stimmen, die verkünden, es bedürfe eines neuen *pacto de Estado*, eines "Staatspaktes", um den Autonomieprozeß zu einem einvernehmlichen Abschluß zu bringen - so etwa die Verlautbarungen auf einem Parteitag der baskischen Sozialisten im Februar 1991 (vgl. *La Vanguardia*, 25.02.1991). In

37 Ich fasse hier die wichtigsten Punkte der von Castells (1988: 195 f.) und Solé Tura (1988: 152 f.) in föderalistischer Absicht aufgestellten Maßnahmenkataloge zusammen.

programmatischen Grundsatzserklärungen, wie sie zum Beispiel im Frühjahr desselben Jahres am Vorabend der in 13 Autonomen Gemeinschaften gleichzeitig stattfindenden Regionalwahlen abgegeben wurden, läßt die PSOE-Führung immer wieder verbreiten, daß es auf lange Sicht hin das Ziel der Partei sei, in Spanien einen Bundesstaat zu errichten (vgl. *El País*, 21.02.1991). Wie ernstgemeint derartige Äußerungen, die bezeichnenderweise meist vor den Kulissen eines beginnenden oder laufenden Wahlkampfes fallen, auch immer sein mögen: Bei den baskischen und katalanischen Nationalisten stoßen sie auf wenig Gegenliebe.

Für die Vertreter von CiU und PNV sowie für die kleineren nationalistischen Gruppierungen in den historischen Peripherien verbirgt sich hinter den föderalistischen Angeboten von seiten der Sozialisten nicht viel mehr als das Bestreben, die Sonderrechte der Nationalitäten nach unten hin zu nivellieren, wie es unter dem Deckmantel des kooperativen Föderalismus bereits einmal 1981 mit der LOAPA versucht worden ist. Vehement weigern sich die regionalen Nationalisten, eine Sichtweise zu akzeptieren, die Katalonien oder das Baskenland als eine Autonome Gemeinschaft unter vielen einstuft. Ein Vorschlag, wie ihn die sozialistische Regierung im März 1993 unterbreitete, die Zusammenarbeit zwischen dem Zentralstaat und der Gesamtheit der 17 *Comunidades Autónomas* auf dem Weg der sektoralen Konferenzen auszubauen, erzeugt bei ihnen dementsprechend nur sehr mäßige Resonanz. Joaquim Ferrer, der Sprecher der CiU-Fraktion im Senat, will in solchen Konferenzen nicht mehr als ein Forum für den allgemeinen Informationsaustausch sehen und macht noch einmal in aller Deutlichkeit klar, daß die Katalanen nicht gewillt sind, ihre spezifischen "Abgrenzungsmerkmale" zur Disposition zu stellen: "Wir ziehen es vor, von Nationalitäten und Regionen zu reden, wie es auch in der Verfassung steht, als von 17 Autonomen Gemeinschaften."³⁸

Allen Versuchen zur Annäherung des Autonomiesystems an einen Staatstyp, der der soziokulturellen Heterogenität der spanischen Territorialstrukturen einheitliche institutionelle Formen verleihen könnte, setzen die Nationalisten selbstbewußte politische Gesten zur Hervorhebung ihrer Sonderrolle entgegen. Die Debatten über eine Föderalisierung Spaniens werden dann von Debatten über das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten abgelöst.

Zehn Jahre nach der Ratifizierung des Autonomiestatuts verabschiedete das katalanische Parlament im Dezember 1989 eine Resolution, die verkündete, die Anerkennung der geltenden Verfassungsordnung durch Katalonien käme keinesfalls einem Verzicht des katalanischen Volkes auf das nationale Selbstbestimmungsrecht gleich. Die kleine Abgeordnetengruppe der linksnationalistischen *Esquerra Republicana* brachte die Resolution ein. Gegen die Vorlage votierte nur die Fraktion der Sozialisten in Barcelona. Die sechs Abgeordneten des spanisch-konservativen *Partido Popular* nahmen wegen prinzipieller Bedenken an der Abstimmung erst gar nicht teil. Die baskischen Nationalisten griffen das Exempel der

38 Zitiert nach *El País* vom 16.03.1993.

Katalanen prompt auf. Unter Ausschluß der radikalen *abertzales* von *Herri Batasuna* arbeiteten PNV, EA und EE, die zum damaligen Zeitpunkt im Regionalparlament zusammen 39 von insgesamt 75 Abgeordneten stellten, im Februar 1990 ebenfalls eine Deklaration aus, die die Selbstbestimmungsrechte des Baskenlands bekräftigte (vgl. *El País*, 14.12.1989 u. 09.02.1990).

Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch die Nationalitäten ist in der Verfassung von 1978, die explizit genug von der "unauflöslichen Einheit der spanischen Nation" spricht, nicht vorgesehen, um es zurückhaltend zu formulieren. Auf die Verbindlichkeit der konstitutionellen Spielregeln verweisend, bewertete die spanische Regierung die Beschlüsse der Parlamente in den zwei historischen Peripherien als eine schwerwiegende Provokation. Felipe González äußerte als Ministerpräsident große Besorgnis über die Resolutionen und drohte damit, den Dezentalisierungsprozeß zu stoppen, da seine Exekutive an der Verfassungstreue der katalanischen und der baskischen Nationalisten zweifeln müsse. Zugleich waren auch wieder Warnsignale aus den Kasernen zu vernehmen: Während der Feierlichkeiten zur "Militärweihnacht" im Januar 1990 bekundeten hochrangige Angehörige der Streitkräfte einmal mehr demonstrativ ihre Bereitschaft, die Einheit Spaniens mit allen notwendigen Mitteln zu verteidigen (vgl. *El País*, 07.01.1990).

Unterm Strich lösten die Selbstbestimmungserklärungen von Basken und Katalanen zunächst eine mindestens ebenso lebhafte und kontroverse öffentliche Debatte aus wie der föderalistische Vorstoß des PSC gut zwei Jahre zuvor. Monatelang stand das Thema der *autodeterminación* im Rampenlicht der spanischen Medien. Doch auch diesmal hatte die Debatte nicht die geringste handfeste politische Konsequenz. Nachdem sich die ersten Wogen der Aufregung geglättet hatten, büßten die Initiativen der Nationalisten ihre anfängliche Dramatik schnell ein. Sie erschienen als ein weiteres, vorwiegend symbolisches Manöver im andauernden autonomiepolitischen Stellungskrieg zwischen der Zentralregierung und deren nationalistischen Widersachern in Katalonien und im Baskenland.

Ähnlich wie die Appelle zur föderalistischen Reform des Staatsaufbaus feiern auch die Beschwörungen des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten regelmäßig Wiederauf-erstehung. Den Anstoß dazu geben häufig aktuelle Entwicklungen jenseits der spanischen Grenzen. So kam es in Katalonien im Sommer 1991 angesichts der Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa zu einer regelrechten Welle nationalistischen "Fiebers", in deren Sog auch zahlreiche Vertreter des gemäßigten Nationalismus gerieten. In den regionalen Medien dachten namhafte Politiker und Intellektuelle laut über alle möglichen Varianten der Erweiterung der Autonomie bis hin zur Unabhängigkeit nach.³⁹ Vergleichbare Situationen sind im Baskenland zu beobachten. Dabei überbieten die Basken, was die Militanz ihres nationalistischen Diskurses betrifft, die Katalanen in der Regel: Der Vorsitzende des PNV Xabier

39 Vgl. dazu die ausführlichen Berichte in *El Punt* vom 14.07.1991 und *Avui* vom 09.09.1991.

Arzalluz nahm im Dezember 1993 das Abkommen zwischen der britischen und der irischen Regierung zur Schlichtung des Ulster-Konflikts zum äußeren Anlaß dazu, auf einer Veranstaltung seiner Partei zu proklamieren, daß kein Militär in Europa - auch das spanische nicht - die Völker daran hindern könne, von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch zu machen (vgl. *El País*, 20.12.1993).

Was die Aufforderungen zur politischen Nutzung der bundesstaatlichen Potentiale des Autonomiesystems und die Berufungen auf das Selbstbestimmungsrecht der Basken oder Katalanen letztlich miteinander verbindet, ist die Eigenschaft, nur selten mehr als Instrumente der politischen Rhetorik gewesen zu sein. Die Spannungsmomente, die die historischen Nationalitäten in das Ensemble der Autonomen Gemeinschaften einbringen, halten das Bild der spanischen Territorialordnung ununterbrochen in Bewegung. Auf den Eindruck der Instabilität reagiert zumindest ein Teil der Akteure, die in gesamtstaatlichen Maßstäben denken, mit Vorschlägen zu einer föderalistischen "Nachbesserung" des Autonomiestaats. Dagegen dient den Akteuren, die vornehmlich als Sprachrohre der Nationalitäten auftreten, der Diskurs der Selbstbestimmung als Waffe zur Rechtfertigung von Ansprüchen auf die Wahrung und den Ausbau eines territorialpolitischen Sonderstatus. Die Botschaft der Vertreter der Interessen der historischen Peripherien hat ihren inhaltlichen Angelpunkt in der Überzeugung, daß das Baskenland und Katalonien als soziale Gebilde, die von der Mehrheit ihrer Bevölkerung kategorisch als Nationen definiert werden, ein anderes Verhältnis zum spanischen Staat haben müssen als das Gros Autonomer Gemeinschaften "normalen" Typs.

Das Autonomiemodell weist zweifelsohne zahlreiche formale "Schönheitsfehler" auf. Der Aufbau der neuen Staatsstrukturen ist nicht nach einem von Anfang an feststehenden, kohärenten Plan erfolgt, sondern entspricht vielmehr den Resultaten einer Reihe eher improvisierter, oft sogar ad hoc getroffener Entscheidungen. Das Fehlen allseitig akzeptierter Zielvorgaben läßt die spanische Dezentralisierung wie ein permanentes *muddling through* erscheinen. Das Zusammenspiel zwischen Makro- und Mesoregierungen wird bislang weitaus mehr von Fragmentierungstendenzen als von Komplementarität geprägt. An den Konstruktionsschwächen des Modells vertikaler Gewaltenteilung entzündet sich hartnäckig die Kritik. Meistens münden die häufigen Rufe nach größerer Stringenz bei der weiteren Gestaltung des *Estado de las autonomías* in der Forderung nach einem föderalistischen Kurswechsel in der Territorialpolitik.

Die Kritik an den Schwachstellen im institutionellen "Design" des Autonomiestaats neigt jedoch dazu, den Umstand zu übersehen, daß vermeintliche wie reale Dysfunktionen des Systems letztlich nur Ausdruck der in diesem System enthaltenen Vielfalt sind. Jeder Versuch einer "rational" konzipierten und insofern vereinheitlichenden Lösung der komplexen Problematik, die das verschlungene Geflecht regionaler Autonomien aufwirft, läuft Gefahr, der heterogenen soziopolitischen Realität eines bunten Mosaiks aus Nationalitäten und Regionen nicht gerecht zu werden. Ein übereifriger Modellperfektionismus bei der

Organisation der territorialen Machtverteilung in Spanien wäre wohl von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen (vgl. Subirats 1991: 122).

Tatsächlich beruhen die im Autonomiestaat diagnostizierbaren Krisensymptome weitaus weniger auf verfassungstechnischen Konstruktionsfehlern als auf der politischen Konstellation, die das Feld der Zentrum-Peripherie-Beziehungen südlich der Pyrenäen strukturiert. Generell sieht sich jegliche Variante der Dezentralisierung vor dem Hintergrund starker ethnoterritorialer Spannungen erheblichen Belastungsproben ausgesetzt. Dies gilt im westlichen Kontext gewiß nicht nur für den spanischen Fall; die Beispiele Belgiens oder Kanadas zeugen von ähnlichen Erfahrungen. Nun haben insbesondere Autonomielösungen allerdings mit grundsätzlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich daraus ergeben können, daß die zwischen Mehrheit und Minderheit zur Konfliktbeilegung vereinbarten Maßnahmen von der einen Seite als zu weitreichend, von der anderen Seite dagegen als zu halbherzig wahrgenommen werden. Im historischen Rückblick weisen die in den unterschiedlichsten geographischen und politischen Umgebungen implementierten Autonomiebestimmungen zur Beilegung von Nationalitätenkonflikten nicht unbedingt eine eindeutige Erfolgsbilanz auf. In den Worten Robert A. Friedlanders (1981: 136):

"Autonomy relationships during the twentieth century were mainly designed as placebos to frustrate independence movements and offset secessionist pressures. Whether created for colonial dependents by controlling Mother Countries and mandatory powers, for victor combatants over vanquished enemies partially dismembered via peace settlements, or for majority regimes confronted by an unassimilable minority, autonomy has always been a stopgap measure. In almost every instance, grants of autonomy were reluctantly given and ungratefully received."

Mit den notwendigen Einschränkungen läßt sich Friedlanders Urteil auch auf die territorialpolitischen Entwicklungen im Postfranquismus übertragen. Funktionsstörungen des Autonomiesystems sind aufgrund der politisch-ideologischen Gegensätze der Akteure im System geradezu unvermeidlich.

Die Versuche zur ethnoterritorialen Konfliktschlichtung in der neuen Demokratie muten wie ein ununterbrochenes Tauziehen zwischen Zentralstaat und historischen Nationalitäten an. Die politische Klasse in Madrid ist daran interessiert, ihre Möglichkeiten zur Einflußnahme in den Peripherien zu wahren. Sie trachtet von daher danach, die Autonomiespielräume der Regionen zu begrenzen. Andererseits muß sie notgedrungen aber auch das Anliegen verfolgen, die Loyalität der dominanten nationalistischen Eliten im Baskenland und in Katalonien gegenüber dem spanischen Staat sicherzustellen. Sie fühlt sich demnach zu echten autonomiepolitischen Konzessionen gezwungen. Umgekehrt streben die Nationalisten in den Peripherien allein schon zur Ausweitung ihrer Machtsphäre ein Maximum an Autono-

mie an, das sie faktisch aber nur über Verhandlungen mit Madrid gewinnen können. Gleichzeitig müssen sie wenigstens nach außen hin ihre "gesamtspanische Loyalität" auf einem niedrigen Niveau halten, um nicht das Vertrauen der betont nationalistischen Teile ihrer Basis einzubüßen. Eine für beide Seiten - für zentralstaatliche wie für nationalistische Akteure - effiziente Kompromißfindung, die eine vorbehaltlose und umfassende Gewährung von Autonomie durch Madrid mit unmißverständlichen Loyalitätserklärungen von Basken und Katalanen kombinieren würde, hat keine stabile Basis. Sie setzt nämlich eine wechselseitige Kooperationsbereitschaft voraus, die aufgrund des Mißtrauens zwischen den Eliten in Madrid und in den Peripherien kaum auf Dauer zu stellen ist.⁴⁰ Der Übergang von konfliktorientierten zu kooperativen Interaktionsformen zwischen Zentrum und nationalistischen Peripherien kann vorerst nicht auf bereits abgesicherten und in der politischen Routine verankerten Pfaden verlaufen. Gutgemeinte Aufrufe zur Schaffung von Kooperationsorganen im Autonomiestaat vernachlässigen die Tatsache, daß kein noch so perfekt konzipiertes Instrument zur territorialen Zusammenarbeit greifen wird, wenn die maßgeblichen Akteure auf die Zusammenarbeit keinen Wert legen.

Auch wenn die hegemonialen nationalistischen Kräfte des Baskenlands und Kataloniens sicherlich keine stürmischen sezessionistischen Ambitionen hegen, begreifen sie die hart erkämpfte Autonomie doch als ein Surrogat der Eigenstaatlichkeit. Die Anerkennung des übergeordneten politischen Rahmens des spanischen Staates erweist sich in Anbetracht des maximalistischen Autonomieverständnisses von Basken und Katalanen zwangsläufig als eine problembehaftete Anerkennung. Im Gegenzug fällt es den gesamtstaatlich orientierten Akteuren alles andere als leicht, von der Idee der "einen und unteilbaren" spanischen Nation Abschied zu nehmen. Noch 1993, während des Schlagabtauschs vor den sechsten demokratischen Wahlen zu den Madrider *Cortes*, gehörte die Beschreibung des Katastrophenszenarios eines "territorial zersprengten" Spanien zum propagandistischen Standardrepertoire der zwei wichtigsten Parteien des Landes. Die Sozialisten und die Konservativen des *Partido Popular* bezichtigten sich gegenseitig, die "territoriale Einheit" des Staates nicht garantieren zu können (vgl. *El País*, 10.02.1993 u. 12.02.1993).

Die ethnopolitische Aufladung der Beziehungen zwischen dem spanischen Staat und einem Teil der Autonomen Gemeinschaften bewirkt einerseits, daß die Eliten des Zentrums nicht müde werden, ihre Ängste vor einer "Balkanisierung Spaniens" (Pi-Sunyer 1986: 3) kundzutun, Ängste, die dann zur Rechtfertigung der Aufrechterhaltung des Madrider Machtmonopols dienen. Andererseits tragen die zentralistischen Rückfälle der spanischen Exekutive nur dazu bei, der nationalistischen Inszenierung der Figur des "äußeren Gegners" (Solé Tura 1985: 179) Glaubwürdigkeit zu verleihen. Aus dem Gebot des Widerstands gegen

40 Nach den Prämissen der Spieltheorie läßt sich das hier skizzierte Interaktionsmuster als ein sich immer wieder neu stellendes Gefangenendilemma modellieren. Siehe dazu das Schema in Colomer 1990: 167.

diesen in der kollektiven historischen Erfahrung der Minderheiten lange Zeit durchaus realen "äußeren Gegner" leiten die regionalen Nationalismen ihre Existenzberechtigung ja gerade ab.

Die oft diagnostizierte Originalität des postfranquistischen Staatsmodells beruht weniger auf formalen Eigenschaften als auf dem Zwang, nationalistische Konflikte zu meistern. Im freien Spiel politisch-institutioneller Akteure, die sich auf konkurrierende kulturelle und territoriale Legitimationsbestände berufen, wird der Streit um Kompetenzen bzw. um Ressourcen zur Ausübung der Kompetenzen zum Regelfall. Das System der regionalen Autonomien entstand aus einem ethnoterritorialen Spannungsfeld heraus, das eine "endgültige" Festschreibung der Staatsform unmöglich machte. Die Entwicklung des Autonomiesystems nach 1978 folgt daher einer offenen, nicht a priori definierten Grundkonzeption.

Es ist gerade die Offenheit seiner Anlage, die den Autonomiestaat von seiner Konstitutionsphase an wie eine Übergangslösung erscheinen läßt. Jede Übergangslösung ruft Bestrebungen wach, das Stadium des Provisorischen abzuschließen und Modelle für eine dauerhafte Problembewältigung zu entwerfen. In Spanien verdichteten sich solche Bestrebungen zu unverzagten Vorschlägen, die Mechanismen der vertikalen Gewaltenteilung nach föderalistischem Vorbild zu modifizieren. Doch kein Versuch zur formalen Perfektionierung des Autonomiesystems in einem bundesstaatlichen Sinne käme daran vorbei, die Sonderrolle von Basken und Katalanen im territorialen Ordnungsgefüge zur Kenntnis zu nehmen. Aus der gegenwärtigen Perspektive muß es als überaus fraglich gelten, ob die Nationalisten in den zwei spannungsträchtigsten Peripherien in eine Föderalisierung der *Comunidades Autónomas* einwilligen würden. Bislang haben sie auf jeden Fall einer bilateralen Behandlung ihrer Angelegenheiten mit Madrid eindeutig den Vorzug gegeben. Im Grunde genommen wären alle denkbaren Föderationsformen in Spanien so atypisch wie das bereits bestehende Autonomiemodell selbst, denn die herausragenden Probleme einer politischen Institutionalisierung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen würden wohl weiterhin hauptsächlich von zwei Autonomen Gemeinschaften - der baskischen und der katalanischen - aufgeworfen; neuen Territorialpakten mit den übrigen Gemeinschaften käme demgemäß ein eher zweitrangiger Stellenwert zu (vgl. Recalde 1993: 39).

Der provisorische Charakter der spanischen Staatsstrukturen birgt womöglich auch einige Vorteile in sich. Die Offenheit des Autonomiesystems erlaubt es, auf nationalistische Forderungen flexibel zu reagieren. Eine gleichförmige und nach rigiden vorgefaßten Kriterien durchgeführte Implementierung von Autonomieregelungen hätte der regional äußerst ungleich verteilten Nachfrage nach Dezentalisierungsmaßnahmen nur schlecht entsprochen. Die unterschiedliche Nutzung gegebener autonomiepolitischer Spielräume durch die Regionen signalisiert, daß die Fragmentierung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen auch den Abstufungen des institutionellen Gestaltungswillens auf der Meso-Ebene entspringt (vgl.

Porras Nadales 1990: 106). An der Existenz starker nationalistischer Kräfte in einzelnen Regionen, die immer noch einem Mehr an Eigenständigkeit gegenüber Madrid drängen werden als die dominanten politischen Gruppierungen in anderen Autonomen Gemeinschaften, würde eine Nivellierung der Zuständigkeitsbereiche der nach 1978 geschaffenen Territorialgebilde selbstverständlich nichts ändern.

Auch zwei Jahrzehnte nach Francos Tod kann das Gebäude des Autonomiestaats keineswegs als fertiggestellt gelten. Das Provisorische an den 1978 ausgehandelten Kompromissen zur Kanalisierung ethnoterritorialer Konflikte ist gewissermaßen auf Dauer gestellt worden. Die Antwort auf die Frage nach den "eentlichen" Wesensmerkmalen des Staatstyps, den sich das demokratische Spanien gegeben hat, muß weiterhin offen bleiben. Legitimation und Effizienz des Staats der Autonomen Gemeinschaften werden sich allerdings durch Schönheitsoperationen zur formalen Vollendung eines schon aufgrund seines Entstehungszusammenhangs durch und durch hybriden Projekts kaum steigern lassen. Bei allen technischen Defekten, die das Autonomiemodell aufweisen mag, hängt seine Funktionsweise weit weniger von staatsrechtlich beeinflussbaren Faktoren als von der politischen Dynamik der Beziehungen von Zentrum und Peripherien ab. Der gemessen an den jüngsten Erfahrungen im Zuge der osteuropäischen Regimewechsel durchaus beachtliche Erfolg bei der Transformation der Staatsstrukturen in Spanien legt die Vermutung nahe, daß hier auch die Flexibilität der nach 1978 aufgestellten territorialpolitischen Regelungen dazu beigetragen hat, eine Eskalation ethnischer Konflikte zu verhindern. Die Nationalisten Kataloniens und des Baskenlands konnten und können aufgrund dieser Flexibilität von der Prämisse ausgehen, auf dem Weg der regionalen Autonomie ein Terrain zu betreten, dessen Grenzen nicht fest abgesteckt sind.

Der Wandel der Staatsform hat sich in Spanien in einem ethnoterritorialen Spannungsfeld vollzogen. Starke Minderheitennationalismen machen die Entwicklung des Autonomiesystems zu einem Gegenstand ständiger politischer Auseinandersetzungen. Aufgrund dieser Auseinandersetzungen weist das postautoritäre Territorialgefüge nach wie vor zahlreiche Merkmale der "Unterinstitutionalisierung" auf. Die so häufig bemängelten institutionellen Leerstellen im Autonomiestaat sind im Endeffekt aber nichts anderes als Ausdruck der Widerspenstigkeit vielschichtiger Zentrum-Peripherie-Gegensätze, sich innerhalb eindimensional vorgefertigter Bahnen zu artikulieren.

6 Die Auswirkungen der Institutionalisierung des Autonomiestaats auf die Politik der nationalistischen Peripherien

Das vorangehende Kapitel befaßte sich mit den Problemen beim Aufbau des Institutionengefüges der Autonomen Gemeinschaften und mit der Wirkungsweise des Autonomiesystems auf gesamtstaatlicher Ebene. In den folgenden Abschnitten möchte ich die Konsequenzen der Bildung der Autonomieregimes auf regionaler Ebene veranschaulichen: Die Betrachtung der Transformation der Staatsstrukturen aus der Makro-Perspektive soll um die Erörterung soziopolitischer Meso-Effekte der Dezentralisierung ergänzt werden. Eine ausschlaggebende Rolle spielt hierbei der Gedanke, daß die Autonomie nicht nur ein Prinzip für die territorialpolitische Integration der Peripherien in den spanischen Staat, sondern auch für die Gestaltung sozialer und politischer Integrationsprozesse in einzelnen *Comunidades Autónomas* selbst darstellt.

Katalonien ist die historische Peripherie, an deren Beispiel ich am ausführlichsten auf die Meso-Effekte der Institutionalisierung des Autonomiemodells eingehen werde. Mehrere Gründe sprechen für eine genauere Erörterung des katalanischen Falls:

- Die nordöstliche Region der iberischen Halbinsel kann als Wiege des peripheren Nationalismus in Spanien gelten; eine moderne Autonomiebewegung gegen den Zentralstaat erreichte um die Jahrhundertwende erstmals hier eine Massenbasis.
- Heute verfügt Katalonien als historische Nationalität mit Sonderstatut über ein hohes Niveau an Kompetenzen zur Selbstregierung. Im Gegensatz zum Baskenland (und Navarra) hat es innerhalb des Autonomiestaats allerdings ein gewöhnliches Finanzierungssystem und ist von daher eine *Comunidad Autónoma*, die ihrer institutionellen Anlage nach keine grundlegenden Unterschiede zum Gros der übrigen Meso-Gebilde aufweist. Gleichzeitig handelt es sich bei Katalonien aber auch um eine Gemeinschaft mit einem ausgesprochen stark ausgeprägten Autonomiewillen, die im Dezentralisierungsprozeß die Rolle eines Schrittmachers eingenommen hat und einnimmt.
- Wegen seines kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Eigengewichts fällt Katalonien eine Schlüsselstellung im spanischen Staat zu. Ähnlich wie im Baskenland

hat der ethnische Nationalismus hier eine herausragende gesellschaftliche Bedeutung. Dies wird dadurch unterstrichen, daß Katalonien die einzige *Comunidad Autónoma* ist, in der ein nationalistisches Bündnis seit der Abhaltung der ersten Regionalwahlen bisher ohne Unterbrechungen **alleine** regiert hat. Zugleich bleibt die Artikulation nationalistischer Zielsetzungen unbelastet von den Schrecken der politischen Gewalt.

Ohne daß die Situation in Katalonien repräsentativ für andere Autonome Gemeinschaften wäre, scheint diese Region als Schnittstelle alter und neuer Entwicklungen, als Angelpunkt allgemeiner und spezifischer Tendenzen des territorialpolitischen Umbruchs in Spanien doch besonders gut geeignet, um aus der Meso-Perspektive Licht auf einige wichtige Konsequenzen der Dezentralisierung zu werfen.

Auf die ausführliche Fallstudie zu Katalonien folgt ein betont knapp gehaltener Überblick zur Lage im Baskenland, der lediglich dazu dienen soll, einige grobe Kontraste im politischen Geschehen in den zwei historischen Peripherien aufzuzeigen. Wohl nicht zuletzt aufgrund des Phänomens der ETA lenkt der baskische Nationalismus bei Journalisten wie Sozialwissenschaftlern im allgemeinen größere Aufmerksamkeit auf sich als der Katalanismus. Im Rahmen einer Betrachtung der ethnoterritorialen Problematik in der jungen spanischen Demokratie halte ich das katalanische Beispiel jedoch für interessanter: Einerseits hat der katalanische Nationalismus bei der Errichtung der Fundamente des Autonomiestaats eine aktivere Rolle gespielt als der PNV und die kleineren baskisch-nationalistischen Gruppierungen; andererseits drängt sich der Eindruck auf, daß die soziopolitische Hegemonie des Nationalismus in Katalonien auf festerem Boden steht als im Baskenland. Insofern scheint mir, daß sich die Mittelmeerregion besser als die baskischen Provinzen dazu eignet, einige typische Dimensionen der Zentrum-Peripherie-Beziehungen im Postfranquismus herauszuarbeiten. Schließlich schneide ich, wenn auch nur äußerst cursorisch, die Entwicklung in anderen Autonomen Gemeinschaften an. Ein symptomatischer, aber unvorhergesehener Effekt der ab 1980 auf ganz Spanien ausgedehnten Institutionalisierung des Autonomiesystems war nämlich die Formierung neuer Regionalismen und "Pseudonationalismen", für die die Nationalbewegungen in den historischen Peripherien offensichtlich eine wichtige Inspirationsquelle abgaben.

Dieses Kapitel bildet eine notwendige Vertiefung der bisherigen Diskussion der Implementierung des Autonomiemodells. Am Beispiel des spanischen Autonomiestaats läßt sich die Dialektik von Institutionalisierungsprozessen klar erkennen: Das institutionelle Ensemble der neuen Territorialgebilde entsteht im Kreuzfeuer heftiger Zentrum-Peripherie-Spannungen. Die Artikulation dieser Spannungen im gesamtstaatlichen Kontext steht wiederum in enger Verbindung zu den politischen Konstellationen, die die Erlangung der Autonomie in bestimmten Regionen herbeigeführt hat.

Den inhaltlichen Schwerpunkt meiner Ausführungen bildet die Meso-Ebene als Ebene der Behauptung und Festigung des politischen Partikularismus der Nationalitäten gegenüber Madrid. Ein wesentliches Konstitutionsmerkmal dieses Partikularismus ist die Existenz eigener Regionalsprachen. Darüber hinaus will ich wenigstens punktuell der Frage nachgehen, in welchem Verhältnis sich ethnonational begründete und "andere" kollektive Interessen zueinander befinden. In welchem Umfang bildet die sozialstrukturelle und kulturelle Heterogenität in den historischen Regionen ein Hindernis für die ethnoterritoriale Mobilisierung? Das Beispiel der Gewerkschaften ist in diesem Zusammenhang besonders interessant, da sich die Arbeiterklasse in Autonomen Gemeinschaften wie Katalonien und dem Baskenland in hohem Maße aus Menschen zusammensetzt, die nicht autochthone Katalanen bzw. Basken sind, sondern aus den armen Gebieten im Süden und Inneren der Halbinsel stammen. Für die Meso-Akteure ist es zur Nutzung ihres Potentials an autonomen Einflußsphären von nicht unerheblichem Belang, daß soziokulturelle Differenzierungsbestrebungen auch gesellschaftliche Felder besetzen, die vordergründig besehen keine unmittelbaren Bezüge zur Ethnopolitik aufweisen. Die "Renationalisierung" der Peripherien schließt mithin Bereiche ein, in denen eine Deckungsgleichheit von ethnischen und sozioökonomischen Interessenlagen keinesfalls automatisch unterstellt werden kann.

6.1 Autonomie und nationaler Grundkonsens: Katalonien

Die Rückgewinnung der Autonomie eröffnet in Katalonien eine politische Dynamik, die sich pointiert dadurch beschreiben läßt, daß die semisouverän agierenden Institutionen der *Generalitat* einen beträchtlichen Teil ihrer Tätigkeiten auf die Renationalisierung der Gesellschaft richten. Dabei sticht ins Auge, daß die dort eingeleiteten Prozesse "nachholender" nationaler Integration bislang ohne größere Konflikte verlaufen sind. In Anbetracht der katalanischen Sozialstruktur ist dies nicht selbstverständlich. Um 1970 waren knapp 40% der Regionalbevölkerung nicht in Katalonien geboren. Das Gros der "anderen Katalanen" (Candel 1978) besteht aus Einwanderern, die vor allem während der Phase rapiden industriellen Aufschwungs nach 1960 aus den durch oligarchische Landbesitzverhältnisse und Massenarmut geprägten Gebieten Südspaniens, in der Regel aus Andalusien und Extremadura, zu Hunderttausenden in die relativ wohlhabende nordöstliche Peripherie kamen.

Die Einwohnerzahl Kataloniens verdoppelte sich zwischen 1950 und 1981 von drei auf sechs Millionen. Im selben Zeitraum weist die Region einen positiven Migrationssaldo von 1,5 Mio. Personen auf.¹ Die ab 1950 zunächst noch verhalten beginnenden Binnenwan-

¹ Zu demographischer Entwicklung und Immigration in Katalonien vgl. die Angaben in Balcells (1991: 164) und Recolons (1989: 41).

derungsbewegungen in Spanien, die neben dem Nordosten in erster Linie das Baskenland und den Großraum Madrid als weitere ökonomische Wachstumsherde zum Ziel hatten, erreichten in der Phase des Konjunkturbooms während der zweiten Hälfte der 60er Jahre ihren Höhepunkt. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise gegen 1975 kamen sie praktisch zum Erliegen. Den Hauptanziehungspol für Migranten bildete in Katalonien naturgemäß der Ballungsraum Barcelona. In manchen Städten des Industriegürtels, der die Metropole umspannt, erreichte der Anteil von Migranten aus nichtkatalanischsprachigen Regionen des spanischen Staates an der erwachsenen Bevölkerung im Jahr 1975 Werte, die zwischen ca. 70% (L'Hospitalet, Sant Boi) und ca. 80% (Santa Coloma de Gramenet, Cornellà) pendelten. Für die Kommune Barcelona selbst lag die entsprechende Zahl nach Schätzungen bei 47% (vgl. Strubell i Trueta 1982: 76).

Katalonien ist zwar als "geohistorischer Korridor" (Vicens i Vives 1984: 20) ein durch intensive Kulturkontakte und eine lange Einwanderungstradition geprägtes Land. So ist etwa davon auszugehen, daß im frühen 17. Jahrhundert 20% seiner männlichen Bevölkerung Immigranten aus Frankreich waren (vgl. Pi-Sunyer 1983: 21). Mit den Entwicklungen zwischen 1960 und 1970 erreichte das Phänomen der Einwanderung jedoch quantitativ wie qualitativ neue Dimensionen. Dabei gilt es zu bedenken, daß in der jeglicher politischer Eigenständigkeit beraubten Aufnahmeregion vor 1975 keine institutionellen Vorkehrungen zur soziokulturellen Integration der Migranten getroffen werden konnten.

Unabhängig von den überwältigenden Erfolgen der Mobilisierungen gegen den Zentralstaat gab es in der Periode der Wiedererlangung der Autonomie in Katalonien selbst also ein durchaus ernstzunehmendes sozialstrukturelles Potential für ethnopolitisch gefärbte innerregionale Konflikte. Von den offenkundigen Unterschieden in den übergeordneten politischen Rahmenbedingungen einmal abgesehen, stößt man in dieser Hinsicht auf auffällige Gemeinsamkeiten zwischen Katalonien und den seit kurzem erneut unabhängigen baltischen Republiken Lettland und Estland, in denen ein beachtlicher Teil der Bevölkerung heute russischer Herkunft ist.² Eine der großen Fragen des postautoritären Wandels in der katalanischen Peripherie war, ob und wie sich das *cleavage* zwischen dem regionalen Nationalismus und dem spanischen Staat innerhalb der Autonomen Gemeinschaft als *cleavage* zwischen "Katalanen" und "Spaniern" reproduzieren würde.

Die Ergebnisse von Umfragen, die seit 1975 in Katalonien wie auch im Baskenland mehr oder weniger periodisch durchgeführt werden, bringen dort ein komplexes Nebeneinander unterschiedlicher kultureller und nationaler Gruppenloyalitäten zum Vorschein, die sich entweder auf Spanien, auf die jeweilige Nationalität oder aber auf Spanien und die Nationalität gleichermaßen beziehen. Die offizielle Anerkennung eines Spaniens der Nationa-

2 Siehe dazu den kurzen, aber äußerst anregenden Vergleich der Kontextbedingungen für ethnolinguistische Konflikte in Katalonien, Estland und Lettland bei Laitin, Petersen u. Slocum (1992: 156 f.).

litäten und Regionen stützte sich auf die Anwendung des Territorialprinzips: Die Ansprüche der Minderheitenkulturen gelten im wesentlichen nur in den entsprechenden Minderheiten-gebieten. Auf der Ebene der *Comunidades Autónomas* ist die Anwendung dieses Prinzips jedoch unmöglich. Gruppen mit differierenden ethnonationalen Identitätsmustern haben dort keine stabile territoriale Basis.

Spanische Soziologen wie Víctor Pérez Díaz (1990: 48 f.) haben den kulturellen Pluralismus im Baskenland und in Katalonien deswegen zum Anlaß genommen, vor den Risiken einer Segmentierung der Bevölkerung dieser Regionen in verschiedene Gemeinschaften zu warnen. Den Kern solcher Warnungen bildet der Hinweis, daß diejenigen, die mit guten Gründen den multinationalen Charakter Spaniens hervorheben, zur Kenntnis nehmen müßten, daß das Baskenland und Katalonien ebenfalls multinationale Länder seien.³ Die Etablierung der regionalen Autonomieregimes hat aus einem derartigen Blickwinkel zwei Seiten: Zum einen geht es um einen neuartigen Versuch zur Integration der "problematistischen" Peripherien in den spanischen Staat; zum anderen darf dieser Versuch aber nicht die Sozialintegration innerhalb der peripheren Gesellschaften selbst gefährden.

Der institutionelle Rahmen des Autonomiestaats strukturiert nicht nur das Geflecht der Zentrum-Peripherie-Beziehungen im gesamtspanischen Kontext, sondern wirkt auch auf die politische Dynamik in den Peripherien selbst ein. Auf diese Dynamik übt wiederum die Existenz ethnoterritorialer Spannungen zwischen der Zentralgewalt und einzelnen Regionen maßgeblichen Einfluß aus. In den nächsten Abschnitten befasse ich mich mit der Frage, wie der "nationalistische Faktor" die soziopolitischen Entwicklungen in Katalonien nach 1980 geprägt hat. Dabei gehe ich in folgenden Schritten vor: Zunächst beschäftige ich mich mit dem Wechselspiel zwischen nationalistischen und nichtnationalistischen Akteuren bzw. zwischen verschiedenen Varianten des Katalanismus in der Autonomen Gemeinschaft. In einem solchen Zusammenhang sind auch das Verhältnis der ihrem Ursprung nach nicht-autochthonen Bevölkerungssektoren zur "katalanischen Frage" sowie der "Regionalisierungsgrad" der Klassenbeziehungen von großer Bedeutung. Danach nehme ich das Feld der Sprachpolitik, die zweifelsohne das Hauptinstrument in der Strategie des "nationalen Wiederaufbaus" darstellt, ins Visier. Schließlich versuche ich, die Rückwirkungen der soziopolitischen Prozesse im autonomen Katalonien auf Kataloniens Beziehungen zum spanischen Staat in groben Zügen nachzuzeichnen.

3 Als Argumentationsbasis dient dabei ein an Weber (1980: 528 f.) anknüpfendes, auf den Aspekt des Voluntarismus abhebendes Verständnis der Nation. Danach ist die nationale Gemeinschaft Ausdruck eines politisch konstruierten Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb einer bestimmten Menschen-gruppe, durch das sich diese gegenüber anderen Gruppen abgrenzt. Die "objektiven" Grundlagen für die Existenz kollektiv erlebter Zusammengehörigkeit können vielfältig sein, ohne daß einzelnen Faktoren wie Sprache, Geschichte, Religion oder Territorium von vornherein eine Schlüsselrolle beizumessen wäre.

Von den unmittelbar nach der Verabschiedung des Autonomiestatuts im Frühjahr 1980 abgehaltenen Regionalwahlen an verleiht die Hegemonie des gemäßigten Nationalismus, den die von Jordi Pujol angeführte Allianz *Convergència i Unió* (CiU) repräsentiert, der politischen Situation in Katalonien spezifische Eigenschaften (die Ergebnisse der vier Wahlen zum katalanischen Parlament, die zwischen 1980 und 1992 stattgefunden haben, sind in Tabelle 15 zusammengestellt). Die Wahlen von 1980 veränderten die politischen Kräfteverhältnisse in der Autonomen Gemeinschaft insofern, als es den Nationalisten erstmals gelang, die Linksparteien PSC und PSUC abzudrängen. Der Urnengang machte das Bündnis von CDC und UDC zur stärksten regionalen Liste. Auf sie entfielen allerdings nicht mehr als 28% der Stimmen. Als Präsident der ersten nach Bürgerkrieg und Diktatur aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen *Generalitat* bildete Pujol ein Minderheitskabinett. Seine Regierung war dabei auf die Unterstützung ausgesprochen heterogener Kräfte, nämlich der linksnationalistischen ERC und der politisch bereits sehr geschwächten "spanischen" Zentrumsunion, angewiesen. Wegen der beträchtlichen ideologischen Distanz zwischen diesen beiden Gruppierungen wurde die Mehrheitsbeschaffung für die CiU-Regierung immer wieder zu einer Angelegenheit komplizierter Verhandlungen.

Die zweiten Wahlen zum katalanischen Parlament brachten CiU im Jahr 1984 dann den entscheidenden politischen Durchbruch. Die Koalition erzielte in der Peripherie ähnlich gewaltige Gewinne wie zwei Jahre zuvor der PSOE im Gesamtstaat, kam auf 47% der Stimmen und verfügte damit über eine klare absolute Mehrheit im katalanischen Abgeordnetenhaus. Seither haben die gemäßigten Nationalisten ihre Vormachtstellung auf der Meso-Ebene gefestigt. Bis heute üben sie eine monopolartige Kontrolle über die *Generalitat* aus. Jordi Pujol ist mittlerweile der am längsten amtierende "Regierungschef" im nachfranquistischen Spanien.

Wofür steht CiU? Als programmatischer Leitstern der zwei Koalitionsparteien *Convergència Democràtica de Catalunya* und *Unió Democràtica de Catalunya* fungiert ein schillernder Nationalismus. Was ihre langfristigen territorialpolitischen Ziele betrifft, bleiben die gemäßigten Nationalisten hochgradig unbestimmt. Einerseits enthalten ihre programmatischen Verlautbarungen nicht die Forderung nach Unabhängigkeit vom spanischen Staat (vgl. Culla 1989: 244). Vielmehr haben Angehörige der CiU-Spitze - nicht zuletzt der Präsident der *Generalitat* selbst - wiederholt ihre Bereitschaft bekundet, an der Gestaltung der spanischen Politik mitzuwirken (vgl. Pujol 1991: 30). Andererseits machen die CiU-Eliten aber kein Hehl daraus, daß sie für Katalonien ein nach oben prinzipiell nicht begrenztes Maximum an Autonomie anstreben. Die inhaltliche Achse des CiU-Diskurses ist das katalanische *Nation-Building*, das unzählige Male emphatisch beschworene *fer país* (vgl.

Tabelle 15: Ergebnisse der Wahlen zum katalanischen Parlament 1980-1992

Listen*	% 1980	Sitze 1980	% 1984	Sitze 1984	% 1988	Sitze 1988	% 1992	Sitze 1992
CIU	27,5	43	47,0	73	46,0	69	46,75	70
PSC PSOE	22,3	33	30,3	40	29,9	42	27,85	40
PSUC/IC	18,6	25	5,6	6	7,5	9	6,59	7
ERC	8,8	14	4,4	5	4,1	6	8,05	11
AP/PP	2,3	-	7,7	11	5,3	6	6,03	7
CDS	-	-	-	-	4,1	3	0,92	-
CC/UCD	10,5	18	-	-	-	-	-	-
PSA	1,7	2	-	-	-	-	-	-

* Es finden nur Listen Berücksichtigung, die parlamentarische Vertretung erlangten.

Quelle: *historia 16*, 200, 1992 (*La España de las Autonomías*): 194

Lorés 1985: 22).⁴ Um diese Achse herum gruppiert sich eine Reihe weiterer Anliegen, die den Zweck erfüllen sollen, das *fer país* voranzutreiben. Zu ihnen zählen unter anderem die Schaffung einer ökonomisch wie politisch vollständig in das moderne Europa eingegliederten Gesellschaft, die Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Wirtschaftsförderung und durch die Anwerbung multinationalen Kapitals, die Sicherung exportorientierten Wachstums, aber auch die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur katholischen Kirche Kataloniens und die Verteidigung traditioneller Werte in den Bereichen von Haushalt und Familie.

Das oberste Gebot bei der ideologischen Kursbestimmung bleibt dabei die Wahrung der im Grundsatz als einheitlich wahrgenommenen regionalen Interessen gegenüber der Madrider Zentralgewalt. Die nationalistische Doktrin verortet die meisten für die Politik der Peripherie relevanten Konfliktlinien nicht in der katalanischen Gesellschaft, sondern siedelt sie zwischen Katalonien und dem spanischen Staat an. Insoweit weist die Allianz *Convergència i Unió* Merkmale auf, die auch für andere "ethnische Volksparteien" in westlichen Ländern, z.B. für den *Parti Québécois* oder für die Südtiroler Volkspartei, typisch scheinen.

Vereint durch das Band des Nationalismus koexistieren innerhalb von CiU konservative, christdemokratische und sozialliberale Strömungen. Geschickt verstehen es die Sprecher der Formation, bei der Darstellung ihrer politischen Vorsätze die bürgerlichen Traditionen des Katalanismus und zukunftsgerichtete Modernisierungsbotschaften miteinander zu verknüpfen. Ihrem Credo nach erfordert das *fer país* die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Sektoren Kataloniens. Dementsprechend bemüht sich CiU mit großem Nachdruck, der Öffentlichkeit das Bild eines klassenübergreifenden, eben im sprichwörtlichen Sinne "nationalen" Bündnisses zu vermitteln (vgl. de Riquer 1990: 35, 42).

Die wichtigsten sozialen Trägergruppen von CiU - sowohl auf der Mitglieder- wie auf der Wählerebene - sind die autochthonen städtischen Mittelschichten und beträchtliche Teile der Bevölkerung des kulturell weitgehend homogenen ländlichen Katalonien. Das Nebeneinander eher traditioneller und eher moderner Elemente im politischen Selbstverständnis der Koalition läßt sich daher auch von der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Anhängerschaft der gemäßigten Nationalisten herleiten. Von seinem gesellschaftlichen Rückhalt her erweist sich das Bündnis als echte *catch-all*-Option, die eine breite Palette soziopolitischer Milieus anspricht (vgl. Moreno 1990: 302). Eine diffuse Mittelschichtsorientierung und der Nationalismus dienen CiU als ideologische Klammern, um die Interessen von Kleinhändlern und Industriellen, Bauern und technischen Angestellten, katholischen und weltlichen Kreisen sowie Konservativen und Liberalen aufeinander abzustimmen. Auf der Ebene der Parteispitze dominiert allerdings - zumindest, was die *Convergència*

⁴ Frei übersetzt bedeutet *fer país* in etwa "das Land aufbauen".

Democràtica de Catalunya, den tonangebenden Koalitionspartner, anbelangt - die Gruppe der Unternehmer, Freiberufler und leitenden Angestellten (vgl. Marcet 1984: 205).

Mit ihrem vielschichtigen Profil widersetzt sich die von Pujol angeführte Allianz schnellen und einfachen politischen Kategorisierungsversuchen. Zur Erklärung der großen Anziehungskraft, den sie insbesondere auf die autochthone Bevölkerung Kataloniens ausübt, lassen sich ihr "ideologischer Synkretismus" (Vidal-Folch 1991: 17) und ihr Bekenntnis zu einem "Nationalismus ohne Attribute" (Marcet 1984: 166) als gleichermaßen wichtige Faktoren heranziehen. CiU ist mit plausiblen Argumenten als zeitgenössische Version des nationalistischen Populismus in Katalonien charakterisiert worden (vgl. Vidal-Folch 1991: 18). Für eine derartige Einschätzung spricht zunächst die bereits erwähnte Verschwommenheit der Programminhalte, die die Formation verfißt. Die Nationalisten agieren als ideelle Gesamtrepräsentanten eines katalanischen Volkes, dem die gemeinsamen Werte kultureller Verbundenheit über soziale Interessengegensätze hinweg Zusammenhalt verleihen. Des weiteren spielen bei der Mobilisierung der CiU-Basis gefühlsbetonte Appelle an den *seny*, den "gesunden Menschenverstand", den viele Menschen in Katalonien als einen konstitutiven Wesenszug ihrer kollektiven Mentalität begreifen, eine überaus wichtige Rolle. Schließlich fällt Jordi Pujol als unhinterfragter nationalistischer Führungsgestalt gegenüber dem Organisationsapparat von CiU ein enormes Gewicht zu.

Der CDC-Vorsitzende und Präsident der *Generalitat* hatte eine herausragende Bedeutung für die politische Formierung und den Aufstieg des gemäßigten Nationalismus. Pujol kann als leibhaftige Verkörperung des "Katalanismus der Mitte" betrachtet werden; seine Persönlichkeit ist über CiU-Kreise hinaus seit 1980 ein allgegenwärtiger Bezugspunkt des öffentlichen Lebens in der nordöstlichen Peripherie. Die politische Herkunft Pujols liegt in der christlich-nationalistischen Opposition gegen das autoritäre Regime, in katalanistischen Zirkeln, die während der 50er Jahre im Umfeld antifranquistisch eingestellter Würdenträger der regionalen katholischen Kirche entstanden (vgl. Lorés 1985: 14-21). 1960 wurde Pujol wegen regimfeindlicher Aktivitäten vor ein Kriegsgericht gestellt und zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt (vgl. Balcells 1991: 151). Nach seiner Freilassung konzentrierte sich sein Engagement auf die Teilnahme an zahlreichen gesellschaftlichen Initiativen zur Förderung der Regionalkultur. Er ist der Verfasser mehrerer nationalistischer Programmschriften, die in den Jahren der Transition veröffentlicht wurden, um später einen wichtigen inhaltlichen Orientierungsrahmen für die Arbeit seiner Regierung abzugeben (vgl. z.B. Pujol 1976 u. 1979). Bereits vor der Übernahme des Amtes des Präsidenten der *Generalitat* wurde ihm auch von kritischen Beobachtern attestiert, eine "charismatische Figur" (González Casanova 1979: 106) zu sein. Im Laufe der mittlerweile bereits anderthalb Jahrzehnte währenden Periode nationalistischer Regierungen hat die charismatische Wirkung Jordi Pujols auf weite Teile der katalanischen Bevölkerung offensichtlich stetig zugenommen. Der ausgeprägte Personalismus im politischen Alltag der historischen Peripherie - die sich

zumindest in dieser Beziehung nicht nennenswert vom übrigen Spanien abzuheben scheint - sowie der semipräsidentielle Charakter des regionalen Regierungssystems (vgl. Solé Tura 1985: 130) machen Pujol nach innen wie nach außen zum unumstrittenen politischen Hauptprotagonisten des autonomen Katalonien. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß man die durch ihn symbolisierte Spielart des Nationalismus schon frühzeitig mit dem Etikett des "Pujolismus" (*pujolisme*) versehen hat. Im Zuge der politischen Erfolge des Bündnisses *Convergència i Unió* sind gemäßigter Nationalismus und "Pujolismus" in Katalonien geradezu zu austauschbaren Begriffen geworden. Die Hegemonie des nationalistischen Populismus in der Region ist identisch mit der Hegemonie des *pujolisme*.

Die Hegemonie der von Pujol und CiU vertretenen Variante des Katalanismus wird freilich durch das gute Abschneiden des PSC bei gesamtstaatlichen und kommunalen Wahlgängen spürbar relativiert. Die Sozialisten entsenden seit 1977 durchgehend die größte Zahl katalanischer Abgeordneter in die Madrider *Cortes*. Ihren eindrucksvollsten Erfolg feierten sie 1982, als sie bei den *elecciones del cambio* mit 44% der Stimmen - ein Resultat, das sich damals nur knapp unter dem spanischen Durchschnitt bewegte - die von CiU gebildete, zweitstärkste regionale Liste, die auf 24% kam, weit hinter sich ließen (vgl. Shabad 1986a: 163). Nach 1982 haben sich die Ergebnisse des PSC jedoch nach und nach verschlechtert: Von den 47 Sitzen des spanischen Parlaments, über deren Vergabe in Katalonien entschieden wird, gingen bei den Wahlen von 1993 lediglich 18 an die sozialistische Partei; 1982 waren es noch 25 gewesen. Der Vorsprung des PSC gegenüber den gemäßigten Nationalisten im spanischen Abgeordnetenhaus beläuft sich damit gegenwärtig auf ein einziges Mandat (vgl. *El País*, 08.06.1993).

Einen vergleichbaren Trend bringt ein Blick auf die Resultate der vier Kommunalwahlen, die nach dem Übergang zur Demokratie zwischen 1979 und 1991 in Katalonien stattgefunden haben, zum Vorschein. Zwar ist es den Sozialisten bisher gelungen, sich auf der lokalen Ebene als stärkste Partei zu behaupten. Ihr Abstand zu CiU hat sich seit 1979 jedoch verringert. Bei den letzten Kommunalwahlen erhielten sie auf die ganze Region hochgerechnet 37% der Stimmen, während der CiU-Anteil 33% betrug.⁵ Die Durchsicht der Resultate der Wahlergebnisse in den Kommunen bestätigt die Existenz eines leichten politischen Gefälles zwischen städtischem und ländlichem Katalonien: Der PSC kontrolliert die Rathäuser im urbanen Ballungsraum entlang des Küstenstreifens der Provinz Barcelona. CiU dominiert dagegen in erster Linie in den Kleinstädten des Landesinneren.⁶ Besonders schmerzhaft muß den Nationalisten die Tatsache erscheinen, daß es ihnen bis heute versagt

5 Ein knappes Jahrzehnt zuvor, bei den Kommunalwahlen von 1983, lagen die katalanischen Sozialisten bei 39%, die CiU-Nationalisten bei 25%.

6 Eine Aufstellung der katalanischen Kommunalwahlergebnisse von 1979, 1983 und 1987 findet man in Balcells (1991: 200). Für detaillierte Analysen der Kommunalwahlen von 1991 siehe *El País* vom 28.05.1991 und *El Temps* vom 08.06.1991.

geblieben ist, das Amt des Bürgermeisters in der Metropole Barcelona zu besetzen. Der Sozialist Pasqual Maragall, von 1982 an Oberhaupt der Stadt und eine ähnlich charismatische Persönlichkeit wie Jordi Pujol, wird von den regionalen wie von den spanischen Medien immer wieder als der eigentliche Hauptkontrahent des Präsidenten der *Generalitat* in der katalanischen Politik porträtiert.

Das sich den katalanischen Sozialisten mit beharrlicher Regelmäßigkeit neu stellende Dilemma kommt bereits im etwas umständlich anmutenden offiziellen Kürzel des Parteinamens - PSC (PSC-PSOE) - zum Ausdruck. Historisch ist der *Partit dels Socialistes de Catalunya* das Produkt einer schwierigen Fusion autochthoner und gesamtstaatlich eingebundener Linksgруппierungen. Das Parteienregister führt den PSC als eigenständige Organisation auf. In der Tat bildeten die Sozialisten Kataloniens zunächst auch eine formal unabhängige Abgeordnetengruppe im Madrider Parlament. Erst nach den Wahlen und dem Regierungswechsel von 1982 gliederten sie sich auf Drängen der Führungschargen des PSOE hin in dessen Fraktion in den *Cortes* ein.

Der PSC hat den katalanischen Autonomieprozeß von Anfang an entschieden mitgetragen und vorangetrieben. Faktisch nahm er zusammen mit dem PSUC in den Jahren der Transition eine führende Stellung in der regionalen Bewegung gegen den Zentralismus ein; die zwei großen Linksparteien waren an den autonomistischen Massenmobilisierungen zwischen 1976 und 1980 maßgeblich beteiligt. Für den PSC bahnten sich aber bereits mit dem galoppierenden Zerfall der Zentrumsunion und der sich abzeichnenden Übernahme der spanischen Exekutive durch den PSOE wichtige Veränderungen bei der Bestimmung seines politischen Standorts an. Spätestens seit dem Regierungswechsel in Madrid befindet sich die Gruppierung in der unbequemen Lage, ihren Autonomismus mit der zumindest indirekten Teilhabe an gesamtstaatlicher Verantwortung vereinbaren zu müssen. Die Modifikation der Rahmenbedingungen, an denen die katalanischen Sozialisten ihre Strategie ausrichten, kommt auch in der Verschiebung der inhaltlichen Akzente in den Programmpapieren des PSC zur Geltung: Im Jahr 1979 war darin noch von der Notwendigkeit die Rede, sämtliche Formen der nationalen Unterdrückung Kataloniens durch den spanischen Staat aufzuheben; nach 1982 wird hingegen, weitaus zurückhaltender, das nationale Projekt Kataloniens als ein gesamtstaatliches Projekt angesehen. Während der PSC sich in den Anfangsjahren der Demokratie selbst noch als "nationalistische" Kraft definierte, tendiert er seit 1984 offenkundig dazu, in seinen Erklärungen den Begriff des "Nationalismus" durch den des "Katalanismus" zu ersetzen (vgl. Culla 1989: 246).

Der Wandel der Nuancen im Diskurs der Partei liefert diskrete Hinweise darauf, daß sie im Staat der Autonomen Gemeinschaften vor der undankbaren Aufgabe steht, eine Gratwanderung zwischen der Vertretung katalanischer Interessen und der Befolgung der Weisungen der PSOE-Spitze bzw. der sozialistischen Regierung in Madrid vollführen zu müssen. Eine Äußerung Joaquim Nadals, der in Girona das Amt des Bürgermeisters beklei-

det und ein prominentes Mitglied der PSC-Direktion ist, dokumentiert in aller Anschaulichkeit die prekäre Balance, die die katalanischen Sozialisten in ihrem Loyalitätskonflikt zwischen Zentrum und Peripherie herzustellen haben. Nadal, der der Wahrung der nationalistischen Glaubwürdigkeit seiner Partei großes Gewicht beimißt, sagt: "... in dem Maße, wie ich Sozialist bin, bin ich mit einem Teil der Vorschläge, die die Regierung Felipe González' macht, einverstanden, aber in dem Maße, wie ich überzeugter Katalanist bin, bin ich mit anderen Teilen ihrer Vorschläge nicht einverstanden."⁷

Es ist insofern nicht sehr erstaunlich, daß die Episode der LOAPA für den PSC zu einer frühen und schweren inneren Zerreißprobe wurde. Die Beteiligung des PSOE an der Vorbereitung und der Verabschiedung des Gesetzes mit dem Ziel der "Harmonisierung" des Autonomieprozesses zu Zwecken der gesamtstaatlichen Regierbarkeit löste in den Reihen des katalanischen Sozialismus heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen zwischen betont katalanistischen Sektoren und Befürwortern einer stärkeren Berücksichtigung des Primats der spanischen Politik aus. Anlässlich der LOAPA-Debatten geriet der PSC erstmals massiv in die Schußlinie der nationalistischen Öffentlichkeit in Katalonien, die die Abhängigkeit der Partei von den Entscheidungen der PSOE-Zentrale heftig anprangerte. Zugleich hätte eine offene Konfrontation zwischen PSC und PSOE die katalanischen Sozialisten aber ernsthaft der Gefahr eines Auseinanderbrechens ihrer eigenen Organisation ausgesetzt (vgl. de Riquer 1990: 37). Schon bald nach seiner Entstehung im Zuge der Fusion von Vertretern der regionalen und der staatlichen Linken brachten die Kontroversen um die LOAPA mitsamt ihrer territorialpolitischen Brisanz den PSC-PSOE zu Beginn der 80er Jahre in eine Zwickmühle, aus der er sich auch in der Folgezeit, allein schon wegen der von Madrid aus verkündeten sozialistischen Regierbarkeitsimperative, nicht mehr vollständig befreit hat.

Anderthalb Jahrzehnte nach dem Zusammenschluß des *Partit Socialista de Catalunya* mit der *Federación Catalana del PSOE* bewertet der Generalsekretär des PSC Raimon Obiols die Beziehungen seiner Partei zum PSOE im ganzen als positiv, weil sie es den katalanischen Sozialisten ermöglichten, ihrer Politik eine sowohl gesamtstaatliche als auch europäische Dimension zu geben.⁸ Die Forderung des PSC, wieder eine offiziell von der spanischen "Mutterorganisation" abgekoppelte, eigene Gruppe von Parlamentariern in den *Cortes* konstituieren zu können, nennt er eine "taktische Forderung": Der PSC wolle im Madrider Abgeordnetenhaus vor allem deswegen als eigenständige Kraft auftreten können, um seine Erfolgchancen gegenüber CiU im Wettbewerb um die katalanischen Wähler zu erhöhen. Eine der wichtigsten positiven Folgen der Integration des PSC in den PSOE leitet

7 Zitiert nach einem Interview in der Zeitschrift *El Temps* vom 29.02.1988.

8 Für die hier zusammengefaßten Erklärungen Obiols' vgl. *El Temps*, 29.03.1993.

sich für Obiols daraus ab, hierdurch die Einheit der Bürger Kataloniens garantiert zu haben.⁹ Aus der Sicht des sozialistischen Politikers konnte diese Einheit keinesfalls von vornherein als gewährleistet gelten, selbst heute handelt es sich für ihn um eine weiterhin prekäre Einheit.

Indem er den Beitrag des PSC-PSOE zur Sicherung der Einheit der Bürger Kataloniens nachdrücklich unterstreicht, weist Obiols auf die Funktion seiner Partei als Vermittlungsinstanz zwischen den Interessen autochthoner und nichtautochthoner Bevölkerungsgruppen hin. Die Dilemmata des katalanischen Sozialismus resultieren tatsächlich nicht allein aus dessen "Außenbeziehungen" zum PSOE, sondern ebenso sehr aus seiner internen Organisationsstruktur und seiner Stellung in der historischen Peripherie: In der dualen politischen Loyalität des PSC gegenüber Katalonien und gegenüber Spanien spiegelt sich auch der Umstand wider, daß die Eliten und die Basis bzw. die Wähler der Gruppierung unterschiedlichen soziokulturellen Milieus entstammen.

Auf der Ebene der Parteiführung dominieren eindeutig autochthone Politiker mit einem katalanistischen Hintergrund, der sich häufig als genauso stark ausgeprägt erweist wie derjenige ihrer Konkurrenten von *Convergència i Unió*. In den Ortsverbänden im Großraum Barcelona und insbesondere im Kreis der Wählerschaft des PSC fällt dagegen den aus Südspanien eingewanderten Arbeitern erhebliches Gewicht zu. In Wahlkampfzeiten wird es für die katalanischen Sozialisten daher zu einer periodischen Pflichtübung, ihre "spanische" Karte auszuspielen, wie Laitin und Solé (1989: 11) vermerken: "PSC propaganda generally features pictures of the Prime Minister [Felipe González, der selbst Andalusier ist; P. A. K.] ... next to an autochthonous Catalan who is running for a seat in the working class district." Für den PSC ist die Einbettung in ein gesamtstaatliches Organisationsgefüge nicht zuletzt ein Mittel, mit dem er sich die Unterstützung eines bedeutenden Teils seiner Anhänger sichert. Unter diesem Gesichtspunkt scheint die Partei weniger aufgrund ihrer ideologischen Orientierungsschwierigkeiten als aufgrund der strukturellen Merkmale ihrer Basis vorerst dazu verurteilt, einen Kurs zu verfolgen, der zwischen der Scylla des Nationalismus und der Charybdis des Antinationalismus hin und her pendelt.

Wenngleich aus anderen Gründen als bei CiU, lassen sich auch beim PSC Ambivalenzen in der autonomiepolitischen Zielsetzung konstatieren. Die katalanischen Sozialisten haben insofern gewisse Gemeinsamkeiten mit den gemäßigten Nationalisten, als sie es vermeiden, sich in der Frage der Souveränitätsquoten, die sie für ihr Territorium langfristig anstreben, allzu rigide festzulegen.

Darauf bedacht, den Interessen des ihm übergeordneten PSOE Rechnung zu tragen, zeigt sich der PSC im Bereich der Nationalitätenproblematik einerseits gerne kompromißbereit und verzichtet darauf, allzu lautstark einen politischen Sonderstatus für Katalonien zu

9 Obiols spricht wörtlich von "*unitat civil*".

fördern, der die Region im Nordosten drastisch vom Ensemble der übrigen *Comunidades Autónomas* abheben würde. Die Kampagne der katalanischen Sozialisten zugunsten einer föderalistischen Reorganisation des Staats der Autonomen Gemeinschaften gewinnt in diesem Kontext zusätzlich an Plausibilität. Sie stellte einen Versuch dar, die autonomistische Glaubwürdigkeit einer Gruppierung zu erhöhen, die sich seit 1982 ununterbrochen im Kreuzfeuer der Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie bewegt. Gleichzeitig bietet die Bekundung des Willens zu föderalistischen Reformen in der Territorialpolitik, die bisher wohlweislich keinerlei praktische Konsequenzen nach sich gezogen hat, dem Leitungsstab des PSOE eine verhältnismäßig unverfängliche Gelegenheit, gegenüber den Anliegen der katalanischen Parteisektion Entgegenkommen zu demonstrieren.

Andererseits bricht innerhalb des betont katalanistischen PSC-Flügels aber immer wieder heftiger Unmut darüber aus, sich auf dem Terrain der Autonomiepolitik letztlich den von Madrid aus diktierten Marschbefehlen beugen zu müssen. In solchen Momenten überbieten ranghohe Parteimitglieder, was das Niveau der von ihnen artikulierten nationalistischen Forderungen angeht, oft noch ihre Rivalen von CiU. Eine Führungsfigur des PSC wie der bereits erwähnte Joaquim Nadal verlangt dann etwa die Beendigung der Politik des *café para todos* und plädiert für einen Staatsaufbau, der die nationalen Besonderheiten Kataloniens vorbehaltlos anerkennt; dafür sei gegebenenfalls auch die spanische Verfassung zu ändern (vgl. *El País*, 12.12.1993).

Convergència i Unió und der *Partit dels Socialistes de Catalunya* sind ohne jeden Zweifel die wichtigsten Akteure in der gegenwärtigen politischen Landschaft Kataloniens. Sie haben bei den Regionalwahlen von 1984, 1988 und 1992 zusammen knapp 80% der Stimmen auf sich vereinigen können (siehe Tabelle 15). Dabei ist allerdings das Bündnis CiU, das im Parlament der Autonomen Gemeinschaft nunmehr schon ein Jahrzehnt lang über die absolute Mehrheit verfügt, klar die dominierende Kraft.

Die Tendenzen zur Herausbildung eines Zweiparteiensystems werden dadurch gebremst, daß neben den Sozialisten und den gemäßigten Nationalisten noch drei weitere Gruppierungen im autonomen Parlament vertreten sind. Diese Gruppierungen - AP/PP, PSUC/IC und ERC - erzielen seit 1984 bei Regionalwahlen vergleichbare Resultate; ihre jeweiligen Stimmenanteile bewegen sich in einer Größenordnung von 5% bis 8%. Die wesentlichen Dimensionen des Parteienwettbewerbs in Katalonien gehen aus der Überkreuzung der Achse "links"- "rechts" mit der Achse "Nationalismus"- "*españolismo*" hervor. Grundsätzlich prägt eine als zentripetal einzustufende Wettbewerbsdynamik zwischen den Hauptkontrahenten PSC und CiU die Auseinandersetzungen auf beiden Achsen. Die Existenz der kleineren Kräfte trägt aber dazu bei, das politische Spektrum stärker zu polarisieren (vgl. Pallarès 1989: 239-241).

Der Untergang der UCD machte die *Alianza Popular*, die sich im Jahr 1989 in *Partido Popular* umbenannte, zum einzigen nennenswerten Exponenten der spanischen

Rechten in der katalanischen Politik. Weder unter ihrem alten noch unter ihrem neuen Namen hat es die Partei geschafft, auf regionaler Ebene die politische Hinterlassenschaft der Zentrumsunion anzutreten. Die ehemaligen Wähler der UCD, die in Katalonien ohnehin nur über mäßigen Rückhalt verfügte, sind überwiegend zu *Convergència i Unió* abgewandert. Aufgrund der Vorherrschaft der gemäßigten Nationalisten im Mitte-Rechts-Bereich rückt der *Partido Popular* in Katalonien faktisch weiter nach rechts als im übrigen Spanien (vgl. Montero/Torcal 1990: 61 f.). Trotz seiner jüngsten Versuche, sich auch für autonomistisch gesinnte Konservative zu öffnen, gilt er in der Peripherie immer noch als unumstrittener Wortführer des *españolismo*. Die Partei liegt mit dem Stimmenanteil, den sie bei Regionalwahlen erhält, generell weit unter ihren spanischen Durchschnittswerten. Aber auch bei den Wahlen zum Madrider Parlament im Jahr 1993, bei denen der PP sein bislang bestes Ergebnis im gesamtstaatlichen Maßstab erreichte, rangierte er in Katalonien stark abgeschlagen hinter CiU.

Die *Iniciativa per Catalunya* (IC) ist das 1987 ins Leben gerufene katalanische Pendant zur spanischen *Izquierda Unida* (IU). Die "Initiative" entstand aus dem Bestreben der Überreste des in Katalonien einst so wichtigen, im Zuge vehementer parteiinterner Auseinandersetzungen Anfang der 80er Jahre aber beinahe völlig aufgeriebenen PSUC, unter Beteiligung der *Entesa dels Nacionalistes d'Esquerra*, einer kleinen linksnationalistischen Organisation, ein Sammelbecken links vom PSC-PSOE zu bilden, das über den Kreis von Kommunisten und Exkommunisten hinausreichen sollte. Der IC blieb es bislang versagt, an die politischen Erfolge des PSUC in den nachautoritären Wahlgängen der Zeit zwischen 1977 und 1980 anzuknüpfen. Wie der Präsident der Formation, Rafael Ribó, selbst zugibt¹⁰, ist es ihr nicht gelungen, zwei "Syndrome" abzuschütteln: das Syndrom des Kommunismus und das Syndrom Spaniens. Mit dem "spanischen" Syndrom spricht Ribó das insbesondere aufgrund erheblicher autonomiepolitischer Differenzen gespannte Verhältnis zwischen IC und dem PCE-Nachfolger IU an. Die *Iniciativa* steht nicht nur links von den katalanischen Sozialisten, sondern ist auch viel nachdrücklicher als der PSC darum bemüht, als ein Bestandteil des nationalistischen Spektrums wahrgenommen zu werden (vgl. Culla 1989: 247). Beispielsweise zeigten die IC-Abgeordneten, anders als die Angehörigen der PSC-Fraktion, im Dezember 1989 keinerlei Vorbehalte, die Selbstbestimmungsresolution des katalanischen Parlaments mitzuverabschieden. Letzten Endes hat aber auch die *Iniciativa* sorgfältig abzuwägen, wie sie ihre Positionen zur sozialen und zur nationalen Frage aufeinander abstimmt. In der Gruppierung spielen gewerkschaftliche Kader aus der *Comissió Obrera Nacional de Catalunya*, dem territorialen Dachverband der Arbeiterkommissionen in Katalonien, eine bedeutende Rolle. Die IC hat ihre Bastionen fast ausschließlich in den Wahlkreisen mit besonders hohen Immigrantquoten des Industriegürtels um Barcelona.

¹⁰ Vgl. das Interview mit Ribó in *El Temps* vom 08.02.1993.

Insofern muß die Formation bei der Formulierung der Inhalte ihres Katalanismus im Auge behalten, daß sich unter ihren Anhängern auch Nichtnationalisten befinden.

Sieht man von dieser Tatsache einmal ab, überschneiden sich die gesellschaftlichen Sektoren, an die die IC ihre Botschaft vornehmlich richtet, allerdings sehr stark mit denjenigen, die auch von der ERC politisch umworben werden. Die "Republikanische Linke" besetzt entlang der Achse "Nationalismus"-*"españolismo"* in der katalanischen Politik den dem PP diametral entgegengesetzten Pol. In Barcelona wie in Madrid treten ihre Abgeordneten offensiv und ohne jede Umschweife für die Unabhängigkeit Kataloniens ein. Innerhalb der *Esquerra* hat sich in der zweiten Hälfte der '80er Jahre ein politischer Generationenwechsel vollzogen. Eine Gruppe junger nationalistischer Aktivisten, die großenteils dem Umfeld außerparlamentarischer Bewegungen entstammten, drang an die Organisationsspitze vor. Der Generalsekretär der ERC ist seitdem Àngel Colom, ein ehemaliger Wortführer der *Crida a la Solidaritat en defensa de la llengua, la cultura i la nació catalanes* (vgl. Monné/Selga 1991: 118), einer im März 1981 konstituierten politischen Plattform mit sehr lockeren, nicht parteiförmigen Organisationsstrukturen. Ein gutes Jahrzehnt lang verknüpfte die *Crida* die Anliegen des radikalen katalanischen Nationalismus mit Themen und Mobilisierungsformen neuer sozialer Bewegungen.¹¹ Die Verjüngung der Führung wie der Basis der Partei hat das öffentliche Erscheinungsbild der ERC, die während der ersten postautoritären Dekade nie ganz den Ruf abstreifen konnte, ein anachronistisches Überbleibsel aus der Zeit vor dem Bürgerkrieg zu sein, nachhaltig verwandelt. Die nach 1975 zunächst tonangebende Riege der vor Beginn der Franco-Diktatur geborenen Senioren ist weitgehend von einer Gruppe von Personen abgelöst worden, deren Alter unter 40 Jahren liegt.¹² Die "neue" *Esquerra* scheint ihren selbstaufgelegten Anspruch, als dynamischer Faktor auf die politische Entwicklung in der Peripherie einzuwirken und den über lange Zeit hochgradig fragmentierten nationalistischen Kräften, die ein unabhängiges Katalonien anstreben, organisatorische Geschlossenheit zu verleihen, bisher im großen und ganzen einlösen zu können. Zumindest in den Urnen zahlte sich die Veränderung des Parteiprofils fürs erste aus: Bei den Regionalwahlen von 1992 verdoppelte die ERC ihren Stimmenanteil gegenüber 1988 und wurde zur drittstärksten politischen Gruppierung Kataloniens; darüber hinaus gelang es den Linksnationalisten ein Jahr später erstmals seit 1982 wieder, bei Wahlen zum spanischen Parlament ein Mandat in Madrid zu erobern.

Das katalanische Parteiensystem entspricht dem Typ des gemäßigten Pluralismus (vgl. Montero/Torcal 1990: 65). Trotz einiger Polarisierungssymptome, die sich in erster Linie

11 Im Juni 1993 löste sich die *Crida* offiziell auf. Von Seiten ihrer Sprecher wurde als wesentlicher Grund dafür angegeben, daß alte Tätigkeitsfelder der Bewegung inzwischen weitgehend von der ERC ausgefüllt würden. Vgl. *El País*, 30.06.1993.

12 Vgl. dazu den unter dem Titel *¿De quina esquerra parlem?* in *El Temps* vom 08.02.1993 abgedruckten Beitrag des ERC-Vorstandsmitglieds Josep Huguet i Biosca.

aus den krassen Differenzen bei der Bewertung der nationalen Frage durch so konträre politische Akteure wie AP/PP und ERC ergeben, herrscht der zentripetale Wettbewerb vor. Die zwei großen Flügelparteien CiU und PSC begreifen sich beide als Vertreter des Katalanismus, auch wenn sie das Konzept auf verschiedenartige Weise definieren. Der politische Gegensatz zwischen den katalanischen Sozialisten und den gemäßigten Nationalisten verringert sich zudem indirekt noch dadurch, daß die Madrider PSOE-Regierung entschieden einen Kurs der ökonomischen Liberalisierung eingeschlagen hat. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierungen der staatlichen Exekutive in Madrid und der Regional-exekutive in Barcelona wichen von daher in den vergangenen Jahren allenfalls in Nuancen voneinander ab (vgl. Balcells 1991: 201). Alles in allem erweist sich die ideologische Distanz zwischen PSC und CiU in Katalonien als weitaus geringer als die Distanz, die auf gesamtstaatlicher Ebene zwischen PSOE und PP besteht.

Zweifelsohne hat sich der Tonfall der Auseinandersetzungen zwischen den katalanischen Parteien seit der Einrichtung des Autonomieregimes verhärtet. Als wesentlicher Dreh- und Angelpunkt für die Artikulation politischer Konflikte an der Peripherie fungiert dabei immer wieder die je nach Gruppierung unterschiedliche Bestimmung der nationalen Interessen Kataloniens gegenüber dem spanischen Staat. Kräfte wie der PSC, die sich prinzipiell den Zwängen eines gesamtstaatlichen Organisationsapparats beugen müssen, sehen sich deswegen dem von nationalistischer Seite mit Vehemenz erhobenen Vorwurf des *sucursalismo*, des "Filialentums", ausgesetzt: Als bloße Filialen einer vom Zentrum aus geleiteten Partei seien sie schon von ihrer Anlage her nicht dazu befähigt, die katalanische Sache zu ihrer eigenen zu machen. Dennoch führt der Dissens in ethnopolitischen Fragen nicht zur Aufspaltung des Parteienspektrums in tief verfeindete Lager. Wenigstens bisher hat das Auftreten der dominanten Akteure PSC und CiU eine dramatische Aufladung des Spannungspotentials zwischen Nationalismus und *españolismo* verhindert.

Der Nationalismus von CiU wird allein schon aufgrund wahltaktischer Kalküle gemäßigt. Die Koalition erhält Stimmen von Bevölkerungsgruppen - vornehmlich ehemalige UCD-Wähler -, deren Katalanismus höchst moderat scheint und nicht die Bereitschaft zur unnachgiebigen Konfrontation mit der spanischen Zentralgewalt einschließt. Eine Radikalisierung ihres nationalistischen Diskurses brächte für die Allianz das Risiko mit sich, in einem nicht unbedeutenden Sektor ihrer Wählerschaft Sympathien zu verlieren. Hinzu kommt, daß ein Teil des Führungskreises der gemäßigten Nationalisten, der in Miquel Roca, dem CiU-Sprecher im Madrider Parlament, seine Gallionsfigur hat, offen dafür plädiert, daß die Katalanen ihren Einflußbereich nicht auf ihr Stammrevier begrenzen, sondern sich aktiv an der Gestaltung der spanischen Politik beteiligen. Durch eine exzessive Betonung des katalanischen Partikularismus würden sich die Repräsentanten der CiU-Spitze aber letzten Endes ihrer Möglichkeiten zur politischen Mitsprache im gesamtstaatlichen Kontext berauben.

Umgekehrt steht auch nicht zu erwarten, daß der PSC eine dezidiert antinationalistische Linie einschlägt. Zum einen macht dies die gewichtige Präsenz von Katalanisten unter den Eliten wie unter den Basismitgliedern der Gruppierung äußerst unwahrscheinlich. In den Reihen der katalanischen Sozialisten wären Bestrebungen zu einer völligen Preisgabe des Nationalismus der Auslöser für vehemente innerparteiliche Konflikte, wenn nicht gar für eine Parteispaltung. Zum anderen liegt auf der Hand, daß der PSC, will er die regionale Dominanz von CiU brechen und einen Regierungswechsel herbeiführen, dazu wohl oder übel auf die Unterstützung der kleineren Linksgruppierungen angewiesen ist. Die IC und vor allem die ERC würden aber keinesfalls mit einer Formation koalieren, die im Grundsatz einen gegen den katalanischen Nationalismus gerichteten Standpunkt einnimmt.¹³

Jenseits der parteistrategischen Kalküle scheint aber ein weiterer Faktor dafür ausschlaggebend gewesen zu sein, daß es in Katalonien zu keiner Zuspitzung der politischen Konflikte auf dem Terrain einer nach wie vor offenen nationalen Frage gekommen ist. Sieht man einmal von der rechten Volksallianz bzw. ihrem Nachfolger, dem *Partido Popular*, ab, die in der nordöstlichen Peripherie nie über ein politisches Schattendasein hinausgekommen sind, haben alle bedeutenderen parlamentarischen Kräfte im heutigen Katalonien gemeinsame Wurzeln in der Opposition gegen den autoritären Zentralismus des Franco-Regimes. Wenn gleich in abgeschwächter Form, scheint der Basiskonsens, der unter ihnen während der Transitionsperiode herrschte, nach 1980 nicht gebrochen. Viele der maßgeblichen politischen Entscheidungen in der Region wurden in den 80er Jahren unter dem Leitmotiv des "nationalen Wiederaufbaus" getroffen. Wie die Einrichtung des Autonomieregimes selbst bewirkten sie keine größeren Polarisierungen des politischen Kräftespektrums. Im Prozeß der Institutionalisierung der katalanischen Autonomie leben viele Elemente der politischen Kultur des *pactisme* weiter, einer Tradition, die der sachlichen Elitenverständigung einen klaren Vorrang gegenüber der ideologiegeladenen Auseinandersetzung einräumt.¹⁴ Dabei boten nicht zuletzt die kollektiven Erfahrungen parteiübergreifender Opposition gegen den Franquismus der politischen Klasse in Katalonien gute Voraussetzungen, um an der Pflege dieser Tradition festzuhalten.

13 Pasqual Maragall, einer der populärsten Spitzenpolitiker des PSC, plädiert neuerdings für einen "Föderalismus der Differenz", der die nationalen Besonderheiten Kataloniens anerkennt (vgl. *El Temps*, 27.12.1993). Zum politischen Hintergrund derartiger Plädoyers gehören sicherlich auch die Bemühungen der PSC-Führung, Programmpunkte zu entwickeln, die die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den Linksnationalisten erweitern.

14 Zur historischen Herleitung der Tradition des *pactisme* in Katalonien siehe Vicens i Vives 1984: 95-107.

Der Ausstrahlungsbereich des Nationalismus in Katalonien reicht weit über die Sphäre der Parteipolitik hinaus. Zwar mögen die Eliten in der Peripherie, die beharrlich an die Nationalgefühle ihres Publikums appellieren, von taktischen Hintergedanken motiviert sein: in manipulativer Absicht "erfunden" haben sie solche Nationalgefühle jedoch nicht. Allen Bemühungen eines über Jahrzehnte hinweg autoritär kontrollierten Zentralstaats zum Trotz wurden offiziell tabuisierte nationalistische Überzeugungen insbesondere über die familiäre Sozialisation von Generation zu Generation weitergegeben (vgl. Hernández 1983). Mit der Lockerung der franquistischen Repression nach 1960 gelang es einzelnen Zirkeln nationalistischer Aktivisten erstmals seit dem Bürgerkrieg wieder, unter dem Vorzeichen der Kulturarbeit die Positionen des Rückzugs ins Private zu verlassen und dem Katalanismus allmählich einige prekäre Nischen im halböffentlichen und öffentlichen Raum zu erschließen.

In den 60er Jahren konnte sich das Revival der Regionalkultur vornehmlich dank des rasch anwachsenden Kreises seiner Trägergruppen über die Obstruktionsversuche der staatlichen Institutionen hinwegsetzen. Die kulturelle Erneuerungsbewegung der späten Franco-Ära rief Erinnerungen an altbekannte Muster sozialer Selbstorganisation in Katalonien wach. Die Region ist historisch stark von bürgerlich-zivilgesellschaftlichen Traditionen geprägt. Diese "bürgerliche Prägung" hat sich unter anderem auch in einem - zumindest für spanische Verhältnisse - ausgesprochen dichten Netz von Assoziationen niedergeschlagen (vgl. Miguélez/Solé 1987: 279). Seit den Anfängen der Nationalbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Bildung solcher Assoziationen immer wieder mit dem Zweck verbunden, den sozialen Rückhalt des Katalanismus zu kräftigen.

Auch im nachfranquistischen Katalonien gibt es ein weitverzweigtes Netz von Vereinigungen und Initiativen, die es als ihre Hauptaufgabe betrachten, als Beschützer und Multiplikatoren der katalanischen Kultur zu wirken. Hier ist nicht der Ort, um ein detailliertes Bild der Akteure in diesem Netz zu zeichnen. Dennoch will ich wenigstens kurz auf zwei von ihnen eingehen, nämlich auf *Òmnium Cultural* und auf die bereits erwähnte *Crida*. Sie können als die wichtigsten Sprachrohre des "gesellschaftlichen Katalanismus" während der Institutionalisierungsphase der Autonomen Gemeinschaft nach 1980 angesehen werden. Darüber hinaus lassen sie sich aber auch gut als Beispiele für die typischen Erscheinungsformen des regionalen Nationalismus in der jüngsten Vergangenheit heranziehen.

1961 gründete eine kleine Gruppe wohlhabender Privatleute in Barcelona *Òmnium Cultural* in der Absicht, eine längerfristig tragfähige Plattform zur Förderung der aufgrund der Politik der Diktatur in schwere Bedrängnis geratenen Regionalkultur aufzubauen. Während der ersten Jahre ihres Bestehens operierte die Vereinigung am Rande der Legali-

tät.¹⁵ Als einstiger Fokus des kulturellen Widerstands genießt sie heute in Katalonien großes Prestige.

Das *Òmnium* hat nach Aussage seines Vorsitzenden Josep Millàs gegenwärtig 18.000 Mitglieder.¹⁶ Während Personen "aus der sehr hohen Bourgeoisie" den Ausschlag für seine Entstehung gaben, überwiegt in seinen Reihen jetzt das "mittlere Bürgertum". Millàs bezeichnet das *Òmnium* als "kulturelle Vereinigung, die nationalistische Ziele verfolgt". Darunter fallen insbesondere die "Sprachnormalisierung"¹⁷ und die Steigerung des katalanischen Nationalbewußtseins. Nach der Verabschiedung des Autonomiestatuts stellte sich für die Angehörigen des Direktionsgremiums von *Òmnium Cultural* angesichts der neuen politischen Situation die Frage, ob die Vereinigung ihre Tätigkeiten einstellen sollte. Da sich nach Ansicht Millàs' aber schon bald zeigte, "daß das katalanische Problem nicht gelöst ist", entschied man sich für eine Fortsetzung der bisherigen Arbeit. Den institutionellen Veränderungen trägt das *Òmnium* jedoch insofern Rechnung, als es gegenüber seinen im engeren Sinne sprachlich-kulturellen Aktivitäten in letzter Zeit der "*conscienciació nacional*" größeres Gewicht beimißt.

Wie sein Vorsitzender selbst erklärt, unterhält das *Òmnium* gute Beziehungen zur katalanischen Regierung. Es ist daher nicht erstaunlich, daß es von Kritikern des *pujolisme* weniger als kulturelle Vereinigung denn als den gemäßigten Nationalisten nahestehende politische Gruppe eingestuft wird.¹⁸ Tatsächlich braucht man die politische Unabhängigkeit von *Òmnium Cultural* nicht generell in Zweifel zu ziehen, um zu bemerken, daß die Organisation ihre Basis vorwiegend in gesellschaftlichen Kreisen hat, aus denen sich auch ein bedeutender Sektor der Anhänger und vor allem der Eliten von *Convergència i Unió* rekrutiert.

Die mittlerweile wieder aufgelöste *Crida a la Solidaritat* bildete in den 80er Jahren das jugendlich-"radikale" Gegenstück zum bürgerlich-gemäßigten *Òmnium*. Sie konstituierte sich 1981 als ein überparteiliches, ziviles Forum, um einerseits der nach dem Putschversuch vom Februar erkennbaren Gefahr einer nachträglichen Beschneidung der katalanischen

15 Zu den Aktivitäten von *Òmnium Cultural* im Franquismus siehe die Beiträge in der von der Vereinigung aus Anlaß ihres fünfundzwanzigjährigen Jubiläums selbst herausgegebenen Informationsbroschüre *Òmnium Cultural 1961-1986*.

16 Diese sowie die folgenden Angaben und Zitate zu *Òmnium Cultural* beruhen auf einem am 04.09.1991 mit Josep Millàs geführten Interview.

17 "Sprachnormalisierung" ist auch im Katalanischen (und Kastilischen) ein Neologismus, der ab Ende der 60er Jahre in der katalanischen Soziolinguistik Verbreitung findet und von dort aus in den politischen Diskurs eindringt (vgl. Woolard 1986: 97). Ich übernehme den Begriff, für den es im Deutschen kein Äquivalent gibt, hier und im folgenden wörtlich, um mir umständliche Umschreibungen zu ersparen.

18 So z.B. vom Sozialisten Isidre Molas (Interview am 02.07.1991).

Autonomierechte entgegenzuwirken und andererseits den Prozeß der Sprachnormalisierung in Ergänzung zu den von institutioneller Seite getroffenen Vorkehrungen auch "von unten" voranzutreiben. In der Folgezeit dehnte die *Crida* ihre Aktivitäten auf weitere Felder aus; in ihrem Schoß entstanden verschiedene Kommissionen und Arbeitsgruppen, die sich etwa mit ökologischen Fragen befaßten oder Antimilitarismus- und Antirepressionskampagnen durchführten (vgl. Monné/Selga 1991: 109-114).

Nach den Angaben eines ihrer Sprecher hatte die *Crida* 1991 ungefähr 5.000 beitragszahlende Mitglieder.¹⁹ Während ihrer zwölfjährigen Geschichte hielt die Organisation entschlossen an einem basisdemokratischen Aufbau fest. Ihr Apparat war dynamisch und wenig rigide; er paßte sich in der Regel kurzfristig den aktuellen politischen Zielsetzungen an. Um sich Gehör zu verschaffen, bediente sich die *Crida* mit Vorliebe unkonventioneller und spektakulärer Aktionsformen, bei denen ihre jungen Mitstreiter oft kalkuliert von den Techniken des zivilen Ungehorsams Gebrauch machten. Ihre Struktur und ihr Auftreten ließen die *Crida* als eine eigentümliche Synthese aus nationalistischer *pressure group* und neuer sozialer Bewegung erscheinen. Auch wenn der Kern ihrer Aktivisten über die Zeit hinweg relativ klein blieb und zudem ständiger personeller Fluktuation ausgesetzt war, verfügte die Organisation über eine große Zahl von Sympathisanten und ein beachtliches Mobilisierungspotential, wie sich gerade bei ihren zahlreichen Initiativen auf den Gebieten der Sprach- und Autonomiepolitik wiederholt zeigte.

In sprachpolitischen Angelegenheiten trat die *Crida* offensiv für die Aufwertung des Katalanischen gegenüber dem Spanischen in der Autonomen Gemeinschaft ein. Die militanten Kulturnationalisten nahmen Anstoß an den Verfassungsbestimmungen, die die Regionalregierung zur offiziellen Gleichstellung der zwei Sprachen verpflichteten. Aus ihrer Sicht kollidierte das Gebot einer konsequenten Normalisierung des Status des Katalanischen mit dem Zwang zur Einhaltung zentralstaatlicher Vorgaben. Dementsprechend agierten sie als informelle sprachpolitische Kontrollinstanz, übten auf öffentliche wie private Einrichtungen Druck aus, um die gesellschaftliche Präsenz der autochthonen Sprache zu erhöhen, und inszenierten regelmäßig aufsehenerregende Aktionen, um die Bevölkerung für das Ziel einer vollständigen Rekatalanisierung zu sensibilisieren.²⁰

In der Autonomiepolitik agierte die *Crida* zwischen 1981 und 1993 als Speerspitze der nationalistischen Sektoren, die sich mit den Kompromissen der Transitionsperiode nicht zufriedengaben. Sie erhob in ihren Kampagnen immer wieder die Forderung nach einer uneingeschränkten Anerkennung des katalanischen Selbstbestimmungsrechts durch Madrid

19 Interview mit Jordi Sánchez am 09. u. 10.07.1991. Bei der Kurzbeschreibung der *Crida* stütze ich mich weitgehend auf Informationen aus diesem Interview.

20 David Laitin (1989: 314) rechnet die *Crida* in diesem Zusammenhang zu den sprachpolitischen "vigilante groups", die danach trachten, den Prozeß der Sprachnormalisierung in der Autonomen Gemeinschaft zu forcieren.

(vgl. Monné/Selga 1991: 116). Ihre Sprecher und Anhänger sahen in den postautoritären Verfassungspakten keine hinreichende Grundlage für die politische Souveränität Kataloniens. Sie plädierten deswegen für eine Verfassungsänderung und die Umwandlung der 1978 etablierten Territorialordnung in eine Konföderation, die den Verbleib der Katalanen im spanischen Staatsverband nicht festschrieb.

Die Beispiele des *Òmnium* und der inzwischen zu großen Teilen in der erneuerten *Esquerra Republicana* aufgegangenen *Crida* sollten illustrieren, daß die nationalistische Politik in der katalanischen Peripherie auch nach der Wiedererlangung der Autonomie noch von vielfältigen Initiativen und Vereinigungen in der Sphäre der Zivilgesellschaft flankiert wird. Dabei wäre es verfehlt, die gesellschaftlichen Aktivisten als Hüter einer zur Folklore verkümmerten Tradition zu verstehen. Die Gruppen, die sich für die Stärkung und Diffusion der Regionalkultur einsetzen, sorgen dafür, daß das Programm des "nationalen Wiederaufbaus" auch außerhalb des strikten Wirkungsradius von Parteien und Institutionen Geltungskraft zu beanspruchen vermag. Jenseits seiner unmittelbaren politischen Dimensionen ist der Katalanismus die Ausdrucksform einer breiten soziokulturellen Bewegung, die die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche durchdringt; nur wenige andere Minderheiten-nationalismen in der westlichen Welt dürften einen ähnlich dynamischen Rückhalt haben. Die Vertreter in einem umfassenden Sinne nationalistischer Positionen in Katalonien können vorläufig von der Prämisse ausgehen, daß ihre politische Hegemonie weder rein konjunktureller Art ist noch auf tönernen Füßen steht, sondern sich auf eine stabile Basis im sozialen Alltagsleben stützt.

Die solide gesellschaftliche Verankerung des Katalanismus hat ohne Zweifel entscheidend dazu beigetragen, einen günstigen Rahmen für die politisch angestrebten Prozesse "nachholender" nationaler Integration auf der Meso-Ebene zu schaffen. Im institutionellen Geschehen der Autonomen Gemeinschaft nimmt der Gegensatz zwischen Katalanisten und Nichtkatalanisten einen allenfalls zweitrangigen Stellenwert ein. Die Politik in der Peripherie ist vielmehr gekennzeichnet von der Auffächerung eines insgesamt weitflächigen katalanistischen Spektrums in unterschiedliche ideologische Schattierungen.

Offensichtlich haben das grundsätzliche Einvernehmen, das zwischen den wichtigsten Parteien im Hinblick auf das Ziel des "nationalen Wiederaufbaus" besteht, sowie der Pragmatismus auf dem Feld der Politik der Renationalisierung der potentiellen Gefahr einer Segmentierung der katalanischen Gesellschaft nach ethnokulturellen Merkmalen bislang erfolgreich entgegengearbeitet. Es gibt kaum Anzeichen dafür, daß die Gegensätze zwischen katalanischem Nationalismus und spanischem Zentralstaat (oder, wenn man so will, spanischem Staatsnationalismus) eine schwerwiegende ethnopolitische Spaltung der Regionalsgesellschaft nach sich gezogen haben. Katalonien hebt sich in dieser Hinsicht klar von Gebieten wie Nordirland, Südtirol oder Korsika ab, in denen der Zentrum-Peripherie-

Konflikt mit erheblichen Spannungen innerhalb der peripheren Gesellschaft selbst einhergeht.²¹

Tatsächlich scheint Katalonien, was die ethnische Differenzierung seiner Sozialstruktur angeht, durch ein verschlungenes Nebeneinander zum Teil voneinander abweichender, zum Teil aber auch sich überschneidender kollektiver Identitätsmuster charakterisiert zu sein. Die Dynamik der Prozesse ethnischer Identitätsbildung in der Region läßt Versuche einer trennscharfen Bestimmung der soziokulturellen Loyalitäten von Individuen wie von Gruppen nur sehr begrenzt zu. Wohlweislich hat es von offizieller Seite keinerlei Pläne gegeben, in der Autonomen Gemeinschaft einen "ethnischen Zensus" durchzuführen. Das Autonomiestatut (Art. 6) betrachtet alle spanischen Staatsbürger, die in Katalonien ihren Wohnsitz haben, von ihrer politischen und rechtlichen Stellung her als Katalanen. Ganz abgesehen davon, daß eine Ethnisierung von Bürgerrechten in den Peripherien mit den Inhalten der spanischen Verfassung kollidieren würde, entspricht der eindeutige Verzicht auf eine politische Akzentuierung kultureller Trennlinien in der Autonomen Gemeinschaft auch dem Selbstverständnis aller wichtigen Strömungen des Katalanismus.

Nicht nur für die Linksparteien ist es seit jeher ein vordringliches Gebot, jeder Tendenz zur "ethnischen Abschließung" innerhalb der katalanischen Gesellschaft energisch entgegenzuarbeiten. Als einer der Wortführer des eher konservativ ausgerichteten Nationalismus gilt Jordi Pujol bereits vor Jahrzehnten die Devise aus, Katalanen seien alle Menschen, die in Katalonien leben und arbeiten (vgl. Hall 1979: 123). Keine relevante politische Kraft in der Region würde gegen dieses Urteil Einwände erheben. Im katalanistischen Diskurs sind traditionell die Stimmen tonangebend gewesen, die dezidiert für die Inklusion nichtautochthoner Bevölkerungsgruppen in die "nationale Gemeinschaft" plädieren. Greift man auf ein Konzept Hans Kohns (1968: 66) zurück, nähert sich der katalanische Nationalismus dem Typ des "offenen" Nationalismus, der auf der Grundlage politisch-territorialer Organisationsprinzipien danach trachtet, "fremde" kulturelle Elemente zu absorbieren. Die Absicht der Wahrung der eigenen Kultur impliziert demnach keineswegs deren Abschottung gegenüber neuen, exogenen Einflüssen (vgl. Conversi 1990: 63).

Ungeachtet der einfachen und betont voluntaristisch gefaßten "offiziellen" Definition katalanischer Identität erweist sich die ethnonationale Dimension in der Sozialstruktur der historischen Peripherie als ein relativ komplexer Faktor. Wie die weiter unten aufgelisteten Survey-Ergebnisse zeigen, bezeichnen die Etiketten "spanisch" und "katalanisch" auf der Ebene der subjektiven Einstellungen häufig durchaus kompatible Größen, die nicht automa-

21 In den genannten Gebieten äußert sich der Konflikt zwischen ethnischen Nationalismen und Zentralgewalt mehr oder weniger stark auch als innerregionaler Konflikt: in Nordirland zwischen Katholiken und Protestanten, in Südtirol zwischen deutschsprachiger und italienischsprachiger Bevölkerung und auf Korsika zwischen autochthonen Korsen und nach 1960 auf der Insel angesiedelten *Pieds Noirs*. Zur Problematik der politischen Integration "gespaltener Gesellschaften" vgl. allgemein Deutsch 1984.

tisch ein Gegensatzpaar darstellen müssen (siehe Tabelle 16). Ein beträchtlicher Anteil der befragten Personen - den Erhebungen nach liegt er im Zeitraum 1979-1988 nach zwischen 35% und 45% - bezeichnet sich als "gleichermaßen katalanisch wie spanisch", hat also eine duale nationale Identität. Daneben existieren größere Gruppen, deren nationale Identität entweder stärker zu einem der Pole "katalanisch" bzw. "spanisch" neigt oder ausschließlich einem der beiden Pole zuzuordnen ist. So definierten sich etwa in einer 1988 durchgeführten Umfrage 41% der interviewten Personen selbst als "eher katalanisch als spanisch" oder "nur katalanisch"; für die Kategorien "eher spanisch" und "nur spanisch" lag der entsprechende Wert bei 21%.

Die in derartigen Umfragen erhobenen Daten sollten nun nicht zu vorschnellen Schlüssen hinsichtlich der Verteilung ethnonationaler Loyalitätsmuster in der katalanischen Bevölkerung verführen. Schon die Resultate der Umfragen selbst geben zu erkennen, daß die numerischen Proportionen von Gruppen mit einem spezifischen "Identitätsprofil" in Abhängigkeit vom zeitlichen Kontext veränderlich sind. Anhand des katalanischen Beispiels läßt sich gut verdeutlichen, daß Ansätze, die ethnische Identität als eine "primordiale" und insofern statische Größe betrachten, das Phänomen selbst leicht verfehlen können. Solange ethnonationale Zugehörigkeiten wählbar sind, machen Menschen von dieser Wahlmöglichkeit auch Gebrauch. Bei Entscheidungen über ethnische Bindungen fallen dann auch Kalküle ins Gewicht, in denen das Bekenntnis zu kultureller "Authentizität" von anderen Faktoren überlagert wird. In dem Maße, wie ethnonationale Identitäten einen politischen Konfliktgegenstand abgeben, unterliegt ihre Konstruktion auch der Konfliktkonjunktur. Sofern es die institutionellen Spielregeln erlauben, variiert die individuelle wie die kollektive Bewertung "ethnischer Identifikationsangebote" aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Wandel der politischen Kontextbedingungen. Deswegen ist es kein unproblematisches Unterfangen, ethnonationale Identitäten in einer kulturell heterogenen Umgebung messen zu wollen. Die Kriterien, die in einer Gesellschaft wie der katalanischen zur Bestimmung der eigenen Ethnizität oder Nationalität dienen, stehen in einem sehr engen Zusammenhang mit den Entwicklungen im Kräftefeld von Zentrum und Peripherie. In den Bekundungen ethnonationaler Loyalitäten werden sich nicht zuletzt aktuelle Veränderungen auf dem beweglichen Terrain der Beziehungen zwischen spanischem Staat und Autonome Gemeinschaft widerspiegeln.

Der Informationsgehalt der oben vorgelegten Ergebnisse von Umfragen zur Ermittlung nationaler Identitätsmuster innerhalb der katalanischen Bevölkerung bleibt daher zwangsläufig begrenzt. Aus dem Umstand, daß unterschiedliche Anteile von Personen sich einer der vorgegebenen Kategorien zurechnen, läßt sich nicht kurzerhand auf die Existenz voneinander klar abgrenzbarer soziokultureller Gruppen in Katalonien schließen. Es wäre wohl zutreffender, von einem diffusen Nebeneinander teils entgegengesetzter, teils zusammenlaufender Zugehörigkeitsgefühle auszugehen.

Tabelle 16: Subjektive nationale Identität in Katalonien 1979-1988 (%)

	spanisch	mehr spanisch als katalanisch	gleichermaßen spanisch wie katalanisch	mehr katalanisch als spanisch	katalanisch	keine Antwort	(N)
1979	31	7	35	12	15	-	1.079
1982	23	9	41	18	9	-	1.176
1984	11	11	45	22	8	3	1.484
1988	13	8	35	25	16	3	2.900

Quelle: Shiabad 1986: 566 (1979 u. 1982); López Aranguren/García Ferrando 1991: 123 (1984 u. 1988)

Dabei liegt es nichtsdestoweniger auf der Hand, daß dieses Nebeneinander von den Initiatoren der Politik der Renationalisierung in Katalonien nicht ignoriert werden konnte. Die regionalen politischen Eliten hatten sich insbesondere das Risiko der Aktivierung eines potentiellen *cleavage* zwischen autochthonen und eingewanderten Bevölkerungsgruppen im Zuge des "nationalen Wiederaufbaus" zu vergegenwärtigen.

Abermals sind es Erhebungsdaten, die signalisieren, daß zumindest in der Anfangsperiode der Institutionalisierung des Autonomieregimes der Faktor der soziokulturellen Herkunft nicht ohne Folgen für die Artikulation politischer Standpunkte war. Je nachdem, ob es sich um Autochthone oder Immigranten handelt, tendieren die Befragten hinsichtlich der Definition ihrer subjektiven nationalen Identität, hinsichtlich der von ihnen bevorzugten territorialpolitischen Lösung für die katalanische Frage sowie hinsichtlich ihrer Parteipräferenz zu unterschiedlichen Einstellungen (siehe die Tabellen 17 u. 18).

Ohne zu überraschen, deuten die aufgeführten Survey-Ergebnisse generell darauf hin, daß katalanistische Positionen bei der autochthonen Bevölkerung auf größere Akzeptanz stoßen als in den Reihen der Einwanderer. Bei der Einschätzung der subjektiven nationalen Identität kommt dies allerdings weitaus stärker zum Ausdruck als bei der Nennung der favorisierten territorialpolitischen Optionen. Autonomistische Überzeugungen sind offensichtlich unter den Einwanderern annähernd genauso weit verbreitet wie unter gebürtigen Katalanen. Einen ausgeprägteren Kontrast bringt ein Vergleich der Parteipräferenzen innerhalb der beiden Gruppen zum Vorschein. Zumindest bei Regionalwahlen neigen autochthone Befragte augenscheinlich dazu, ihre Stimme nationalistischen Gruppierungen zu geben; unter den Immigranten überwiegen dagegen die Anhänger der Sozialisten und die Nichtwähler. Was die Unterschiede im Wahlverhalten betrifft, dürften freilich sozioökonomische Faktoren eine mindestens ebenso bedeutende Rolle gespielt haben wie soziokulturelle Orientierungen. Es kann nicht übermäßig erstaunen, daß sich die eingewanderten Sektoren der katalanischen Bevölkerung, die von ihrer sozialen Lage her zu großen Teilen der regionalen Arbeiterklasse zuzuordnen sind, für die politische Botschaft des PSC-PSOE empfänglicher zeigen als für den bürgerlichen Nationalismus eines Jordi Pujol.

Den bisher einzigen ernstzunehmenden Versuch zur gezielten politischen Mobilisierung von Immigranteninteressen nach soziokulturellen Zugehörigkeitsmustern markierte die Kandidatur des *Partido Socialista de Andalucía* (PSA) bei den Wahlen zum katalanischen Parlament im Jahr 1980. Alle katalanistischen Kräfte interpretierten die Kampagne der andalusisch-regionalistischen Partei, die explizit als Lobby der in der nordöstlichen Peripherie lebenden Südspanier auftrat, als ein alarmierendes Zeichen, das auf die Möglichkeit der Herausbildung einer politischen Spaltungslinie zwischen autochthonen und nicht-autochthonen Teilen der Bürgerschaft hindeutete. Vor allen Dingen befürchteten sie, daß die Gegner einer Politik der Rekatalanisierung auf zentralstaatlicher Ebene durch das Aufbrechen kultureller Gegensätze innerhalb der Autonomen Gemeinschaft wertvolle Schützenhilfe

**Tabelle 17: Subjektive nationale Identität und bevorzugtes territorialpolitisches Modell in Katalonien -
Immigranten und Autochthone, 1979 und 1982 (%)**

1979	Einwan- derer	Erste Genera- tion	Vater o. Mutter autoch- thon	Beide Eltern- teile autochthon
Subjektive nat. Identität				
spanisch	64	35	21	14
mehr span. als katalan.	12	7	6	4
gleichermaßen span. wie katalan.	19	42	39	43
mehr katalan. als span.	2	8	18	17
katalan.	2	8	16	22
Bevorzugte Lösung für das "Regionalproblem"				
Zentralismus	22	19	25	20
Autonomie	58	56	38	59
Föderalismus	11	10	15	10
Unabhängigkeit	9	15	23	11

1982	Einwan- derer	Erste Genera- tion	Vater o. Mutter autoch- thon	Beide Eltern- teile autochthon
Subjektive nat. Identität				
spanisch	54	25	9	5
mehr katalan. als span.	13	11	3	6
gleichermaßen span. wie katalan.	26	40	56	49
mehr katalan. als span.	4	13	22	27
katalan.	2	11	10	14
Bevorzugte Lösung für das "Regionalproblem"				
Zentralismus	27	17	17	16
Autonomie	59	55	55	55
Föderalismus	8	18	17	22
Unabhängigkeit	6	10	11	7

Quelle: Shabad 1986: 568 f.; N (1979) = 1.200; N (1982) = 1.215.

Tabelle 18: Parteipräferenz bei Wahlen in Katalonien -
Immigranten und Autochthone, 1980 u. 1982 (%)

Wahlen zum katalan. Parlament 1980			Wahlen zum spanischen Parlament 1982	
Partei	Autochthone	Immigranten	Autochthone	Immigranten
AP	2	3	4	4
CC-UCD	2	4	*	1
PSC-PSOE	18	35	32	49
PSUC	7	6	6	5
CIU	24	6	20	3
ERC	7	1	5	1
andere	1	*	2	3
ungültig	1	2	1	1
kein Stimmrecht	9	4	3	2
Nichtwähler	15	19	11	13
keine Antwort	15	21	15	19

*: weniger als 0,5%
Daten nach einer im Nov. 1983 durchgeführten Erhebung (N=1.192).

Quelle: Miguélez/Solé 1987: 247 f.

erhalten würden. Doch in Anbetracht des potentiellen Umfangs seines Adressatenkreises erzielte der PSA einen ausgesprochen mäßigen Erfolg. Die Andalusier bilden die mit Abstand größte Migrantengruppe in Katalonien. Fast eine Million Menschen andalusischer Herkunft hatte 1980 dort ihren Wohnsitz. Doch der PSA kam nur auf 72.000 Stimmen; ein überwältigender Anteil der "andalusischen Katalanen" votierte für PSC-PSOE oder PSUC (vgl. Botella/Marcet 1981: 57, 73).

Die Gefahr eines Konflikts zwischen "ethnisch" differenzierten Gemeinschaften in Katalonien muß inzwischen als gebannt gelten. Die parteipolitische Gesamtkonstellation arbeitet der Aufladung kultureller Spannungspotentiale wirkungsvoll entgegen. Vor allem die regionalen Linksparteien haben eine wichtige politisch-kulturelle Brückenfunktion zwischen autochthonen und nichtautochthonen Bevölkerungssektoren übernommen, auch wenn sie mit dem Problem kämpfen, daß die Beteiligung an Regionalwahlen gerade in ihren Hochburgen, den Zonen des Industriegürtels um Barcelona, relativ niedrig ist (vgl. Pallarès 1989: 234); innerhalb der immigrierten Arbeiterschaft gibt es offenbar die Tendenz, sich bei *eleccions autonòmiques* in deutlich höherem Maße der Stimme zu enthalten als bei gesamtstaatlichen Wahlgängen. Ein gravierendes Legitimationsdefizit der Autonomie läßt sich daraus jedoch nicht ableiten. Letzten Endes haben die politische Offenheit und ideologische Auffächerung des Katalanismus einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß sich die gesellschaftliche und institutionelle Hegemonie des Nationalismus nach 1980 entfalten konnte, ohne auffällige Spuren kultureller Segmentierung zu hinterlassen.

6.1.3 *Die Artikulation sozioökonomischer Interessen auf der Meso-Ebene*

Auf den vorhergehenden Seiten wurde mehrmals die Frage angeschnitten, welche Auswirkungen die Existenz eines hohen Anteils nichtautochthoner Bevölkerungsgruppen in Katalonien auf die regionalen politischen Integrationsprozesse in den Jahren nach der Etablierung des Autonomieregimes hatte. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß in der katalanischen Gesellschaft eine enge Verbindung zwischen soziokultureller Zugehörigkeit und sozioökonomischer Lage besteht. Die Hunderttausende von Südspaniern, die zwischen 1960 und 1973 in die nordöstliche Peripherie strömten, fanden überwiegend in den expandierenden Betrieben des Industriegürtels um Barcelona Beschäftigung. Als um 1975 die Etappe ökonomischer Hochkonjunktur ihr Ende erreichte und damit auch die Welle der Migration nach Katalonien abebbte, setzte sich die Arbeiterklasse in der Region mehrheitlich aus Einwanderern zusammen. Zu Beginn der 70er Jahre durchgeführte Untersuchungen

kamen zu dem Ergebnis, daß in Bauwirtschaft und Industrie zwischen 60% und 70% der Arbeitnehmer nichtkatalanischer Herkunft waren.²²

Die massiven Immigrationen während der zweiten Hälfte der Franco-Ära veränderten nicht nur das soziokulturelle Profil Kataloniens, sondern bewirkten auch einen nachhaltigen Bruch in der Entwicklung der Klassenbeziehungen in der Peripherie. An die Traditionen aus der Zeit vor dem Bürgerkrieg, in der die regionale Artikulation von Klassen-gegensätzen im Verhältnis zum Gesamtstaat sehr spezifische Züge aufgewiesen hatte, konnte nach 1960 kaum noch angeknüpft werden. Zugleich unterschied sich die Entstehung der "neuen" Arbeiterklasse in Katalonien von vergleichbaren Prozessen in westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften mit einem relativ gefestigten politischen Apparat zur "nationalen Integration" ihrer Bevölkerung maßgeblich dadurch, daß es keine institutionellen Möglichkeiten zur "vertikalen" Einbindung von Arbeitnehmerinteressen nach liberal-korporatistischem Muster gab. Zweifelsohne leistete die Verschränkung von autonomistischem und sozialem Protest im Spätfranquismus einen wichtigen Beitrag zur politisch-kulturellen Integration der immigrierten Industriearbeiter in die Regionalgesellschaft. Dennoch ist fraglich, ob in der Phase der Wiedererrichtung der Autonomie in Katalonien von einer "nationalen" Arbeiterklasse und von einer im Vergleich zu anderen Territorien des spanischen Staates wirklich eigenständigen Dynamik der Klassenbeziehungen die Rede sein kann (vgl. Homs 1987: 148).

In der katalanischen Parteipolitik fällt den zwei wichtigsten Gruppierungen der Linken, PSUC/IC und vor allem PSC-PSOE, wenigstens indirekt auch die Aufgabe zu, die Interessen der nichtautochthonen Arbeiter zu vertreten. Weder Sozialisten noch (Post-)Kommunisten haben sich jedoch zu irgendeinem Zeitpunkt als politische Sprachrohre einer primär durch ihre nichtkatalanische Herkunft gekennzeichneten Arbeiterschaft verstanden. Vielmehr agieren sie unter dem Primat der "Renationalisierung" als Mittler zwischen autochthonen und nichtautochthonen Sektoren. Neben der Verbreitung katalanistischer Überzeugungen an ihrer Basis und insbesondere unter ihren Eliten müssen allein schon wahltaktische Überlegungen die Parteien der Linken davon abhalten, eine antinationalistische Linie einzuschlagen.

Vor diesem Hintergrund scheint es lohnenswert, wenigstens cursorisch darauf einzugehen, welchen Stellenwert die Gewerkschaften der nationalen Frage beimessen. In welchem Umfang äußern die "reinen" Interessenorganisationen einer zu großen Teilen aus Immigranten zusammengesetzten Arbeiterschaft Bereitwilligkeit, sich in die Politik des "nationalen Wiederaufbaus" einbinden zu lassen? Es wäre zu erwarten, daß die Gewerkschaften aufgrund des Zusammenspiels soziokultureller Faktoren mit den Prioritäten funktionaler Interessenvertretung sich gegenüber katalanistischen Bestrebungen grundsätzlich weniger aufgeschlossen zeigen als etwa die regionalen Linksparteien.

22 Siehe dazu die bei Miguélez (1987: 307, 319) aufgeführten Zahlen.

Im folgenden geht es mir nicht um eine detaillierte Beschreibung der industriellen Beziehungen in Katalonien. Die sozioökonomischen Interessenorganisationen werden im wesentlichen vor dem Hintergrund ihrer Haltung zur ethnoterritorialen Problematik betrachtet. Unter diesem Gesichtspunkt beschäftige ich mich auch kurz mit dem wichtigsten regionalen Arbeitgeberverband. Dabei möchte ich wenigstens ansatzweise die Frage klären, in welchem Maße die politische Vorherrschaft des Nationalismus in der historischen Peripherie mit Prozessen der Artikulation und Vermittlung sozioökonomischer Interessen auf Meso-Ebene korrespondiert.

Das Spektrum der gewerkschaftlichen Organisationen in Katalonien hebt sich - anders als dasjenige der politischen Parteien - nicht vom gesamtstaatlichen Rahmen ab. Im Gegensatz zum Baskenland mit der ELA-STV, aber auch zu Galicien mit der *Intersindical Galega*, gibt es keine bedeutende nationalistische Gewerkschaft. Wie im übrigen Spanien sind die dominanten Arbeitnehmerorganisationen im nachautoritären Katalonien die UGT und die *Comisiones Obreras* (CC.OO.). Im Übergang zur Demokratie agierten beide als politische Richtungsgewerkschaften; die UGT als den Sozialisten, die CC.OO. als den Kommunisten nahestehender Verband. Die gewerkschaftliche Autonomie gegenüber den Parteien hat aber im Laufe der 80er Jahre aus unterschiedlichen Gründen auf regionaler wie auf gesamtstaatlicher Ebene stark zugenommen: Bei den CC.OO. war die schwere Krise der Kommunistischen Partei Spaniens hierfür ausschlaggebend, bei der UGT das Zerwürfnis mit der sozialistischen Regierung.

Generell leiden UGT wie CC.OO. unter einem ausgesprochen niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Nach spektakulären Rekrutierungserfolgen zu Beginn der *transición* ging die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ab 1979 stetig zurück. Gegen Mitte der 80er Jahre pendelte sie sich auf einem niedrigen Niveau ein: Der Organisationsgrad der spanischen Werkstätigen näherte sich nach einigermaßen zuverlässigen Schätzungen zwischen 1976 und 1978 der 50%-Marke; um 1985 war er auf ca. 10% zurückgegangen. Für Katalonien dürften die entsprechenden Zahlen allenfalls geringfügig höher liegen. Gleichzeitig ist in Rechnung zu stellen, daß sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ähnlich wie in anderen südeuropäischen Ländern sehr stark auf einzelne Wirtschaftssektoren wie Metall, Chemie, Bau und Transport konzentrieren (vgl. Miguélez 1991: 219; Sabater 1989: 63).

Im Hinblick auf die Entwicklung der postfranquistischen Gewerkschaftsbewegung läßt sich immerhin ein nicht ganz unerheblicher Unterschied zwischen Katalonien und Spanien ausmachen: In der nordöstlichen Peripherie ist es den Arbeiterkommissionen gelungen, bei Betriebsratswahlen ihre führende Stellung gegenüber der UGT zu behaupten. Im Gesamtstaat ist seit 1982 die UGT die stärkste Gewerkschaft; in Katalonien hat sie die CC.OO. jedoch nicht überholen können. Der CC.OO.-Vorsprung gegenüber der UGT in dieser Region hat

sich freilich zwischen 1978 und 1986 um 25 % auf 4 % verringert.²³ Die Dominanz der CC.OO. in der regionalen Gewerkschaftslandschaft ist im hier behandelten Kontext insofern nicht ohne Bedeutung, als die aus dem antifranquistischen Widerstand hervorgegangene Organisation sich katalanistischen Positionen gegenüber traditionell aufgeschlossener verhält als die UGT.

In den Jahren des Spätfranquismus und der Demokratisierung konnten die CC.OO. ohne jeden Zweifel eine hegemoniale Stellung in der katalanischen Arbeiterbewegung für sich beanspruchen (vgl. Miguélez 1984: 50). Sie konstituierten die *Comissió Obrera Nacional de Catalunya* (CONC), einen formal eigenständigen Verband, der allerdings einen Teil seiner Kompetenzen an die gesamtspanische Konföderation der *Comisiones Obreras* als übergeordneter Dachorganisation abgetreten hat.²⁴ Die CONC definiert sich selbst explizit sowohl als eine "nationale" wie auch als eine "Klassengewerkschaft". Tatsächlich war sie an den antizentralistischen Massenmobilisierungen der Übergangsperiode aktiv beteiligt. Ihre Kader weisen mit Nachdruck darauf hin, daß die CONC einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, den nichtautochthonen Werktätigen die Bedeutung der nationalen Frage nahezubringen (vgl. Labrador 1989), und betonen, daß die Organisation eine Politik der nationalen Integration verfolgt.²⁵ Sie ist daher auch schon als katalanisches Quasi-Äquivalent der nationalistischen Gewerkschaften im Baskenland und in Galicien eingestuft worden (vgl. Miguélez 1991: 215).

Nichtsdestoweniger ist die CONC in die gesamtstaatliche Verbandsstruktur der CC.OO. eingebunden und operiert keineswegs völlig abgekoppelt von der spanischen Gewerkschaftszentrale. Auch wenn letztere ihrer territorialen Unterorganisation einen vergleichsweise großen Handlungsspielraum zugesteht, hat es, was die Abgrenzung von Zuständigkeitsbereichen betrifft, offenbar gelegentlich auch Konflikte gegeben (vgl. Miguélez 1984: 66 f.). Der Generalsekretär für institutionelle Beziehungen der CONC gibt zu verstehen, daß trotz der formalen Lösung der territorialen Organisationsfrage durch den "konföderalen Pakt" der CC.OO. ein klar nach föderativen Prinzipien gegliedertes Modell der innergewerkschaftlichen Willensbildung in der Wirklichkeit nicht immer zur Anwendung

23 Bei den Betriebsratswahlen von 1986 erhielten CC.OO. und UGT in Katalonien jeweils 41 % und 37 % der Stimmen. Für Spanien betrug der CC.OO.-Anteil 35 %, der UGT-Anteil 41 %. Angaben nach Sabater 1989: 65.

24 Interview mit Joan Coscubiela, Generalsekretär für institutionelle Aktivitäten und Beziehungen und Mitglied des Nationalrats der CONC, am 16.07.1991.

25 Interview mit Ramon Alós, Mitglied des Nationalrats der CONC und Kodirektor des gewerkschaftlichen *Centre d'Estudis i Recerques Sindicals*, am 20.06.1991.

gelangt. Manchmal würden "Konföderation" und "Zentralisierung" miteinander verwechselt.²⁶

Die sozialistische Gewerkschaft UGT stand in Katalonien vor dem Bürgerkrieg im Schatten der übermächtigen anarchosyndikalistischen CNT. Später spielte sie in der regionalen antifranquistischen Arbeiterbewegung nur eine marginale Rolle. Ihr nach 1975 zu beobachtender Aufstieg hängt stark mit den politischen Erfolgen des neu formierten katalanischen Sozialismus zusammen. Während in der Leitung des PSC (PSC-PSOE) ehemalige Mitglieder des *Partit Socialista de Catalunya* anfangs den Ton angeben, sind es in der Gewerkschaft hingegen Angehörige der *Federación Catalana del PSOE*, die den Zielen des politischen Katalanismus eher mißtrauisch gegenüberstehen (vgl. Miguélez 1984: 67). Die spanische UGT-Führung räumt den Regionalverbänden nur geringe organisatorische Eigenständigkeit ein und betrachtet das Phänomen der Nationalismen in den Peripherien mit großer Skepsis (vgl. Aguilar/Zeller 1991: 622). Wie ein Sprecher der katalanischen UGT erläutert²⁷, befürchtete die Dachorganisation bei der Einrichtung der ersten *Comunidades Autónomas* Koordinationsverluste und war um die landesweite Homogenisierung der Arbeitsbeziehungen bemüht. Die Gewerkschaftsstruktur habe sich den territorialpolitischen Neuerungen aber immer stärker angepaßt, so daß die UGT Kataloniens in ihrem Bereich nun "absolute Freiheit" genieße. Inzwischen werde der Rahmen der Autonomien insgesamt akzeptiert, auch wenn man darum bemüht sei, seine Zersplitterung zu vermeiden.

In erster Linie treten CONC und UGT als Klassenorganisationen in Erscheinung. Ihre Bewertung des peripheren Nationalismus ist entsprechend ambivalent. Einerseits zeigen sie keine Vorbehalte, die in der Autonomen Gemeinschaft vorhandenen soziopolitischen Handlungsspielräume zu nutzen. Schon ihre Zugehörigkeit zu spanischen Dachverbänden zwingt sie andererseits aber dazu, als regionale Akteure nicht das Gebot der gesamtstaatlichen Klassensolidarität zu verletzen. Bei beiden Gewerkschaften überwiegen offenbar die Tendenzen zu einer eher instrumentellen Beurteilung der nationalen Frage. Die Gestaltung der industriellen Beziehungen auf Nationalitätenebene bleibt dabei im Grundsatz Teil der territorial übergeordneten Gewerkschaftsstrategie. Nichtsdestoweniger gibt es in der CONC offensichtlich stärkere Bestrebungen als in der UGT, organisatorische Unabhängigkeit gegenüber der Madrider Zentrale zu demonstrieren.

Auf weitaus weniger Sympathien als bei den Gewerkschaften stößt der katalanische Autonomieprozeß beim hegemonialen Arbeitgeberverband der Peripherie, dem *Foment del Treball Nacional* (FTN). Der 1889 gegründete *Foment* ist historisch die Organisation der katalanischen Industriebourgeoisie. Unter Franco stellte der FTN kaum mehr als einen

26 Interview mit Joan Coscubiela am 16.07.1991.

27 Interview mit Josep M. Rañé, Generalsekretär für Institutionenpolitik der UGT Kataloniens, am 08.07.1991.

Gesprächskreis für die regionalen Unternehmereliten dar; seine erste Generalversammlung seit dem Bürgerkrieg, in der er sich de facto als Verband rekonstituierte, hielt er 1976 ab. Nach einer erstaunlich schnellen und erfolgreichen Phase der Neuformierung repräsentierte er ein Jahrzehnt später ungefähr 80% der in Katalonien tätigen Unternehmen (vgl. Sabater 1989: 72).

Aus dem Vergleich der autonomiepolitischen Positionen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ergibt sich ein zunächst etwas paradox anmutendes Bild: Während CONC und UGT als Organisationen einer Arbeiterschaft, die zu beträchtlichen Teilen nichtautochthonen Ursprungs ist, zumindest Offenheit für katalanistische Anliegen signalisieren, hat der FTN als Organisation autochthoner Industrieller seit der Demokratisierung immer wieder sein "spanisches" Credo in den Vordergrund gestellt. Der traditionsreiche Regionalverband setzte entscheidende Impulse für die Gründung der spanischen Unternehmerorganisation CEOE in der *transición*. Bezeichnenderweise wurde der Vorsitzende des *Foment* Carles Ferrer Salat 1977 zum ersten Präsidenten der CEOE gewählt (vgl. Ludevid/Servalós 1985: 127). Das wichtigste Vertretungsorgan der katalanischen Unternehmer hat sich bislang gewiß nicht als ein Verfechter katalanistischer Programminhalte hervorgetan. Vielmehr erweist sich sein Verhältnis zum regionalen Nationalismus als ausgesprochen gespannt. Der *Foment* sieht die Aufrechterhaltung der Einheit des spanischen Marktes als ein sakrosanktes Prinzip an und fordert eine gleichförmige Wirtschaftspolitik für das gesamte Staatsgebiet (vgl. Aguilar 1987: 67). Schon vor 1936 war der FTN keine aktive Stütze der katalanischen Nationalbewegung, für die er nur sporadisch aus taktischen Erwägungen heraus Partei ergriff; nach 1976 scheint seine Distanz zum peripheren Nationalismus eher noch zugenommen zu haben.

Der katalanische Unternehmerverband warnte in der Anfangsperiode des Autonomieprozesses eindringlich vor den Gefahren, die der Wandel der territorialen Staatsstrukturen aus seiner Sicht beinhalten würde. Führende Verbandsmitglieder äußerten insbesondere die Befürchtung, daß die Wiedererrichtung der *Generalitat* zu einer Zunahme der öffentlichen Ausgaben und der fiskalischen Belastungen führen würde. Darüber hinaus antizipierten sie ein Anwachsen der Bürokratie und Lohnsteigerungen. Im Kern ging es der Organisation darum, um jeden Preis zu vermeiden, daß Unternehmen in Katalonien wegen der Veränderung der territorialpolitischen Rahmenbedingungen Wettbewerbsnachteile gegenüber Unternehmen in anderen Regionen entstünden. Sie plädierte daher für ein regionales Autonomiemodell, das die Grenzen einer rein administrativen Dezentralisierung nicht überschreiten sollte. Aus ähnlichen Beweggründen wendet sich der FTN gegen jeden Plan, in der Peripherie einen eigenständigen Rahmen der Arbeitsbeziehungen zu schaffen. Seiner Einschätzung nach provozieren Regulierungsversuche der *Generalitat* nur vergleichbare Maßnahmen in anderen Autonomen Gemeinschaften und tragen somit zur strikt zu bekämpfenden Fragmentierung des spanischen Wirtschaftsraums bei. In Übereinstimmung mit seiner gesamtstaatlichen Orientierung spricht sich der katalanische Unternehmerverband

dagegen aus, von der Regionalregierung ins Leben gerufenen Einrichtungen zur tripartistischen Interessenkonzertierung wie dem *Consell de Treball* politische Entscheidungsbefugnisse zuzugestehen (vgl. Ludevid/Servalós 1985: 133, 138).

Zwar dürften die frühen autonomiepolitischen Ängste des *Foment* viel mit den zahlreichen Prognosen eines dann doch nicht eingetretenen Sieges der Linksparteien PSC und PSUC bei den ersten Regionalwahlen von 1980 zu tun gehabt haben. Zumindest in den ersten Jahren der Institutionalisierung der Autonomie verhielt sich die Organisation aber auch gegenüber den gemäßigten Nationalisten außerordentlich reserviert. Vorsichtige nationalistische Bestrebungen, in Absprache mit den Interessengruppen von Kapital und Arbeit eine eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik zu konzipieren, riefen auf der Arbeitgeberseite heftigen Protest hervor. Dabei wurde vornehmlich das Argument ins Feld geführt, die katalanischen Unternehmer könnten sich nicht an Sozialpakten beteiligen, die ihnen im Verhältnis zu ihren Konkurrenten im übrigen Spanien höhere Kosten verursachten (vgl. Aguilar 1987: 69). Erst in jüngster Zeit gibt es einige Anzeichen dafür, daß die Bereitschaft des FTN gewachsen ist, wirtschaftspolitische Initiativen auf Meso-Ebene mitzutragen. Der Verband folgt damit augenscheinlich der gewandelten Strategie der CEOE, die sukzessive "Territorialisierung" der politischen Macht in Spanien auch für Unternehmerinteressen fruchtbar zu machen (vgl. Pardo Avellaneda/Fernández Castro 1991: 180).

Für die seit 1980 regierenden Nationalisten stellt die Belebung der sozioökonomischen Interessenkonzertierung auf Meso-Ebene ein überaus wichtiges Anliegen dar (vgl. Tornos Mas 1990: 244-247). In dem Maße, wie es der *Generalitat* gelingt, die großen Interessenorganisationen für ihre Politik zu vereinnahmen, wächst die Legitimationsbasis der neuen Territorialgewalt nach innen wie nach außen.

Nach innen trachtet die Regionalexekutive danach, ihre Möglichkeiten zu einer selbständigen Politikgestaltung voll auszuschöpfen und ihr Einflußvermögen auf die Entwicklungen in der Peripherie durch die Einbeziehung gesellschaftlicher Interessen in ihre Tätigkeit zu erhöhen. Sie hat zu diesem Zweck mehrere Einrichtungen geschaffen, in denen sektorale Interessengruppen zu den Vorhaben der Regierung der Autonomen Gemeinschaft beratend Stellung nehmen können. Derartige Einrichtungen sollen allgemein die Effizienz der von der Meso-Administration geplanten Maßnahmen steigern und zugleich den soziopolitischen Integrationswillen der *Generalitat* unterstreichen.

Nach außen erschließen sich die Nationalisten mit dem Aufbau regionaler Strukturen der Interessenvertretung Ressourcen für ihre Auseinandersetzungen mit dem Zentralstaat. Mit der Errichtung spezifischer Kanäle zur Artikulation und Mediatisierung von Interessen verbessert die katalanische Regierung ihre Voraussetzungen, um gegenüber Madrid auf die Ausweitung ihrer Zuständigkeitsbereiche und ihres Etats zu drängen. Außerdem decken sich die Bemühungen auf dem Terrain der Meso-Konzertierung mit dem nationalistischen Ziel, die Differenzierungsmerkmale der Peripherie auch dadurch zu akzentuieren, daß die Dyna-

mik der Interaktion organisierter Interessen in Katalonien nicht mehr als dem gesamtstaatlichen Kontext untergeordnet erscheint.

Die Anstrengungen der Regionalregierung, im Autonomieregime auch ein autonomes System der Interessenvermittlung zu etablieren, stoßen jedoch auf erhebliche Hindernisse institutioneller wie soziopolitischer Art. Teilweise verstärken sich diese Hindernisse zudem wechselseitig. In institutioneller Hinsicht steht die *Generalitat* vor dem Problem, daß sie den wichtigsten funktionalen Interessengruppen nur wenige Anreize bieten kann, mit ihr zu kooperieren. Ihre legislative Tätigkeit in den Sphären von Wirtschaft und Arbeit unterliegt massiven Restriktionen. Im Bereich der Arbeitsgesetzgebung besitzt Katalonien nur Ausführungskompetenzen. Auf dem Feld der Beschäftigungspolitik verfügt die Region über das Instrumentarium der Berufsbildung und kann ansonsten vereinzelte Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung einleiten.²⁸ Die "großen" wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen trifft aber die spanische Regierung. Schon von daher ist es wenig erstaunlich, daß auch für die katalanischen Interessenorganisationen der Zentralstaat im Verhältnis zur *Generalitat* lange Zeit der maßgeblichere Ansprechpartner war. Hinzu kommt, daß sowohl Unternehmervverband wie Gewerkschaften, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, aufgrund ihrer gesellschaftspolitischen Orientierungen und ihrer Organisationsstrukturen gewiß nicht mit der Idee liebäugelten, die Meso- von der Makro-Ebene abzukoppeln. Spanien erlebte zwischen 1977 und 1985 eine regelrechte Blüte des "Makrokorporatismus".²⁹ Die Aushandlung einer langen Reihe umfassend angelegter Sozialpakete zwischen Kapital, Arbeit und Staat ging mit einer hochgradigen Zentralisierung der industriellen Beziehungen einher. Die territorialpolitische Dimension spielte in den Übereinkünften zwischen Klassenorganisationen und spanischer Regierung zur Überwindung der Wirtschaftskrise eine allenfalls zweitrangige Rolle.

Was Katalonien angeht, scheint die Meso-Konzertierung nicht vor Ende der 80er Jahre an Bedeutung zu gewinnen. Bis dahin hatte es nur in der ersten nationalistischen Legislaturperiode einige kleinere Vereinbarungen zwischen Regionalexekutive und Gewerkschaften zur Durchführung von Beschäftigungsprogrammen gegeben.³⁰ Die verhaltene Aufwertung der Meso-Ebene, die sich ab 1989 beobachten läßt, geht zu einem guten Teil auf einen Wandel der strategischen Prioritäten der Arbeitnehmerorganisationen zurück. Aus Verbitterung über die Wirtschaftspolitik des PSOE weigern sich CC.OO. und UGT nach

28 Ich greife hier auf Informationen aus Interviews mit Xavier Agulló (13.09.1991) und Rafael Ortiz (03.07. u. 17.09.1991) zurück. Xavier Agulló ist Vize-Generaldirektor der Abteilung für Beschäftigungspolitik im *Departament de Treball*, dem katalanischen "Arbeitsministerium", während Rafael Ortiz dort das Amt des Generaldirektors für Arbeitsbeziehungen bekleidet.

29 Siehe dazu den zusammenfassenden Überblick in Pérez Yruela/Giner 1988.

30 Interviews mit Xavier Agulló am 13.09.1991 und mit Rafael Ortiz am 03.07.1991.

1986, weitere "makrokorporatistische" Abkommen zu unterzeichnen und mobilisieren gemeinsam gegen die Zentralregierung. Im Generalstreik vom 14.12.1988 erreicht das Zerwürfnis zwischen sozialistischer Exekutive und Gewerkschaften seinen symbolischen Kulminationspunkt. Mit dem Ende der Sozialpakte auf höchstem Niveau wächst die gewerkschaftliche Bereitschaft, regionale Handlungsspielräume intensiver auszunutzen. Das Ausweichen auf die Regionen wird den Arbeiterkommissionen und der UGT durch den Umstand erleichtert, daß zumindest die Autonomen Gemeinschaften mit Sonderstatuten ihre Kompetenzen im Bereich der sozialen Dienste mittlerweile erheblich erweitert haben, so daß die potentielle Verhandlungsmasse jenseits des Zugriffs zentralstaatlicher Instanzen größer geworden ist.³¹

Nach dem Generalstreik im Dezember 1988 suchen die Gewerkschaften nach neuen Wegen, um die sozialpolitischen Konzessionen zu erlangen, die ihnen die Exekutive Felipe González' verweigert, und eröffnen gezielt den Dialog mit den Regionalregierungen (vgl. Olivan 1990). Wie das Vorstandsmitglied der spanischen *Comisiones Obreras* José María Fidalgo zum Ausdruck bringt³², hat die Bedeutung der Autonomen Gemeinschaften als spezifisches Feld gewerkschaftlicher Betätigung in dem Maße zugenommen, wie die Arbeitnehmerorganisationen dazu übergegangen sind, ihre sektoralen um sozialpolitische Forderungen zu ergänzen; die Arbeiterkommissionen müßten ihre Struktur den Interessen der von ihnen repräsentierten Gruppen anpassen.³³ In den Augen Fidalgos vermehren sich mit der stärkeren Gewichtung sozialpolitischer Anliegen auch die Handlungsoptionen der Gewerkschaften in den Regionen. Seiner Ansicht nach sind die Autonomen Gemeinschaften der adäquate Ort, um sozialpolitische Inhalte in den Vordergrund zu rücken.

In der Tat handelt es sich bei dem bisher auffälligsten Ergebnis von Konzertierungsgesprächen zwischen Vertretern der katalanischen Arbeitnehmerverbände und der *Generalitat* um eine sozialpolitische Innovation. Im Februar 1990 schließen CONC und UGT mit den *Departaments* für Arbeit und für Soziale Wohlfahrt eine Vereinbarung über die Einführung der "sozialen Grundrente" in Katalonien ab. Unter der Bezeichnung *Renda Mínima d'Inserció* (RMI) verknüpft diese Grundrente Sozialhilfeleistungen mit Maßnahmen zur Wiedereingliederung marginalisierter Personen in den Arbeitsmarkt. Das RMI-Programm richtet sich speziell auf diejenigen Gruppen unter den Arbeitslosen, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, und soll darüber hinaus dazu dienen, eine Lücke in der staatlichen

31 So die Aussagen Manuel Merayos, der dem technischen Beratungstab der spanischen UGT-Direktion angehört (Interview am 28.06.1991), und Josep M. Rañés (UGT Katalonien, Interview am 08.07.1991).

32 Interview am 28.06.1991.

33 Fidalgo spricht hier den Umstand an, daß sich mit der wachsenden Massenarbeitslosigkeit und den immer prekärer werdenden Beschäftigungsverhältnissen auch die Hauptanliegen der Gewerkschaftsbasis verändern.

Beschäftigungspolitik zu füllen.³⁴ Als erste Autonome Gemeinschaft richtet das Baskenland 1989 eine soziale Grundrente ein. Für die baskische Regierung steht dabei das Modell des *revenu minimum d'insertion* Pate, das das französische Parlament im Vorjahr nahezu einstimmig verabschiedet hat (vgl. Estivill/de la Hoz 1990: 21). Das Beispiel des Baskenlands macht schnell Schule: In zahlreichen anderen Autonomen Gemeinschaften nehmen die Gewerkschaften mit den Regionalregierungen Verhandlungen über die Grundrente auf (vgl. Rojo Torrecilla 1990: 21). Ende 1992 verfügen alle *Comunidades Autónomas* außer den Balearen über den *salario social*, dessen Höhe und Bewilligung sie allerdings nach sehr unterschiedlichen Kriterien regeln.³⁵

Das Abkommen über die *Renda Mínima d'Inserció* wird von Sprechern der Gewerkschaften wie von Repräsentanten der Regionaladministration als das herausragende Resultat beidseitiger Konzertierungsaktivitäten bewertet.³⁶ Dennoch ist die autonomiepolitische Tragweite der RMI-Übereinkunft vor allem aus zwei Gründen zu relativieren: Zum einen erweist sich die soziale Grundrente nicht als Produkt eines auf Katalonien beschränkten Abstimmungsprozesses. Die Initiative geht zunächst vom Baskenland aus. Daraufhin versuchen CC.OO. und UGT, auf das baskische Vorbild verweisend, in den übrigen Autonomen Gemeinschaften am Zentralstaat vorbei³⁷ auf ähnliche sozialpolitische Zugeständnisse hinzuwirken. Letztlich bleiben die Vorstöße der Gewerkschaften in den Regionen aber in einer gesamtstaatlich konzipierten Strategie verankert. So hält es etwa die spanische CC.OO.-Führung für unabdingbar, daß die Konföderation die Impulse für die dezentral geführten Verhandlungen setzt, damit im Hinblick auf soziale Sicherung und soziale Dienstleistungen kein Territorialgefälle entsteht.³⁸ Zum anderen hat die Einführung der RMI vorerst keine überwältigende praktische Resonanz gefunden. Im Jahr 1992 gab es in Katalonien 3.300 Empfänger der sozialen Grundrente. Die Zahl der Menschen, die in der Peripherie unterhalb der Armutsgrenze leben, liegt mit Sicherheit weit höher. Für das auch in anderen *Comunidades Autónomas* erkennbare Mißverhältnis zwischen potentiellen und tatsächlichen Nutznießern des Sozialprogramms dürften hauptsächlich bürokratische Rigidität-

34 Interview mit Marino Villa, dem Leiter der Planungsabteilung im *Departament de Benestar Social* der *Generalitat*, am 16.09.1991. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß sich der Anteil der Empfänger öffentlicher Unterstützungsgelder an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Spanien Mitte 1991 auf ungefähr 60% belief (vgl. *El País*, 16.10.1991).

35 Für eine ausführliche Zusammenstellung der in den einzelnen Regionen vorgesehenen Richtlinien für die Gewährung der sozialen Grundrente siehe Gabinete de Estudios Sociológicos EMAIKER 1991.

36 Interviews mit Joan Coscubiela (16.07.1991) und mit Rafael Ortiz (03.07.1991).

37 Die spanische Sozialministerin Matilde Fernández lehnte das Modell der Grundrente mit der Begründung ab, es würde zur Konsolidierung der Marginalität beitragen (vgl. *El País*, 28.05.1990).

38 Interview mit José María Fidalgo am 28.06.1991.

ten sowie Informationsmangel in der Zielgruppe der RMI verantwortlich sein (vgl. *El País*, 09.12.1992).

Die soziale Grundrente eignet sich gut als Beispiel, um Möglichkeiten wie Grenzen der Meso-Konzertierung in Katalonien aufzuzeigen. Die Dezentralisierung von Zuständigkeiten und Finanzmitteln im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Gewerkschaften mit den regionalen Institutionen in einem gewissen Umfang Maßnahmen zum Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes aushandeln können. Aus der Perspektive von CONC und UGT erscheint die RMI als erster bedeutender Erfolg bei der Suche nach Wegen zur territorialen Interessenvertretung. Der *Generalitat* verschafft sie im Gegenzug die Gelegenheit, Willen zur sozialpolitischen Verantwortung zu bekunden und sich dabei von der spanischen Regierung abzuheben. Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, daß die Grundrente nicht das Produkt eines katalanischen Alleingangs ist. Am Anfang einer Welle von Vereinbarungen über den *salario social* in fast allen Autonomen Gemeinschaften steht ein Beschluß der baskischen Exekutive. Auch in Katalonien benutzen die Gewerkschaften den Präzedenzfall des Baskenlands, um Verhandlungsdruck auf die eigene Regionalregierung auszuüben. Dabei trachten sie aber kaum danach, territoriale Sonderregelungen durchzusetzen. Vielmehr handeln sie in Abstimmung mit ihren jeweiligen gesamtstaatlichen Organisationsspitzen, die zwar nach der Blockade der Makro-Konzertierung ihre Vorbehalte gegen die "Autonomisierung" der gewerkschaftlichen Politik mehr und mehr abbauen, deswegen aber noch lange nicht von ihrem Anspruch abrücken, das Vorgehen der Territorialföderationen überregional zu koordinieren. Innerhalb der Leitungsgremien von CC.OO. und UGT besteht keine Bereitschaft dazu, die Stärkung des Gewichts der Regionalverbände mit Verlusten an operativer Geschlossenheit im Gesamtstaat zu bezahlen. Überhaupt stellt sich die Frage, ob die Zentralen der zwei Gewerkschaften die sozialpolitische Meso-Konzertierung nicht hauptsächlich als ein Instrument betrachten, um die Madrider Exekutive unter Zugzwang zu setzen.³⁹

Gewerkschaftliche wie institutionelle Akteure sehen die eingeschränkten Kompetenzen der *Generalitat* in sozioökonomischen Angelegenheiten als eine der Hauptbarrieren für regionale Konzertierungsbestrebungen in Katalonien an.⁴⁰ Schon ein Blick auf die Gegenstandsfelder, die die Tätigkeit des *Consell de Treball* abdeckt, verrät die geringe Spannweite der Befugnisse der katalanischen Regierung in den Bereichen von Arbeit und Wirtschaft. Der periodisch tagende *Consell* ist das von offizieller Seite eingerichtete Forum für die Meso-

39 José Ignacio Pérez Infante, Staatssekretär im spanischen Sozialministerium, vertritt die Ansicht, daß ungeachtet der Aushandlung der Grundrente in den Regionen die Beteiligung der Gewerkschaften an sozialpolitischen Entscheidungen auf Makro-Ebene größer ist als auf der Ebene der Autonomen Gemeinschaften (Interview am 25.06.1991).

40 So übereinstimmend die Einschätzungen von Ramon Alós (Interview am 20.06.1991), Joan Coscubiela (Interview am 16.07.1991) und Rafael Ortiz (Interview am 03.07.1991).

Konzertierung. Es setzt sich aus Vertretern von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und der *Generalitat* zusammen und hat beratende Funktionen. Die Aufgaben des "Arbeitsrates" verteilen sich auf drei Kommissionen: Sprachnormalisierung in den Betrieben, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und Berufsbildung. Der *Consell* kann damit zu Fragen Stellung beziehen, die für seine Mitglieder durchaus von Belang sein mögen; für weiterreichende Konsultationen gibt es jedoch nur wenig institutionellen Spielraum. Nur selten fallen wirtschaftspolitische Entscheidungen, die für die Interessen von Kapital und Arbeit in der Peripherie substantiell sind, in Katalonien selbst.

Einige Indizien deuten darauf hin, daß die Meso-Ebene als Ort eigenständiger Prozesse der sozioökonomischen Interessenvermittlung neuerdings an Profil gewinnt. Das Abkommen über die soziale Grundrente zwischen den Gewerkschaften und der *Generalitat* läßt sich als erster großer Schritt hin zur Entwicklung einer "regionalen Konzertierungskultur" interpretieren. Nach zweijährigen Verhandlungen haben CONC und UGT 1993 erstmals auch mit dem Arbeitgeberverband FTN einen umfassenden Pakt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Industrie abgeschlossen. Das Dokument über die Vereinbarungen enthält einen langen Katalog von Vorschlägen, die sich von der Finanz- und Handels- bis hin zur Technologie- und Umweltpolitik erstrecken. Die Interessenorganisationen beklagen die Passivität der Zentralregierung im mikroökonomischen Bereich und fordern öffentliche Initiativen, die sich gezielt gegen die Stagnation der Exportquoten der Unternehmen und den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Katalonien richten (vgl. *El País*, 01.03.1993).

Es muß allerdings fraglich bleiben, ob in solchen Prozessen der Meso-Konzertierung eine wachsende "Nationalisierung" der Klassenbeziehungen zum Ausdruck gelangt. Vieles spricht für die Vermutung, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände erst dann auf die regionale Ebene ausweichen, wenn sie keine Chancen mehr dafür sehen, daß Absprachen im gesamtstaatlichen Maßstab zustandekommen. Von einem nationalistischen Standpunkt aus betrachtet haben die wichtigsten sozioökonomischen Interessengruppen Katalonien in der Auseinandersetzung mit dem spanischen Staat alles in allem nur sehr bedingt Beistand geleistet. Klassenpolitik erweist sich eher als ein Korrektiv denn als ein Verstärker ethno-territorialer Politik. Was die Gewerkschaften betrifft, fallen dabei zunächst kulturelle Faktoren ins Gewicht: UGT und CONC vertreten eine Arbeiterschaft, die auf den Diskurs des Nationalismus keineswegs mit einhelliger Begeisterung reagiert. Generell sind es jedoch insbesondere organisatorische und funktionale Imperative, die der Anfälligkeit der Interessenverbände von Kapital und Arbeit in der historischen Peripherie für partikularistische Versuchungen nachhaltig entgegenwirken.

In den meisten westeuropäischen Staaten besteht ein enger historischer Zusammenhang zwischen dem Aufbau moderner Herrschaftsstrukturen und sprachlicher Vereinheitlichung. Rationalisierung der Herrschaftsausübung heißt nicht zuletzt auch immer "Sprachrationalisierung". Dieser Begriff bezieht sich auf die von einem politischen Machtzentrum aus betriebene flächendeckende Durchsetzung einer gemeinsamen Sprache im Staatsgebiet zum Zwecke effektiver Verwaltung und Herrschaft (vgl. Laitin 1992: 9). Neben den von Weber ausführlich erörterten Prozessen bürokratischer und ökonomischer Rationalisierung ist Sprachrationalisierung in diesem Sinne ein wichtiges Element in den Entwicklungen, die die Entstehung von Nationalstaaten begleiten. Penetration und Standardisierung (siehe Kapitel 3.2) gehen in der Regel mit der Tendenz einher, daß das Zentrum "einsprachig herrscht".

Die Sprachrationalisierung im Zuge des *state building* in Spanien weist die Eigentümlichkeit auf, daß sie sich nicht in einer eindeutigen linguistischen Hegemonie der kastilischen Staatssprache in den Peripherien niedergeschlagen hat (vgl. Laitin 1989: 311). Zumindest in Katalonien kam es trotz der zentralstaatlichen Bestrebungen zur linguistischen Standardisierung⁴¹ nicht dazu, daß die Regionalsprache völlig aus der Lokalverwaltung oder aus dem Wirtschaftsleben verdrängt und durch das Kastilische ersetzt wurde. Nach dem Vormarsch des peripheren Nationalismus erlangte die autochthone Sprache mit dem Autonomiestatut von 1931 eine kooffizielle Stellung, die sie jedoch nach Francos Sieg im Bürgerkrieg sofort wieder einbüßte.

Die repressive Sprachpolitik unter Franco führte zu einer massiven Schwächung der gesellschaftlichen Position des Katalanischen, das seit der *Renaixença* - dem nach 1850 einsetzenden Revival der Regionalkultur - über die traditionelle Verwendung in "einfachen" Alltagskontexten hinaus seine Präsenz in nahezu allen Bereichen "gehobener" Kommunikation immer mehr erweitert hatte (vgl. Kremnitz 1992). Die Aufwertung des politischen Status der katalanischen Sprache und die Katalanisierung der öffentlichen Sphäre, von Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen bis hin zu Massenmedien und Geschäftswelt, waren ein einhelliges Ziel aller antifranquistischen Kräfte in der historischen Peripherie. "Nationaler Wiederaufbau" und *normalització lingüística*, Sprachnormalisierung, wurden auf der parteiübergreifenden regionalen Transformationsagenda zu geradezu austauschbaren Konzepten.

Die Sprache ist der Kernbestandteil des ethnischen Differenzierungspotentials in Katalonien. Seit der Formierungsphase der Nationalbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erscheint sie als das konstitutive Merkmal des katalanischen Partikularismus.

⁴¹ Die ersten gezielten staatlichen Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Gebrauchs des Katalanischen gehen auf das 1716 vom bourbonischen Monarchen Philipp V. erlassene *Decreto de Nueva Planta* zurück (vgl. Siguan 1992: 27).

Sämtliche Strömungen des politischen Katalanismus leiten die Legitimität ihrer Autonomieforderungen gegenüber dem spanischen Staat aus einem *fet diferencial* ab, das sich letzten Endes auf die Existenz einer eigenen Sprache gründet. Der ethnische Nationalismus der katalanischen Peripherie artikuliert sich in der Vergangenheit wie in der Gegenwart im wesentlichen als ein linguistischer Nationalismus (vgl. Conversi 1993a: 191 f.).

Die Regionalsprache erweist sich aus nationalistischer Perspektive damit in zweifacher Hinsicht als eine substantielle politische Ressource. Sie ist zum einen eine **symbolische** Ressource, die das am meisten spezifische Kennzeichen in der kollektiven Identität der Katalanen ausmacht. In allen Varianten des nationalistischen Diskurses gilt sie als das Fundament, auf dem das Gebäude der katalanischen Nation ruht. Zum anderen stellt die Sprache aber auch eine wichtige **instrumentelle** Ressource dar. Im Konflikt mit der Zentralgewalt dient der Verweis auf die linguistisch-kulturellen Besonderheiten der Peripherie seit jeher als ein Hauptargument bei der Rechtfertigung von Eigenständigkeitsansprüchen. Das ethnische Potential Kataloniens ist in erster Linie ein linguistisches Potential. Nationalisten betrachten die Sicherung dieses Potentials als eine entscheidende Voraussetzung für ethno-territoriale Mobilisierungsprozesse. Zugleich liegt ihnen aber auch daran, dieses Potential auszuweiten, um ihren politischen Anliegen zusätzlichen soziokulturellen Rückhalt zu verschaffen. Bereits frühe ideologische Leitfiguren des Katalanismus wie der stark von Herder inspirierte Enric Prat de la Riba (1870-1917) waren sich der sowohl expressiv-symbolischen als auch instrumentellen Bedeutung der Sprache für die Nationalbewegung bewußt. So schreibt Prat in seinem erstmals 1906 veröffentlichten Hauptwerk *La nacionalitat catalana*: "... die Sprache ist der vollkommenste Ausdruck des nationalen Geistes und das mächtigste Instrument der Nationalisierung".⁴²

Es geht mir auf den folgenden Seiten nicht darum, die hochkomplexe soziolinguistische Situation in Katalonien in allen Details zu beschreiben.⁴³ Das Feld der Sprachpolitik wird insbesondere in seinem Verhältnis zur Hegemonie des Nationalismus in der Region beleuchtet. Im Vordergrund steht die Frage, welche Konsequenzen die Katalanisierungsmaßnahmen der *Generalitat* für die Prozesse soziokultureller und soziopolitischer Integration in der Autonomen Gemeinschaft hatten. Dabei gilt es vor allem zu prüfen, ob sich Indizien dafür finden lassen, daß sich die Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie auch als ethnolinguistische Konfliktlinie innerhalb der katalanischen Gesellschaft reproduziert. Wie Milton Esman (1992: 381 f.) darlegt, ist dem relativen Status von Sprachen in multinationalen Gesellschaften eine außerordentlich große symbolische Tragweite beizumessen. Häufig

42 Hier zitiert nach der Ausgabe von 1978: 84.

43 Nicht zufällig zählt die Soziolinguistik zu den lebendigsten Fächern im Wissenschaftsbetrieb der Autonomen Gemeinschaft. Für einen Gesamtüberblick über die soziolinguistische Problematik in Katalonien siehe Bastardas/Soler 1988.

erweist sich die Frage des Sprachenstatus als einer der wenigen Punkte, bei deren Klärung zwischen nahezu allen Strömungen innerhalb ethnonationaler Bewegungen, die sich in verschiedene politische Richtungen aufgefächert haben, Einvernehmen vorherrscht. Gleichzeitig impliziert die Statuszuweisung jedoch immer auch instrumentelle Kosten und Vorteile.

Der Präsident der katalanischen Regierung Jordi Pujol drückt sich hinsichtlich der Relevanz, die der Sprachpolitik im Programm der Nationalisten zukommt, unmißverständlich aus: "Unsere Sprachpolitik ist der Grundstein unserer gesamten Politik in Katalonien und auch unserer gesamten Politik in Spanien."⁴⁴ Die emphatische Einschätzung des Stellenwerts der Sprachpolitik durch einen der Wortführer des Nationalismus ruft kein übermäßiges Erstaunen hervor. Für Außenstehende überraschender ist in Anbetracht des soziokulturellen Pluralismus der katalanischen Gesellschaft, der sich primär als linguistischer Pluralismus offenbart⁴⁵, vielleicht aber der Sachverhalt, daß die von einer nationalistischen Exekutive umgesetzte Politik der Sprachnormalisierung bislang nur geringfügige Spannungen mit sich gebracht hat.

Der rechtlich-institutionelle Rahmen für die Sprachpolitik in Katalonien wird zunächst durch die Verfassung von 1978 und das Autonomiestatut von 1979 abgesteckt. Die Verfassung verkündet bereits in ihrer Präambel den Willen der spanischen Nation, die Kulturen, Traditionen und Sprachen der Spanier und der Völker Spaniens zu schützen. Die sprachpolitischen Leitlinien der neuen Demokratie enthält Artikel 3. Er erklärt das Kastilische zur "offiziellen spanischen Staatssprache". Alle Spanier haben damit einerseits die Pflicht, sie zu beherrschen, und andererseits das Recht, sie zu gebrauchen. Den "übrigen spanischen Sprachen" - die nicht näher genannt werden - räumt die Verfassung "in den entsprechenden Autonomen Gemeinschaften", soweit es deren Statute vorsehen, ebenfalls eine offizielle Stellung ein.

Das katalanische Autonomiestatut spezifiziert die Verfassungsregelungen für seinen territorialen Geltungsbereich und reichert sie um einige nicht unwichtige Nuancen an. So bezeichnet es im ersten Absatz seines dritten Artikels das Katalanische als die "eigene Sprache" Kataloniens.⁴⁶ Darüber hinaus verpflichtet das Statut (im dritten Absatz desselben Artikels) die *Generalitat* darauf, die Bedingungen für die völlige Gleichwertigkeit der zwei

44 Das Zitat stammt aus einem in *El Mundo* vom 18.04.1994 abgedruckten Interview mit Pujol.

45 Der Anteil der nicht katalanischsprachigen Bevölkerung in der Region bewegte sich nach Schätzungen um 1975 in einer Größenordnung zwischen 30% und 40% (vgl. Strubell i Trueta 1982: 92). Dabei ist allerdings zu bedenken, daß sich die in den Sprachstatistiken vor 1986 zugrundegelegten Kriterien zur Ermittlung der linguistischen Kompetenz von Individuen als eher vage erweisen. Die hier genannten Zahlen beziehen sich auf die Gruppe der Personen, die kein Katalanisch sprechen konnten, was nicht zwangsläufig auch heißen muß, daß sie es nicht verstanden.

46 Die Formulierung lautet wörtlich: "*La llengua pròpia de Catalunya es el català.*"

offiziellen Regionalsprachen Katalanisch und Kastilisch bezüglich der Rechte und Pflichten der Bürger Kataloniens zu schaffen.

Der Vergleich der sprachpolitischen Bestimmungen der Verfassung und des katalanischen Autonomiestatuts bringt erneut die für die Behandlung der Nationalitätenproblematik in der Transition so typischen Doppeldeutigkeiten zum Vorschein: Die Verfassung gesteht den Minderheitensprachen in den Peripherien zwar einen kooffiziellen Rang zu, im gesamtstaatlichen Maßstab bleibt Spanisch (bzw. Kastilisch) jedoch die einzige offizielle Sprache, die alle spanischen Bürger lernen **müssen**. Das Autonomiestatut, das nach der Doktrin des spanischen Verfassungsgerichts quasikonstitutionellen Charakter hat, trägt diesem Umstand Rechnung, nennt das Katalanische aber die **eigene** Sprache Kataloniens, womit es mehr oder weniger verklausuliert ein Konzept einführt, das sich dazu heranziehen läßt (und dazu herangezogen wird), der autochthonen Sprache in der Zuständigkeitssphäre der *Generalitat* eine bevorzugte Position gegenüber der Staatssprache zuzugestehen (vgl. Ferrer i Gironès/Cruañas 1990: 18 f.; Mirambell 1987: 124). In der Verfassung wie im Statut gelangt das Prinzip der territorial begrenzten offiziellen Zweisprachigkeit zur Anwendung; bei der Auslegung dieses Prinzips setzen beide Texte allerdings durchaus unterschiedliche inhaltliche Prioritäten.

Einer der Hauptdiskussionspunkte bei der Redaktion der sprachpolitischen Inhalte des Autonomiestatuts ergab sich aus der Frage, ob eine institutionelle Absichtserklärung, die Kenntnis der autochthonen Sprache für die Bürger Kataloniens zu einer Pflicht zu machen, den offiziellen Status des Katalanischen unterstreichen sollte. Dies war die ursprüngliche Position der nationalistischen Gruppierungen CDC und ERC. Es scheint mehr als zweifelhaft, daß die Aufnahme einer derartigen Formulierung in das Statut von zentralstaatlicher Seite toleriert worden wäre. In der Verfassung ist ausdrücklich nur von der Pflicht die Rede, die kastilische Sprache zu beherrschen. Die Debatte, die die politischen Kräfte in Katalonien führten, kreiste aber weniger um verfassungsrechtliche Probleme. Sozialisten und Kommunisten befürchteten vielmehr, daß eine zu rigorose Konzeption der Sprachregelungen das Mißtrauen der nichtautochthonen Bevölkerung gegenüber der Katalanisierung wecken und damit auch Spannungen innerhalb der Regionalgesellschaft auslösen würde. Letztendlich setzten PSC und PSUC ihren Standpunkt durch. Das Autonomiestatut spiegelt weitgehend die sprachpolitischen Vorstellungen der Linksparteien wider (vgl. Matas Dalmases 1991: 136).

Mit der Verabschiedung des Statuts hatte Katalanisch wieder den Rang einer regionalen Amtssprache. Die Aufwertung seiner Stellung in der Öffentlichkeit bedurfte aber noch konkreter sprachplanerischer Schritte. Sprachnormalisierung impliziert die politische Planung des Status einer Sprache; sie ist ein politisch gesteuerter sozialer Makroprozeß, der darin mündet, daß eine Sprache A innerhalb eines gegebenen Territoriums ihre Vorherrschaft verliert und sich eine aufgrund institutioneller oder struktureller Faktoren vormals benach-

teiligte Sprache B als das übliche Kommunikationsmedium etabliert (vgl. Reixach 1988: 150).

Die Grundlegung der Leitlinien für die künftigen sprachpolitischen Aktivitäten der *Generalitat* erfolgte 1983 in der *Llei de Normalització Lingüística*, dem Gesetz über Sprachnormalisierung.⁴⁷ Die Bestimmungen des Gesetzes zielen darauf ab, die Situation "linguistischer Ungleichheit" in Katalonien zu überwinden: Sie sollen auf eine massive Ausweitung der öffentlichen Verwendung der autochthonen Sprache hinwirken und dadurch dazu beitragen, die über Jahrhunderte hinweg institutionalisierte Monopolstellung des Kastilischen in der Peripherie zu brechen. Das Unterfangen erweist sich als überaus ehrgeizig, wenn man nur bedenkt, daß Kastilisch nicht nur die dominante Lingua franca im spanischen Staat, sondern auch eine dominante Weltsprache ist.

Die politische Bedeutung der Definition des Katalanischen als der "eigenen" Sprache Kataloniens wird in der *Llei de Normalització Lingüística* ausbuchstabiert. Das Gesetz sieht im wesentlichen folgende Maßnahmen vor: die Katalanisierung von Regional- und Lokalverwaltung; die sukzessive Stärkung des Katalanischen im Erziehungs- und Bildungswesen - also nicht nur Unterricht des Katalanischen, sondern Unterricht möglichst vieler Fächer in katalanischer Sprache; die Förderung des Katalanischen in den Medien, gegebenenfalls auch durch Subventionen; und schließlich die Schaffung allgemeiner Anreize zur Verwendung des Katalanischen in sämtlichen gesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern.

Die Sprachpolitik der Autonomen Gemeinschaft kombiniert Territorialitäts- und Personalitätsprinzip, zieht jedoch nicht immer eine eindeutige Grenzlinie zwischen den jeweiligen Geltungsbereichen der beiden Prinzipien (vgl. Ferrer 1984: 167). Zum einen räumt sie dem Katalanischen in der Einflußsphäre der *Generalitat* wenigstens indirekt den Vorrang ein: Die autochthone Sprache wird im Verhältnis zum Kastilischen gewissermaßen "positiv diskriminiert". Zum anderen darf aber keiner Person ein Nachteil daraus entstehen, daß sie sich gegenüber einer öffentlichen Einrichtung der "nichtautochthonen" offiziellen Sprache bedient; Katalanischkenntnisse sind nicht obligatorisch (vgl. Moll 1988: 115). Die Auslegung des Gebots linguistischer Rechtsgleichheit wirft mancherlei Schwierigkeit auf. So liegt etwa auf der Hand, daß das Katalanisierungsprogramm nur in dem Umfang verwirklicht werden kann, wie das Personal in Ämtern oder Schulen über Katalanischkenntnisse verfügt. In der Praxis hat sich in den Zuständigkeitsgebieten der *Generalitat* die Verfahrensregel durchgesetzt, das Kompetenzniveau im Katalanischen als ein Auswahlkriterium bei Neueinstellungen zu benutzen. Für das alte Personal werden je nach Bedarf Sprachkurse angeboten.

Die Politik der Sprachnormalisierung in Katalonien ist ein Produkt des Parteienkonsenses. Wie ich schon weiter oben erläutert habe, räumte das gesamte antifranquistische Spektrum der Region der Wiedererstarkung des Katalanischen eine außerordentlich hohe

47 Für einen vollständigen Abdruck des Gesetzes siehe Ferrer i Gironès/Cruaïas 1990: 222-235.

Priorität ein. Zugleich war keine der größeren Parteien daran interessiert, die Frage der Sprache in einen Gegenstand soziopolitischer Polarisierungen zu verwandeln. Die Vorbereitung der *Llei de Normalització Lingüística* nahm zweieinhalb Jahre in Anspruch. Alle im Regionalparlament vertretenen Gruppierungen wirkten an der Redaktion des Gesetzes mit, das im Juli 1983 einstimmig verabschiedet wurde (vgl. Moll 1984).

Tatsächlich besteht zwischen den wichtigsten politischen Kräften Kataloniens in sprachpolitischen Angelegenheiten erhebliche Übereinstimmung. Von CiU und ERC bis hin zu IC und PSC sind sich die Parteien dahingehend einig, daß der Regionalsprache eine bevorzugte Stellung zukommen muß. Differenzen gibt es allenfalls darüber, wie sich diese Sonderposition langfristig äußern und in welchem Tempo die Normalisierung voranschreiten soll.⁴⁸ Die Nationalisten von CiU und ERC verfolgen letztlich trachten, dem spanischen Staat keinen Anlaß dazu zu geben, als Sachwalter der Interessen der kastilischsprachigen Sektoren in Katalonien aufzutreten. Die *Generalitat* ist dementsprechend stark darum bemüht, ihrer Sprachpolitik eine möglichst weitreichende Unterstützung zu sichern, um sie nicht dem Verdacht der Parteilichkeit ausgesetzt zu sehen. Über die parlamentarische Verständigung hinaus soll daher ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen in die Aufstellung und Implementierung sprachpolitischer Leitlinien einbezogen werden. Die Regionalregierung hat unter diesem Vorzeichen im Februar 1991 den *Consell Social de la Llengua Catalana* ins Leben gerufen, der neben Funktionsträgern aus Politik und Verwaltung u.a. auch Vertreter der sozioökonomischen Interessenverbände, der Welt der Massenmedien und der Bildungseinrichtungen versammelt (vgl. Reniu i Tresserras 1991). Formal wird die politische Bedeutung des *Consell* dadurch unterstrichen, daß der Präsident der *Generalitat* selbst den Vorsitz innehat. Nach Angaben des Sekretärs des "Sprachenrats"⁴⁹ besteht dessen Zweck vornehmlich darin, die relevanten Akteure im sozioökonomischen Bereich dazu zu bewegen, aktive Mitverantwortung für den Erfolg der Sprachpolitik zu übernehmen. Nach der "internen" Normalisierung der direkt der *Generalitat* unterstellten Einrichtungen hänge das Gelingen der "sozialen" Normalisierung maßgeblich von der Mitarbeit ihrer Zielgruppen ab.

Der *Consell* ist de facto nichts anderes als ein Forum für die sprachpolitische Konzertierung, das dazu dienen soll, den sanften Einstieg in eine zweite und tiefergehende Etappe der Normalisierung in Katalonien zu erleichtern. Das unmittelbare Vorbild für seine Einrichtung war offensichtlich der *Conseil de la Langue Française* des Québec. Auch wenn kritische Stimmen vermerken, der katalanische *Consell* sei anders als sein frankokanadisches

48 Interview mit Isidor Mari, dem Vizegeneraldirektor für Sprachpolitik, am 04.07.1991.

49 Interview mit Miquel Strubell am 12.09.1991. Miquel Strubell ist zugleich Direktor des *Institut de Sociolingüística Catalana*, das in die DGPL eingegliedert ist und die Sprachplanung wissenschaftlich betreut.

Gegenstück ein weitgehend symbolisches Organ mit geringen Entscheidungsbefugnissen (vgl. Barril 1991), ändert sich doch nichts an der Tatsache, daß die Regionalregierung mit der Schaffung des Forums nach außen hin den Eindruck vermitteln möchte, die Sprachpolitik weiterhin konsensuell zu gestalten. Die Kooptation gesellschaftlicher Organisationen in Gremien wie den *Consell* erweitert die Legitimationsbasis sprachpolitischer Interventionen und trägt dazu bei, eventuelle Streitpunkte frühzeitig zu klären. Die Bereitschaft der Gewerkschaften, an der Normalisierung mitzuwirken⁵⁰, signalisiert, daß die institutionellen Vorkehrungen zur "linguistischen Konzertierung" einer spannungsarmen Umsetzung sprachpolitischer Maßnahmen den Weg ebnen. Das Tempo der Normalisierung mag durch Verhandlungen verlangsamt werden; dafür gewinnt die Sprachpolitik als Stützpfeiler des "nationalen Wiederaufbaus" an gesellschaftlicher Akzeptanz.

Entgegen mancher Ankündigung ist der Widerstand gegen die Politik der Rekatalanisierung innerhalb der Autonomen Gemeinschaft bisher ausgesprochen gering geblieben. Heftige Kritik an der Sprachpolitik der *Generalitat* wird im allgemeinen weitaus seltener in Katalonien selbst als in ultrakonservativen Kreisen der spanischen Öffentlichkeit laut.⁵¹ Die soziokulturelle Integration der katalanischen Gesellschaft hat unter den Maßnahmen zur Sprachnormalisierung augenscheinlich nicht gelitten. Das Programm zur Förderung der katalanischen Sprache ist aus einem breiten politischen Kompromiß hervorgegangen und stößt auch bei nichtnationalistischen Akteuren auf Zustimmung.

Was künftige Entwicklungen betrifft, stellt sich die interessante Frage, ob und inwieweit die ideologische "Basisformel" des Nationalismus, die linguistische und ethnonationale Identität gleichsetzt, sich als richtig erweist. Die Ergebnisse einer 1988 durchgeführten Erhebung untermauern in der Tat die klassische These, daß zwischen Sprachverhalten und Gefühlen der Gruppenzugehörigkeit in Katalonien ein sehr enger Zusammenhang besteht. Die in Tabelle 19 aufgelisteten Daten lesen sich wie eine zumindest tendenzielle Bestätigung der von Johann Gottfried Herder bis zu Joshua Fishman immer wieder

50 Diese Bereitschaft zeigt nicht nur die CONC, sondern auch die kaum im Verdacht des Nationalismus stehende UGT Kataloniens. Die sozialistische Gewerkschaft widmete 1992 eine Sondernummer ihres Organs *Les Notícies* dem Thema der Sprachnormalisierung. Im Eröffnungsartikel plädiert der Generalsekretär der Organisation, Josep M. Álvarez, ohne Umschweife dafür, dem Katalanischen zu einer sozialen Vorrangstellung in der Autonomen Gemeinschaft zu verhelfen.

51 Hierfür nur zwei Beispiele neueren Datums: Im Januar 1992 bezeichnete der Brigadegeneral der spanischen Luftwaffe José Pablo Güil Pijuan in einem Artikel für eine Armeezeitschrift die katalanische Sprachpolitik als "Terrorismus" (vgl. *El País*, 28.01.1992). Angehörige der Führung der Streitkräfte haben bereits des öfteren ihren Unmut gegenüber der Sprachnormalisierung in den Peripherien bekundet. Am 12.09.1993 eröffnete die dem *Partido Popular* nahestehende Madrider Tageszeitung *ABC* unter der Titelschlagzeile "Wie unter Franco, aber umgekehrt. Verfolgung des Kastilischen in Katalonien" eine Kampagne gegen die Sprachpolitik der *Generalitat*. Die Kampagne hatte den kaum verhohlenen Zweck, die Annäherung zwischen der sozialistischen Regierung und den gemäßigten Nationalisten nach den Juni-Wahlen zu torpedieren.

Tabelle 19: Sprachgebrauch und nationale Identität in Katalonien

am häufigsten ge- brauchte Sprache	Identität						insge- samt
	spa- nisch	mehr als katalan.	genauso wie katalan.	mehr als span.	katala- nisch	weder noch	
Katalanisch	2,5	2,4	28,4	24,9	41,1	0,7	100
Spanisch	32,9	13,5	42,1	5,4	3,7	2,5	100
keine Angabe	27,6	13,8	31,0	6,9	6,9	13,8	100
Katalonien insgesamt	15,9	7,3	34,3	16,3	24,5	1,8	100

Quelle: Mercaté 1990: 200; N = 2.425.

vertretenen Position. ethnische Identität ruhe auf einem linguistischen Fundament. Weiter oben wurde darauf hingewiesen, daß sich im Zuge der Normalisierung offenbar die individuelle Sprachkompetenz verändert (im Sinne einer Verbesserung der Katalanischkenntnisse), weniger jedoch das individuelle Sprachverhalten. In dem Fall, daß der Prozeß der Katalanisierung politische Sozialisationseffekte innerhalb gesellschaftlicher Sektoren nach sich zieht, in denen traditionell Ablehnung, Skepsis oder Gleichgültigkeit gegenüber der nationalistischen Botschaft überwogen, steht allerdings zu erwarten, daß das ethnisch mobilisierbare Potential in der Peripherie und damit im Prinzip auch die Konfliktfähigkeit der Nationalisten gegenüber der Zentralgewalt zunimmt.

Über ihre eigenen Anstrengungen hinaus erhalten nationalistische Kräfte, die danach trachten, ethnolinguistische Differenzierungsmerkmale politisch zu instrumentalisieren, indirekte zentralstaatliche Schützenhilfe. Der Sprachenpluralismus in Spanien wird von der politischen Klasse des Gesamtstaats mittlerweile gewiß respektiert, aber oft doch nur widerwillig akzeptiert. Überträgt man Karl Deutschs (1963: 111) vielzitierte Sentenz, Macht sei die Fähigkeit, nicht lernen zu müssen, auf die sprachpolitische Situation im Postfranquismus, läßt sich unschwer ein typisches Kennzeichen der "linguistischen Machtordnung" angeben: Der Bilingualismus ist eine Sache der Institutionen der Autonomen Gemeinschaften und nicht der Institutionen des Zentralstaats.

Miquel Strubell, der Leiter des soziolinguistischen Beraterstabs der *Direcció General de Política Lingüística*, beantwortete meine Frage⁵², in welchem Umfang von einer auf gesamtstaatlicher Ebene konzipierten Sprachpolitik die Rede sein könne, indem er einen Geldschein der spanischen Notenbank aus seiner Tasche holte und auf den Tisch legte. Der Schein war nur auf Kastilisch bedruckt. Mit seiner Geste wollte der anglokatalanische Soziolinguist darauf aufmerksam machen, daß das Selbstverständnis des spanischen Staates weiterhin monolingual ist. Zugegebenermaßen fällt die Wahl der Sprache auf einer Münze oder einer Banknote letztlich in den Bereich der politischen Symbolik. Doch gerade das Terrain der symbolischen Fragen dient immer wieder als ein bevorzugtes Schlachtfeld im Konflikt der Nationalismen. Durch ihr Festhalten am Prinzip der Einsprachigkeit begünstigen die Institutionen des Zentrums im Grunde genommen nur die politische Aufladung kollektiver Zugehörigkeitsmuster, die sich dagegen sperren, in den staatlicherseits vorgegebenen linguistisch-kulturellen Standards aufzugehen.

52 Interview am 12.09.1991.

Der katalanische Nationalismus ist kein konjunkturelles Phänomen. Er fußt auf einer langen historischen Tradition und prägt die soziopolitische Entwicklung in der historischen Peripherie seit nunmehr bald hundert Jahren maßgeblich mit. In diesem Zeitraum folgte kaum zufällig unmittelbar auf die Errichtung eines demokratischen Regimes in Spanien - also nach 1930 und nach 1975 - auch jedes Mal die Autonomie Kataloniens. Und es scheint ebenfalls kein Zufall, daß die Region in den bisherigen Perioden ihrer Autonomie von nationalistischen Kräften regiert worden ist: nach 1932 von der *Esquerra Republicana* Francesc Maciàs und Lluís Companys', nach 1980 von Jordi Pujols CiU.

Das Wiedererstarken des Nationalismus nach 1975 verdient um so mehr Beachtung, als sich in Katalonien während der Franco-Diktatur ein tiefgreifender kultureller, sozio-ökonomischer und demographischer Strukturwandel vollzogen hatte. Um es zugespitzt zu formulieren: Die Peripherie wurde in dieser Phase ihrer Geschichte infolge der Zwangskastilisierung, der Immigration und der Abschwächung ihrer wirtschaftlichen Sonderrolle "spanischer". Damit verringerte sich im Prinzip auch das in ihr "objektiv" vorhandene Potential für ethnoterritoriale Mobilisierungen gegen den Zentralstaat.

Die ideologische Anziehungskraft des Nationalismus nach 1975 erweist sich trotz der Verringerung dieses Potentials aber weiterhin als hoch. Die Abschwächung des *fet diferencial* im Zuge des gesellschaftlichen Wandels wird in hohem Maße durch politische Faktoren kompensiert. Aufgrund der Mobilisierungsstrategien der regionalen Opposition gegen die Diktatur kommt es im Spätfranquismus zur Symbiose von demokratischem, sozialem und nationalem Protest. Um noch einmal ein auf Gramsci zurückgehendes Konzept aufzugreifen: Katalanistische und antiautoritäre Positionen verschmelzen in einem "historischen Block"⁵³, der der politischen Entwicklung in der Peripherie während der Transition ihre spezifischen Züge verleiht.

Dieser historische Block erweist sich als ein entscheidendes Zwischenglied im Prozeß, der von der Franco-Ära zur Entfaltung des Autonomieregimes führt. Die Grundlagen für die Politik der Katalanisierung, die die *Generalitat* gegenüber der Regionalgesellschaft nach 1980 betreibt, wurden bereits im Spätfranquismus und während des Übergangs zur Demokratie geschaffen. Organisationen wie die CC.OO. oder der PSUC, über die viele der nach Katalonien eingewanderten Industriearbeiter ihre Anliegen artikulierten, trugen viel zur Vorbereitung ebendieses Proletariats auf den "nationalen Wiederaufbau" bei. Bei der Durchführung des "Wiederaufbaus" profitierten die gemäßigten Nationalisten stark von der

53 Hier verstanden als Ausdruck eines "Kollektivwillens", der verschiedene Gesellschaftssektoren umspannt und homogen genug auftritt, um eine gegebene historische Konstellation zu verändern; vgl. Gramsci 1977: 101.

Vorarbeit, die die katalanische Linke in den Reihen der nichtautochthonen Bevölkerung geleistet hatte.

Nach Abschluß der Transition in Katalonien, d.h. nach der Verabschiedung des Autonomiestatuts, werden die Beziehungen zwischen den verschiedenen Kräften des einstigen demokratischen und antizentralistischen Bündnisses gespannter. Die großen Parteien setzen bei der Definition des institutionellen Rahmens, den sie zur Festigung der "nationalen Freiheiten" Kataloniens anstreben, unterschiedliche Akzente. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Konkurrenz der zwei dominanten Gruppierungen PSC und CiU. Dennoch bricht die übergreifende Konsensorientierung der Übergangsperiode bei wichtigen Gelegenheiten nach wie vor durch. In einem für die politisch-kulturellen Integrationsprozesse in der Autonomen Gemeinschaft so zentralen Bereich wie der Sprachpolitik gibt es zwischen den Nationalisten und ihren Rivalen vorerst mehr Gemeinsamkeiten als Diskrepanzen. Man könnte von einem stillschweigenden Übereinkommen sprechen, bestimmte Fragen nicht zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen zu machen.

Der Nationalismus hat seine Hegemonie im autonomen Katalonien vor dem Hintergrund eines soziopolitischen Grundkonsenses aufgebaut, der auch von nichtnationalistischen Akteuren mitgetragen wird. Umgekehrt wirken die Nationalisten ihrerseits an der Aufrechterhaltung dieses Konsenses mit, indem sie versuchen, für das Programm der Katalanisierung der Region einen möglichst breiten gesellschaftlichen Rückhalt einzuholen, der über den Kreis ihrer eigenen Anhängerschaft hinausreicht. Die *Generalitat* hat bisher weitgehend danach getrachtet, Maßnahmen zur Veränderung des soziokulturellen Profils der Peripherie auf dem Weg der Konzertierung einzuleiten.

Die Bedeutung nationalistischer Positionen bleibt bei weitem nicht auf die Sphäre der Parteipolitik begrenzt. Die politische Stärke des Nationalismus bringt auch dessen Verankerung in einem weitverzweigten sozialen Milieu zum Ausdruck. Allerdings stoßen die Nationalisten mit ihrer Botschaft keineswegs bei allen gesellschaftlichen Gruppen auf Resonanz. So hat die "ethnoterritoriale Dimension" in Prozessen der Artikulation und Vermittlung sozioökonomischer Interessen eine untergeordnete Rolle gespielt. Die relative Eigenständigkeit des katalanischen Parteiensystems im gesamtspanischen Kontext findet auf dem Feld der industriellen Beziehungen bislang keine Entsprechung. Zwar gibt es hier neuerdings einige Anzeichen dafür, daß die Verhältnisse in Bewegung geraten sind und die Meso-Ebene an Relevanz gewinnt; daraus läßt sich jedoch noch kein Trend zur "Regionalisierung" der Klassenbeziehungen ableiten. Vielmehr scheint die Autonome Gemeinschaft für die Arbeitgeber und insbesondere für die Gewerkschaften einen Handlungsrahmen zu bieten, der die gesamtstaatliche Bühne zwar ergänzt, sie aber keinesfalls ersetzt. Vom Problem der Verteilung institutioneller Kompetenzen zwischen Madrid und Barcelona einmal ganz abgesehen, verfügt die Meso-Exekutive allein schon aufgrund der hohen Abhängigkeit der katalanischen Ökonomie von transnationalen Faktoren über nur sehr geringen wirtschafts-

politischen Spielraum: Wenn etwa das Volkswagen-Management in Deutschland die Entscheidung trifft, die Produktionsstätte des Tochterunternehmens SEAT in Barcelona zu schließen oder dort Massenentlassungen durchzuführen, besitzt die Regionalregierung keine Druckmittel, um auf die Revision einer derartigen Entscheidung zu drängen.

Aus der Sicht des baskischen Sozialisten und Nationalismusexperten José Ramón Recalde (1993: 38 f.) stellt Katalonien das einzige Minderheitsgebiet in Spanien dar, das die demographischen, kulturellen, ökonomischen und politischen Voraussetzungen für die Konstitution eines unabhängigen Staates erfüllt: Die Region zählt über sechs Millionen Einwohner, ihre Sprache ist als Emblem der kollektiven Identität sowohl nach territorialen als auch nach sozialen Kriterien weit verbreitet und ihre ökonomischen Zukunftsperspektiven lassen sich im Vergleich mit den anderen historischen Peripherien als überaus günstig bewerten. Darüber hinaus hebt Recalde den Aspekt hervor, daß selbst Parteien, die ein nichtnationalistisches Programm vertreten, ungeachtet ihrer Loyalität gegenüber dem übergeordneten gesamtstaatlichen Projekt, die kulturelle und historische Gemeinschaft der Spanier nicht unbedingt als die eigene begreifen.

Eine solche Diagnose wirft die Frage auf, warum das Ausscheiden der historischen Nationalität aus dem spanischen Staatsverband für das Gros der politischen Akteure in Katalonien aktuell nicht zur Debatte steht. Eine der möglichen Antworten auf diese Frage lautet, daß gerade die relativ hohe Binnenintegration der Peripherie einer Radikalisierung nationalistischer Zielsetzungen entgegenwirkt. Das nach 1980 errichtete Autonomieregime stützt sich nicht nur auf eine stabile politisch-institutionelle Basis, sondern findet auch in der katalanischen Bevölkerung massive Unterstützung.⁵⁴ Insoweit können die katalanischen Nationalisten der Zentralregierung aus einer Position der Stärke heraus gegenüberreten; sie brauchen nicht zu befürchten, daß ihnen die gegenwärtige Form der Einbindung Kataloniens in das spanische Staatsgefüge Ressourcen zur weiteren Mobilisierung der Regionalgesellschaft entzieht.

Anders als die Diagnose Recaldes vermuten läßt, reflektiert das gemäßigte Auftreten eines Mehrheitssektors des katalanischen Nationalismus aber nicht nur ein Moment der Stärke, sondern ebenso ein Moment der Schwäche. Wie die Betrachtung der Prozesse sozioökonomischer Interessenartikulation auf der Meso-Ebene gezeigt hat, ist der Drang der regionalen Organisationen von Kapital und Arbeit, sich in die Autonome Gemeinschaft "zurückzuziehen", eher gering. Der hohe gesamtstaatliche und transnationale Verflechtungsgrad der katalanischen Wirtschaft rückt jeden Plan zur Umwandlung der Peripherie in einen Nationalstaat klassischen Typs in ein ausgesprochen anachronistisches Licht. Der Diskurs der gemäßigten Nationalisten trägt diesem Umstand insofern Rechnung, als er die Autonomie

54 Vgl. dazu die Umfragedaten in Alvira Martín/García López (1988: 417 f.) u. Montero/Torcal (1990: 71, 85), die signalisieren, daß die Bürger Kataloniens die regionalen Institutionen insgesamt positiver beurteilen als die Bürger der meisten anderen *Comunidades Autónomas*.

nicht als Vorhof der Eigenstaatlichkeit begreift, sondern stattdessen eine gewichtigere Präsenz der Repräsentanten regionaler Institutionen auf der supranationalen und insbesondere auf der europäischen Bühne anstrebt. Zudem würden die Nationalisten im Falle einer Radikalisierung ihrer Strategie den soziopolitischen Konsens gefährden, der es ihnen bisher ermöglichte, ihre Maßnahmen zur Rekatalanisierung des öffentlichen Lebens ohne größere Konflikte zu implementieren. Katalonien ist keine homogene Gesellschaft. Jeder Versuch, gegenüber der Regionalbevölkerung einen politischen Alleingültigkeitsanspruch nationalistischer Positionen durchzusetzen, könnte genau die Situation erzeugen, die nach 1980 mit beachtlichem Geschick vermieden worden ist, nämlich die Aufspaltung der Autonomen Gemeinschaft entlang soziokultureller Trennlinien.

Ein auf den ersten Blick hin sonderbar anmutendes Nebeneinander von Stärke und von Schwäche, von Selbstbewußtsein und von Mißtrauen, charakterisiert in gewisser Weise auch die Haltung der Nationalisten gegenüber dem spanischen Staat und der spanischen Politik. Der Nationalismus der Allianz *Convergència i Unió* schwankt zwischen der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen im Gesamtstaat und der Verschanzung in den heimischen Bastionen. Für den Katalanismus Pujolscher Prägung stellt sich immer wieder das Dilemma, durch die Übernahme von Mitverantwortung in der spanischen Politik nationalistische Glaubwürdigkeit einzubüßen: In dem Maße, wie die Nationalisten den übergeordneten Bezugsrahmen mitgestalten, muß auch die Kritik an diesem Bezugsrahmen, von der sich der nationalistische Diskurs ja nährt, ins Leere laufen.

Die Sozialstruktur Kataloniens weist ein außerordentlich gewichtiges ethnische Potential auf. Die feste gesellschaftliche Verankerung ihrer spezifischen linguistisch-kulturellen Merkmale hebt die Autonome Gemeinschaft im Nordosten Spaniens von den meisten anderen westeuropäischen Peripherien ab. Es besteht berechtigter Grund zu der Annahme, daß das ethnische Potential der Region im Zuge der Umsetzung der "Politik des nationalen Wiederaufbaus" noch weiter anwächst. Dennoch sprechen mehrere Faktoren dagegen, daß das Anwachsen dieses Potentials zu einer Verschärfung ethnoterritorialer Konflikte führen wird. Zunächst ist der hohe Differenzierungsgrad institutioneller Ordnungssphären innerhalb der katalanischen Gesellschaft zu nennen. So messen etwa relevante sozioökonomische Akteure dem regionalen Bezugsrahmen nicht den gleichen Stellenwert bei wie die Politiker der *Generalitat*. Funktionale und territoriale Interessen gehen allenfalls partiell ineinander auf; in der Regel gelten bei ihrer Definition unterschiedliche Imperative. Darüber hinaus hat die Bedeutung des transnationalen Kontextes für die Bestimmung der Ziele des katalanischen Nationalismus in den vergangenen Jahren stetig zugenommen: Der westeuropäische Integrationsprozeß und die Einbindung Spaniens in ein System nur noch teilsouveräner Nationalstaaten macht Spekulationen über den Sinn von Sezessionsprojekten südlich der Pyrenäen zunehmend obsolet.

Schließlich sind es aber vor allem die gegenwärtig vorherrschenden strategischen Orientierungen der regionalen politischen Akteure, die eine Zuspitzung der Spannungen zwischen Zentrum und katalanischer Peripherie unwahrscheinlich erscheinen lassen. Die Mehrheitsströmung des Katalanismus, die im Parteienspektrum einen Bereich umfaßt, der von IC und PSC bis hin zu CiU reicht, debattiert nicht über die Bildung eines eigenen Staates, sondern über die Neudefinition der Stellung Kataloniens im Staat der Autonomen Gemeinschaften. Der nostalgisch auf die traditionellen - aus dem Mittelalter stammenden und im 18. Jahrhundert von den Bourbonen abgeschafften - historischen Sonderrechte der Region zurückblickende "Konföderalismus" eines Teils der bürgerlichen Nationalisten und das Plädoyer eines Teils der Sozialisten für eine institutionelle Aufgliederung der spanischen Staatsgewalt zwischen Madrid und Barcelona nach österreichisch-ungarischem Vorbild sind dabei im Endeffekt gar nicht so weit voneinander entfernt. Aus der Sicht der tonangebenden politischen Kräfte in der Peripherie soll die "Nationalisierung" Kataloniens nicht durch die Erlangung der Eigenstaatlichkeit, sondern durch die "Multinationalisierung" Spaniens gekrönt werden. Mit einer Verhärtung nationalistischer Positionen wäre nur dann zu rechnen, wenn sich der spanische Staat gegenüber solchen Bestrebungen zu seiner "Multinationalisierung" völlig immun zeigt.

6.2 Autonomie und ethnopolitische Fragmentierung: Das Baskenland

In der Gegenüberstellung mit Katalonien läßt sich die spezifische Problematik der Institutionalisierung der Autonomie im Baskenland gut herausarbeiten. Auch in der baskischen Peripherie markiert die Verabschiedung des Autonomiestatuts einen entscheidenden Wendepunkt im Hinblick auf die Kanalisierung des ethnoterritorialen Konflikts mit dem Zentralstaat. Die Einrichtung des Autonomieregimes führte letztlich zur wenigstens stillschweigenden Anerkennung der postfranquistischen Herrschaftsordnung durch das Gros der nationalistischen Akteure.⁵⁵ Ähnlich wie die katalanische war die baskische Autonomie das Resultat eines breiten Kompromisses zwischen regionalen Gruppierungen und "spanisch" orientierten Parteien wie UCD und PSOE. Im Gegensatz zur nordöstlichen Peripherie stößt die Autonomie im Baskenland aber auf die Ablehnung eines signifikanten Sektors des Nationalismus. Der radikale *abertzalismo* um *Herri Batasuna*, hinter dem zwischen 1980 und 1992 immerhin ein knappes Fünftel der baskischen Wähler stand, betrachtet das Autonomiestatut als eine völlig unzureichende zentralstaatliche Konzession. Die von HB repräsentierten Kräfte sprechen sowohl den Institutionen der spanischen Demokratie als auch den in diese Demo-

55 Die einzige nationalistische Gruppierung, die die Verfassung von 1978 im nachhinein ausdrücklich gebilligt hat, ist *Euskadiko Ezkerra* (vgl. Llera 1993: 189).

kratie eingebetteten Institutionen der *Comunidad Autónoma del País Vasco* die Legitimität ab.

Die Folgen dieses Legitimitätsdefizits sind um so dramatischer, als sie mit einem hartnäckigen Anhalten der politischen Gewalt in der Region einhergehen. Dabei sind die Sympathien für den Terrorismus der ETA innerhalb des nationalistischen Lagers nach 1975 spürbar zurückgegangen. Doch auch wenn die Untergrundorganisation ihren Anspruch, als bewaffneter Arm des baskischen Volkes zu agieren, allenfalls noch gegenüber ihrem engsten Sympathisantenkreis aufrechterhalten kann, bleibt dieser Sympathisantenkreis doch groß genug, um die politische Befriedung der Region zu verhindern. Solange die ETA die Unterstützung des radikal-nationalistischen Bewegungsmilieus, das sich vornehmlich über *Herri Batasuna* artikuliert, nicht einbüßt, scheint ihre Überlebenskraft gesichert (vgl. Waldmann 1989: 132 f.).

Der anhaltende Terrorismus ist das spektakulärste und traurigste Symptom der problembehafteten Entwicklungen im autonomen Baskenland. Aber selbst wenn man einmal vom Phänomen der ETA absieht, erweist sich die politische Konstellation in der Region als äußerst vertrackt. Das baskische Parteiensystem bietet ein für westeuropäische Verhältnisse mehr als ungewöhnliches Bild der Fragmentierung und Polarisierung (siehe dazu die in Tabelle 20 zusammengestellten Ergebnisse der zwischen 1980 und 1990 abgehaltenen Wahlen zum baskischen Parlament). Dabei ist zunächst festzuhalten, daß der Nationalismus "an sich" in keiner anderen Autonomen Gemeinschaft des spanischen Staates breiteren parteipolitischen Rückhalt hat als im Baskenland. Nationalistische Gruppierungen - PNV, HB, EA und EE - erhielten bei den im ersten Autonomiejahrzehnt abgehaltenen Regionalwahlen insgesamt durchschnittlich zwei Drittel der Stimmen. Doch die Stärke der baskisch-nationalistischen Familie war zugleich von heftigen innerfamiliären Spannungen begleitet, die die Entfaltung der politischen Hegemonie des Nationalismus nachhaltig beeinträchtigten (vgl. Unzueta 1988: 209).

Wie in Katalonien ist auch im Baskenland die Parteienlandschaft dadurch geprägt, daß die wesentlichen Spaltungslinien entlang der sich überkreuzenden Achsen links/rechts und nationalistisch/zentralistisch verlaufen. Im Baskenland ergibt sich daraus jedoch kein gemäßigter, sondern ein stark polarisierter Pluralismus (vgl. Llera 1989: 113). Zwischen den zwei Gruppierungen, die auf beiden Achsen jeweils die Extrempositionen einnehmen und zusammen immerhin fast 30% der Wähler repräsentieren, AP/PP und HB, tun sich schier unüberbrückbare ideologische Abgründe auf. Aber auch zwischen den zwei zentripetalen Hauptkonkurrenten PNV und PSE-PSOE ist die politische Distanz zumindest bei der Bewertung der Zentrum-Peripherie-Frage größer als etwa zwischen Sozialisten und gemäßigten Nationalisten in Katalonien. Dieser Unterschied macht sich zum einen auf der Ebene der Einstellungen der Wähler der jeweiligen Gruppierungen bemerkbar (vgl. Montero/Torcal 1990: 63, 66). Zum anderen kommt er aber auch im territorialpolitischen Kurs der führen-

Tabelle 20: Ergebnisse der Wahlen zum baskischen Parlament 1980-1990

Listen*	1980 %	1980 Sitze	1984 %	1984 Sitze	1986 %	1986 Sitze	1990 %	1990 Sitze
FNV	38,1	25	41,8	32	23,7	17	28,3	22
PSE FSOE	14,2	9	23,1	19	22,0	19	19,8	16
HB	16,5	11	14,6	11	17,5	13	18,2	13
EVA	-	-	-	-	15,9	13	11,3	9
EE	9,1	6	8,0	6	10,9	9	7,7	6
AP/PP	4,7	2	9,4	7	4,8	2	8,2	6
UCD	8,4	6	-	-	-	-	-	-
PCE	3,6	1	-	-	-	-	-	-
CDS	-	-	-	-	3,5	2	0,7	-
UA	-	-	-	-	-	-	1,4	3

* Es finden nur Listen Berücksichtigung, die parlamentarische Vertretung erlangten.

Quelle: *historia 16*, 200, 1992 (*La España de las Autonomías*): 194

den Parteien in den zwei historischen Regionen zur Geltung (vgl. Shabad 1986a: 142, 155): Während der PNV seinen Nationalismus generell deutlicher in den Vordergrund rückt als CiU, neigt der *Partido Socialista de Euskadi* zu einem weniger prononcierten Autonomismus als der PSC, seine katalanische Schwesterorganisation.

Wie bereits erwähnt, sticht als ein weiteres typisches Merkmal der baskischen Politik die hochgradige Fragmentierung des Parteiensystems ins Auge. Bei den Regionalwahlen von 1990 vereinigten der PNV und der PSE-PSOE als die zwei stärksten Parteien 48% der Stimmen auf sich; in Katalonien kamen die dominanten Formationen CiU und PSC dagegen 1992 bei den *eleccions autonòmiques* zusammen auf 75%. Die politische Fragmentierung der baskischen Peripherie hat ihre Hauptursache in der ideologischen Auffächerung des nationalistischen Spektrums: Der baskische Nationalismus wirkt nicht nur als Zentrifugalkraft im gesamtstaatlichen Maßstab, sondern entwickelt gewissermaßen auch in seinem eigenen Schoß zentrifugale Tendenzen. Ende der 70er Jahre erfolgte die Aufspaltung des Blocks der radikalen *abertzales* in *Euskadiko Ezkerra* und *Herri Batasuna*. Mit der Gründung von *Eusko Alkartasuna* (EA) spaltete sich 1986 dann auch der gemäßigte Nationalismus. Die neue Gruppierung, die vom ehemaligen Präsidenten der Autonomen Gemeinschaft Carlos Garaikoetxea angeführt wird, entstand nach einer Reihe personeller Streitigkeiten in den Leitungsgremien des PNV, die gleichzeitig einen tiefen Gegensatz zwischen den Befürwortern und den Gegnern einer größeren Zentralisierung der politischen Entscheidungsstrukturen sowohl der Partei wie auch des gesamten regionalen Institutionengefüges offenlegten (vgl. Llera 1987: 228). Schließlich brach 1993 auch *Euskadiko Ezkerra* auseinander, nachdem die Annäherung eines Sektors der Linksnationalisten an den PSE-PSOE bei einem auf die Wahrung organisatorischer Eigenständigkeit pochenden Gegensektor keine Zustimmung fand.

Der baskische Parteienpluralismus beruht also in erster Linie auf der Zersplitterung des nationalistischen Lagers. Seit kurzem erhält er durch das Kuriosum der *Unidad Alavesa* (UA) aber noch eine zusätzliche neue Dimension. Die UA konstituierte sich 1989 als Sprachrohr des "provinzialistischen Antinationalismus" in Álava und wurde hier bei den Wahlen von 1990 - mit 11% der Stimmen nur knapp hinter HB liegend - prompt viertstärkste Partei (vgl. *Anuario El País* 1991: 88). Die Gruppierung repräsentiert einen "Partikularismus im Partikularismus", der sich gegen die Hegemonieansprüche der baskischen Nationalisten richtet, deren Einfluß im "hispanisierten" Süden der *Comunidad Autónoma del País Vasco* traditionell geringer ist als in Guipúzcoa und Vizcaya.

Alles in allem verschafft bereits eine kurze Betrachtung der Entwicklung des regionalen Parteiensystems einigen Aufschluß über symptomatisch scheinende Eigenschaften der politischen Dynamik im autonomen Baskenland. Zum einen ist die Kluft zwischen nationalistischen und nichtnationalistischen Kräften, was programmatische Positionen und taktische Orientierungen angeht, tiefer als in Katalonien. Damit verschlechtern sich prinzipiell auch die Voraussetzungen dafür, daß über die ideologischen Lager hinweg stabile

Kompromisse zustandekommen. Zum anderen wird der Gegensatz zwischen Akteuren mit verschiedenen territorialpolitischen Loyalitäten allerdings durch den Umstand relativiert, daß die Kommunikation innerhalb der nationalistischen Familie selbst unter einem überaus spannungsgeladenen Vorzeichen steht. Aufgrund seiner fehlenden inneren Geschlossenheit verliert der Nationalismus insgesamt an Konfliktfähigkeit.

Selbst wenn man das Phänomen des Terrorismus einmal ganz ausblendet, wirft die politische Situation im Baskenland nicht unerhebliche Regierbarkeitsprobleme auf. In der Anfangsperiode des Autonomieregimes blieben diese Probleme mehr oder weniger latent. Die gemäßigten Nationalisten verfügten über eine klare Vormachtstellung im Regionalparlament. Sie konnten zunächst allein regieren, ohne die absolute Mehrheit der Sitze im baskischen Abgeordnetenhaus gewonnen zu haben, da die Mandatsträger von *Herri Batasuna* die Institution boykottieren. Wegen der Abspaltung von EA sah sich der PNV 1986 jedoch zu einer für ihn schmerzhaften Koalition mit dem PSE-PSOE gezwungen. Nach den Wahlen von 1990 kam es zu einem kurzlebigen Versuch von PNV, EA und EE, gemeinsam eine rein nationalistische Exekutive zu bilden. Bezeichnenderweise scheiterte dieser Versuch schon bald an den Konflikten zwischen PNV und EA, die darin endeten, daß die Vertreter der letztgenannten Partei die Regionalregierung verließen. Dem abermaligen nationalistischen Zerwürfnis folgte eine erneute Beteiligung des PSOE an der baskischen Regierung.

Man braucht kein Anhänger eines kruden "Soziologismus" zu sein, um die politische Konstellation im Baskenland zu einigen kennzeichnenden Merkmalen der baskischen Gesellschaftsstruktur in Beziehung zu setzen. Die Binnenintegration der Autonomen Gemeinschaft stellt die Basken vor größere Herausforderungen als die Katalanen. Bereits während des Übergangs zur Demokratie warnten Beobachter des politischen Geschehens in Euskadi vor der Gefahr einer Ausweitung der kulturellen Gräben zwischen den "zwei Gemeinschaften", die in der Peripherie leben, infolge der exklusiven Vereinnahmung der Symbole baskischer Identität durch die nationalistischen Gruppierungen (vgl. Escudero 1978). Als traditionelles Zentrum der Schwerindustrie verzeichnet das Baskenland wie Katalonien einen sehr hohen Anteil von Immigranten aus anderen Regionen des spanischen Staates. Im Zuge einer ungestüm voranschreitenden Industrialisierung wurde der Großraum Bilbao bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einer der wichtigsten Bastionen der um PSOE und UGT gescharten spanisch-sozialistischen Arbeiterbewegung. Als Reaktion auf die frühe Rekrutierung des immigrierten Proletariats durch gesamtstaatliche, "antibaskische" Organisationen gründeten die Nationalisten 1911 die Gewerkschaft ELA-STV, die sich wiederum rasch als Sammelbecken der autochthonen Arbeiterschaft etablierte (vgl. García de Cortázar/Azcona 1991: 48 f.). Noch heute scheinen ethnonationale Trennlinien zwischen nichtautochthoner und autochthoner Bevölkerung im Baskenland schärfer gezogen zu sein als in der katalanischen Peripherie. Duale Identitätsmuster, die verschiedenartige politisch-kulturelle Loyalitäten miteinander verschränken, treten in Euskadi seltener auf als in Katalonien.

Insbesondere bei autochthonen Basken dominiert klar die Tendenz, die subjektive nationale Identität als ausschließlich baskisch anzusehen (vgl. Shabad 1986: 548 f., 568 f.).

Die Binnenintegration des Baskenlands wird darüber hinaus dadurch behindert, daß die Definition der territorialen Grenzen der historischen Region ein hochbrisanter politischer Konfliktgegenstand ist. Aus nationalistischer Sicht umfaßt Euskadi neben dem gegenwärtigen Gebiet der *Comunidad Autónoma del País Vasco* auch den südlichen Teil des französischen Departements *Pyrénées Atlantiques* sowie Navarra, das 1983 den Status einer eigenständigen "Foralgemeinschaft" erlangte. Im zu Frankreich gehörenden nördlichen Baskenland identifizieren sich aber weitaus mehr Menschen mit der "französischen" als mit der "baskischen" Nation. Die Anhänger der Ideale des "Panbaskismus" bilden in *Euskadi Norte* eine "Minderheit in der Minderheit", die bislang zu keiner Zeit dazu imstande gewesen ist, die Territorialhoheit einer allmächtigen Pariser Zentralgewalt ernsthaft anzufechten (vgl. Lancaster 1987; Linz 1986: 372-398). Die Nationalisten im spanischen Baskenland haben keinerlei Möglichkeit, auf den französischen Staat Druck auszuüben. Hingegen steht Navarra im Brennpunkt der aktuellen ethnopolitischen Auseinandersetzungen. Baskisch-nationalistische Gruppierungen erhalten hier bei Regionalwahlen einen Stimmenanteil, der um die 20% pendelt. Im Mehrheitssektor des Parteienspektrums in Navarra stößt das Vorhaben einer Vereinigung mit der *Comunidad Autónoma del País Vasco* jedoch auf Widerstand. Als tonangebende konservative Formation wendet sich die *Unión del Pueblo Navarro* vehement gegen jeden baskischen Anspruch auf die Foralgemeinschaft.

Selbst innerhalb des Gebiets, das in den offiziellen Hoheitsbereich der autonomen baskischen Regierung fällt, kommt die territoriale Zerrissenheit politisch deutlich zum Ausdruck (vgl. Llera 1993: 180-182). Der Gegensatz zwischen urban-industriellen und ländlichen Zonen ist in der Autonomen Gemeinschaft nach soziokulturellen Kriterien sehr stark ausgeprägt. In den Kleinstädten und Dörfern der Provinzen Guipúzcoa und Vizcaya herrscht ein homogenes autochthones Milieu vor, das gesamtstaatliche Parteien dazu verurteilt, ein regelrechtes Schattendasein zu fristen. Aber auch der Nationalismus tritt nicht nur ideologisch, sondern auch räumlich differenziert in Erscheinung. Insgesamt sind die nationalistischen Kräfte in Álava merklich schwächer als in Guipúzcoa und Vizcaya. PNV und EA haben unterschiedliche territoriale Hochburgen: der PNV im Westen, EA im Osten des Baskenlands. Generell haftet der Artikulation ethnonationaler Identität in der Region oft ein betont lokalistischer Beigeschmack an.

Das ethnische Potential des Baskenlands erweist sich als gleichermaßen diffus wie virulent. Wie in Katalonien ist das herausragende kulturelle Differenzierungsmerkmal in der Peripherie an der Biskaya die autochthone Sprache. Euskara (Baskisch) befindet sich aber in einer viel ungünstigeren soziolinguistischen Position als Katalanisch. Nach Zensusdaten von 1986 betrug der Anteil der *euskaldunes*, der Baskischsprecher, an der Bevölkerung der

Autonomen Gemeinschaft 25%.⁵⁶ Die linguistische Kompetenz verteilt sich dabei höchst ungleich auf Autochthone und Nichtautochthone. 34% der Einwohner des Baskenlands, die dort auch geboren wurden, sprechen die Regionalsprache. In der Gruppe der weder im Baskenland noch in Navarra geborenen Personen - knapp 30% der Gesamtbevölkerung der Autonomen Gemeinschaft - sinkt der Anteil drastisch auf 2,5% (vgl. Siguan 1992: 233 f.). Zudem konzentrieren sich die *euskaldunes* auf die ländlichen Gebiete der Provinzen Vizcaya und Guipúzcoa. Die Provinz Álava ist überwiegend spanischsprachig. Im Großraum Bilbao, dem wichtigsten urbanen Ballungszentrum der Region, hat Spanisch die autochthone Sprache in der Alltagskommunikation beinahe völlig verdrängt.

Die Sprachnormalisierung ist auch im Baskenland eines der Hauptziele nationalistischer Politik. Das Projekt stößt angesichts der soziolinguistischen Realitäten aber auf massive Hindernisse. Gelegentliche Vorstöße, die die Nationalisten unternehmen, um den Normalisierungsprozeß auf administrativem Weg zu forcieren, lösen sofort heftige Proteste von nichtnationalistischer Seite aus (vgl. *El País*, 17.01.1991). Die Pläne zur Aufwertung des öffentlichen Status des Baskischen lassen sich nur sehr langsam und behutsam in die Tat umsetzen. Letzten Endes können sich die autonomen Institutionen des Baskenlands bei ihren sprachpolitischen Entscheidungen allein schon aus Rücksicht auf die zahlreichen autochthonen Basken, die selbst nicht baskischsprachig sind, dem Gebot der Konsensorientierung noch weniger entziehen als die katalanische *Generalitat*.

Über 70% der autochthonen *euskaldunes* bezeichnen ihre nationale Identität als "nur baskisch" (vgl. Clark 1992: 238). Auch im Baskenland besteht also offensichtlich ein enger Zusammenhang zwischen Sprache und ethnischen Zugehörigkeitsmustern. Als konstitutives Element des kulturellen Differenzierungspotentials, das als Grundlage für nationalistische Mobilisierungen dient, ist Euskara allerdings nur bedingt tauglich. Sämtliche Varianten des baskischen Nationalismus messen der Regionalsprache zweifelsohne einen sehr hohen symbolischen Stellenwert bei; als ethnopolitische Ressource läßt sie sich aber nur schwer instrumentalisieren. Selbst innerhalb der nationalistischen Gemeinschaft - versteht man diese als das Segment der Wählerschaft, das für nationalistische Parteien stimmt - befinden sich die *euskaldunes* in der Minderzahl. Ob die Sprachplaner ihr Ziel einer breitenwirksamen Wiederbelebung des Baskischen erreichen, muß als offene Frage gelten. Der deutsche Sprachsoziologe Florian Coulmas (1992: 225) gibt eine mehr als skeptische Einschätzung ab: "Euskara ist gewiß keine tote Sprache, aber allem Zweckoptimismus seiner Verteidiger zum Trotz ist es moribund, da es durch die ungebremsste Zunahme des Spanischen im Siedlungsgebiet der Basken immer mehr in die Defensive gerät." Zu so lautem Sterbegeläut gibt es im Moment wohl keinen akuten Anlaß. Vielmehr deuten alle Anzeichen darauf hin, daß es den

56 Als baskischsprachig galten dabei diejenigen Personen, die Euskara verstehen und sprechen konnten; vgl. Tejerina Montaña 1992: 143, 165.

regionalen Institutionen zumindest gelingt, den jahrzehntelangen Trend zu einem Rückgang der Sprecherzahl des Baskischen aufzuhalten. Es steht jedoch sicherlich nicht zu erwarten, daß Euskara in absehbarer Zukunft die Dominanz des Kastilischen als allgemeines Kommunikationsmedium in der *Comunidad Autónoma del País Vasco* bricht.

Die prekäre Stellung des Baskischen zwingt die Nationalisten dazu, andere Elemente des ethnischen Potentials stärker zu gewichten als die Sprache. In der Ideologie der frühen Nationalbewegung leitet sich die Legitimität der Ansprüche des baskischen Volkes aus traditionellen Sitten, historischen Selbstverwaltungsrechten, religiöser Prädestination, aber auch aus "rassischen" Besonderheiten ab (vgl. Heiberg 1989: 51, Puhle 1982: 62). Selbst heute noch klingen in den Erklärungen der Nationalisten manchmal atavistische Untertöne durch. Im Januar 1993 entfachte Xabier Arzalluz, der Vorsitzende des PNV, der als einer der Vordenker und intellektuellen Erneuerer des Nationalismus im Baskenland gilt, eine heftige Polemik, weil er die Forderung nach höheren territorialen Souveränitätsquoten mit der "Einzigartigkeit" der baskischen Rasse in Verbindung brachte.⁵⁷ Derartige politische Eskapaden von Nationalisten in das Reich der Biologie sind in der jüngsten Vergangenheit allerdings Ausnahmeerscheinungen geblieben. Der nationalistische Diskurs hat sich mittlerweile weitgehend modernisiert und auch für "Fremde" geöffnet. Dabei stellt der Verzicht auf die Verklärung vormoderner und nur "innerethnisch" übertragbarer Bestandteile der kollektiven Identität die Nationalisten aber vor die Schwierigkeit, andere Differenzierungsfaktoren zu benennen. Aufgrund ihrer eingeschränkten Verbreitung kann die eigene Sprache die Funktion eines quasi-organischen Ersatzes für primordiale Gruppenbande nicht ohne weiteres erfüllen.

Die Nationalisten haben das Problem dadurch "gelöst", daß sie dem ethnisch mobilisierbaren Potential im Baskenland mit politischem Voluntarismus Kohäsion verleihen. Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft impliziert de facto Zugehörigkeit zur nationalistischen Gemeinschaft. Für den baskischen Nationalismus hat die extreme Politisierung der Zugehörigkeitsfrage zweischneidige Konsequenzen. Einerseits ermöglicht sie tatsächlich die Erweiterung der nationalistischen Basis. Gruppierungen wie der PNV oder HB erhalten auch Stimmen aus den Reihen der immigrierten Bevölkerung. Andererseits erfordert die Stabilisierung dieser Basis, daß der Gegensatz zwischen Euskadi und dem spanischen Staat auch im Inneren der *Comunidad Autónoma del País Vasco* ständig betont wird. Zugehörigkeiten

57 Vgl. *El País*, 30.01.1993. Auch in den Erklärungen, die er in einem Gespräch mit dem spanischen Journalisten Ramón Luis Acuña (1993: 334-336) abgibt, streicht Arzalluz die Eigentümlichkeiten des baskischen Phänotyps heraus. Er erwähnt dabei u.a. die anthropologischen Hypothesen über die Abstammung der Basken von den Cromagnon-Menschen, die Ergebnisse kranilogischer Studien sowie den serologischen Sachverhalt, daß ein negativer Rhesusfaktor bei Basken besonders häufig auftritt. Hier braucht nicht erörtert zu werden, ob die Basken nun tatsächlich erwähnenswerte phänotypische Eigentümlichkeiten aufweisen oder nicht. Der springende Punkt ist vielmehr, daß ein führender nationalistischer Politiker es für notwendig erachtet, auf die Existenz solcher Eigentümlichkeiten zu verweisen.

entstehen auf der Grundlage der Bekundung politischer Loyalität. Daraus ergibt sich das Paradox, daß der seinem Ursprung nach am stärksten ethnisch, ja ethnozentrisch geprägte Nationalismus der iberischen Halbinsel dazu übergegangen ist, "objektivierbare" ethnische Gemeinsamkeiten, die Prozesse der Vergemeinschaftung erleichtern können (vgl. Weber 1980: 237), durch politische Gemeinsamkeiten zu substituieren.

In hohem Maße wurde dieser Übergang überhaupt erst durch den bisher unerbittlichsten Gegner des baskischen Nationalismus, das Franco-Regime, ermöglicht. Die kollektive Erfahrung brutaler Repression schuf wesentliche Voraussetzungen für die Entfaltung eines nationalen Projekts, dessen soziokulturelle Tragfähigkeit bereits vor dem Bürgerkrieg in der Peripherie selbst nicht unumstritten war. "Antispanische" Positionen finden im Postfranquismus viel breiteren soziopolitischen Rückhalt als in den Jahren vor der Errichtung der Diktatur, in denen der PNV - damals noch das einzige bedeutende Sprachrohr des Nationalismus - im Baskenland nie die regionale Vormachtstellung erlangte, die am anderen Ende der Pyrenäen katalanistische Gruppierungen hatten (vgl. Linz 1973: 80-83). Die zentralistische Unterdrückung wurde nach 1939 zu einem negativen Symbol, das der kollektiven Identitätsbildung neue Impulse gab und damit genau das leistete, was die Nationalisten aus eigener Kraft vermutlich nicht bewerkstelligt hätten, nämlich daß ein breiter Sektor der baskischen Gesellschaft den spanischen Staat tatsächlich als "fremde" Besatzungsmacht wahrzunehmen begann.

Unter dem heutigen Autonomieregime durchdringt der Nationalismus das gesamte soziale Gewebe des Baskenlands. Dabei scheint seine Verankerung auch außerhalb der Sphäre der Parteipolitik auf den ersten Blick ausgesprochen fest zu sein. So finden sich etwa unter den wichtigsten sozioökonomischen Interessengruppen mehrere Akteure explizit nationalistischer Obedienz. Die traditionsreiche, dem PNV nahestehende Organisation ELA-STV spielt in der regionalen Gewerkschaftslandschaft der 80er Jahre eine führende Rolle. Der radikale *abertzalismo* wird innerhalb der Arbeiterschaft von der kleineren LAB repräsentiert.⁵⁸ Auf der Arbeitgeberseite unterhält die CONFEBASK enge Verbindungen zum gemäßigten Nationalismus.

Gleichzeitig sind im Bereich der industriellen Beziehungen allerdings ähnliche Fragmentierungstendenzen wie im regionalen Parteiensystem erkennbar. Die zwei nationalistischen Gewerkschaften rekrutieren jeweils verschiedene Segmente der Gruppe der autochthonen Werktätigen und konkurrieren mit den gesamtstaatlich eingebundenen Verbänden CC.OO. und UGT. Im Gegenzug verzeichnet insbesondere die sozialistische UGT einen sehr hohen Anteil von Immigranten unter ihren Mitgliedern. ELA-STV, UGT, CC.OO. und LAB weichen nicht nur in ihren politischen Orientierungen voneinander ab; das Organisations-

58 Nach den Wahlen von 1986 stellten die ELA-STV mit 35% und die LAB mit 11% zusammen knapp die Hälfte der Betriebsräte im Baskenland; vgl. die Angaben in Kaiero Uriá 1991: 68.

potential der einzelnen Gewerkschaften in den Betrieben ist auch unter sektoralen wie unter territorialen Gesichtspunkten sehr unterschiedlich (vgl. Kaiero Uría 1991: 81-112). Die Artikulation von Arbeitgeberinteressen bleibt ebenfalls nicht von autonomiepolitischen Divergenzen unberührt: Hier rivalisiert die CONFEBASK mit den Unternehmersektoren, die als Teil der CEOE am Primat der Einheit des spanischen Marktes festhalten (vgl. Pardo Avellaneda/Fernández Castro 1991: 177). Die Nationalisten zeigen mithin auf dem Terrain der industriellen Beziehungen unübersehbare Präsenz; sie agieren auch dort jedoch nicht einheitlich und stehen einem annähernd gleichstarken Organisationsblock gegenüber, der sich mit Nachdruck gegen eine Sprengung des übergreifenden klassenpolitischen Bezugsrahmens des Gesamtstaats zur Wehr setzt. Vor allen Dingen befürchten die nichtnationalistischen Interessengruppen, daß jeder wirtschaftspolitische Alleingang des Baskenlands nur dazu beiträgt, die schwere industrielle Strukturkrise in der Region weiter zu verschärfen.

Das "nationalistische Moment" schlägt in den soziopolitischen Entwicklungen nach der Etablierung des Autonomieregimes im Baskenland noch stärker zu Buche als in Katalonien. Offenbar verlaufen die Prozesse gesellschaftlicher Integration in der mediterranen Peripherie aber weitaus weniger konfliktintensiv als am Atlantik. Der baskische Nationalismus leidet unter seiner inneren Zersplitterung. Die nationale Frage polarisiert die Regionalbevölkerung und führt zu vielfältigen "innergemeinschaftlichen" Grenzziehungen. Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Robert P. Clark (1992: 235, 239) versucht die Problematik des Baskenlands mit der scharfzüngigen These auf den Punkt zu bringen, die Autonome Gemeinschaft sei weder wirklich "autonom" noch eine "Gemeinschaft". Zumindest im Hinblick auf den Aspekt der Autonomie mutet Clarks Urteil allzu kategorisch an. Noch nie hatten die Basken in ihrer neueren Geschichte größere Möglichkeiten, über ihr politisches Geschick selbst zu entscheiden, als in der Zeit nach 1980. Doch in der Tat stellt die Form der Eingliederung der Region in den spanischen Staat die Nationalisten nicht zufrieden. Bei allen sonstigen Differenzen streben sämtliche Strömungen des baskischen Nationalismus höhere Souveränitätsquoten an. Dieser territorialpolitische Maximalismus gerät aber immer wieder in Widerspruch zur Realität einer soziokulturell fragmentierten Peripherie. Das Prinzip territorialer Autonomieregelungen erweist sich nicht unbedingt als ein Allheilmittel zur Verklammerung eines politischen Gebildes, das aus sehr heterogenen Gruppen zusammengesetzt ist.

Die für das Baskenland charakteristischen Probleme der Binnenintegration belasten nicht zuletzt die Beziehungen zwischen der Autonomen Gemeinschaft und dem Zentralstaat. Die Konkurrenz der radikalen *abertzales* zwingt eine gemäßigtere Gruppierung wie den PNV regelmäßig dazu, sich gegenüber Madrid als ein unnachgiebiger Verfechter baskischer Interessen zu profilieren. Das Anhalten der politischen Gewalt treibt wiederum die spanische Regierung dazu an, als externe Ordnungsmacht in die "innerregionalen" Konflikte einzugreifen. Gleichzeitig agiert sie als indirekte Schutzpatronin der nichtautochthonen Bevöl-

kerung in der Peripherie. In hohem Maße ist es der prekäre Zusammenhalt der baskischen Gesellschaft selbst, der deren Einbindung in das übergeordnete Gefüge der Autonomen Gemeinschaften im Weg steht.

Am Ende bringt schon ein kursorischer Vergleich der politischen Prozesse im Baskenland und in Katalonien nach der Einrichtung der jeweiligen Autonomieregimes eine erstaunliche Kontinuität der bereits während der Transitionsperiode in den zwei historischen Regionen beobachtbaren Phänomene an den Tag. In Katalonien besteht der implizite Grundkonsens, der sich zwischen den relevanten politischen Akteuren im Spätfranquismus und in der Demokratisierung herauskristallisierte, während der Institutionalisierung der Autonomie im Kern fort. Im Baskenland gelingt es dagegen auch nach der Verabschiedung des Statuts nicht, einen gleichwertigen Grundkonsens herzustellen. Die Konfliktstrukturen, die der politischen Situation in den Jahren des spanischen Regimeumbaus hier ihre spezifische Brisanz verleihen, werden durch den Wandel der Territorialordnung nur partiell beseitigt. Die Nationalisten sind zu stark, um sich mittelfristig mit den Zugeständnissen Madrids zufriedenzugeben, aber gleichzeitig zu zersplittert und schwach, um eine schnelle und weitreichende Revision der nach 1978 ausgehandelten Kompromisse zu erwirken. Die unterschiedliche politische Dynamik während des ersten Autonomiejahrzehnts bleibt nicht ohne Folgen für die Umsetzung des Programms zur "Renationalisierung" in den beiden Peripherien: Der "nationale Wiederaufbau" ist in Katalonien eher leise und unspektakulär vorangeschritten, ohne deswegen aber weniger effektiv gewesen zu sein. Im Baskenland hat die Politik der "Renationalisierung" immer wieder aufs neue dagegen anzukämpfen, daß sich an der Definition ihres Objekts - der "nationalen Gemeinschaft" - nach wie vor vehement ausgetragene Kontroversen entzünden. Dennoch geben auch die Entwicklungen in der *Comunidad Autónoma del País Vasco* zu vorsichtigem Optimismus Anlaß. Zwar ist ein Ende der politischen Gewalt nicht abzusehen, aber gemessen an den Jahren der *transición* und der Debatten über das Autonomiestatut hat die Konfliktintensität doch nachgelassen. Selbst an der eigenen Basis scheinen die militanten *abertzales* empfindlich an Vertrauen einzubüßen. Mit der Abtretung "innenpolitischer" Ordnungskompetenzen an die Regionalexekutive, die nun baskische Sicherheitskräfte zur Terrorismusbekämpfung einsetzt, wird die Selbstdarstellung der Gewalttäter als Patrioten, die einen Befreiungskrieg gegen den spanischen Staat führen, auch für das Gros der Nationalisten zu einer makabren Farce. Schließlich hat die Regierungskoalition, die den PNV seit 1986 fast ohne Unterbrechung notgedrungen an den PSOE gebunden hat, viel dazu beigetragen, daß der sachliche Interessenausgleich die emotionsgeladenen Auseinandersetzungen in der Politik der Peripherie verdrängt. Das Zweckbündnis zwischen Sozialisten und Nationalisten läßt sich mit den notwendigen Abstrichen sogar als ein spätes baskisches Äquivalent für den Grundkonsens der politischen Parteien in Katalonien betrachten. Es ist durchaus nicht auszuschließen, daß sich auch im

Baskenland nach und nach eine pragmatisch-offene Definition der "nationalen Gemeinschaft" gegenüber essentialistischen oder totalisierenden Vorstellungen durchsetzt.

6.3 Die anderen Autonomen Gemeinschaften: Eine Spirale von Dezentralisierungsforderungen?

Bei der normativen Begründung der Forderungen, die sie an den spanischen Staat richten, berufen sich baskische und katalanische Nationalisten auf das "Recht auf Differenz". Diese Differenz beruht auf einem "starken" ethnischen Potential, mit dessen Aktivierung der "Sonderweg" beginnt, den die zwei Peripherien in der neuesten Geschichte Spaniens gehen. Die ethnischen Differenzierungsmerkmale werden mit dem Aufkommen des Nationalismus ex post zu einem über Jahrhunderte hinweg kollektiv akkumulierten kulturellen Kapital, das die Autonomiebewegungen in politisches Kapital "konvertieren".⁵⁹ In Galicien, der dritten "historischen" Peripherie, ergibt sich im Prinzip ein ähnliches Bild, allerdings mit dem signifikanten Unterschied, daß sich hier im Vergleich zu Katalonien und zum Baskenland eine chronische politische Schwäche des Nationalismus offenbart. Den *galleguistas* gelingt es letztlich weder vor 1939 noch nach 1975, die soziokulturellen Besonderheiten ihrer Region zur Grundlage breiter ethnoterritorialer Mobilisierungen zu machen.

Andalusien war die erste Region, deren Autonomiebestrebungen zugleich lautstark den Anspruch artikulierten, keinen gegenüber den historischen Nationalitäten "zweitklassigen" Territorialstatus zugewiesen zu bekommen. Autonomisten in ganz Spanien nahmen die Anerkennung des "Rechts auf Differenz" von Basken und Katalanen durch den Zentralstaat zum Anlaß, um ihrerseits das "Recht auf Gleichheit" in der Differenz einzuklagen. Dabei spielte es oft eine eher zweitrangige Rolle, wie intensiv der reale (um nicht zu sagen: der "authentische") Wunsch nach Dezentralisierung innerhalb der jeweiligen Regionalbevölkerungen war. Das andalusische Beispiel schreckte die politische Klasse der Transitionsperiode auf. In nicht geringem Maße hatte sie sich bei der Entscheidung für eine Verallgemeinerung des Autonomiemodells auch von der Überlegung leiten lassen, die neuen Territorialgebilde - und sei es bloß als Gegengewichte zu den historischen Peripherien - für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Nun mußte sie befürchten, die Kontrolle über den gesamten Autonomieprozeß zu verlieren und ihren Einfluß über Katalonien und das Baskenland hinaus in zusätzlichen Teilen des Staatsgebiets beschnitten zu sehen.

Nach den Wirren um die Verabschiedung des andalusischen Statuts verstärkten die Madrider Exekutive und die großen gesamtstaatlich verfaßten Parteien ihre Bemühungen, ein Überschwappen der Massenmobilisierungen für ein hohes Autonomieniveau auf andere

59 Zur Idee der "Konvertierbarkeit" verschiedener symbolischer Kapitalsorten vgl. Bourdieu 1985: 10 f.

Regionen zu verhindern. Die schwere Krise der UCD und die berechtigte Erwartung einer baldigen Übernahme der Regierung bewegten insbesondere die Sozialisten dazu, landesweit ihr Profil als territorialpolitische Integrationskraft zu schärfen. Andalusien blieb die letzte Gemeinschaft, die sich plebiszitär konstituierte. Den Kanarischen Inseln, Valencia und Navarra wurden über Sonderregelungen, die das spanische Parlament beschloß, von Anfang an umfassendere Zuständigkeiten eingeräumt als den übrigen *Comunidades Autónomas*, die nach Artikel 143 der Verfassung entstanden. Diese Sonderregelungen stellten Präventivmaßnahmen dar, um nach dem andalusischen Präzedenzfall weitere Störungen des Dezentralisierungsprozesses durch ein Anwachsen des "von unten" ausgeübten territorialpolitischen Drucks zu vermeiden.

Die Strategie der zentralstaatlichen Akteure zur Eindämmung des unvorhergesehenen, "neuen" Regionalismus schien zunächst aufzugehen. Bei den Regionalwahlen, die im Mai 1983 zeitgleich in allen 13 "normalen" - d.h. nach einem weitgehend einheitlichen Modell gebildeten - Autonomen Gemeinschaften abgehalten wurden, errangen die "spanischen" Parteien PSOE und AP überall klare Mehrheiten. In nicht weniger als neun autonomen Parlamenten verfügten die Sozialisten über die absolute Mehrheit oder über die Hälfte der Sitze (vgl. Vallès 1987: 114). Allein in Aragón - mit dem *Partido Aragonés Regionalista* -, auf den Balearen - mit der *Unió Mallorquina* - und in Navarra - mit der *Unión del Pueblo Navarro* und den radikalen "Panbaskisten" von *Herri Batasuna* - erreichten regionalistische oder nationalistische Gruppierungen Werte, die über der 10%-Marke lagen. In keiner der 13 *Comunidades Autónomas* kam es dazu, daß solche Gruppierungen an der Regierung beteiligt wurden. Im großen und ganzen reproduzierten die Wahlergebnisse von 1983 die Resultate der *elecciones del cambio*, die im Vorjahr stattgefunden und dem PSOE einen epochalen Triumph beschert hatten. Auch auf der Meso-Ebene war die Hegemonie der Partei nun beinahe uneingeschränkt. Angesichts der rigiden Kontrolle der PSOE-Zentrale über die regionalen Parteisektionen meldeten kritische Stimmen schon Zweifel am Sinn der Einrichtung der Autonomen Gemeinschaften für die politische Praxis an (vgl. Shabad 1986: 585).

Vier Jahre später zeigten sich bei den zweiten Regionalwahlen, die in den Territorialgemeinschaften ohne Sonderstatut stattfanden, bereits die ersten Risse in den "gesamtstaatlichen Dämmen". Das auffälligste Novum nach den *elecciones autonómicas* von 1987 war das jähe "Vordringen der Regionalismen" (Revenga Sánchez 1989: 329). Allenthalben erzielten Regionalparteien zum Teil spektakuläre Stimmengewinne. In mehreren Autonomen Gemeinschaften, z.B. auf den Balearen, auf den Kanarischen Inseln und in La Rioja, fiel ihnen jetzt außerdem eine Schlüsselrolle als Mehrheitsbeschaffer bei der Regierungsbildung zu. Bei den dritten Wahlen zu den Parlamenten der Regionen mit Normalstatuten hat sich der Trend von 1987 stabilisiert. Alles in allem haben die regionalistischen Kräfte ihre Positionen halten können. Auf den Kanarischen Inseln ist es nach Streitigkeiten in der

anfangs aus PSOE und regionalen Gruppierungen zusammengesetzten Regierungskoalition 1993 sogar erstmals außerhalb des Baskenlands und Kataloniens zur Bildung einer rein nationalistischen Exekutive gekommen.

Insgesamt ergibt sich ein gutes Jahrzehnt nach der Einrichtung der ersten neuen Territorialgebilde hinsichtlich der politischen Stärke regionalistischer und nationalistischer Kräfte auf der Meso-Ebene ein sehr heterogenes Bild, auf dem aber doch einige übergreifende Grundmuster erkennbar sind. Legt man die **durchschnittlichen** Stimmenanteile von Regionalparteien, die bei den verschiedenen Wahlen zu den autonomen Abgeordnetenkammern zwischen 1980 und 1992 parlamentarische Vertretung erlangten, als grobes Einteilungskriterium zugrunde⁶⁰, lassen sich drei Gruppen von Autonomen Gemeinschaften unterscheiden:

- a) ***Comunidades Autónomas mit keinem oder mit einem schwachem Regionalismus/Nationalismus.*** Regionalparteien erhalten hier während des ersten Autonomiejahrzehnts im Durchschnitt weniger als 10% der Stimmen. Zu dieser Gruppe gehören Andalusien (PSA/PA: 8%), Asturien, Castilla y León, Castilla-La Mancha, Extremadura, Madrid, Murcia und La Rioja (PRP: 7%).
- b) ***Comunidades Autónomas mit einem mittleren Regionalismus/Nationalismus.*** Die Stimmenanteile für Regionalparteien oszillieren zwischen 10% und 30%. In dieser Gruppe befinden sich Aragón (PAR), die Balearen (UM, PSM), Cantabria (PRC, UPCA), Galicien (CG, BNG, PSG/EG) die Kanarischen Inseln (AIC, UPC u. a.) und Valencia (UV, IU-UPV).
- c) ***Comunidades Autónomas mit einem starken Regionalismus/Nationalismus.*** Die Stimmenanteile für Regionalparteien überschreiten die 30%-Grenze. Dies ist im Baskenland und in Katalonien, aber auch in Navarra der Fall. Die Foralgemeinschaft weist dabei die Besonderheit auf, daß baskische Nationalisten mit antibaskischen Regionalisten rivalisieren.

Die vielfältigen Regionalismen und Nationalismen, die nach 1977/78 außerhalb der historischen Nationalitäten aufkommen, stellen ein wenig untersuchtes Phänomen dar. Zwar gibt es eine Reihe überblickartiger Artikel, die die regionalen Wahlergebnisse analysieren oder

⁶⁰ Bei der Berechnung der durchschnittlichen Stimmenanteile habe ich auf die in *historia 16* (200, 1992, "La España de las Autonomías": 194-196) zusammengestellten Ergebnisse sämtlicher im genannten Zeitraum abgehaltenen Regionalwahlen zurückgegriffen.

eine Typologie der Parteiensysteme der Autonomen Gemeinschaften entwerfen⁶¹, aber kaum detaillierte parteiensoziologische Studien zu den einzelnen Gruppierungen. Es handelt sich um eine um so erstaunlichere Lücke, als die Tendenzen zur territorialen Fragmentierung der Parteienlandschaft wohl in keinem anderen westeuropäischen Land ausgeprägter sind als in Spanien. Bei Wahlen zum spanischen Parlament schneiden die Regionalparteien im allgemeinen zwar schlechter ab als bei Wahlen zu den autonomen Parlamenten. Dennoch waren nach dem landesweiten Urnengang von 1993 acht von ihnen in den Madrider *Cortes* vertreten; mit 10,4% der Stimmen kamen sie dort zusammen auf 9,2% der Parlamentssitze (vgl. *Anuario El País* 1994: 78). Man kann sich manchmal nicht ganz des Verdachts erwehren, daß in der spanischen Politikwissenschaft die Neigung vorherrscht, die in der postfranquistischen Demokratie beobachtbare "regionalistische Inflation" als eine peinliche, aber letzten Endes unbedeutende Anomalie abzuhandeln.

Die Regionalparteien decken auch außerhalb der historischen Peripherien ein recht breites ideologisches Spektrum ab. Viele von ihnen sind im verschwommenen Bereich zwischen linker und rechter Mitte anzusiedeln. Die eindeutig als links einzustufenden regionalen Nationalismen, repräsentiert durch Gruppierungen wie den PSM auf den Balearen oder die UPV in Valencia, bleiben eher die Ausnahme. Unterm Strich dominieren rechtsorientierte Formationen wie der *Partido Aragonés Regionalista* (PAR) oder die *Unión para el Progreso de Cantabria* (UPCA). Häufig wirken die Programmaussagen dieser konservativ-regionalistischen Formationen ausgesprochen diffus. Im Kern kreisen sie um das Anliegen einer Anhebung des Autonomieniveaus der entsprechenden Gemeinschaften. Darüber hinaus haben sich in Navarra und Valencia, die einen territorialpolitischen Zwischenstatus einnehmen, mit der *Unión del Pueblo Navarro* (UPN) und der *Unió Valenciana* (UV) Parteien etabliert, deren elementare Botschaft sich primär gegen die Vertreter des baskischen bzw. des katalanischen Nationalismus in der eigenen Region richtet. Zur Klassifikation derartiger Fälle bietet sich die zugegebenermaßen etwas ungewöhnlich klingende Kategorie des "regionalistischen Antinationalismus" an.

Bei allen Unterschieden haben die meisten konservativen Regionalismen ein Element gemeinsam: Ihr Aufstieg fängt in der Regel mit dem Zerfall der UCD an. In den Reihen der Eliten von Gruppierungen wie PAR oder UV stößt man häufig auf ehemalige Provinzhonoratioren der Zentrumsunion, die nach der Auflösung dieses losen Zweckbündnisses der Regimereformer gezielt auf die Meso-Ebene ausweichen. Die konservativen lokalen Eliten gründen ihre eigenen Parteien oder treten bereits bestehenden kleineren Regionalparteien bei, weil sie im Sammelbecken der "nationalen Rechten", dem PP, keine aussichtsreichen Möglichkeiten zu einer effektiven politischen Einflußnahme für sich sehen (vgl. Aguilera de Prat 1988: 151).

61 Vgl. dazu etwa Botella 1989, Cazorla 1987, Liebert 1990 u. Pallarès 1991.

Das Beispiel des *Partido Aragonés Regionalista* ist in diesem Zusammenhang höchst aufschlußreich. Die Regionalisten Aragóns erweitern nach 1982 sowohl ihre Wählerbasis als auch den Kreis ihrer Funktionäre maßgeblich dadurch, daß sie insbesondere in ländlichen Zonen einen beträchtlichen Teil der politischen Hinterlassenschaft der UCD übernehmen. Mehrere Angehörige der PAR-Spitze bekleideten bereits unter Franco in den Bereichen von Provinz oder Kommune administrative Ämter. Seit dem Ende der Zentrumsunion setzen sie auf die Karte des PAR, um sich ihre öffentlichen Positionen zu sichern.⁶² Nicht nur in Aragón haben lokale Eliten im Zuge der Institutionalisierung des Autonomiesystems offenbar auch nach und nach die Vorzüge eines taktischen Spiels mit regionalen Identitäten entdeckt. Zugleich weckt die Ausbreitung von Gruppierungen wie PAR, UV oder UPCA nach 1980 allerdings Reminiszenzen an die traditionellen, schon vor 1939 notorischen Schwierigkeiten der spanischen Rechten, sich eine schlagkräftige politische Organisation auf gesamtstaatlicher Ebene zu geben.

Insofern brachte die Verallgemeinerung des Autonomiesystems über die historischen Nationalitäten hinaus ihren Initiatoren im nachhinein die typischen Erfahrungen eines Zauberlehrlings. Es waren vor allem die spanischen Konservativen, die in der Transition für die Politik des *café para todos* plädierten, um die Basken und Katalanen ihrer Sonderrolle zu berauben. Nach dem Zusammenbruch der UCD leidet nun gerade die spanische Rechte am stärksten unter den Tendenzen zur territorialen Zersplitterung der Parteienlandschaft, die im Vormarsch der konservativen Regionalismen zum Ausdruck kommen. In einigen Regionen beginnt das autonomistische Erwachen erst nach der Einrichtung der politischen Meso-Ebene. Das Angebot schafft die Nachfrage. Ohne es zu beabsichtigen, setzte die politische Klasse im Zentrum selbst mit der Generalisierung des Modells der Autonomen Gemeinschaften wichtige institutionelle Anreize für die Bildung von Regionalparteien. Auf eigentümliche Weise scheinen die Entwicklungen im Autonomiestaat ein klassisches Postulat der funktionalistischen Integrationsforschung (vgl. Pentland 1975: 15) auf den Kopf zu stellen: Die territorialpolitische Dynamik im postfranquistischen Spanien ließe sich mit *function follows form* oft angemessener beschreiben als mit *form follows function*.

Aus der Sicht der gesamtstaatlich verfaßten politischen Akteure verbindet sich mit den überraschenden Erfolgen der "neuen" Regionalismen die Gefahr einer Destabilisierung der Territorialordnung infolge unaufhörlich anwachsender Autonomieforderungen, die nun nicht mehr allein von den historischen Nationalitäten artikuliert werden. Konzessionen an Basken und Katalanen lösen inzwischen zunehmend Begehrlichkeiten in anderen *Comunidades Autónomas* aus. Käme es aber zu einer allseitigen Angleichung der regionalen Kompetenzniveaus, würden damit die Differenzierungsmerkmale des Baskenlands und Kata-

62 Diese Informationen über den PAR entnehme ich einem unveröffentlichten Text von Salvador Durán (1991).

loniens institutionell verwässert. Die Nationalisten in den nördlichen Peripherien sahen sich dann unausweichlich dazu veranlaßt, dem Zentralstaat weiterreichende Zugeständnisse abzutrotzen.⁶³ Wie Javier Pradera (1993: 25 f.) treffend bemerkt, erinnert der Wettbewerb zwischen den von ihrer ursprünglichen Konzeption her unterschiedlich "autonomen" Territorialgemeinschaften um die Vertiefung ihrer Autonomie an die Fabel vom Hasen und vom Igel. Die "schnellen" historischen Peripherien müssen immer wieder damit rechnen, daß die "langsameren" Regionen ohne Sonderstatute sie im "Autonomierennen" einholen. Die spanische Regierung wird in diesem Wettstreit zur Adressatin sich spiralförmig und stetig ausweitender Dezentalisierungsansprüche.

Gelegentlich hat der taktische Gebrauch des Regionalismus durch die politischen Eliten in den Autonomen Gemeinschaften bizarr anmutende Konsequenzen. Mit der "instrumentellen" Verwendung des ethnoregionalen Diskurses entsteht auch Bedarf an "authentischen" Unterbauten, die diesen Diskurs langfristig abstützen. Im Dezember 1992 erklärte Juan Cruz Alli, der Präsident Navarras, im Vorfeld eines Kongresses seiner Partei, der *Unión del Pueblo Navarro* (UPN), die die Foralgemeinschaft seit 1991 regiert: "Die navarresische Gesellschaft muß sich dessen bewußt werden, daß Nationalist zu sein bedeutet, deine Nation zu lieben, und daß Regionalist zu sein bedeutet, deine Region zu lieben, und Navarra ist eine Nation."⁶⁴ Mit der Ankündigung der UPN, Navarra "nationalisieren" zu wollen, konkurrieren dort nunmehr nicht weniger als drei nur begrenzt miteinander kompatible "nationale" Projekte um die Gunst der Bevölkerung: Zu den Verfechtern der Idee, daß Navarra Teil der spanischen Nation ist, und ihren unmittelbaren Widersachern, den "panbaskischen" Nationalisten, kommen neuerdings noch die Anhänger eines "genuin navarresischen" Nationalismus hinzu. Angesichts mancher Entwicklungen im Autonomiestaat ist man versucht, frei nach Hegel die These aufzustellen: "Ist das Reich der Identitäten erst revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht stand." Die oft nur höchst bescheidene legislative Tätigkeit der autonomen Parlamente in den "nichthistorischen" Regionen, auf die ich in Kapitel 5 hingewiesen habe, kann als Indiz für den vorwiegend populistischen Charakter mancher Neoregionalismen gelten. Andererseits wäre es aber leichtfertig, von vornherein alle Forderungen nach einem höheren Autonomieniveau in den "Nachzüglergemeinschaften" als bloßes Resultat von politischen Manipulationsmanövern regionaler Eliten abzuwerten. Beispielsweise finden in Aragón seit Jahren Mobilisierungen für eine Reform des Autonomiestatuts und eine Erweiterung der institutionellen Zuständigkeitsbereiche der Regionaladministration statt (vgl. *El País*, 31.01.1993), die zumindest insofern "authentischen"

63 So äußert sich z.B. der Sozialwissenschaftler und sozialistische Politiker José María Maravall (Interview am 13.06.1991). Maravall war in den ersten drei PSOE-Kabinetten von 1982 bis 1988 Minister für Erziehung und Wissenschaft.

64 Zitiert nach *El País* vom 27.12.1992.

kollektiven Rückhalt für sich beanspruchen können, als ihre Basis offensichtlich weit über den Sympathisantenkreis des *Partido Aragonés Regionalista* hinausreicht.

Die "neuen" Regionalismen haben für die Madrider Regierungen gewiß keine dramatischen Probleme aufgeworfen. Auf die Prozesse gesamtstaatlicher Willensbildung wirken sich die Erfolge spezifischer "Meso-Akteure" in einigen *Comunidades Autónomas* bisher allenfalls verhalten aus; dies liegt allein schon daran, daß es keine übergeordnete Vertretungskammer der Nationalitäten und Regionen gibt, die Möglichkeiten zur Entladung "partikularistischer Störpotentiale" böte. Dennoch müssen die großen spanischen Parteien bei einem Anhalten der Tendenzen zur Regionalisierung der Politik befürchten, daß ihre territoriale Integrationsfähigkeit vermehrten Belastungsproben ausgesetzt wird. Bezeichnenderweise hatte der vorerst letzte große politische Pakt des Postfranquismus abermals die Autonomiefrage zum Gegenstand. Im Februar 1992 unterzeichneten die führenden "gesamt-spanischen" Parteien PSOE und PP einen *pacto autonómico*, der sicherstellen soll, daß die Anhebung des Kompetenzniveaus der zehn Gemeinschaften mit bislang stark eingeschränkter Autonomie⁶⁵ nach einem einheitlichen Verfahren und ohne Sonderregelungen für einzelne Territorien verläuft (vgl. *El País*, 29.02.1992). Der Pakt hat in erster Linie das Ziel, eine geordnete Fortführung des Autonomieprozesses zu ermöglichen. Zu diesem Zweck betrachten Sozialisten wie Konservative es gleichermaßen als notwendig, den antizipierbaren Protesten wegen der politisch-institutionellen Benachteiligung einzelner Regionen frühzeitig durch ein konzertiertes Vorgehen bei der weiteren Dezentralisierung entgegenzuarbeiten.

Das Spannungsmoment, das in das Autonomiesystem von Anfang an eingebaut war, besteht auch nach dem *pacto autonómico* nichtsdestoweniger fort. Das Modell der Autonomen Gemeinschaften, das im wesentlichen geschaffen wurde, um den historischen Peripherien das "Recht auf Differenz" einzuräumen, weckt aufgrund seiner eigentümlichen Konstruktionslogik in anderen Regionen Kräfte, die das "Recht auf Gleichheit" einklagen. Mit der Verallgemeinerung des Autonomiemodells strahlen die Konflikte zwischen dem Baskenland oder Katalonien und der Zentralregierung zwangsläufig auf andere Territorien des spanischen Staates aus. In einem Spiel mit zwei bis drei Teilnehmern ist die Bestimmung eines "ethnoterritorialen Gleichgewichts" bereits kein leichtes Unterfangen. Es scheint schwer vorstellbar, daß sich ein solches Gleichgewicht in einem Szenario, in dem die Zahl der Spieler auf ein rundes Dutzend ansteigt und die Spielräume für zentralstaatliche Konzessionen enger werden, ohne nennenswerte zusätzliche Anstrengungen herstellen läßt.

65 Dieser Gruppe gehören die Gemeinschaften Aragón, Asturias, Baleares, Cantabria, Castilla y León, Castilla-La Mancha, Extremadura, La Rioja, Madrid und Murcia an.

7 Staat der Autonomien und Konsolidierung der Demokratie

Der Begriff der demokratischen Konsolidierung ist theoretisch weitaus unterbelichteter als der Transitionsbegriff. Es gibt dafür annähernd so viele Definitionsvorschläge wie Beiträge, die sich mit dem Konzept befassen, und nur wenig Übereinstimmung hinsichtlich seines heuristischen Stellenwerts, seiner inhaltlichen Präzisierung oder seiner Periodisierung. Dem Versuch, es von verwandten Konzepten - wie Strukturierung oder Institutionalisierung - abzuheben, sind bereits seitenlange Betrachtungen gewidmet worden (vgl. Morlino 1989: 3-8). Dennoch herrscht in der Literatur bislang allenfalls darüber Einvernehmen, daß sich "demokratische Konsolidierung" auf ein viel nebulöseres und schon rein zeitlich viel schwieriger eingrenzbares Phänomen bezieht als "Transition" (vgl. Pridham 1990: 8).

Immerhin lassen sich in der Konsolidierungsdiskussion zumindest grob "maximalistische" und "minimalistische" Positionen unterscheiden. Das Hauptkriterium für diese Unterscheidung ist das Gewicht, das jeweils den Legitimationsreserven eines neuen Regimes beigemessen wird. Aus einer "minimalistischen" Perspektive, wie sie Linz (1990) oder Di Palma (1990) einnehmen, ist die Herstellung einer breiten demokratischen Legitimationsbasis in der Bevölkerung für den Erfolg eines Konsolidierungsprozesses nicht unbedingt der ausschlaggebende Aspekt. Es genügt vielmehr, daß kein maßgeblicher politischer Akteur davon ausgehen kann, daß Alternativen zum demokratisch geregelten Machterwerb bestehen. Regimefeindlich eingestellte Minderheiten mögen dabei durchaus noch aktiv in Erscheinung treten; doch darf keine relevante politische Kraft - sei es nun eine Partei, eine Interessengruppe oder eine staatliche Institution - Veto-Rechte gegenüber den Entscheidungen der demokratisch gewählten Repräsentanten ausüben (vgl. Linz 1990: 29). Eher "maximalistisch" argumentierende Autoren (z. B. Morlino 1989, Pridham 1990) neigen dagegen dazu, in ihren Vorschlägen zur Klärung des Konsolidierungskonzepts den Aspekt des Legitimationsgewinns in den Vordergrund zu rücken. Auf den kleinsten Nenner gebracht, wäre ein demokratisches Regime demnach dann konsolidiert, wenn über die Einhaltung der demokratischen Spielregeln hinaus demokratische Werte sowohl in den Reihen der politischen Eliten als auch in der Bevölkerung auf breite Anerkennung stoßen. Während so bei den "Maximalisten" die Tendenz erkennbar wird, das Konzept normativ zu überfrachten, laufen die "Minimalisten" Gefahr, es einseitig auf die strategische Ebene zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang scheint es mir wichtig, zum einen hervorzuheben, daß es sich bei einer demokratischen Konsolidierung um einen multidimensionalen Prozeß handelt.

dessen Ergebnis keineswegs in allen Einzelheiten den konzeptuellen Vorgaben abstrakter Modelle entsprechen, sondern eine Vielzahl ungleichartiger und sogar relativ widersprüchlicher Entwicklungsmomente einschließen wird. Zum anderen ist die Frage aufzuwerfen, inwieweit der Verlauf einer Transition den Verlauf einer Konsolidierung "überdeterminiert". Mit besonderem Nachdruck weist Schmitter (1992: 429), der dem Timing und der Abfolge der Etappen des politischen Wandels eine potentiell größere Bedeutung als strukturellen Faktoren zuspricht, auf die Prozeßhaftigkeit von Demokratisierungen hin.

Es gilt also im Auge zu behalten, daß die politischen Vorleistungen der Transitionsperiode für die demokratische Konsolidierung von Fall zu Fall stark voneinander abweichen werden. Wo sich eine Regimetransformation außerdem mit nachhaltigen Veränderungen in anderen soziopolitischen Bereichen - etwa in der Wirtschaftsverfassung oder in der territorialen Staatsorganisation - überschneidet, büßt das "Dilemma der Gleichzeitigkeit" (Offe 1991) auch nach dem Ende der strikt politischen Übergangsphase kaum an Aktualität ein. Schließlich bringt ein Konsolidierungsprozeß in der politischen Realität nicht Demokratie "an sich", sondern einen spezifischen Demokratietyp hervor, der beispielsweise eine stärker präsidentielle oder eine stärker parlamentarische, eine eher mehrheitsdemokratische oder eine eher konkordanzdemokratische Ausprägung aufweisen wird (vgl. Lijphart u. a. 1988).

In Anlehnung an einen Definitionsvorschlag Philippe Schmitters (1988: 12, 24) begreife ich die Konsolidierung eines demokratischen Regimes als einen Prozeß, in dem sich die kontingenten politischen Interaktionsmuster der Übergangsperiode in kalkulierbare Formen der Kooperation und Konkurrenz verwandeln und sich die prekären Arrangements der Transition zu stabileren politischen Strukturen verdichten. Der Prozeß kann dann als abgeschlossen gelten, wenn Regeln und Operationen der wesentlichen demokratischen Institutionen ausreichend eingespielt sind, um erwartbare Veränderungen in ihrer Umgebung zu überdauern. Schmitters ausführliche Diskussion der Konsolidierungsproblematik bietet im hier zu erörternden Kontext einen wichtigen Ansatzpunkt, der unmittelbar an die vorhergehenden Überlegungen anschließt: Der übergreifende Prozeß einer Regimekonsolidierung läßt sich in eine Reihe von Einzelprozessen aufgliedern, die sich auf "Teilregimes", auf verschiedene Konsolidierungsfelder, beziehen. Sinnbildlich an den Rändern des "konstitutionellen Regimes" angesiedelt, fungieren solche Teilregimes für die neu strukturierten Gruppen und Institutionen im politischen Prozeß als Schnittstellen, an denen sich regelhafte Interaktionsmuster herausbilden, so z. B. zwischen Interessengruppen und Parteien oder zwischen Regierung und Administration (vgl. Schmitter 1988: 49 f., 54). Weitgehend analog zu Schmitter plädiert auch Morlino (1989: 9-14) ausdrücklich für eine differenzierte Analyse einzelner Konsolidierungsbereiche - wie Prozeduren der demokratischen Willensbildung, Parteien und Parteiensystem oder Strukturen der Interessenvermittlung - und führt zu diesem Zweck den Terminus der "sektoralen" Konsolidierung ein.

Aus heutiger Sicht, also nach dem Zusammenbruch des "Real Existierenden Sozialismus", hängt eines der Hauptprobleme der Konsolidierungsdiskussion, wie sie bis Ende der 80er Jahre geführt wurde, vor allem mit der anfänglichen Grundorientierung der gesamten Transitionsforschung zusammen: Sie war sehr stark auf die Genese und Stabilisierung eines politischen Regimes im engen Sinne fixiert. Die Einbettung einer neuen Demokratie in übergeordnete, sich möglicherweise wandelnde Staatsstrukturen sowie die Wechselbeziehungen zwischen dem Prozeß einer Regimetransformation und parallel laufenden Prozessen auf der Ebene von Wirtschafts- und Sozialstruktur blieben demgegenüber unterbelichtet. Daher rühren in erster Linie auch die Schwierigkeiten, den politischen Entwicklungen in Osteuropa nach der Perestroika "transitionstheoretisch" zur Gänze gerecht zu werden (vgl. Offe 1991a: 868). Mit einer regimezentrierten Perspektive allein ist die Verschränkung einer grundlegenden Transformation sozialer, wirtschaftlicher und politischer Strukturen nicht mehr in den Griff zu bekommen.

Allerdings lassen sich die Vorschläge Schmitter und Morlinos zur Trennung unterschiedlicher Ebenen der Regimekonsolidierung und zur Betrachtung "partieller" oder "sektoraler" Konsolidierungen auch für Transformationen mit "Gleichzeitigkeitsdilemmata" fruchtbar machen, wenn man einen Schritt über die eigentliche Sphäre des demokratischen Regimes hinausgeht und sich anderen, nicht minder wichtigen Transformationsebenen zuwendet. Ähnlich wie der Wandel einzelner "Sektoren" eines politischen Regimes kann auch die politisch induzierte Veränderung der Wirtschaftsordnung oder der Staatsstrukturen zu mehr oder weniger "konsolidierten" Resultaten führen. Der springende Punkt ist nun, wie sich der Wandel und die Konsolidierung außerhalb des demokratischen Regimes angesiedelter institutioneller Sphären zur Konsolidierung der Demokratie verhalten (und umgekehrt).

Dies ist natürlich die zentrale Frage, die über allen mittel- und osteuropäischen Transformationsprozessen steht. Der Übergang von nichtdemokratischer zu demokratischer Herrschaft vollzieht sich hier im "Tal der Tränen" (Dahrendorf 1990: 41), das zwischen der Auflösung der alten planwirtschaftlichen Strukturen und dem Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft liegt. Zudem setzen die Regimewechsel in Staaten ein, deren territoriale Grenzen im Zuge der politischen Veränderungen zum Teil neu gezogen werden müssen. Drei der ursprünglichen "Transitionsbeginner" - die Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei - existieren mittlerweile nicht mehr. Ein baldiges Ende der neuen Grenzbeziehungen in allen Nachfolgestaaten der ehemaligen "Volksdemokratien" ist auch gegenwärtig noch nicht absehbar.

Das Problem der "Gleichzeitigkeit" ist aber kein rein osteuropäisches Problem. Die Regimewechsel nach dem Ende des letzten autoritären Zyklus in Lateinamerika verweisen in mehreren Fällen erneut auf die Frage der sozioökonomischen "Mindestvoraussetzungen" demokratischer Herrschaft. Alte Diskussionen im Kreis der *Dependencia*-Theoretiker über das Verhältnis von ökonomischen und politischen Machtstrukturen in abhängigen Gesell-

schaften werden im Hinblick auf Länder wie Brasilien, in denen extreme Ungleichheit die Demokratie tatsächlich in einen bloß "formalen" Torso zu verwandeln droht (vgl. Lamounier 1989), trotz des offenkundigen Scheiterns aller "radikalen" sozialrevolutionären Bestrebungen südlich des Río Grande gewiß nicht vollständig obsolet.

In der umfangreichen Gruppe der Länder, in denen seit Mitte der 70er Jahre Übergänge von autoritären zu demokratischen Regimes stattgefunden haben, nimmt Spanien in zweifacher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Als eine erste Besonderheit läßt sich festhalten, daß der spanische Regimeumbau als herausragendes Beispiel einer gelungenen Transition gilt. Am erfolgreichen Abschluß der postfranquistischen Umbrüche zweifelt heute kaum jemand mehr. Im Gegenteil: Der spanische Fall wird immer wieder überschwenglich als modellhaft für andere "Regimewechler", wenn nicht gar, wie Przeworski (1991: 8) sich ausdrückt, als ein "Wunder" gefeiert. Dieses Wunder besteht Przeworski nach darin, daß es in Spanien innerhalb von nur fünfzehn Jahren gelungen ist, die neu errichteten demokratischen Institutionen auf irreversible Weise zu konsolidieren, einen friedlichen Wechsel der Regierung zuzulassen, die Ökonomie zu modernisieren und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, die Kontrolle der frei gewählten zivilen Machthaber über das Militär zu gewährleisten, die komplizierte Problematik der Nationalitäten zu bewältigen, die politischen und sozialen Bürgerrechte auszuweiten und in der Bevölkerung kulturelle Veränderungen einzuleiten, die das Land zu einem festen Bestandteil der Gemeinschaft der westeuropäischen Nationen gemacht haben.

In einigen Punkten ist Przeworskis Urteil mit Sicherheit zu euphorisch geraten: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Ökonomie bleibt allen wirtschaftspolitischen Anstrengungen zum Trotz begrenzt, der spanische Sozialstaat schneidet bezüglich seines Leistungsniveaus im westlichen Vergleich nach wie vor ziemlich bescheiden ab, und Spaniens Position in der Europäischen Union erweist sich nicht nur unter geographischen Gesichtspunkten als eher peripher. Vom Grad der Bewältigung komplizierter nationaler Fragen wird gleich noch ausführlicher die Rede sein. Was die Verankerung des nach 1976 etablierten liberal-demokratischen Regimes angeht, werden aber selbst die allergrößten Skeptiker dem nordamerikanischen Politologen nicht zu widersprechen wagen. Nichts deutet gegenwärtig darauf hin, daß die demokratischen Institutionen sich in Spanien einer wesentlich schlechteren Gesundheit erfreuen als in anderen westeuropäischen Gesellschaften.

Die "Erfolgsgeschichte" des spanischen Regimewechsels war 1975 nicht vorgezeichnet. Man fällt leicht der Versuchung anheim, in die Geschehnisse nach Francos Tod im nachhinein eine zwangsläufige Entwicklungslogik hineinzudeuten, die sie nicht hatten. In einer der ersten systematischen Betrachtungen der *transición* warnt Maravall (1984: 18) mit allem Nachdruck vor dem Trugschluß der Ableitung politischen Wandels aus der Erfüllung "funktionaler Erfordernisse". Ein hohes Bruttoinlandsprodukt und die Zunahme von Alphabetisierungs- oder Urbanisierungsraten mögen einen Übergang zur Demokratie zwar

begünstigen, sie verursachen ihn jedoch nicht, ebensowenig, wie sie einen Rückfall in autoritäre Herrschaftsverhältnisse verhindern können. Strukturelle Faktoren tragen sicherlich zur Erklärung der Dynamik einer Demokratisierung bei, aber nur im dem Rahmen, wie sie die Spielräume auf der politischen Handlungsebene verengen oder erweitern.

Damit komme ich zur zweiten Besonderheit der spanischen Transition. Gemessen an der Problemlast, die es in den Transformationsprozessen des Ostens und des Südens zu bewältigen galt und gilt, mutet der "strukturelle" Druck, dem sich die politischen Akteure während der postautoritären Veränderungen in Spanien ausgesetzt sahen, womöglich gering an. Nichtsdestoweniger ist Spanien der erste Fall in der ansehnlichen Gruppe der Länder, die die nach 1970 beginnende, dritte globale Demokratisierungswelle erfaßt, bei dem demokratische und nationale Fragen auf untrennbare Art miteinander verschmelzen. Der Umbruch nach dem Tod des Diktators Francisco Franco beschränkt sich deswegen nicht auf den Bereich des politischen Regimes, sondern zieht auch eine grundlegende Neuordnung des territorialen Staatsaufbaus nach sich. Diese Neuordnung soll vorrangig den Zweck erfüllen, die Kontinuität eines "gesamtspanischen" Staates - verstanden als Staat aller spanischen Bürger - und die kollektive Willensbildung in einer "gesamtspanischen" Demokratie mit umfassenden Zugeständnissen an die ethnonationalen Ansprüche der Peripherien zu vereinbaren.

Die Phase des Übergangs von einem autoritären zu einem demokratischen Regime wird in Spanien im Dezember 1978 mit dem Plebiszit über die postfranquistische Verfassung abgeschlossen. Das übergreifende, "konstitutionelle" Regime kann ab Herbst 1982 als konsolidiert gelten. In der politischen Chronologie lassen sich das Scheitern des Putsches von 1981, der Niedergang der "Transitionspartei" UCD, die als organisches Bindeglied zwischen altem und neuem Regime fungierte, und der Regierungswechsel nach dem triumphalen Wahlsieg der Sozialisten als die auffälligsten Konsolidierungsindikatoren heranziehen. Jenseits des unmittelbaren politischen Tagesgeschehens sind es aber insbesondere zwei Aspekte, die auf die Konsolidierung des 1978 entworfenen konstitutionellen Regimes hindeuten (vgl. Linz/Stepan 1991: 85): Erstens gibt es nach dem Staatsstreichversuch und der Inhaftierung der Putschisten keine im gesamtstaatlichen Maßstab signifikanten Gruppen mehr, die die substantiellen Resultate des Regimewechsels rückgängig machen könnten. Zweitens markiert die Übernahme der Exekutive durch den PSOE einen Wendepunkt, von dem an die politische Hoheit der demokratischen Regierungen über demokratisch nicht legitimierte "Nebengewalten" wie das Militär nicht mehr ernstlich in Frage steht.

Die Transformation der Staatsstrukturen fällt mit dem Wandel des politischen Regimes nicht zusammen. Sie wird in der verfassungsgebenden Periode programmatisch eingeleitet, beginnt aber genau genommen erst 1979/80 mit der Verabschiedung der Statute für das Baskenland und Katalonien und der anschließenden Wahl der Regionalparlamente in den zwei historischen Peripherien. In hohem Maße ist es gerade diese zeitliche Entkopplung

des Regimewechsels und der Institutionalisierung eines neuen Staatstyps, die es den politischen Akteuren ermöglicht, die Transition relativ rasch durchzuführen, ohne in sämtlichen relevanten Streitfragen Einvernehmen erzielt zu haben. Der Regimeumbau macht es zwar notwendig, die Autonomiefrage eingehend zu thematisieren. Zur "definitiven" Klärung dieser Frage kommt es während der *transición* jedoch nicht: Im territorialpolitischen Teil der Verfassung treten häufig dilatorische Kompromisse an die Stelle konkreter inhaltlicher Vorgaben zur Umgestaltung der Staatsstrukturen. Die vorläufige "Entscheidung für die Nichtentscheidung" im Hinblick auf die Problematik von Nationalitäten und Regionen leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Entlastung der Transitionsagenda. Die Autonomievereinbarungen der Übergangsperiode sind über ganze Passagen hinweg so dehnbar formuliert, daß sowohl die Mehrheit der nationalistischen Kräfte in den Peripherien als auch die Vertreter der Sache des Zentralstaats davon ausgehen können, bei den unvermeidlichen künftigen Verhandlungen über die Territorialfrage noch hinreichenden politischen Spielraum zu besitzen.

Unter analytischen Gesichtspunkten sind der Wandel des politischen Regimes und die Institutionalisierung des *Estado de las autonomías* also voneinander zu trennen. Das bedeutet allerdings nicht, daß sich diese Prozesse in der Empirie nicht auch überlappen. Die schrittweise erfolgende Implementierung von Dezentalisierungsmaßnahmen und die Bildung der Autonomieregimes als substaatliche politische Handlungsfelder haben die Funktionsweise der neuen Demokratie zweifelsohne stark beeinflusst. Insofern bietet es sich an, zwischen der Konsolidierung des übergeordneten konstitutionellen Regimes und der Konsolidierung eines "sektoralen" territorialpolitischen Regimes zu differenzieren. Das territorialpolitische Teilregime ist unter einem solchen Blickwinkel das Feld der Interaktionen von staatlichen und substaatlichen politischen Akteuren, z.B. von spanischer Regierung und Regionalregierungen. Es liegt auf der Hand, daß dieses Feld überhaupt erst langsam Gestalt annimmt, nachdem sich das demokratische "Gesamtregime" bereits konsolidiert hat. Zum Zeitpunkt der *elecciones del cambio* kann von der Existenz eines regelhaften Interaktionsmusters zwischen "Makro"- und "Meso"-Akteuren nicht die Rede sein. Mehrere Autonome Gemeinschaften sind vor dem Wahlsieg des PSOE noch gar nicht offiziell konstituiert worden; abgesehen von den Sonderfällen Andalusiens, Galiciens, Kataloniens und des Baskenlands finden vor 1983 in keiner Gemeinschaft Regionalwahlen statt. Das territorialpolitische Teilregime, dessen Konsolidierung letzten Endes von der Fertigstellung des institutionellen Gebäudes des Autonomiestaats abhängt, bildet eine nachträgliche Ergänzung des aus den Verfassungspakten hervorgegangenen demokratischen Regimes. Die Entstehung des Teilregimes bleibt trotzdem nicht ohne Konsequenzen für das Gesamtregime. So können die im Rahmen der vertikalen Gewaltenteilung gezogenen Trennlinien zwischen den politischen Entwicklungen in einzelnen *Comunidades Autónomas* und im Zentrum etwa in dem Maße

verschwimmen, wie die Fragmentierung des Parteienspektrums entlang regionaler Dimensionen die Prozesse "nationaler" Willensbildung erschwert.

In einer abschließenden Bilanz möchte ich nun die Frage erörtern, welche globalen Auswirkungen der "ethnoterritoriale Faktor" und der durch ihn bedingte sukzessive Wandel der Staatsstrukturen auf den demokratischen Prozeß im Postfranquismus hatten. Vor dem Hintergrund des übergreifenden bisherigen Argumentationsgangs und der eben vorausgeschickten Überlegungen halte ich es für zweckmäßig, dabei drei zwar eng zusammenhängende, aber prinzipiell verschiedenartige Problembereiche zu unterscheiden:

- Zuerst beschäftige ich mich mit der Rolle nationalistischer Akteure in der Phase der Entstehung des demokratischen Regimes.
- Danach versuche ich, die grundlegenden Momente in der Wechselbeziehung zwischen Autonomiestaat und Demokratie herauszustreichen.
- Schließlich betrachte ich die soziopolitische Entwicklung in den Autonomen Gemeinschaften insbesondere unter dem Aspekt, wie sich die Hegemonie nationalistischer Akteure in deren "eigenen" Autonomieregimes geäußert hat.

Was den ersten Problembereich - die Bedeutung des Nationalismus für die Demokratisierung - betrifft, läßt sich nicht daran zweifeln, daß die Nationalbewegungen Kataloniens und des Baskenlands nach 1975 ein politischer Faktor sind, der die Krise des autoritären Regimes vertieft und einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die anfänglichen Pläne zu einer bloßen Reform des Franquismus zu durchkreuzen. In den zwei historischen Peripherien verfügt der Protest gegen die Versuche zur Wahrung nichtdemokratischer Kontinuität über eine viel breitere gesellschaftliche Basis als in den meisten anderen Teilen des spanischen Staatsgebiets. Im Baskenland eskalieren die Mobilisierungen gegen das alte Regime und gegen den zentralistischen Staat zu einem immer militanter ausgetragenen Konflikt, der sich zusehends der Kontrolle der staatlichen Ordnungsmächte entzieht. Die um Suárez versammelten reformistischen Sektoren, die das Projekt des Regimeumbaus vorantreiben wollen, machen gegenüber den *Hardliners* das Argument geltend, daß angesichts des Scheiterns repressiver Maßnahmen in den baskischen Provinzen jede Verzögerung der Demokratisierung dort einer weiteren Konfliktzuspitzung gleichkommt.

Den peripheren Nationalismen fällt insoweit großes Gewicht bei der Artikulation des "von unten" ausgeübten politischen Drucks zu, der die Ausweitung der "von oben" initiierten Reformen beschleunigt. Die besondere Stellung der Nationalitäten in der Opposition gegen den Franquismus begünstigt die Übernahme autonomistischer Forderungen durch das Gros der demokratischen Kräfte. Der Ruf nach Demokratie wird damit gleichzeitig zum Ruf

nach der Abschaffung des Zentralismus und der Veränderung der Staatsstrukturen. Aufgrund der Verallgemeinerung ihrer Anliegen zeigen wiederum die regionalen Akteure vor allem in Katalonien keine massiven Bedenken gegen eine Kooperation mit "spanischen" Gruppierungen. Nach vierzig Jahren des autoritären Zentralismus ist die Übereinstimmung, die im demokratieorientierten Spektrum darüber besteht, daß der politische Wandel Konzessionen im Autonomiebereich zur Folge haben muß, im postfranquistischen Regimewechsel größer als im Präzedenzfall des Übergangs von der Diktatur Primo de Riveras zur Zweiten Republik.¹

Das Zusammenspiel von Demokratie- und Autonomiebewegung führt zu einer erheblichen Erweiterung der Agenda der Transition. Die unausweichliche Thematisierung der Nationalitätenfrage kompliziert den Übergang vom alten zum neuen Regime zwar, sie gefährdet ihn jedoch nicht. In den Verhandlungen zwischen den reformwilligen Ex-franquisten und den Vertretern der antifranquistischen Opposition kommt es nicht zuletzt deswegen zu keiner Blockade des Transformationsprozesses, weil die Klärung der demokratischen Frage einer genauen und entschiedenen Klärung der Frage der Territorialstaatlichkeit vorausgeht. Ungeachtet der in den Verfassungsübereinkünften enthaltenen Absichtsbekundungen nimmt der Staat der Autonomen Gemeinschaften erst nach der *transición* greifbare politische Formen an; auch nachdem sich das neue Regime konsolidiert hat, ist seine Institutionalisierung bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die katalanischen Nationalisten wirken aktiv am Zustandekommen der Pakte der Übergangsperiode mit. Sie lassen sich dabei von der Einschätzung leiten, daß eine Durchsetzung ihrer langfristigen autonomiepolitischen Ziele zunächst die Absicherung des Demokratisierungsvorhabens voraussetzt. Die gemäßigten baskischen Nationalisten begegnen dem zwischen Ex- und Antifranquisten ausgehandelten Regimeumbau mit mehr Distanz, betätigen sich aber nicht als Obstruktionskraft. Nur die radikalen *abertzales* weigern sich, den Transitionskonsens zu akzeptieren und prangern die Verfassungskompromisse unbeirrbar als oberflächliche "Reform" des alten Regimes an. Mit den Gralshütern des *españolismo* in den Reihen des Militärs, der Sicherheitskräfte und der extremen Rechten bleiben sie auf geradezu absurde und tragische Weise die einzige Kraft, die der neuen Demokratie im Namen der Nation die Legitimationsgrundlage abspricht.

Das Ende der Übergangsperiode bringt keine fundamentalen Veränderungen dieser politischen Ausgangssituation im Bereich der Zentrum-Peripherie-Beziehungen mehr mit sich. Nachdem sie ein Autonomiestatut erlangen, bei dessen Ausarbeitung sie der Zentralgewalt beachtliche Zugeständnisse abgerungen haben, erkennen die gemäßigten baskischen Nationalisten die postfranquistische Herrschaftsordnung wenigstens de facto an. Die Front der Verweigerung, die sich um die ETA und *Herri Batasuna* herum gebildet hat, weicht aber

1 Zu den Vorbehalten eines Teils der spanischen Republikaner gegen das katalanische Autonomiestatut von 1932 vgl. Aguilera de Prat 1991: 344-346.

trotz der Einrichtung eines umfassenden Autonomieregimes im Baskenland kaum auf. Im spanischen Parlament können die politischen Sprachrohre des Nationalismus der zwei nördlichen Peripherien schon aufgrund des relativ geringen numerischen Gewichts ihrer Mandate keine herausragende Rolle spielen. Allerdings wächst ihre Relevanz, sobald keiner der großen gesamtstaatlich organisierten Blöcke der Rechten und der Linken über eine hinreichende parlamentarische Mehrheit verfügt. Die katalanischen und baskischen Nationalisten rücken dann als Zünglein an der Waage in eine politische Schlüsselposition. Alles in allem spiegeln sich in der Interaktion von "spanischen" und "regionalen" Gruppierungen nach 1980 die Muster wider, die bereits für die Übergangsperiode typisch scheinen. Die Entwicklungen in der neuen Demokratie folgen dem Pfad, den die Akteure in der historischen Etappe der Jahre 1977 und 1978 eingeschlagen haben. Insofern bleibt festzuhalten, daß die Transitionsakte zumindest auf dem Terrain der Autonomieproblematik von beträchtlicher Bedeutung für den Verlauf späterer politischer Prozesse sind. Dies gilt nicht allein hinsichtlich des symbolischen Beitrags der Pakte zur Aussöhnung zwischen einst verfeindeten Gruppen, sondern auch hinsichtlich der Inhalte der getroffenen Absprachen. Wie Przeworski (1991: 94) bemerkt, erfolgt die Wahl von Institutionen in paktierten Regimewechseln des spanischen Typs oft unter dem Vorzeichen, Konflikten über Grundsatzfragen aus dem Weg zu gehen. Institutionen, die vornehmlich als Lösungen mit aufschiebender Wirkung konzipiert worden sind, tragen in der Regel den Keim künftiger Konflikte bereits in sich. Die territorialpolitischen Ambivalenzen der Verfassungspakte von 1978 zwingen die Spannungen zwischen Zentrum und Peripherien im Zuge der Implementierung des Autonomiemodells nach 1980 geradezu herbei.

Damit komme ich zum zweiten der drei Problembereiche, die ich oben umrissen hatte, nämlich zum Verhältnis von Autonomiestaat und Demokratie. Die Institutionalisierung des Staats der Autonomen Gemeinschaften geht mit einer langen Reihe von Konflikten zwischen der Zentralgewalt und den Peripherien einher, wobei sich abermals das Baskenland und Katalonien mit Abstand als die konfliktfreudigsten Gegenspieler der Madrider Exekutive erweisen. Der von Zentrumsunion und Sozialisten nach dem Putschversuch von 1981 unternommene Anlauf, um mit den *acuerdos autonómicos* die zentralstaatliche Kontrolle über den Autonomieprozeß zu verstärken, stößt auf den erbitterten Widerstand der katalanischen und baskischen Nationalisten. Der territorialpolitische Konsens, den nach der zügigen Verabschiedung des Regionalstatuts auch das Gros des baskischen Nationalismus mitgetragen hatte, bricht wegen der einseitigen Interpretation von Dezentralisierungsrichtlinien durch PSOE und UCD auf. Gleich nach dem Eintritt in das erste Autonomiejahrzehnt droht die wachsende Heftigkeit der Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Sache des Zentralstaats und den in den historischen Peripherien hegemonialen Nationalisten das gesamte Vorhaben zur Umgestaltung der Staatsstrukturen zum Stillstand zu bringen.

Soweit die gegnerischen Parteien den allgemeinen Ordnungsrahmen des Autonomiestaats grundsätzlich akzeptieren - und das gilt nach der Konsolidierung des politischen Regimes des Postfranquismus für alle signifikanten Akteure bis auf die radikalen Nationalisten im Baskenland -, werden die Konflikte jedoch in den dafür vorgesehenen institutionellen Bahnen ausgetragen. In den Hunderten von Streitfällen, bei denen sich die Zentralregierung und die Regionalregierungen Kataloniens oder des Baskenlands zwischen 1981 und 1991 gegenüberstehen, fällt dem spanischen Verfassungsgericht die Rolle eines vielfach kritisierten, aber letztlich doch respektierten Schiedsrichters zu. Der Staat der Autonomen Gemeinschaften hat die ethnoterritorialen Konflikte südlich der Pyrenäen gewiß nicht gelöst; er bietet bisher aber offensichtlich ein funktionsfähiges Instrumentarium, um diese Konflikte zu regeln. Die Krisentendenzen, die vor allem zu Beginn der 80er Jahre im Zuge des Wandels der territorialen Staatsorganisation zu erkennen sind, schlagen nicht in eine Eskalation der Konflikte zwischen dem Zentrum und den nationalistischen Peripherien um, sondern münden vielmehr in einen langandauernden autonomiepolitischen Stellungskrieg.

Das Ausbleiben einer krassen Zuspitzung der Konflikte um die nationale Frage sollte freilich nicht zu dem Schluß verführen, der *Estado de las autonomías* sei ebenso konsolidiert wie das 1978 aus der Taufe gehobene liberal-demokratische Regime. Auch zwei Jahrzehnte nach Francos Tod weist der neue spanische Territorialstaat nach innen hin wesentlich diffusere Konturen auf als das politische Regime der postautoritären Epoche. Vieles spricht dafür, daß der Staat der Autonomen Gemeinschaften sich überhaupt nicht konsolidieren läßt. Er beruht nämlich auf einem Modell, das eigentlich gar keines ist, zumindest nicht in dem Sinne, daß seine vorkonzipierten Grundelemente in der Praxis nach und nach zu einem kohärenten Ganzen zusammengefügt werden könnten. Die "Gestalt" des Autonomiestaats ist immer auch das konjunkturelle Resultat der aktuellen Dynamik im ausgesprochen veränderlichen politischen Kräftefeld der Zentrum-Peripherie-Beziehungen.

Aus der von Anfang an charakteristischen Verschwommenheit des Modells der Autonomen Gemeinschaften ergeben sich nun aber keine dramatischen negativen Konsequenzen für die Tragfähigkeit demokratischer Politik in Spanien. Viel eher scheint das Gegenteil zuzutreffen: Gerade die offene Anlage und die Flexibilität des Modells - gewissermaßen seine mangelnde "Modellhaftigkeit" - erlauben es, daß widerstreitende Akteure mit sehr stark voneinander abweichenden Zielvorstellungen sich gleichermaßen am schillernden Leitstern der Autonomie zu orientieren vermögen. Unter dem gemeinsamen Dach einer sich wandelnden, entlang ihrer inneren Grenzen "verschiebbaren" Territorialstaatlichkeit koexistieren unterschiedliche "nationale" Projekte: Neben das erneuerte Projekt der Integration einer nicht allein nach politischen, sondern durchaus auch nach soziokulturellen Kategorien - wie etwa der kastilischen Sprache - definierten Staatsnation, das die verspätete Modernisierung der spanischen Gesellschaft zum Abschluß bringen soll, treten die Projekte des "nationalen Wiederaufbaus" im Baskenland und in Katalonien. Ihren jeweiligen Initiatoren

erscheinen diese Projekte nur selten als komplementär; sie prallen aufgrund der vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten der einzelnen Bausteine des Autonomiemodells und des entsprechend unbestimmten Entwicklungspotentials des Autonomiestaats aber auch nur selten frontal aufeinander.

Der Hinweis auf die Projekte des "nationalen Wiederaufbaus" in den historischen Regionen leitet direkt zum dritten und letzten Problembereich über, auf den ich in dieser abschließenden Betrachtung noch einmal kurz eingehen möchte: Wie hat sich die Institutionalisierung der Autonomie in den nationalistischen Peripherien selbst ausgewirkt? Die unter dem allgemeinen Vorzeichen der "Nationalisierung" stehenden Prozesse soziopolitischer Integration auf Meso-Ebene sind bislang ohne eine Vertiefung der Gegensätze zwischen Gruppen mit verschiedenen soziokulturellen Zugehörigkeitsmustern verlaufen. Dabei scheint die Integrationsfähigkeit der sich als national definierenden Gemeinschaft im Baskenland, wo schon auf Anhieb die innere Zerrissenheit des nationalistischen Lagers ins Auge sticht, allerdings ihrer Tiefenstruktur nach schwächer zu sein als in Katalonien. Das katalanische Beispiel offenbart demgegenüber, daß die Artikulation nichtnationalistischer Interessen außerhalb der Sphäre der Parteipolitik jedem eventuellen Alleinvertretungsanspruch der Nationalisten entgegenarbeitet. Die großen sozioökonomischen Interessenorganisationen begreifen sich zwar nicht unbedingt als antinationalistisch; zumindest die Gewerkschaften tun dies nicht. Doch weder die Arbeitnehmer- noch die Arbeitgeberverbände sehen die Autonome Gemeinschaft als ein Handlungsfeld an, dem von vornherein die Priorität gegenüber dem Gesamtstaat einzuräumen wäre. Funktionale Interessen widersetzen sich immer wieder ihrer "Regionalisierung". Klassenpolitik erweist sich weitgehend als ein Korrektiv ethnoterritorialer Politik.

Auf der anderen Seite ist es in Katalonien gerade die Normalisierung des Gebrauchs eines so wichtigen nationalistischen Symbols wie der Sprache, die die Integration der Regionalgesellschaft absichert. In dem Maße, wie es in der Peripherie zu einer Verallgemeinerung des entscheidenden soziokulturellen Differenzierungsmerkmals kommt, verringert sich auch die Wahrscheinlichkeit einer internen "ethnischen" Spaltung. Innerhalb derjenigen Spielarten des Katalanismus, die eine betont ethnonationale Färbung aufweisen, dient die Sprache als das ausschlaggebende "primordiale" Kriterium zur Bestimmung von Gruppenzugehörigkeit. Insofern halten selbst die als ethnonationalistisch einzustufenden Strömungen in der katalanischen Peripherie den Zugang zur politischen Gemeinschaft, die sie konstituieren wollen, relativ offen. Zugleich erfährt die Zugehörigkeitsfrage nicht die extreme Politisierung, die sie im Baskenland hat. In Katalonien erscheint die Nation im sprichwörtlichen Sinne als eine Kommunikationsgemeinschaft²; letzten Endes hat dies die

2 Für eine kommunikationstheoretische - wenngleich stärker auf funktionale als auf primordiale oder symbolische Aspekte abzielende - Grundlegung der Nation vgl. Deutsch 1953.

Säkularisierung vermeintlich primordialer Bindungen zur Folge, die sich wiederum in der "Offenheit" des katalanischen Nationalismus niederschlägt.

Die "nationale Frage" wird in Katalonien tendenziell zur "Sprachenfrage". Nun ist Sprachpolitik in einem multilingualen Kontext gewiß eine hochkomplizierte Angelegenheit. Sie verschließt sich jedoch nicht per se einem rationalen oder zumindest pragmatischen Zugang. Es scheint in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß diejenigen Varianten des westlichen Minderheitennationalismus, die wie in Katalonien oder in Québec primär als Sprachnationalismen auftreten, nur sehr selten dadurch in die Schlagzeilen geraten, daß sie sich gewaltsam artikulieren.

Die Sprachpolitik der Nationalisten zielt klar auf eine positive Diskriminierung des Katalanischen gegenüber dem Spanischen ab. Dennoch ist in der mediterranen Region vorläufig ein größerer Sprachkonflikt - verstanden als Konflikt zwischen Sprachgemeinschaften - umgangen worden. Hier fällt sicherlich die kulturelle Stärke des Kastilischen als einer der führenden Weltsprachen ins Gewicht; sie macht die Entstehung einer linguistischen Nullsummen-Situation in Katalonien äußerst unwahrscheinlich. Selbst wenn sich Katalanisch in allen öffentlichen Bereichen der Autonomen Gemeinschaft als dominantes Verständigungsmedium durchsetzt, wird die katalanische Bevölkerung zweisprachig bleiben. Im Baskenland kann die Regionalsprache die Funktion eines symbolischen Integrationsmediums nur begrenzt erfüllen. Damit sind Schwierigkeiten bei der Benennung "selbstverständlicher" soziokultureller Unterbauten des territorialen Partikularismus verbunden. In dem Maße, wie sich die Basis des ethnischen Differenzierungspotentials im Baskenland als prekär erweist, wird "Baskisch-Sein" zu einem Politikum. Politischer Voluntarismus muß das Defizit an kulturellen Differenzierungsmöglichkeiten kompensieren. In mancherlei Hinsicht treten die kulturellen Besonderheiten der baskischen Nation heute in erster Linie als Besonderheiten einer spezifischen politischen Kultur in Erscheinung.

Ungeachtet der anhaltenden Zentrum-Peripherie-Spannungen deuten die Entwicklungen im Baskenland und in Katalonien nach der Einrichtung der Autonomieregimes insgesamt darauf hin, daß die Hegemonie der Nationalisten in den historischen Regionen zur Integration eines Großteils des nationalistischen Spektrums in das System der Autonomen Gemeinschaften beigetragen hat. Der Intuition nach mag dies etwas paradox klingen, doch das Vorhandensein eines Apparats politisch-administrativer Ressourcen, den die nationalistischen Akteure eigenständig kontrollieren können, ebnet der Institutionalisierung ethnoterritorialer Konflikte den Weg. Bei einer Verschärfung der Auseinandersetzungen mit Madrid laufen die Nationalisten immer Gefahr, daß die Implementierung weiterer Dezentalisierungsmaßnahmen blockiert wird. Dementsprechend ist das Verhältnis zwischen der spanischen Regierung und den autonomen Exekutiven des Baskenlands und Kataloniens viel eher als permanentes Tauziehen um Finanzmittel und Kompetenzen denn als offene Konfrontation zu charakterisieren.

An einer unerwarteten Veränderung der globalen autonomiepolitischen Dynamik sind die historischen Nationalitäten allenfalls indirekt beteiligt. Vor allem ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre breiten sich in mehreren "neuen" Gemeinschaften regionalistische Kräfte aus, für die die baskischen und katalanischen Nationalisten offensichtlich einen wichtigen - und sei es negativen - programmatischen Bezugspunkt abgeben. Die traditionellen Nationalismen finden in den Neoregionalismen aufmerksame Beobachter und Nachahmer. Die Folgen dieses Phänomens können gegenwärtig nur schwer abgeschätzt werden. Zum einen ist das Einsetzen einer regionalistisch motivierten Forderungsspirale ein Faktor der aller Wahrscheinlichkeit nach zusätzliche Instabilität in den Staat der Autonomen Gemeinschaften bringt. Zum anderen hatten die von einzelnen regionalistischen Gruppierungen auf der Meso-Ebene erzielten Erfolge im übergreifenden politischen Rahmen aber bislang keine allzu schwerwiegenden Konsequenzen.

Die zusammenfassende Betrachtung der drei oben umrissenen Problembereiche führt zunächst zu dem eindeutigen Ergebnis, daß die éthnoterritorialen Bewegungen im Baskenland und in Katalonien den Regimewandel nach 1975 vorangetrieben haben. Darüber hinaus läßt sich festhalten, daß die nationalistische Hegemonie in den historischen Peripherien nach den Phasen der Transition und Konsolidierung eine stromlinienförmig angelegte politische Willensbildung im Gesamtstaat wohl behindert, keineswegs jedoch die Demokratie selbst gefährdet. Das territorialpolitische "Teilregime" ist weniger konsolidiert als das ihm übergeordnete konstitutionelle Regime. Viele Fragen, die die territoriale Staatsstruktur betreffen, sind noch in der Schwebel. Daraus ergibt sich jedoch keine Destabilisierung der Demokratie. Im postfranquistischen Umbruch ging die Klärung der demokratischen Frage der Klärung der nationalen Frage nicht nur zeitlich voraus. Die meisten Akteure gaben während des Regimewechsels der Entscheidung zugunsten der Demokratie gegenüber der Entscheidung über nationale Zugehörigkeiten zugleich den normativen Vorrang. Der demokratische Grundkonsens der Transition, der einen Großteil der nationalistischen Kräfte einschließt, verhindert auch später eine Zuspitzung der Konflikte um die präzise Bestimmung der "inneren Reichweite" spanischer Territorialstaatlichkeit. Letztlich setzen sich demokratische Präferenzen gegen nationale Präferenzen durch. Zudem stellt es sich bei der Gestaltung des territorialpolitischen Prozesses im nachhinein wider Erwarten als hilfreich heraus, daß der Versuch einer Bewältigung des *stateness*-Problems (vgl. 3.3) im Postfranquismus in einem Kanon von Regelungen erfolgt, die sehr unterschiedliche Interpretationen erlauben. Das Autonomiekonzept wird von den rivalisierenden politischen und administrativen Akteuren je nach Interessenlage anders gedeutet. Dieser "Auslegungspluralismus" nimmt den Spannungen zwischen Zentrum und Peripherien viel von ihrer potentiellen Virulenz.

Das Beispiel der postautoritären Umbrüche in Spanien zeigt einmal mehr, daß das Verhältnis von Nationalismus und Demokratie grundsätzlich ein kontingentes Verhältnis ist, so wie der Nationalismus selbst eben seit jeher einen in seiner Wirkung hochgradig kontin-

genten politischen Faktor darstellt. Die notorische Janusköpfigkeit des Nationalismus macht es zu einer undankbaren Aufgabe, a priori darüber zu spekulieren, was das Phänomen "an sich" ist. Dagegen scheint es lohnenswerter, bei der Beurteilung nationaler Fragen vorab eine agnostische Haltung einzunehmen und sich damit zu befassen, was Nationalisten je nach Kontext tun. Im spanischen Fall hat die Verankerung der Demokratie in einer multinationalen (und "multinationalistischen") Gesellschaft ganz offensichtlich keine unlösbaren Probleme aufgeworfen. Dabei spielen einerseits die in einem vorhergehenden Abschnitt dieser Arbeit (vgl. 4.6) erörterten strukturellen Aspekte eine erhebliche Rolle, die die Situation im Postfranquismus von der Situation in Mittel- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus klar unterscheiden: So schränken in Spanien etwa die institutionelle Differenzierung staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungssphären oder die Stellung des Landes im transnationalen System die Möglichkeiten einer politischen Eskalation von Nationalitätenkonflikten von Anfang an ein. Die Bearbeitung ethnoterritorialer Spannungen in der spanischen Demokratie hat aber auch auf der politischen Handlungsebene durchaus beachtenswerte Dimensionen, die sich über den Einzelfall hinaus als instruktiv erweisen könnten.³

Am Modell der Autonomen Gemeinschaften besteht vor allem, daß es prinzipiell auf eine "endgültige" Lösung der Problematik von Nationalitäten und Regionen verzichtet. Die *stateness*-Frage verwandelt sich damit in ein Thema kontinuierlicher Verhandlungen zwischen den Akteuren im Zentrum und in den Peripherien. Aufgrund der Offenheit des Autonomiemodells sind die Akteure nicht dazu gezwungen, territorialpolitische Entscheidungsschlachten auszutragen, deren Ergebnisse den Kurs aller weiteren Entwicklungen langfristig vorzeichnen. Im Baskenland und in Katalonien gewähren vergleichsweise großzügig konzipierte Autonomieregimes auch aus der Perspektive der Mehrheitssektoren des Nationalismus eine nicht nur symbolische Kompensation für die unter Franco erlittene ethnokulturelle Unterdrückung. Mit dieser Kompensation haben die Animositäten gegen den spanischen Staat in den historischen Peripherien an Schärfe verloren. Die Autonomie schafft einen politischen Raum, der ein freies Spiel der nationalen Identitäten gestattet: Die Bekundung "spanischer" Loyalitäten ist darin faktisch ebenso legitim wie das Plädoyer für die Sezession. Da die Autonomieregelungen keine eindeutigen kollektiven Identitätszuordnungen treffen, bleibt die Möglichkeit zur Wahl von Zugehörigkeiten aufrechterhalten. Nationalisten aller Couleur werden in einem derartigen Rahmen dazu ermutigt, den Diskurs des ethnokulturellen Essentialismus abzulegen und schon aus pragmatischen Erwägungen ihre politischen Integrationsabsichten zu betonen. Angesichts des bisherigen Verlaufs des Autonomieprozesses ist Skepsis gegenüber einer Ausweitung der politisch-administrativen Zuständigkeitsbe-

3 Für eine Argumentation, die in eine ähnliche Richtung geht, aber andere inhaltliche Akzente setzt vgl. Linz 1994: 57-60.

reiche der Regionen selbst aus der gesamtstaatlichen Perspektive kaum gerechtfertigt. Die soziokulturelle Dynamik in den historischen Peripherien läßt sich nicht vom Zentrum aus steuern. Mit der Erhöhung der Autonomiequoten übernehmen die Meso-Akteure auch wachsende Verantwortung für die Binnenintegration ihrer Gemeinschaften. Bislang scheinen die im Zuge der Errichtung des Autonomiestaats gesammelten Erfahrungen die These zu untermauern, daß sich mit der zunehmenden Binnenintegration einer substaatlichen Einheit auch die langfristigen Aussichten auf eine relativ konfliktarme Integration dieser Einheit in das ihr übergeordnete territorialpolitische Gefüge verbessern.

Bei allen Erfolgen leidet das spanische Autonomiemodell aber auch unter einigen Schönheitsfehlern, die nicht nur formaler Art sind. Der Staat der Autonomen Gemeinschaften erkennt den multinationalen Charakter der spanischen Gesellschaft zwar offiziell an. Tatsächlich kommt der "Multinationalismus" aber nur auf der Ebene der substaatlichen Gebilde zum Ausdruck. Der Gesamtstaat selbst bleibt weitgehend ein "spanischer" Staat. In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, daß südlich der Pyrenäen dem Begriff "spanisch" seiner historischen Semantik nach viel stärker die Konnotationen eines politisch wie kulturell aufgeladenen Pars pro toto anhaften als vergleichbaren Begriffen wie "britisch" oder "kanadisch". Auf der anderen Seite gibt es in den nationalistisch dominierten Peripherien entsprechende Tendenzen zu einer "mononationalen" Definition der Autonomen Gemeinschaft, denen allerdings verfassungsrechtlich äußerst enge Grenzen gesetzt sind. Das Prinzip der Territorialautonomie hat den Nachteil, einen recht starren Umgang mit "nationalen" Kategorien zu begünstigen. Es beruht nämlich auf der Prämisse, daß auf den verschiedenen territorialpolitisch definierten Ebenen zumindest annähernde Homogenität herrscht.⁴ Das Beispiel des Baskenlands bringt die Unzulänglichkeiten dieser Vorstellung vermutlich am deutlichsten zum Vorschein: Nicht alle Menschen, die in der *Comunidad Autónoma del País Vasco* leben, betrachten sich als Basken; umgekehrt leben nicht alle Menschen, die sich als Basken betrachten, in der *Comunidad Autónoma del País Vasco* (vgl. Clark 1992: 235). Auf antizipierbare künftige Probleme einer rigiden Verschränkung von Kultur und Territorium verweist in jüngster Zeit außerdem ein für die moderne spanische Gesellschaft neuartiges Phänomen: Als Tor zum wohlhabenden Westeuropa lockt Spanien seit etwa einem Jahrzehnt immer mehr Migranten aus dem Süden an (vgl. Solé 1993: 239). Durch die außer-europäische Einwanderung wird das Land über seinen traditionellen eigenen Multikulturalismus - von Basken, Galiciern, Katalanen, Spaniern/Kastiliern usw. - hinaus stetig "multikul-

4 Die Mängel des Territorialprinzips bei der Regelung von Nationalitätenproblemen wurden vor dem Hintergrund der Situation in Österreich-Ungarn bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts in aller Schärfe von Otto Bauer (1924: 334) in seinem erstmals 1907 erschienenen Hauptwerk "Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" benannt: "Das Territorialprinzip übertreibt einerseits die Bedeutung der nationalen Verschiedenheit, indem es Staaten und Verwaltungsgebiete unbedingt der Sprachgrenze nach voneinander scheiden will; andererseits aber mutet es den Nationen zu, beträchtliche Teile des Volkskörpers einfach den anderen Nationen preiszugeben."

tureller". Insofern ließe sich durchaus in Erwägung ziehen, das Prinzip der territorialen Autonomie gegebenenfalls nach und nach aufzuweichen und dafür im Gesamtstaat wie in den Autonomen Gemeinschaften stärker auf das Prinzip einer räumlich nicht fixierten kulturellen und administrativen Gruppenautonomie zurückzugreifen. Der spanische Staat würde dadurch weniger "national", die Nationalitäten im Gegenzug vielleicht weniger "nationalistisch".

Abkürzungsverzeichnis

AIC	Agrupaciones Independientes de Canarias
ANV	Acción Nacionalista Vasca
AP	Alianza Popular
BNG	Bloque Nacionalista Galego
CC.OO.	Comisiones Obreras
CC-UCD	Centristes de Catalunya-UCD
CDC	Convergència Democràtica de Catalunya
CDS	Centro Democrático y Social
CEOE	Confederación Española de Organizaciones Empresariales
CG	Coalición Galega
CiU	Convergència i Unió
CNT	Confederación Nacional del Trabajo
CONC	Comissió Obrera Nacional de Catalunya
DGPL	Direcció General de Política Lingüística
EA	Eusko Alkartasuna (Baskische Solidarität)
EE	Euskadiko Ezkerra (Baskische Linke)
EIA	Euskal Iraultzarako Alderdia (Partei der baskischen Revolution)
ELA-STV	Eusko Langilleen Alkartasuna- Solidaridad de Trabajadores Vascos
ERC	Esquerra Republicana de Catalunya
ESB	Euskal Sozialista Biltzarrea (Sozialistische Versammlung des Baskenlands)
ETA	Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit)
FTN	Foment del Treball Nacional
HB	Herri Batasuna (Volkseinheit)
IC	Iniciativa per Catalunya
IU	Izquierda Unida
KAS	Koordinadora Abertzale Sozialista (Patriotisch-Sozialistischer Koordinationsrat)
LAB	Langile Abertzaleen Batzordeak (Kommissionen nationalistischer Arbeiter)
LOAPA	Ley Orgánica para la Armonización del Proceso Autonómico
LRP	Ley para la Reforma Política
MAP	Ministerio para las Administraciones Públicas
PAR	Partido Aragonés Regionalista
PCE	Partido Comunista de España

PDC	Pacte Democràtic per Catalunya
PNV	Partido Nacionalista Vasco
PP	Partido Popular
PRC	Partido Regionalista de Cantabria
PRP	Partido Riojano Progresista
PSA	Partido Socialista de Andalucía
PSC (PSC-PSOE)	Partit dels Socialistes de Catalunya
PSE-PSOE	Partido Socialista de Euskadi-PSOE
PSG-EG	Partido Socialista Galego-Esquerda Galega
PSM	Partit Socialista de Mallorca
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PSP	Partido Socialista Popular
PSUC	Partit Socialista Unificat de Catalunya
RMI	Renda Mínima d'Inserció
UA	Unidad Alavesa
UCD	Unión de Centro Democrático
UCDCC	Unió del Centre i de la Democràcia Cristiana de Catalunya
UDC	Unió Democràtica de Catalunya
UGT	Unión General de Trabajadores
UM	Unió Mallorquina
UPCA	Unión para el Progreso de Cantabria
UPN	Unión del Pueblo Navarro
UPV	Unitat del Poble Valencià
UV	Unió Valenciana

Liste der Interviews*

- Xavier AGULLÓ (Barcelona, 13.09.1991): Vize-Generaldirektor für Beschäftigungspolitik im *Departament de Treball* der katalanischen *Generalitat*
- Joaquín ALMUNIA (Madrid, 26.06.1991): im 3. u. 4. Kabinett des PSOE von 1986 bis 1991 *Ministro para las Administraciones Públicas*
- Ramon ALÓS (Barcelona, 20.06.1991): Mitglied des Nationalrats der *Comissió Obrera Nacional de Catalunya* und Kodirektor des gewerkschaftlichen *Centre d'Estudis i Recerques Sindicals*
- Joan COSCUBIELA (Barcelona, 16.07.1991): Generalsekretär für institutionelle Aktivitäten und Beziehungen und Mitglied des Nationalrats der *Comissió Obrera Nacional de Catalunya*
- Francesc FERRER I GIRONÈS (Girona, 24.07.1991): auf der PSC-Liste gewähltes, unabhängiges Mitglied des spanischen Senats und sprachpolitischer Aktivist
- José María FIDALGO (Madrid, 28.06.1991): Generalsekretär für Institutionenpolitik der CC.OO.
- Adolfo HERNÁNDEZ (Madrid, 26.06.1991): *Director General de Cooperación Territorial* im *Ministerio para las Administraciones Públicas*
- José María MARAVALL (Madrid, 13.06.1991): in den ersten drei PSOE-Kabinetten von 1982 bis 1988 Minister für Erziehung und Wissenschaft
- Isidor MARÍ (Barcelona, 04.07. u. 12.07.1991): Vize-Generaldirektor der *Direcció General de Política Lingüística* der katalanischen *Generalitat*
- Manuel MERAYO (Madrid, 28.06.1991): Mitglied des technischen Beratungsstabs der spanischen UGT-Direktion
- Josep MILLÀS (Barcelona, 04.09.1991): Vorsitzender von *Òmnium Cultural*

Isidre MOLAS (Bellaterra, 02.07.1991): Abgeordneter des PSC, von 1980 bis 1989 Vizepräsident des katalanischen Parlaments

Rafael ORTIZ (Barcelona, 03.07. u. 17.09.1991): Generaldirektor für Arbeitsbeziehungen im *Departament de Treball* der katalanischen *Generalitat*

José Ignacio PÉREZ INFANTE (Madrid, 25.06.1991): Staatssekretär im spanischen Sozialministerium

Josep M. RAÑÉ (Barcelona, 08.07.1991): Generalsekretär für Institutionenpolitik der UGT Kataloniens

Jordi SÀNCHEZ (Bellaterra, 09.07. u. 10.07.1991): Sprecher der *Crida a la Solidaritat en defensa de la llengua, la cultura i la nació catalanes*

Miquel STRUBELL i TRUETA (Barcelona, 12.09.1991): Direktor des der *Direcció General de Política Lingüística* zugeordneten *Institut de Sociolingüística Catalana* und Sekretär des *Consell Social de la Llengua Catalana*

Marino VILLA (Barcelona, 16.09.1991): Leiter der Planungsabteilung im *Departament de Benestar Social* der katalanischen *Generalitat*

* Die Angaben beziehen sich auf Funktionen und Ämter, die die interviewten Personen vor oder zu dem Zeitpunkt der Interviews innehatten.

Literatur

- ABC, 12.09.1993
- Acuña, Ramón Luis, 1993: Las tribus de Europa, Barcelona: Ediciones B
- Aguila Tejerina, Rafael del, 1982: Partidos, democracia y apatía: una interpretación, Revista de Estudios Políticos, 30, 81-109
- Aguilar, Salvador, 1987: L'empresariat i les seves organitzacions, in: ders./Berrio, Jordi/Borja, Jordi u.a.: Visió de Catalunya. El canvi i la reconstrucció nacional des de la perspectiva sociològica, Barcelona: Diputació de Barcelona, 39-72
- Aguilar, Salvador/Zeller, Carlos, 1991: Els líders. La cultura sindical del nucli dirigent de les organitzacions (Sindicalisme i canvi social a Espanya, 1976-1988, IV), Barcelona: Fundació Jaume Bofill
- Aguilera de Prat, Cesáreo R., 1988: Balance y transformaciones del sistema de partidos en España (1977-1987), Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 42, 137-153
- Aguilera de Prat, Cesáreo R., 1991: El catalanismo político ante la II República: entre el pragmatismo y el mito, in: Beramendi, Justo G./Máiz, Ramón (Hrsg.): Los nacionalismos en la España de la II República, Madrid: Siglo XXI, 335-355
- Aja, Eliseo, 1989: La distribución de competencias entre el Estado y las Comunidades Autónomas en España. Balance y perspectivas, Revista del Centro de Estudios Constitucionales, 4, 233-254
- Aja, Eliseo, 1992: Balance polémico, historia 16, 200, 51-60
- Alba, Carlos R., 1984: Bürokratie und Politik. Hohe Beamte im Franco-Regime (1938-1975), in: Waldmann, Peter/Bernecker, Walther L./López-Casero, Francisco (Hrsg.): Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos, Paderborn: Schöningh, 211-235
- Allardt, Erno, 1979: Implications of the Ethnic Revival in Modern, Industrialized Society, Helsinki: Societas Scientiarum Fennica
- Alvira Melero, Francisco/García López, José, 1988: Los españoles y las autonomías, Papeles de Economía Española, 35, 402-421
- Amodia, José, 1983: Union of the Democratic Centre, in: Bell, David S. (Hrsg.): Democratic Politics in Spain: Spanish Politics after Franco, London: Frances Pinter, 1-28
- Anderson, Benedict, 1988: Die Erfindung der Nation, Frankfurt/M.: Campus
- Antoni, Michael, 1981: Spanien auf dem Weg zur Demokratie: Parteien, Wahlen, Verfassung und politische Entwicklung 1975-80, Frankfurt/M.: Peter Lang
- Anuario El País 1991, Madrid: Ediciones El País
- Anuario El País 1993, Madrid: Ediciones El País
- Anuario El País 1994, Madrid: Ediciones El País
- Apalategi, Jokin, 1979: Los vascos de la nación al estado, Zarauz: Elkar
- Arbós, Xavier/Puigsec, Antoni, 1980: Franco i l'espanyolisme, Barcelona: Curial
- Armstrong, John A., 1982: Nations before Nationalism, Chapel Hill: University of North Carolina Press
- Arrighi, Giovanni, 1985: Fascism to Democratic Socialism. Logic and Limits of a Transition, in: ders. (Hrsg.): Semiperipheral Development: The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century, Beverly Hills: Sage, 243-279
- Avui, verschiedene Ausgaben
- Balcells, Albert, 1991: El nacionalismo catalán, Madrid: historia 16
- Balcells, Albert, 1992: Cataluña: la marcha hacia el autogobierno, historia 16, 200, 62-70
- Baloyra, Enrique A., 1981: La transición del autoritarismo a la democracia en el sur de Europa y en América Latina: Problemas teóricos y bases de comparación, in: Santamaría, Julián (Hrsg.): Transición a la democracia en el sur de Europa y América Latina, Madrid: CIS, 287-345
- Barkey, Karen/Parekh, Sunita, 1991: Comparative Perspectives on the State, Annual Review of Sociology, 17, 523-549
- Barril, J.B., 1991: El Conseil de la Langue Française quebequès i el Consell Social de la Llengua Catalana, butlletí, 78, 57-60

- Bassols Coma, Martín, 1983: Código de los estatutos de autonomía de las Comunidades Autónomas, Madrid: Instituto de Estudios de Administración Local
- Bastardas, Albert/Soler, Josep (Hrsg.), 1988: Sociolingüística i llengua catalana, Barcelona: Empúries
- Bauer, Otto, 1924: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung
- Bell, David S., 1983: The Spanish Communist Party in the Transition, in: ders. (Hrsg.): Democratic Politics in Spain: Spanish Politics after Franco, London: Frances Pinter, 63-77
- Bendix, Reinhard, 1977: Nation-Building and Citizenship, Berkeley: University of California Press
- Benet, Josep, 1978: Desfeta i redreçament de Catalunya, Barcelona: Crítica
- Benet, Josep, 1979: Catalunya sota el règim franquista, Barcelona: Blume
- Beneyto, Juan, 1980: Las autonomías. El poder regional en España, Madrid: Siglo XXI
- Beramendi, Justo G./Máiz, Ramón (Hrsg.), 1991: Los nacionalismos en la España de la II República, Madrid: Siglo XXI
- Bernecker, Walther L., 1984: Ein Interpretationsversuch: Der Franquismus - ein autoritäres Modernisierungsregime?, in: Waldmann, Peter/Bernecker, Walther L./López-Casero, Francisco (Hrsg.): Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos, Paderborn: Schöningh, 395-423
- Blas Guerrero, Andrés de, 1978: El problema nacional-regional español en los programas del PSOE y del PCE, Revista de Estudios Políticos, 4, 155-170
- Blas Guerrero, Andrés de, 1979: UCD, PSOE, PCE y AP: las posiciones programáticas, in: Morodo, Raúl (Hrsg.): Los partidos políticos en España, Barcelona: Labor, 156-186
- Blas Guerrero, Andrés de, 1989: Sobre el nacionalismo español, Madrid: Centro de Estudios Constitucionales
- Blas Guerrero, Andrés de, 1989a: Instituciones, procesos de decisión y políticas en el Estado autonómico: hacia el nuevo modelo de Estado de las autonomías, Revista del Centro de Estudios Constitucionales, 4, 255-267
- Blas Guerrero, Andrés de, 1992: Estado de las autonomías y transición política, in: Cotarelo, Ramón (Hrsg.): Transición política y consolidación democrática. España (1975-1986), Madrid: CIS, 105-119
- Bonime-Blanc, Andrea, 1987: Spain's Transition to Democracy, Boulder, Col: Westview Press
- Bordegarai, Kepa/Pastor, Robert, 1979: Estatuto Vasco, San Sebastián: Ediciones Vascas
- Botella, Joan, 1984: Elementos del sistema de partidos en la Cataluña actual, Papers, 21, 27-45
- Botella, Joan, 1989: The Spanish "New" Regions: Territorial and Political Pluralism, International Political Science Review, 10, 263-271
- Botella, Joan/Marcet, Joan, 1981: La inmigración en Cataluña: Electores, partidos y representación política, Sistema, 45, 53-73
- Bourdieu, Pierre, 1985: Sozialer Raum und »Klassen«, Leçon sur la leçon, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Boyd, Carolyn P./Boyden, James M., 1985: The Armed Forces and the Transition to Democracy in Spain, in: Lancaster, Thomas D./Prevost, Gary (Hrsg.): Politics and Change in Spain, New York: Praeger, 94-124
- Brass, Paul R., 1991: Ethnicity and Nationalism, New Delhi: Sage
- Brubaker, William Rogers (Hrsg.), 1989: Immigration and the Politics of Citizenship in Europe and North America, Lanham, MD: University Press of America
- Buchanan, Allen, 1991: Secession, Boulder, Col.: Westview Press
- Burgos, Javier de, 1983: España: por un Estado federal, Barcelona: Argos Vergara
- Burke, Peter, 1992: We, the people: popular culture and popular identity in modern Europe, in: Lash, Scott/Friedman, Jonathan (Hrsg.): Modernity and Identity, Oxford: Blackwell, 293-308
- Burnheim, John, 1987: Über Demokratie. Alternativen zum Parlamentarismus, Berlin: Wagenbach
- Buse, Michael, 1985: Die neue spanische Demokratie. Parteiensystem und Wählerorientierungen 1976-1984, Baden-Baden: Nomos
- Busquets, Julio, 1982: Pronunciamientos y golpes de Estado en España, Barcelona: Planeta
- Caciagli, Mario, 1986: Elecciones y partidos en la transición española, Madrid: CIS
- Campo, Salustiano del/Navarro, Manuel/Tezanos, José Félix, 1977: La cuestión regional española, Madrid: Edicusa-ITS
- Campo, Salustiano del/Tezanos, José Félix/Santín, Walter, 1982: La élite política española y la transición a la democracia, Sistema, 48, 21-61

- Candel, Francesc, 1978: Els altres catalans, Barcelona: Edicions 62
- Capo Giol, Jordi, 1981: Estrategias para un sistema de partidos, Revista de Estudios Políticos, 23, 153-167
- Cardús, Salvador, 1989: La llengua, in: Fundació Jaume Bofill (Hrsg.): Catalunya 77-88, Barcelona: Publicacions de la Fundació Jaume Bofill, 331-343
- Carr, Raymond, 1980: The Regional Problem in Spain, in: Boogman, Johan C./Plaat, G.N. van der (Hrsg.): Federalism, Den Haag: Martinus Nijhoff, 267-287
- Carr, Raymond/Fusi, Juan Pablo, 1979: Spain: Dictatorship to Democracy, London: Allen & Unwin
- Carrillo, Santiago, 1977: Eurocomunismo y Estado, Madrid: Crítica
- Carulla, Mireia, 1990: La llengua catalana en l'actualitat, Barcelona: Publicacions de l'Institut de Sociolingüística Catalana
- Casanova, José, 1983: Modernization and Democratization: Reflections on Spain's Transition to Democracy, Social Research, 50, 929-973
- Castells, Antoni, 1988: Catalunya i l'Estat espanyol en la perspectiva de l'Estat autonòmic, in: Armet, Lluís, u.a.: Federalisme i Estat de les Autonomies, Barcelona: Edicions 62, 185-202
- Castells, Luis, 1989: País Vasco, in: Fusi, Juan Pablo (Hrsg.): España. Autonomías, Madrid: Espasa Calpe, 719-768
- Cazorla, José, 1987: Concentrazione di potere e autonomie (1982-1986), in: Caciagli, Mario/Corbetta, Piergiorgio (Hrsg.): Elezioni regionali e sistema politico nazionale, Bologna: Il Mulino, 151-170
- Clark, Robert P., 1980: Euskadi: Basque Nationalism in Spain since the Civil War, in: Foster, Charles R. (Hrsg.): Nations without a State, New York: Praeger, 75-100
- Clark, Robert P., 1984: The Basque Insurgents. ETA, 1952-1980, Madison, Wis.: University of Wisconsin Press
- Clark, Robert P., 1985: Madrid and the Ethnic Homelands: Is Consociational Democracy Possible in Post-Franco Spain?, in: Lancaster, Thomas D./Prevost, Gary (Hrsg.): Politics and Change in Spain, New York: Praeger, 64-93
- Clark, Robert P., 1989: Spanish Democracy and Regional Autonomy: The Autonomous Community System and Self-Government for the Ethnic Homelands, in: Rudolph, Jr., Joseph R./Thompson, Robert J. (Hrsg.): Ethnoterritorial Politics, Policy, and the Western World, Boulder, Col.: Lynne Rienner, 15-43
- Clark, Robert P., 1992: Territorial Devolution as a Strategy to Resolve Ethnic Conflict: Basque Self-Governance in Spain's Autonomous Community System, in: Messina, Anthony M./Fraga, Luis R./Rhodebeck, Laurie A./Wright, Frederick D. (Hrsg.): Ethnic and Racial Minorities in Advanced Industrial Democracies, New York: Greenwood Press, 225-246
- Clavero Arévalo, Manuel, 1983: España, desde el centralismo a las autonomías, Barcelona: Planeta
- Coakley, John, 1992: The Resolution of Ethnic Conflict: Towards a Typology, International Political Science Review, 13, 343-358
- Coleman, James S., 1992: Democracy in Permanently Divided Systems, American Behavioral Scientist, 35, 363-374
- Colomer, Josep Maria, 1984: Espanyolisme i Catalanisme. La idea de nació en el pensament polític català (1939-1979), Barcelona: L'Avenç
- Colomer, Josep Maria, 1990: El arte de la manipulación política, Barcelona: Anagrama
- Conversi, Daniele, 1990: Language or race?: the choice of core values in the development of Catalan and Basque nationalisms, Ethnic and Racial Studies, 13, 50-70
- Conversi, Daniele, 1993: Domino Effect or Internal Developments? The Influences of International Events and Political Ideologies on Catalan and Basque Nationalism, West European Politics, 16, 245-270
- Conversi, Daniele, 1993a: The Influence of Culture on Political Choices: Language Maintenance and Its Implications for the Catalan and Basque National Movements, Journal of European Ideas, 16, 189-200
- Corcuera, Javier, 1986: La configuración del nacionalismo vasco, in: Hernández, Francesc/Mercadé, Francesc (Hrsg.): Estructuras sociales y cuestión nacional en España, Barcelona: Ariel, 130-158
- Cotarelo, Ramón, 1989: La Constitución de 1978, in: Tezanos, José Félix/Cotarelo, Ramón/Blas, Andrés de (Hrsg.): La transición democrática española, Madrid: Sistema, 317-345
- Cotarelo, Ramón, 1992: La transición democrática española, in: ders. (Hrsg.): Transición política y consolidación democrática. España (1975-1986), Madrid: CIS, 3-27
- Coulmas, Florian, 1992: Die Wirtschaft mit der Sprache, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Coverdale, John F., 1979: The Political Transformation of Spain after Franco, New York: Praeger

- Cruz Villalón, Pedro, 1985: Die Neugliederung des Spanischen Staates durch die "Autonomen Gemeinschaften", Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 34, 195-243
- Cuchillo, Montserrat, 1993: The Autonomous Communities as the Spanish Meso, in: Sharpe, L.J. (Hrsg.): The Rise of Meso Government in Europe, London: Sage, 210-246
- Culla, Joan B., 1989: L'evolució ideològica dels partits, in: Fundació Jaume Bofill (Hrsg.): Catalunya 77-88, Barcelona: Publicacions de la Fundació Jaume Bofill, 243-258
- Dahl, Robert A., 1971: Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven: Yale University Press
- Dahl, Robert A., 1982: Dilemmas of Pluralist Democracy, New Haven: Yale University Press
- Dahl, Robert A., 1989: Democracy and Its Critics, New Haven: Yale University Press
- Dahrendorf, Ralf, 1990: Politik, Wirtschaft und Freiheit, Transit, 1, 35-47
- de Swaan, Abram, 1993: The Evolving European Language System: A Theory of Communication Potential and Language Competition, International Political Science Review, 14, 241-255
- Deutsch, Karl W., 1953: Nationalism and Social Communication, Cambridge, Mass.: MIT Press
- Deutsch, Karl W., 1963: The Nerves of Government, New York: The Free Press of Glencoe
- Deutsch, Karl W., 1984: Space and Freedom. Conditions for the Temporary Separation of Incompatible Groups, International Political Science Review, 5, 125-138
- Díaz López, César Enrique, 1980: El problema de la estructuración político-territorial de España: una aproximación histórico-politológica, Revista de Política Comparada, 3, 137-161
- Díaz López, César Enrique, 1981: The State of the Autonomic Process in Spain, Publius, 11, 193-217
- DiGiacomo, Susan M., 1985: The Politics of Identity: Nationalism in Catalonia, Amherst: University of Massachusetts, PhD Dissertation
- Di Palma, Giuseppe, 1980: Founding Coalitions in Southern Europe: Legitimacy and Hegemony, Government and Opposition, 15, 162-189
- Di Palma, Giuseppe, 1986: Party Government and Democratic Reproducibility: The Dilemma of New Democracies, in: Castles, Francis G./Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): The Future of Party Government, Vol. 1: Visions and Realities of Party Government, Berlin: De Gruyter, 178-204
- Di Palma, Giuseppe, 1990: To Craft Democracies, Berkeley: University of California Press
- Direcció General de Política Lingüística, 1983: Llibre blanc de la Direcció General de Política Lingüística, Barcelona: Departament de Cultura de la Generalitat de Catalunya
- Dorado, Roberto/Varela, Ignacio, 1989: Estrategias políticas durante la transición, in: Tezanos, José Félix/Cotarelo, Ramón/Blas, Andrés de (Hrsg.): La transición democrática española, Madrid: Sistema, 251-274
- Durán Tomás, Salvador, 1991: El Partido Aragonés Regionalista: Origen y desarrollo de una fuerza política regional, Madrid, Ms.
- Edington, Robert V., 1975: The Ancient Idea of Founding and the Contemporary Study of Political Change, Polity, VII, 162-179
- Eguigaray Ucelay, Juan Manuel, 1992: El Estado Autonómico, in: Guerra, Alfonso/Tezanos, José Félix (Hrsg.): La década del cambio, Madrid: Sistema, 317-349
- Elorza, Antonio, 1978: Ideologías del nacionalismo vasco, 1876-1937, San Sebastián: Haranburu
- Elorza, Antonio/López Alonso, Carmen, 1989: Arcaísmo y modernidad, Madrid: historia 16
- Elwert, Georg, 1989: Nationalismus und Ethnizität, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 41, 440-464
- Escudero, Manu, 1978: Euskadi: dos comunidades, San Sebastián: Haranburu
- Esman, Milton J., 1992: The State and Language Policy, International Political Science Review, 13, 381-396
- Esteban, Jorge de, 1989: El proceso constituyente español, 1977-1978, in: Tezanos, José Félix/Cotarelo, Ramón/Blas, Andrés de (Hrsg.): La transición democrática española, Madrid: Sistema, 275-315
- Esteban, Jorge de/López Guerra, Luis, 1977: La crisis del Estado franquista, Barcelona: Labor
- Esteban, Jorge de/López Guerra, Luis, 1982: Los partidos políticos en la España actual, Barcelona: Planeta
- Estivill, Jordi/de la Hoz, Josep Maria, 1990: Les rendes mínimes garantides i d'inserció, Món Laboral, 9, 19-45
- Euskaltzaindia/Real Academia de la Lengua Vasca (Hrsg.), 1979: Conflicto lingüístico en Euskadi, Bilbao: Ediciones Vascas

- Fernández Rodríguez, Fernando (Hrsg.), 1985: La España de las autonomías, Madrid: Instituto de Estudios de Administración Local
- Ferrando Badía, Juan, 1981: Teoría y realidad del Estado autonómico, Revista de Política Comparada, 3, 37-96
- Ferrer, Josep, 1984: Una primera experiència legislativa per al redreçament lingüístic: la Llei del Parlament de Catalunya del 1983, quaderns d'alliberament, 8/9, 103-170
- Ferrer i Gironès, Francesc/Cruañas, Josep, 1990: Els drets lingüístics dels catalanoparlants, Barcelona: Edicions 62
- Figueroa Laradogoitia, Alberto, 1991: Los problemas para la definición del modelo de relaciones estado comunidades autónomas, in: ders./Mancisidor Artaraz, Eduardo (Hrsg.): Poder político y Comunidades Autónomas, Vitoria-Gasteiz: Eusko Legebiltzarra-Parlamento Vasco, 17-65
- Figueroa Laradogoitia, Alberto/Mancisidor Artaraz, Eduardo (Hrsg.), 1991: Poder político y Comunidades Autónomas, Vitoria-Gasteiz: Eusko Legebiltzarra-Parlamento Vasco
- Fishman, Robert M., 1990: Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy, World Politics, XLII, 422-440
- Francis, Emerich, 1965: Ethnos und Demos, Berlin: Duncker & Humblot
- Friedlander, Robert A., 1981: Autonomy and the Thirteen Colonies: Was the American Revolution Really Necessary?, in: Dinstein, Yoram (Hrsg.): Models of Autonomy, New Brunswick, NJ: Transaction Books, 135-148
- Frohn, Hansgeorg, 1983: Regionalismus und "Autonöme Gemeinschaften", Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht, 34, 47-65
- Fundació Carles Pi i Sunyer d'Estudis Autonòmics i Locals (Hrsg.), 1990: Informe Pi i Sunyer sobre Comunidades Autónomas 1989, Barcelona: Civitas
- Fundación FOESSA (Hrsg.), 1981: Informe sociológico sobre el cambio político en España 1975/1981. Vol. I, Madrid: Euramérica
- Gabinete de Estudios sociológicos EMAIKER, 1991: El salario social en España y en Euskadi, Vitoria-Gasteiz: Eusko Jaurilaritzaren Argitalpen/Zerbitzu Nagusia-Servicio Central de Publicaciones del Gobierno Vasco
- García de Cortázar, Fernando/Azcona, José Manuel, 1991: El nacionalismo vasco, Madrid: historia 16
- García de Enterría, Eduardo, 1984: El futuro de las autonomías territoriales, in: ders. (Hrsg.): España: un presente para el futuro. 2. Las instituciones, Madrid: Instituto de Estudios Económicos, 99-120
- García San Miguel, Luis, 1981: Teoría de la transición. Un análisis del modelo español 1973-1978, Madrid: Editora Nacional
- Geiselhardt, Edgar, 1985: Regionalismus in Andalusien, Frankfurt/M.: Peter Lang
- Geyer, Dietrich, 1993: Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen, in: Winkler, Heinrich August/Kaelble, Hartmut (Hrsg.): Nationalismus-Nationalitäten-Supranationalität, Stuttgart: Klett-Cotta, 156-186
- Giddens, Anthony, 1985: The Nation-State and Violence, Cambridge: Polity Press
- Giddens, Anthony, 1992: Die Konstitution der Gesellschaft, Frankfurt/M.: Campus
- Giner, Salvador, 1984: The Social Structure of Catalonia, Sheffield: The Anglo-Catalan Society Occasional Publications
- Giner, Salvador, 1985: Change for Continuity, Florenz, EUI, Ms.
- Giner, Salvador, 1986: Political Economy, Legitimation, and the State in Southern Europe, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe, Baltimore: Johns Hopkins University Press, 11-44
- Giner, Salvador, 1986a: Nacionalismo étnico: centro y periferia en España, in: Hernández, Francesc/Mercadé, Francesc (Hrsg.): Estructuras sociales y cuestión nacional en España, Barcelona: Ariel, 436-460
- Giner, Salvador/Moreno, Luis, 1990: Centro y periferia: La dimensión étnica de la sociedad española, in: Giner, Salvador (Hrsg.): España. Sociedad y política, Madrid: Espasa Calpe, 169-197
- Giner, Salvador/Sevilla, Eduardo, 1980: From despotism to parliamentarism: class domination and political order in the Spanish state, in: Scase, Richard (Hrsg.): The State in Western Europe, London: Croom Helm, 197-229

- Giner, Salvador/Sevilla, Eduardo, 1984: Spain: from corporatism to corporatism, in: Williams, Allan M. (Hrsg.): *Southern Europe Transformed*, London: Harper and Row, 113-141
- Gispert, Carles/Prats, Josep Maria, 1978: *España: un estado plurinacional*, Barcelona: Blume
- Gomáriz, Enrique, 1979: Los militares ante la transición. 1. El franquismo, *Zona Abierta*, 18, 17-34
- Gomáriz, Enrique, 1979a: Los militares ante la transición. 2. El posfranquismo, *Zona Abierta*, 19, 71-87
- González Casanova, J.A., 1979: La lucha por la democracia en Catalunya, Barcelona: Dopesa
- González Casanova, J.A., 1990: El proceso de integración de Cataluña en la política del Estado español, *Revista del Centro de Estudios Constitucionales*, 5, 79-101
- González Encinar, José Juan, 1992: Ein asymmetrischer Bundesstaat, in: Nohlen, Dieter/González Encinar, José Juan (Hrsg.): *Der Staat der Autonomen Gemeinschaften in Spanien*, Opladen: Leske + Budrich, 217-230
- Gourevitch, Peter A., 1980: *Paris and the Provinces*, Berkeley: University of California Press
- Gramsci, Antonio, 1977: Note sul Machiavelli, Rom: Editori Riuniti
- Grups No-Aliniats membres de l'Assemblea de Catalunya (Hrsg.), 1974: Els partits polítics en la Catalunya d'avui, Untergrundpublikation, o.O.
- Gunther, Richard, 1985: Constitutional Change in Contemporary Spain, in: Banting, Keith G./Simeon, Richard (Hrsg.): *The Politics of Constitutional Change in Industrial Nations*, London: Macmillan, 42-70
- Gunther, Richard, 1986: El colapso de UCD, in: Linz, Juan J./Montero, José R. (Hrsg.): *Crisis y cambio: electores y partidos en la España de los años ochenta*, Madrid: Centro de Estudios Constitucionales, 433-492
- Gunther, Richard/Sani, Giacomo/Shabad, Goldie, 1986: *Spain after Franco. The Making of a Competitive Party System*, Los Angeles: University of California Press
- Gurruchaga, Ander, 1985: El código nacionalista vasco durante el franquismo, Barcelona: Anthropos
- Haarmann, Harald, 1993: Die Sprachenwelt Europas, Frankfurt/M.: Campus
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Hall, Jacqueline, 1979: Immigration et Nationalisme en Catalogne, *Perspectiva Social*, 14, 93-136
- Hall, Jacqueline, 1990: Knowledge of the Catalan language (1975-1986), Barcelona: Publicacions de l'Institut de Sociolingüística Catalana
- Haller, Max, 1993: Klasse und Nation, *Soziale Welt*, 44, 30-51
- Hammar, Tomas, 1990: *Democracy and the Nation State*, Aldershot: Avebury
- Hanf, Theodor, 1991: Konfliktminderung durch Kulturautonomie. Karl Renners Beitrag zur Frage der Konfliktregelung in multi-ethnischen Staaten, in: Fröschl, Erich/Mesner, Maria/Ra'anani, Uri (Hrsg.): *Staat und Nation in multi-ethnischen Gesellschaften*, Wien: Passagen Verlag, 61-90
- Heckmann, Friedrich, 1992: *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation*, Stuttgart: Enke
- Heiberg, Marianne, 1989: *The making of the Basque nation*, Cambridge: Cambridge University Press
- Held, Gerd, 1993: Föderalismus am Mittelmeer? Neue Problemlagen regionaler Modernisierung am Beispiel Kataloniens, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20-21/93, 23-29
- Heller, Hermann, 1983: *Staatslehre*, Tübingen: Mohr
- Hermet, Guy, 1977: Espagne: Changement de la société, modernisation autoritaire et démocratie octroyée. Des faits à leur interpretation conceptuelle, *Revue Française de Science Politique*, 27, 582-600
- Hermet, Guy, 1979: L'exotisme superflu: réflexion sur les systèmes politiques de l'Europe du Sud, *Politique Etrangère*, 44, 127-142
- Hermet, Guy, 1984: Environnement international et dimension historique de la transition politique en Espagne, *Pouvoirs*, 8, 5-11
- Hernández, Francesc, 1983: *La identidad nacional en Cataluña*, Barcelona: Vicens-Vives
- Hildenbrand, Andreas, 1992: Die Finanzierung der Autonomen Gemeinschaften, in: Nohlen, Dieter/González Encinar, José Juan (Hrsg.), 1992: *Der Staat der Autonomen Gemeinschaften in Spanien*, Opladen: Leske + Budrich, 125-176
- Hirschman, Albert O., 1974: *Abwanderung und Widerspruch*, Tübingen: Mohr
- Hirschman, Albert O., 1989: *Entwicklung, Markt und Moral*, München: Hanser
- Hobsbawm, Eric J., 1990: *Nations and Nationalism since 1780*, Cambridge: Cambridge University Press

- Homs, Oriol, 1987: Formació i composició de la classe obrera a Catalunya: algunes hipòtesis, in: Aguilar, Salvador/Berrio, Jordi/Borja, Jordi u.a.: Visió de Catalunya. El canvi i la reconstrucció nacional des de la perspectiva sociològica, Barcelona: Diputació de Barcelona, 141-150
- Horowitz, Donald L., 1985: *Ethnic Groups in Conflict*, Berkeley: University of California Press
- Huguet, Josep Maria, 1989: El finançament, in: Fundació Jaume Bofill (Hrsg.): Catalunya 77-88, Barcelona: Publicacions de la Fundació Jaume Bofill, 265-269
- Huguet i Biosca, Josep, 1993: ¿De quina esquerra parlem?, *El Temps*, 01.03.1993
- Huneeus, Carlos, 1985: La Unión de Centro Democrático y la transición a la democracia en España, Madrid: CIS
- Huntington, Samuel P., 1968: *Political Order in Changing Societies*, New Haven: Yale University Press
- Huntington, Samuel P., 1991: Democracy's Third Wave, *Journal of Democracy*, 2, 12-34
- Ibarra Güell, Pedro, 1989: La evolución estratégica de ETA, San Sebastián: Kriselu
- Jahn, Egbert, 1992: Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch ?, Frankfurt/M.: FKKS (Untersuchungen der FKKS 4/1992)
- Jalali, Rita/Lipset, Seymour Martin, 1992: Racial and Ethnic Conflicts: A Global Perspective, *Political Science Quarterly*, 107, 585-606
- Jáuregui Bereciartu, Gurutz, 1981: Ideología y estrategia política de ETA. Análisis de su evolución entre 1959 y 1968, Madrid: Siglo XXI
- Jáuregui Bereciartu, Gurutz, 1981a: La Cuestión Nacional Vasca y el Estatuto de Autonomía, *Herri-Arduralaritzazko Euskal Aldizkaria - Revista Vasca de Administración Pública*, 1, 79-109
- Jáuregui Bereciartu, Gurutz, 1986: *Contra el Estado-nación*, Madrid: Siglo XXI
- Jennings, Ivor, 1956: *The Approach to Self-Government*, Cambridge: Cambridge University Press
- Johnston, Hank, 1991: *Tales of Nationalism: Catalonia, 1939-1979*, New Brunswick, NJ: Rutgers University Press
- Jones, Norman L., 1976: The Catalan Question since the Civil War, in: Preston, Paul (Hrsg.): *Spain in Crisis. The Evolution and Decline of the Franco Regime*, London: Methuen, 234-267
- Kaiero Uría, Andoni, 1991: Implantación y perfil de los sindicatos en Euskadi, *Revista Española de Investigaciones Sociológicas*, 54, 65-112
- Kant, Immanuel, 1983: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: ders.: *Werke*, Bd. 9, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 191-251
- Karl, Terry Lynn/Schmitter, Philippe C., 1991: Modes of transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, *International Social Science Journal*, 128, 269-284
- Kirchheimer, Otto, 1981: *Politische Herrschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Kohler, Beate, 1981: *Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie*, Bonn: Europa Union
- Kohn, Hans, 1968: Nationalism, in: Sills, David L. (Hrsg.): *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 11, New York: The Free Press, 63-70
- Kraus, Peter A., 1990: Elemente einer Theorie postautoritärer Demokratisierungsprozesse im südeuropäischen Kontext, *Politische Vierteljahresschrift*, 31, 191-213
- Kraus, Peter A./Merkel, Wolfgang, 1993: Die Linksparteien, in: Bernecker, Walther L./Collado Seidel, Carlos (Hrsg.): *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, München: Oldenbourg, 192-211
- Kremnitz, Georg, 1992: Wirkungsweisen repressiver Sprachpolitik dargestellt am Beispiel des Katalanischen in der Franco-Zeit, *Zeitschrift für Katalanistik*, 3, 90-102
- Labrador, Alfons, 1989: CC.OO.: 25 anys de sindicalisme nacional i de classe, *Món Laboral*, 8, 58-59
- Lacław, Ernesto, 1989: Politics and the Limits of Modernity, in: Ross, Andrew (Hrsg.): *Universal Abandon?*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 63-82
- Laitin, David, 1989: Linguistic Revival: Politics and Culture in Catalonia, *Comparative Studies in Society and History*, 31, 298-317
- Laitin, David, 1992: *Language repertoires and state construction in Africa*, Cambridge: Cambridge University Press

- Laitin, David, 1993: National Revivals and Violence, Madrid: Centro de Estudios Avanzados en Ciencias Sociales, WP 1993/49
- Laitin, David/Solé, Carlota, 1986: Conflicto lingüístico en Cataluña. Una explicación alternativa, Sistema, 74, 89-105
- Laitin, David/Solé, Carlota, 1989: Catalan Elites and Language Normalisation, International Journal of Sociology and Social Policy, 9, 1-26
- Laitin, David/Petersen, Roger/Slocum, John W., 1992: Language and the State: Russia and the Soviet Union in Comparative Perspective, in: Motyl, Alexander J. (Hrsg.): Thinking Theoretically about Soviet Nationalities, New York: Columbia University Press, 129-168
- Lamounier, Bolívar, 1989: Brazil: Inequality Against Democracy, in: Diamond, Larry/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): Democracy in Developing Countries, Vol. 4, Latin America, Boulder, Col.: Lynne Rienner, 111-157
- Lancaster, Thomas D., 1987: Comparative nationalism: the Basques in Spain and France, European Journal of Political Research, 15, 561-590
- Lechner, Norbert, 1983: El consenso como estrategia y como utopía, Zona Abierta, 29, 1-28
- Letamendía, Francisco (= Ortiz), 1991: Euskadi, pueblo y nación (7 Bde.), San Sebastián: Sendoa
- Liebert, Ulrike, 1990: From polarization to pluralism: regional-nationalist parties in the process of democratic consolidation in post-Franco Spain, in: Pridham, Geoffrey (Hrsg.): Securing Democracy: political parties and democratic consolidation in Southern Europe, London: Routledge, 147-178
- Lijphart, Arend/Bruneau, Thomas C./Diamandouros, P. Nikiforos/Gunther, Richard, 1988: A Mediterranean Model of Democracy? The Southern European Democracies in Comparative Perspective, West European Politics, 11, 7-25
- Linz, Juan J., 1972: Tradition and Modernity in Spain, Ms.
- Linz, Juan J., 1973: Early State Building and Late Peripheral Nationalisms against the State: The Case of Spain, in: Eisenstadt, Shmuel N./Rokkan, Stein (Hrsg.): Building States and Nations. Vol. II, Beverly Hills: Sage, 32-116
- Linz, Juan J., 1975: Totalitarian and Authoritarian Regimes, in: Greenstein, Fred J./Polsby, Nelson (Hrsg.): Handbook of Political Science. Vol. 3: Macropolitical Theory, Reading, Mass.: Addison-Wesley, 175-411
- Linz, Juan J., 1975a: Politics in a Multilingual Society with a Dominant World Language: The Case of Spain, in: Savard, Jean Guy/Vigneault, Richard (Hrsg.): Les États multilingues: problèmes et solutions, Québec: Les Presses de l'Université de Laval, 367-444
- Linz, Juan J., 1978: Crisis, Breakdown, and Reequilibration, in: ders./Stepan, Alfred (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes, I., Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1978
- Linz, Juan J., 1980: La frontera sur de Europa: tendencias evolutivas, Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 9, 7-52
- Linz, Juan J., 1980a: The New Spanish Party System, in: Rose, Richard (Hrsg.): Electoral Participation. A Comparative Analysis, Beverly Hills: Sage, 101-189
- Linz, Juan J., 1981: Peripheries within the periphery, in: Torsvik, Per (Hrsg.): Mobilization, center-periphery structures and nation-building, Bergen: Universitetsforlaget, 335-389
- Linz, Juan J., 1981a: Some Comparative Thoughts on the Transition to Democracy in Portugal and Spain, in: Braga de Macedo, Jorge/Serfaty, Simon (Hrsg.): Portugal since the Revolution, Boulder, Col.: Westview Press, 25-45
- Linz, Juan J., 1981b: A century of politics and interests in Spain, in: Berger, Suzanne (Hrsg.): Organizing Interests in Western Europe, Cambridge: Cambridge University Press, 364-415
- Linz, Juan J., 1985: De la crisis de un Estado unitario al Estado de las Autonomías, in: Fernández Rodríguez, Fernando (Hrsg.): La España de las autonomías, Madrid: Instituto de Estudios de Administración Local, 527-672
- Linz, Juan J., 1986: Conflicto en Euskadi, Madrid: Espasa Calpe
- Linz, Juan J., 1989: Spanish Democracy and the Estado de las Autonomías, in: Goldwin, Robert A./Kaufman, Ar/Schambra, William A. (Hrsg.): Forging Unity out of Diversity, Washington, D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research, 260-303
- Linz, Juan J., 1990: Transiciones a la democracia, Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 51, 7-33
- Linz, Juan J., 1994: Staatsbildung, Nationbildung und Demokratie. Eine Skizze aus historisch vergleichender Sicht, Transit, 7, 43-62

- Linz, Juan J./Stepan, Alfred, 1991: Democratic Transitions and Consolidation: Eastern Europe, Southern Europe and Latin America, Ms.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred, 1992: Political Identities and Electoral Sequences: Spain, the Soviet Union, and Yugoslavia, Dædalus, 121, 123-139
- Lipset, Seymour Martin, 1981: Political Man, Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Llera, Francisco J., 1987: Las elecciones autonómicas de 1986 en Euskadi: De la crisis al gobierno de coalición, Revista de Estudios Políticos, 56, 227-260
- Llera, Francisco J., 1988: Continuidad y cambio en el sistema de partidos vascos: 1977-1987, Revista de Estudios Políticos, 59, 277-375
- Llera, Francisco J., 1989: Continuidad y cambio en la política vasca: notas sobre identidades sociales y cultura política, Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 47, 107-135
- Llera, Francisco J., 1993: *Conflicto en Euskadi* Revisited, in: Gunther, Richard (Hrsg.): Politics, Society, and Democracy. The Case of Spain, Boulder, Col.: Westview Press, 169-195
- Llobera, Josep R., 1983: The idea of *Volkgeist* in the formation of Catalan nationalist ideology, Ethnic and Racial Studies, 6, 332-350
- Logan, John R., 1985: Democracy from above. Limits to Change in Southern Europe, in: Arrighi, Giovanni (Hrsg.): Semiperipheral Development: The Politics of Southern Europe in the Twentieth Century, Beverly Hills: Sage, 149-177
- López-Aranguren, Eduardo, 1983: La conciencia regional en el proceso autonómico español, Madrid: CIS
- López-Aranguren, Eduardo/García Ferrando, Manuel, 1991: Nacionalismo y regionalismo en la España de las Autonomías, in: Vidal-Beneyto, José (Hrsg.): España a debate. II. La sociedad, Madrid: Tecnos, 115-135
- López Pintor, Rafael, 1985: Francoist Reformers in Democratic Spain: The Popular Alliance and the Democratic Coalition, in: Penniman, Howard R./Mujal-León, Eusebio M. (Hrsg.): Spain at the Polls. 1977, 1979, and 1982, Durham, N.C.: Duke University Press, 188-205
- Lorés, Jume, 1985: La transició a Catalunya (1977-1984). El pujolisme i els altres, Barcelona: Empúries
- Lude, Manuel/Serlavós, Ricard, 1985: El Fomento del Trabajo Nacional, Papeles de Economía Española, 22, 122-138
- McMillion, Charles W., 1981: International Integration and Intra-national Disintegration. The Case of Spain, Comparative Politics, 13, 291-312
- Máiz, Ramón, 1986: El nacionalismo gallego: apuntes para la historia de una hegemonía imposible, in: Hernández, Francesc/Mercadé, Francesc (Hrsg.): Estructuras sociales y cuestión nacional en España, Barcelona: Ariel, 186-243
- Máiz, Ramón, 1991: Federalismo y nación en el discurso del nacionalismo gallego de la II República, in: Beramendi, Justo G./Máiz, Ramón (Hrsg.), 1991: Los nacionalismos en la España de la II República, Madrid: Siglo XXI, 377-404
- Malefakis, Edward, 1982: Spain and Its Francoist Heritage, in: Herz, John H. (Hrsg.): From Dictatorship to Democracy, Westport: Greenwood Press, 215-230
- Maravall, José María, 1978: Dictatorship and Political Dissent, London: Tavistock
- Maravall, José María, 1984: La política de la transición, Madrid: Taurus
- Maravall, José María, 1985: The Socialist Alternative: The Policies and Electorate of the PSOE, in: Penniman, Howard R./Mujal-León, Eusebio M. (Hrsg.): Spain at the Polls. 1977, 1979, and 1982, Durham, N.C.: Duke University Press, 129-159
- Maravall, José María, 1991: Economic Reforms in New Democracies: The Southern European Experience, Madrid: Centro de Estudios Avanzados en Ciencias Sociales, WP 1991/22
- Maravall, José María, 1992: What Is Left? Social Democratic Policies in Southern Europe, Madrid: Centro de Estudios Avanzados en Ciencias Sociales, WP 1992/36
- Maravall, José María/Santamaría, Julián, 1985: Crisis del franquismo, transición política y consolidación de la democracia en España, Sistema, 68/69, 79-129
- Maravall, José María/Santamaría, Julián, 1986: Political Change in Spain and the Prospects for Democracy, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe, Baltimore: Johns Hopkins University Press, 71-108
- Marcet, Joan, 1984: Convergència Democràtica de Catalunya. El partit i el moviment polític, Barcelona: Edicions 62

- Marsal, Juan F./Roiz, Javier, 1985: Catalan Nationalism and the Spanish Elections, in: Penniman, Howard R./Mujal-León, Eusebio M. (Hrsg.): Spain at the Polls. 1977, 1979, and 1982, Durham, N.C.: Duke University Press, 206-225
- Marshall, Thomas H., 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen, Frankfurt/M.: Campus
- Martín Rebollo, Luis (Hrsg.), 1991: El futuro de las Autonomías territoriales, Santander: Universidad de Cantabria
- Martín-Retortillo, Sebastián, 1992: Reflexiones sobre el tema autonómico, in: Tusell, Javier/Sinova, Justino (Hrsg.): La década socialista, Madrid: Espasa Calpe, 127-138
- Martínez Cuadrado, Miguel, 1980: El sistema político español y el comportamiento electoral regional de la Europa del sur, in: ders. (Hrsg.): Mutaciones y transformaciones de las sociedades del sur de Europa en el umbral de los años ochenta, Madrid: Civitas, 39-186
- Matas Dalmases, Jordi, 1991: El model lingüístic dels partits polítics catalans en la redacció de l'Estatut d'Autonomia de 1979, Revista de Llengua i Dret, 16, 121-137
- Maxwell, Kenneth, 1986: Regime Overthrow and the Prospects for Democratic Transition in Portugal, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe, Baltimore: Johns Hopkins University Press, 109-137
- Medhurst, Kenneth, 1984: Spain's Evolutionary Pathway from Dictatorship to Democracy, in: Pridham, Geoffrey (Hrsg.): The New Mediterranean Democracies: Regime Transition in Spain, Greece and Portugal, London: Frank Cass, 30-49
- Menzel, Ulrich, 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Mercadé, Francesc, 1990: Identidad, lengua y marco legal en Cataluña, Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 49, 193-220
- Merkel, Wolfgang, 1989: Sozialdemokratische Politik in einer "postkeynesianischen" Ära? Das Beispiel der sozialistischen Regierung Spaniens, Politische Vierteljahresschrift, 30, 629-654
- Miguel, Faustino, 1984: Sindicalismo y reconstrucción de Cataluña, Papers, 21, 47-69
- Miguel, Faustino, 1987: Immigració i mobilitat social, in: Aguilar, Salvador/Berrio, Jordi/Borja, Jordi u.a.: Visió de Catalunya. El canvi i la reconstrucció nacional des de la perspectiva sociològica, Barcelona: Diputació de Barcelona, 303-320
- Miguel, Faustino, 1991: Las organizaciones sindicales, in: ders./Prieto, Carlos (Hrsg.): Las relaciones industriales en España, Madrid: Siglo XXI, 213-231
- Miguel, Fausto/Solé, Carlota, 1987: Clases sociales i poder polític a Catalunya, Barcelona: PPU
- Míguez González, Santiago, 1990: La preparación de la transición a la democracia en España, Zaragoza: Prensas Universitarias
- Mill, John Stuart, 1971: Betrachtungen über die repräsentative Demokratie, Paderborn: Schöningh
- Ministerio para las Administraciones Públicas (Hrsg.), 1991: Conflictividad entre el Estado y las Comunidades Autónomas (Boletín Informativo), Madrid: Ministerio para las Administraciones Públicas - Secretaría General Técnica
- Mira, Joan F., 1985: Crítica de la nació pura, Valencia: Tres i Quatre
- Mirambell, Antoni, 1987: La necessitat de modificació de la Llei 7/1983, de 18 d'abril, de Normalització Lingüística a Catalunya, Revista de Llengua i Dret, 9, 117-131
- Miszlivetz, Ferenc, 1991: The Unfinished Revolutions of 1989: The Decline of the Nation-State?, Social Research, 58, 781-804
- Molas, Isidre, 1986: Catalanisme i política d'esquerra durant el franquisme, in: Termes, Josep, u.a.: Catalanisme. Política i Cultura, Barcelona: L'Avenç, 271-283
- Moll, Aina, 1984: Els tràmits preliminars de la redacció de la Llei de Normalització Lingüística a Catalunya, Revista de Llengua i Dret, 3, 3-9
- Moll, Aina, 1988: Les accions institucionals per la normalització lingüística a Catalunya, in: Alemany, Rafael (Hrsg.): Els processos de normalització lingüística a l'Estat Espanyol actual, Alacant: Ajuntament de Benidorm/Universitat d'Alacant, 111-129
- Monasterio Escudero, Carlos, 1988: Federalismo fiscal e incremento del gasto, Papeles de Economía Española, 37, 372-387
- Monné, Enric/Seiga, Lluïsa, 1991: Història de la Crida a la Solidaritat, Barcelona: Edicions La Campana

- Montero, José R., 1986: La vuelta a las urnas: participación, movilización y abstención, in: Linz, Juan J./Montero, José R. (Hrsg.): Crisis y cambio: electores y partidos en la España de los años ochenta, Madrid: Centro de Estudios Constitucionales, 71-124
- Montero, José Ramón, 1990: El debate sobre el federalismo en España: notas marginales sobre algunas cuestiones implícitas, in: Cano Bueso, Juan (Hrsg.): Comunidades autónomas e instrumentos de cooperación interterritorial, Madrid: Tecnos, 61-70
- Montero, José Ramón/Torcal, Mariano, 1990: Autonomías y Comunidades Autónomas en España: Preferencias, dimensiones y orientaciones políticas, Revista de Estudios Políticos, 70, 33-91
- Moore, Barrington, 1969: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Morales, José Luis/Calada, Juan, 1981: La alternativa militar: el golpismo después de Franco, Madrid: Revolución
- Moreno, Luis, 1988: Identificación dual y autonomía política: los casos de Escocia y Cataluña, Revista Española de Investigaciones Sociológicas, 42, 155-174
- Moreno, Luis, 1990: Las fuerzas políticas españolas, in: Giner, Salvador (Hrsg.): España. Sociedad y política, Madrid: Espasa Calpe, 285-314
- Moreno, Luis, 1991: Ethnic Disparities and Imperfect Federalism in Spain (Paper presented at the XVth World Congress of the International Political Science Association, Buenos Aires, July 21-25, 1991)
- Morlino, Leonardo, 1980: Come cambiano i regimi politici, Mailand: Franco Angeli
- Morlino, Leonardo, 1989: Democratic Consolidation and Democratic Theory, Ms. (Paper delivered at the Conference on "Problems of Democratic Consolidation: Spain and the New Southern Europe, Bad Homburg, July 10-12, 1989)
- Morodo, Raúl, 1985: La transición política, Madrid: Tecnos
- Mouzelis, Nicos P., 1990: Post-Marxist Alternatives. The Construction of Social Orders, London: Macmillan
- El MUNDO, 18.04.1994
- Murillo de la Cueva, Pablo Lucas, 1986: El Estado de las Autonomías, in: Hernández, Francesc/Mercadé, Francesc (Hrsg.): Estructuras sociales y cuestión nacional en España, Barcelona: Ariel, 488-503
- Nagei, Klaus-Jürgen, 1991: Arbeiterschaft und nationale Frage in Katalonien zwischen 1898 und 1923, Saarbrücken: Breitenbach
- Nairn, Tom, 1981: The Break-Up of Britain, London: Verso
- Narbarte, Joseba-Koldo, 1978: Mil días. De la dictadura a la preautonomía en Euskadi, San Sebastián: Ediciones Vascas
- Nataf, Daniel/Samms, Elizabeth, 1990: Classes, Hegemony, and Portuguese Democratization, in: Chilcote, Ronald H. (Hrsg.): Transitions from Dictatorship to Democracy, New York: Taylor & Francis, 73-130
- Nettl, J.P., 1968: The State as a Conceptual Variable, World Politics, XX, 559-592
- Núñez, Luis C., 1977: Oposición y defensa del euskera, San Sebastián: Txertoa
- Núñez, Luis C., 1977a: La sociedad vasca actual, San Sebastián: Txertoa
- Núñez, Xosé M., 1992: National Question and State Crisis: Spain, 1898-1936, Ms. (Florenz: EUI)
- El OBSERVADOR, 01.09.1991
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C., 1986: Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore: Johns Hopkins University Press
- OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development), 1993: OECD Economic Surveys 1992-1993. Spain, Paris: OECD
- Offe, Claus, 1980: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Offe, Claus, 1984: Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheidung?, in: Guggenberger, Bernd/Offe, Claus (Hrsg.): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 150-184
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, Merkur, 45, 279-292
- Offe, Claus, 1991a: Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe, Social Research, 58, 865-892
- Offe, Claus, 1992: Ethnic Politics in East European Transitions, Berlin, Ms.

- Oliván, José Angel, 1990: La concertación social en las comunidades autónomas, Claridad, 35/36, 59-62
- Oltra, Benjamín/Mercadé, Francesc/Hernández, Francesc, 1981: La ideología nacional catalana, Barcelona: Anagrama
- Òmnium Cultural (Hrsg.), 1986: Òmnium Cultural 1961-1986, o. O.
- Onaindía, Mario, 1980: La lucha de clases en Euskadi (1939-1980), San Sebastián: Hordago
- Onaindía, Mario, 1985: La transición democrática en Euskadi, Leviatán, 21, 57-68
- Ortega Díaz-Ambrona, Juan Antonio, 1984: The Transition to Democracy in Spain, in: Abel, Christopher/Torrents, Nissa (Hrsg.): Spain: Conditional Democracy, London: Croom Helm, 21-39
- Ortiz (= Letamendía, Francisco), 1979: El no vasco a la reforma. 1. La consolidación de la reforma, San Sebastián: Txertoa
- El PAÍS, verschiedene Ausgaben
- El PAÍS - Edición Internacional, 11.01.1993
- Pallarès, Francesc, 1989: Anàlisi electoral, in: Fundació Jaume Bofill (Hrsg.): Catalunya 77-88, Barcelona: Publicacions de la Fundació Jaume Bofill, 229-242
- Pallarès, Francesc, 1991: Estado autonómico y sistema de partidos: una aproximación electoral, Revista de Estudios Políticos, 71, 281-323
- Paramio, Ludolfo, 1984: Crisis de Legitimación: España, 1975-1984, Pensamiento Iberoamericano, 5b, 431-443
- Paramio, Ludolfo, 1986: La cultura política durante la transición, Leviatán, 22, 95-104
- Pardo Avellaneda, Rafael/Fernández Castro, Joaquín, 1991: Las organizaciones empresariales y la configuración del sistema de relaciones industriales de la España democrática, 1977-1990, in: Miguélez, Faustino/Prieto, Carlos (Hrsg.): Las relaciones industriales en España, Madrid: Siglo XXI, 147-184
- Payne, Stanley, 1971: Catalan and Basque Nationalism, Journal of Contemporary History, 6, 15-51
- Peces-Barba, Gregorio, 1981: La Constitución Española de 1978, Valencia: Fernando Torres
- Pentland, Charles, 1975: Functionalism and Theories of International Political Integration, in: Groom, Arthur J.R./Taylor, Paul (Hrsg.): Functionalism. Theory and Practice in International Relations, London: University of London Press, 9-24
- Pérez Agote, Alfonso P., 1984: La reproducción del nacionalismo: el caso vasco, Madrid: CIS/Siglo XXI
- Pérez Calvo, Alberto, 1992: Navarra: actualización de la autonomía foral, historia 16, 200, 172-174
- Pérez Díaz, Víctor, 1987: El retorno de la sociedad civil, Madrid: Instituto de Estudios Económicos
- Pérez Díaz, Víctor, 1990: Governability and the Scale of Governance: Mesogovernments in Spain, Madrid: Centro de Estudios Avanzados en Ciencias Sociales, WP 1990/6
- Pérez Díaz, Víctor, 1991: La emergencia de la España democrática: La "invención" de una tradición y la dudosa institucionalización de una democracia, in: Espina, Alvaro (Hrsg.): Concertación social, neocorporatismo y democracia, Madrid: Ministerio de Trabajo y Seguridad Social, 81-117
- Pérez Royo, Javier, 1992: Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften, in: Nohlen, Dieter/González Encinar, José Juan (Hrsg.): Der Staat der Autonomen Gemeinschaften in Spanien, Opladen: Leske + Budrich, 103-124
- Pérez Yruela, Manuel/Giner, Salvador, 1988: El desarrollo del corporatismo en España (1975-1987), in: dies. (Hrsg.): El corporatismo en España, Barcelona: Ariel, 124-150
- Piccone, Paul, 1992: El Populismo Federal en Italia, debats, 42, 20-27
- Pi-Sunyer, Oriol, 1980: Dimensions of Catalan Nationalism, in: Foster, Charles R. (Hrsg.): Nations without a State, New York: Praeger, 101-115
- Pi-Sunyer, Oriol, 1983: Nationalism and Societal Integration: A Focus on Catalonia, Amherst, Mass.: University of Massachusetts (Program in Latin American Studies, Occasional Papers Series No. 15)
- Pi-Sunyer, Oriol, 1986: The Stalled Transformation: Six Years of the Autonomy Process in Catalonia, Amherst, Mass.: University of Massachusetts (Program in Western European Studies, Occasional Papers Series No. 3)
- Pizzorno, Alessandro, 1986: Some Other Kinds of Otherness: A Critique of "Rational Choice" Theories, in: Foxley, Alejandro/McPherson, Michael S./O'Donnell, Guillermo (Hrsg.): Development, Democracy, and the Art of Trespassing. Essays in Honor of Albert O. Hirschman, Notre Dame, Ind.: University of Notre Dame Press, 355-373

- Polèse, Mario, 1985: Economic Integration, National Policies, and the Rationality of Regional Separatism, in: Tiryakian, Edward A./Rogowski, Ronald (Hrsg.): *New Nationalisms of the Developed West*, Boston: Allen & Unwin, 109-127
- Porras Nadales, Antonio J., 1989: Desarrollo y transformaciones jurídicas del Estado Social en el modelo territorial autonómico español: balance y perspectivas, Revista del Centro de Estudios Constitucionales, 4, 269-291
- Porras Nadales, Antonio J., 1990: Coordinación e impulso político, in: Cano Bueso, Juan (Hrsg.): *Comunidades autónomas e instrumentos de cooperación interterritorial*, Madrid: Tecnos, 103-117
- Portero Molina, José Antonio, 1992: Galicia: poder sin fracturas, historia 16, 200, 80-86
- Pradera, Javier, 1993: La liebre y la tortuga, Claves de Razón Práctica, 38, 24-33
- Prat de la Riba, Enric, 1978: *La nacionalitat catalana*, Barcelona: Edicions 62
- Prazauskas, Algis, 1991: Ethnic conflicts in the context of democratizing political systems, Theory and Society, 20, 581-602
- Preston, Paul, 1983: The PCE in the struggle for democracy in Spain, in: Machin, Howard (Hrsg.): *National Communism in Western Europe*, London: Methuen, 154-179
- Preston, Paul, 1984: Fear of Freedom: The Spanish Army after Franco, in: Abel, Christopher/Torrents, Nissa (Hrsg.): *Spain: Conditional Democracy*, London: Croom Helm, 161-185
- Preston, Paul, 1986: *El triunfo de la democracia en España: 1969-1982*, Barcelona: Plaza y Janés
- Pridham, Geoffrey, 1990: Southern European democracies on the road to consolidation: a comparative assessment of the role of political parties, in: ders. (Hrsg.): *Securing Democracy: political parties and democratic consolidation in Southern Europe*, London: Routledge, 1-41
- Przeworski, Adam, 1986: Some Problems in the Study of Transitions to Democracy, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore: Johns Hopkins University Press, 47-63
- Przeworski, Adam, 1988: *Capitalism, Democracy, Facts: Revisited*, Chicago, Ms.
- Przeworski, Adam, 1988a: Democracy as a Contingent Outcome of Conflicts, in: Elster, Jon/Slagstad, Rune (Hrsg.): *Constitutionalism and Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press, 59-80
- Przeworski, Adam, 1990: Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo, Transit, 1, 190-211
- Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the Market*, Cambridge: Cambridge University Press
- Puhle, Hans-Jürgen, 1982: Baskischer Nationalismus im spanischen Kontext, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): *Nationalismus in der Welt von heute*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 51-81
- Puhle, Hans-Jürgen, 1986: Was ist Populismus?, in: Dubiel, Helmut (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 12-32
- Puhle, Hans-Jürgen 1986a: El PSOE: un partido predominante y heterogéneo, in: Linz, Juan J./Montero, José R. (Hrsg.): *Crisis y cambio: electores y partidos en la España de los años ochenta*, Madrid: Centro de Estudios Constitucionales, 289-344
- Puhle, Hans-Jürgen, 1987: El Estado español de las autonomías y el sistema federal alemán, in: Tuñón de Lara, Manuel (Hrsg.): *Gernika: 50 años después (1937-1987)*, San Sebastián: Servicio Editorial Universidad del País Vasco, 245-267
- Puhle, Hans-Jürgen, 1989: Nazionalismo periferico, regionalismo e regionalizzazione nell'Europa occidentale del XX secolo, in: Andreucci, Franco/Pescarolo, Alessandra (Hrsg.): *Gli spazi del potere*, Florenz: la casa Usher, 199-218
- Puhle, Hans-Jürgen, o.J.: *Probleme der spanischen Modernisierung im 19. und 20. Jahrhundert*, Ms.
- Pujol, Jordi, 1976: *Una política per Catalunya*, Barcelona: Nova Terra
- Pujol, Jordi, 1979: *Construir Catalunya*, Barcelona: Pòrtic
- Pujol, Jordi, 1989: El lloc de les nacions sense estat i de les regions en l'Europa futura, in: Institut d'Estudis Autònoms (Hrsg.): *Europa: amenaça o promesa*, Barcelona: Institut d'Estudis Autònoms, 65-74
- Pujol, Jordi, 1991: *La personalidad diferenciada de Cataluña*, Barcelona: Generalitat de Catalunya-Departament de la Presidència
- El PUNT, 14.07.1991
- Recalde, José Ramón, 1982: *La construcción de las naciones*, Madrid: Siglo XXI
- Recalde, José Ramón, 1993: El nacionalismo y la disgregación del Estado, Claves de Razón Práctica, 32, 30-39

- Recolons, Lluís, 1989: La població, in: Fundació Jaume Bofill (Hrsg.): Catalunya 77-88, Barcelona: Publicacions de la Fundació Jaume Bofill, 19-48
- Reixach, Modest, 1988: Consideracions sobre la normalització lingüística a Catalunya, in: Alemany, Rafael (Hrsg.): Els processos de normalització lingüística a l'Estat Espanyol actual, Alacant: Ajuntament de Benidorm/Universitat d'Alacant, 131-152
- Reniu i Tresserras, Miquel, 1991: El Consell Social de la Llengua Catalana, Revista de Llengua i Dret, 16, 187-191
- Reventa Sánchez, Miguel, 1989: Nueve años de gobiernos autonómicos. Un balance, Revista de Estudios Políticos, 64, 321-336
- Ribó, Rafael, 1977: Sobre el fet nacional. Catalunya, Països Catalans, Estat Espanyol, Barcelona: L'Avenç
- Richter, Michael, 1992: Sozialistische Autonomieprogrammatik und -politik bis zum 31. Parteitag des PSOE, in: Nohlen, Dieter/González Encinar, José Juan (Hrsg.), 1992: Der Staat der Autonomen Gemeinschaften in Spanien, Opladen: Leske + Budrich, 45-74
- Riquer, Borja de, 1989: Cataluña, in: Fusi, Juan Pablo (Hrsg.): España. Autonomías, Madrid: Espasa Calpe, 343-421
- Riquer, Borja de, 1990: El nacionalisme català (1960-1986), in: Parés i Maicas, Manuel/Tremblay, Gaëtan (Hrsg.): Catalunya, Quebec: autonomia i mundialització, Barcelona: Generalitat de Catalunya, 13-43
- Rodríguez Aramberri, Julio, 1980: Origen y evolución del sistema de partidos en la España democrática: un ensayo de interpretación, in: Claudín, Fernando (Hrsg.): ¿Crisis de los partidos políticos?, Madrid: Dédalo, 65-152
- Rojo Torrecilla, Eduardo, 1990: Renta mínima de inserción y reordenación de la protección social en España, Claridad, 35/36, 11-31
- Rokkan, Stein, 1970: Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development, Oslo: Universitetsforlaget
- Rokkan, Stein, 1975: Dimensions of State-Formation and Nation-Building: A Possible Paradigm for Research on Variations within Europe, in: Tilly, Charles (Hrsg.): The Formation of National States in Western Europe, Princeton, N. J.: Princeton University Press, 562-600
- Rokkan, Stein/Urwin, Derek W., 1983: Economy, Territory, Identity. Politics of West European Peripheries, London: Sage
- Rothschild, Joseph, 1981: Ethnopolitics, New York: Columbia University Press
- Rouquié, Alain, 1985: Changement politique et transformation des régimes, in: Grawitz, Madeleine/Leca, Jean (Hrsg.): Traité de science politique. 2. Les régimes politiques contemporains, Paris: PUF, 599-633
- Rudolph, Jr., Joseph R./Thompson, Robert J., 1989: Pathways to Accommodation and the Persistence of the Ethnoterritorial Challenge in Western Democracies, in: dies. (Hrsg.): Ethnoterritorial Politics, Policy, and the Western World, Boulder, Col.: Lynne Rienner, 221-240
- Rueschmeyer, Dietrich/ Stephens, Evelyne Huber/Stephens, John D., 1992: Capitalist Development and Democracy, Cambridge: Polity Press
- Rustow, Dankwart A., 1970: Transitions to Democracy, Comparative Politics, 2, 337-363
- Sabartés, Jaume F., 1987: F.C. Barcelona. Zwischen Sport und Politik, Berlin: edition tranvía
- Sabater, Jordi, 1989: Els sindicats i l'organització patronal, in: Fundació Jaume Bofill (Hrsg.): Catalunya 77-88, Barcelona: Publicacions de la Fundació Jaume Bofill, 61-74
- Safran, William, 1991: State, Nation, National Identity, and Citizenship: France as a Test Case, International Political Science Review, 12, 219-238
- Salvador, Eugènia, 1989: Crònica política, in: Fundació Jaume Bofill (Hrsg.): Catalunya 77-88, Barcelona: Publicacions de la Fundació Jaume Bofill, 207-227
- Sánchez Agesta, Luis, 1980: El sistema político de la Constitución española de 1978, Madrid: Editora Nacional
- Santamaría, Julián, 1981: Transición controlada y dificultades de consolidación: el ejemplo español, in: ders. (Hrsg.): Transición a la democracia en el sur de Europa y América Latina, Madrid: CIS, 371-417
- Scharpf, Fritz W., 1985: Die Politikverflechtungs-Falle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, Politische Vierteljahresschrift, 26, 323-356
- Schmitter, Philippe C., 1984: Parto e transizione: mezzi non democratici a fini democratici?, Rivista Italiana di Scienza Politica, 14, 363-382

- Schmitter, Philippe C., 1985: Speculations about the Prospective Demise of Authoritarian Regimes and Its Possible Consequences, Florenz: EUI Working Paper 85/165
- Schmitter, Philippe C., 1986: An Introduction to Southern European Transitions from Authoritarian Rule: Italy, Greece, Portugal, Spain, and Turkey, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe*, Baltimore: Johns Hopkins University Press, 3-10
- Schmitter, Philippe C., 1988: The Consolidation of Political Democracy in Southern Europe, Ms. (third, revised version)
- Schmitter, Philippe C., 1992: The Consolidation of Democracy and Representation of Social Groups, *American Behavioral Scientist*, 35, 422-449
- Schütz, Roland, 1983: Spanien auf dem Weg zum Autonomiestaat, *Der Staat*, 22, 187-212
- Schütz, Roland/Konle-Seidl, Regina, 1990: *Arbeitsbeziehungen und Interessenrepräsentation in Spanien*, Baden-Baden: Nomos
- Sevilla, Eduardo, 1986: Estructura social e identidad andaluza, in: Hernández, Francesc/Mercadé, Francesc (Hrsg.): *Estructuras sociales y cuestión nacional en España*, Barcelona: Ariel, 261-300
- Shabad, Goldie, 1986: Las elecciones de 1982 y las autonomías, in: Linz, Juan J./Montero, José R. (Hrsg.): *Crisis y cambio: electores y partidos en la España de los años ochenta*, Madrid: Centro de Estudios Constitucionales, 525-585
- Shabad, Goldie, 1986a: After Autonomy, in: Payne, Stanley G. (Hrsg.): *The Politics of Democratic Spain*, Chicago: Chicago Council of Foreign Relations, 111-180
- Shabad, Goldie/Gunther, Richard, 1982: Language, nationalism, and political conflict in Spain, *Comparative Politics*, 14, 442-477
- Share, Donald, 1986: *The Making of Spanish Democracy*, New York: Praeger
- Siguan, Miquel, 1992: *España plurilingüe*, Madrid: Alianza
- Smootha, Sammy/Hanf, Theodor, 1992: The Diverse Modes of Conflict Regulation in Deeply Divided Societies, *International Journal of Comparative Sociology*, 33, 26-47
- Solé, Carlota, 1993: The Integration of Immigrants in an Industrialized Society, in: Gunther, Richard (Hrsg.): *Politics, Society, and Democracy. The Case of Spain*, Boulder, Col.: Westview Press, 233-245
- Solé Tura, Jordi, 1978: La Constitución y la lucha por el socialismo, in: Peces-Barba, Gregorio u.a.: *La izquierda y la Constitución*, Barcelona: Taula de Canvi, 19-29
- Solé Tura, Jordi, 1985: *Nacionalidades y nacionalismos en España*, Madrid: Alianza
- Solé Tura, Jordi, 1988: Una lectura autonomista i federal del model d'Estat constitucional, in: Armet, Lluís, u.a.: *Federalisme i Estat de les Autonomies*, Barcelona: Edicions 62, 135-155
- Solozábal Echavarría, Juan José, 1980: Nación, nacionalidades y autonomías en la constitución de 1978. Algunos problemas de la Organización territorial del Estado, *Sistema*, 38-39, 257-281
- Solozábal Echavarría, Juan José, 1982: Sobre el modelo de Organización territorial del Estado según la Constitución de 1978, *Revista de Derecho Político*, 13, 53-74
- Solozábal Echavarría, Juan José, 1991: Autonomías, federalismo y Tribunal Constitucional, *Claves de Razón Práctica*, 17, 11-17
- Sotelo, Ignacio, 1986: *Los socialistas en el poder*, Madrid: Ediciones El País
- Stanovčić, Vojislav, 1992: Problems and Options in Institutionalizing Ethnic Relations, *International Political Science Review*, 13, 359-379
- Strubell i Trueta, Miquel, 1982: *Llengua i població a Catalunya*, Barcelona: Edicions de la Magrana
- Subirats, Joan, 1990: Ten Years of Regional Autonomy in Spain. Notes for a Balance Sheet (Paper presented at the XIIth World Congress of Sociology, Madrid, 9-13 July 1990)
- Subirats, Joan, 1991: Evaluación del proceso autonómico. Algunos indicadores, in: Figueroa Laradogoitia, Alberto/Mancisidor Artaraz, Eduardo (Hrsg.): *Poder político y Comunidades Autónomas*, Vitoria-Gasteiz: Eusko Legebiltzarra-Parlamento Vasco, 97-123
- Subirats, Joan/Argelaguet, Jordi, 1991: El techo autonómico, desaprovechado, *El País*, 11.11.1991
- Tamames, Ramón, 1980: *Introducción a la Constitución española*, Madrid: Alianza
- Tamames, Ramón (Hrsg.), 1986: *Guía electoral. La gran ocasión de 1986*, Esplugues de Llobregat: Plaza y Janés
- Tarver, Heidi, 1989: Language and Politics in the 1980s: The Story of U.S. English, *Politics and Society*, 17, 225-245

- Taylor, Charles, 1993: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?, Transit, 5, 5-20
- Tejerina Montaña, Benjamín, 1992: Nacionalismo y lengua, Madrid: CIS
- El TEMPS, verschiedene Ausgaben
- Tezanos, José Félix, 1984: Cambio social y modernización en la España actual, Revista Española de Investigaciones sociológicas, 28, 19-61
- Tezanos, José Félix, 1989: Continuidad y cambio en el socialismo español: El PSOE durante la transición democrática, in: ders./Cotarelo, Ramón/Blas, Andrés de (Hrsg.): La transición democrática española, Madrid: Sistema, 433-493
- Tilly, Charles, 1990: Coercion, Capital, and European States, AD 990-1990, Oxford: Blackwell
- Tilly, Charles, 1992: Futures of European States, Social Research, 59, 705-717
- Tiryakian, Edward A./Rogowski, Ronald (Hrsg.): New Nationalisms of the Developed West, Boston: Allen & Unwin
- Tornos Mas, Joaquín, 1980: Les competències de la Generalitat a l'Estatut de Catalunya, Taula de canvi, Extra núm. 2, 17-39
- Tornos Mas, Joaquín, 1990: Regioni e rappresentanza degli interessi: il caso catalano, Stato e Mercato, 29, 234-252
- Tornos Mas, Joaquín/Aja, Eliseo/Font i Llovet, Tomás u.a., 1988: Informe sobre las Autonomías, Madrid: Civitas
- Torrance, John, 1981: Die Entstehung der Soziologie in Österreich, 1885-1935, in: Lepenies, Wolf (Hrsg.): Geschichte der Soziologie, Bd. 3, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 443-495
- Torres, Estanislau, 1979: Excursionisme i franquisme, Montserrat: Publicacions de l'Abadia de Montserrat
- Tovias, Alfred, 1984: The International Context of Democratic Transition, in: Pridham, Geoffrey (Hrsg.): The New Mediterranean Democracies, London: Frank Cass, 158-171
- Trujillo, Gumersindo, 1979: Federalismo y regionalismo en la Constitución española de 1978: el Estado "federo-regional", in: ders. (Hrsg.): Federalismo y regionalismo, Madrid: Centro de Estudios Constitucionales, 13-48
- Ugalde, Martín de, 1983: Nueva Síntesis de la Historia del País Vasco, II, San Sebastián: Elkar
- Unzueta, Patxo, 1988: Los nietos de la ira. Nacionalismo y violencia en el País Vasco, Madrid: El País/Aguilar
- Vallès, Josep M., 1987: Quante Spagne elettorali? Dimensioni territoriali del fenomeno elettorale nella Spagna odierna, in: Caciagli, Mario/Corbetta, Piergiorgio (Hrsg.): Elezioni regionali e sistema politico nazionale, Bologna: Il Mulino, 97-127
- Vallès, Josep M., 1992: La política autonómica como política de reforma institucional, in: Cotarelo, Ramón (Hrsg.): Transición política y consolidación democrática. España (1975-1986), Madrid: CIS, 365-387
- La VANGUARDIA, 25.02.1991
- Vicens i Vives, Jaume, 1984: Notícia de Catalunya, Barcelona: Edicions Destino
- Vidal-Folch, Xavier, 1991: Cataluña: el nacionalismo polivalente, Claves de Razón Práctica, 18, 16-30
- Vilar, Pierre, 1962: La Catalogne dans l'Espagne moderne. Recherches sur les fondements économiques des structures nationales, I, Paris: Sevpen
- Vilar, Pierre, 1981: Historia de España, Barcelona: Crítica
- Vilas Nogueira, José, 1992: La organización territorial del Estado, in: Cotarelo, Ramón (Hrsg.): Transición política y consolidación democrática. España (1975-1986), Madrid: CIS, 219-239
- Viver i Pi-Sunyer, Carles, 1990: Conflictos de competencias entre el Estado y la Generalidad de Cataluña, Autonomies, 12, 43-49
- Waldmann, Peter, 1984: Katalonien und Baskenland: Historische Entwicklung der nationalistischen Bewegungen und Formen des Widerstands in der Franco-Zeit, in: Waldmann, Peter/Bernecker, Walther L./López-Casero, Francisco (Hrsg.): Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos, Paderborn: Schöningh, 155-192
- Waldmann, Peter, 1989: Ethnischer Radikalismus, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Walzer, Michael, 1992: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin: Rotbuch
- Weber, Eugen, 1976: Peasants into Frenchmen, Stanford: Stanford University Press
- Weber, Max, 1980: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr

- Wehler, Hans-Ulrich, 1975: *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Whitehead, Laurence, 1986: *International Aspects of Democratization*, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore: Johns Hopkins University Press, 3-46
- Williams, Allan M., 1984: Introduction, in: ders. (Hrsg.): *Southern Europe Transformed*, London: Harper and Row, 1984, 1-29
- Woolard, Kathryn A., 1986: The Politics of Language Status Planning: 'Normalization' in Catalonia, in: Schweda-Nicholson, Nancy (Hrsg.): *Languages in the International Perspective*, Norwood, N.J.: Ablex Publishing Corporation, 91-102
- Zaldívar, Carlos Alonso/Castells, Manuel, 1992: *España fin de siglo*, Madrid: Alianza
- Zaslavsky, Victor, 1992: Nationalism and Democratic Transition in Postcommunist Societies, *Dædalus*, 121, 97-121
- Zolberg, Aristide, 1977: Splitting the Difference: Federalization without Federalism in Belgium, in: Esman, Milton J. (Hrsg.): *Ethnic Conflict in the Western World*, Ithaca: Cornell University Press, 103-142